

NEUE ENTWICKLUNGSSTRATEGIEN
FÜR
STRUKTURSCHWACHE LÄNDLICHE REGIONEN

(Entspricht dem Endbericht des Projekts:
Regionalpolitik mit Hilfe eines Programmes
autozentrierter Entwicklung (Dezember 1980)

März 1981

Hans Glatz
Günter Scheer

unter Mitarbeit von:

Reinhard Dorner
Anton Rohrmoser

Eine Studie im Auftrag des Bundeskanzleramtes

INHALTSVERZEICHNIS

=====

	Seite
Vorwort	1
1. <u>Zur Situation und den Perspektiven peripherer ländlicher Regionen</u>	6
1.1 Die Zuspitzung regionaler Disparitäten	6
1.2 Ursachen der negativen Entwicklung in den peripheren ländlichen Regionen	8
1.2.1 Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft	8
1.2.2 Im außerlandwirtschaftlichen Bereich	17
1.3 Eine mögliche, aber nicht wünschenswerte Zukunftsvision	24
1.3.1 In der Landwirtschaft	24
1.3.2 In der Industrie	28
1.3.3 Im tertiären Sektor	30
1.3.4 Zusammenfassung	31
1.4 Zur sozialen und kulturellen Situation der Bevölkerung in peripheren ländlichen Regionen	32
1.5 Analyse des Wertsystems der wichtigsten Sozialisationsinstanzen in peripheren ländlichen Regionen	35
1.5.1 Wertvermittlung durch die Familie	35
1.5.2 Wertvermittlung durch die Schule	36
1.5.3 Wertvermittlung durch außerschulische Bildung, Kultur und Freizeitindustrie	37
1.5.4 Wertvermittlung durch die Kirche	40
1.5.5 Wertvermittlung durch die Politik	41
1.5.6 Schlußfolgerungen	41
2. <u>Zwei "Sackgassenkonzepte" für periphere ländliche Regionen</u>	48
2.1 Fremdenverkehr - eine Lösung für periphere ländliche Regionen?	49
2.1.1 Fremdenverkehr in Österreich	49
2.1.2 Wirtschaftliche Bedeutung	50
2.1.3 Auswirkungen	51
2.1.4 Regionale Unterschiede in der Entwicklung	54

	Seite
2.1.5 Fremdenverkehr und Landwirtschaft	55
2.1.6 Urlaub am Bauernhof	57
2.1.7 Schlußfolgerungen	61
2.2 Nebenerwerbslandwirtschaft - eine Lösung für periphere ländliche Regionen?	63
2.2.1 Die funktionale Agrartheorie: Partnerschaft von Voll- und Nebenerwerbsbetrieben	64
2.2.2 Zur Arbeits- und Lebenssituation der Nebenerwerbsbauern in Österreich	72
2.2.3 Schlußfolgerungen	79
3. <u>Ein Alternativkonzept für periphere ländliche Regionen</u>	81
3.1 Die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft	81
3.2 Prinzipien für die Erweiterung der Wertschöpfungsbasis der Land- und Forstwirtschaft	84
3.3 Grundsätzliche Überlegungen zu einem alternativen Entwicklungsansatz für periphere ländliche Regionen	88
3.3.1 Ist die Marginalisierung der Landwirtschaft tatsächlich unumgänglich?	89
3.3.2 Der von der Nationalökonomie vergessene Sektor	89
3.3.3 Die Sozialkosten der herrschenden Agrar- und Regionalentwicklung	93
3.4 Ansatzpunkte für ein Konzept zur Erhöhung der regionalen Autonomie und Krisenfestigkeit	95
3.4.1 Entwicklung des "autonomen Sektors"	96
3.4.2 Entwicklung einer gebrauchswertorientierten Produktion auf der Basis intersektoraler und regionaler Kooperation	97
3.4.3 Neue Formen politischer Organisation und Interessensartikulation	98
3.5 Ziele einer integrierten regionalen Entwicklungspolitik und Beurteilung des Zielbeitrages regionalpolitischer Maßnahmenprogramme	100
3.6 Das Konzept der autonomen Regionalentwicklung	107

	Seite
3.6.1 Was heißt "autonome" Regionalentwicklung?	107
3.6.2 Autonome Regionalentwicklung - Ein Alibi für die Fehler der traditionellen Politik?	110
3.6.3 Kann man Autonomie in einem System der strukturellen Behinderung von Autonomie fördern?	112
3.6.3.1 Bürokratische Einschränkungen autonomer Projekte am Beispiel des Schulversuches von Retz (NÖ)	112
3.6.3.2 Rechtliche Einschränkungen autonomer Projekte am Beispiel der Marktordnungsgesetze und der Gewerbeordnung	114
3.6.4 Autonome Regionalentwicklung - nur für die Dritte Welt?	124
3.6.5 Autonome Regionalentwicklung - eine Utopie für frustrierte Intellektuelle?	127
3.6.6 Sind kleine Betriebe betriebswirtschaftlich nicht tragfähig?	131
3.6.7 Zur Frage der Vermarktung	142
3.6.7.1 Prinzipien für die Vermarktung	145
3.6.7.2 Anforderungen an bäuerliche Direktvermarktungsorganisationen	148
3.6.8 Investitionsförderung oder aktivierende Bildungs- und Kulturarbeit?	152
3.7 Die Sonderaktion des Bundeskanzleramtes zur Stärkung entwicklungsschwacher ländlicher Räume in Berggebieten Österreichs	157
3.7.1 Ziele	157
3.7.2 Voraussetzungen für die Förderbarkeit von Projekten	158
3.7.3 Art und Ausmaß der Förderung nach der Sonderaktion	163
3.7.4 Offene Probleme	163
3.7.4.1 Zwischenbilanz nach 1 Jahr der Sonderaktion	163
3.7.4.2 Ökonomische Probleme und fehlende Voraussetzungen	168

	Seite
3.7.4.3 Die fehlenden sozialkulturellen und sozialorganisatorischen Voraussetzungen	172
3.7.4.4 Die politischen Voraussetzungen und Probleme der Sonderaktion	173
3.7.4.5 Zusammenfassung und weiterführende Folgerungen	174
4. <u>Möglichkeiten der Verwirklichung des Konzeptes einer autonomen Regionalentwicklung im Waldviertel</u>	176
4.1 Situationen und Perspektiven der besonders entwicklungsschwachen Teilgebiete im Waldviertel	176
4.1.1 Typisierung der besonders benachteiligten Gebiete	176
4.1.2 Probleme und Problem-Ursachen	178
4.1.3 Entwicklungsperspektiven für die benachteiligten Gebiete	185
4.2 Regionalpolitische Ziele für das Waldviertel und Beurteilung des Zielrealisierungsbeitrages regionalpolitischer Instrumente	189
4.3 Zum Konzept einer autonomen Regionalentwicklung im Waldviertel	195
4.3.1 Ansätze zu einer Trendwende in der Regionalpolitik	195
4.3.2 Grundsätze und Ziele einer autonomen Regionalentwicklung	196
4.3.2.1 Grundsätze	196
4.3.2.2 Ziele	197
4.3.3 Förderungsmaßnahmen zur autonomen Regionalentwicklung	202
4.3.3.1 Aktivierende Bildungs- und Informationsarbeit	202
4.3.3.2 Aufbau einer Beratungs- und Betreuungsstruktur	204
4.3.3.3 Politisch-administrative Maßnahmen zur Regionalisierung raumwirksamer Politikbereiche	209
4.3.4 Exkurs: Die Regionalisierung der bestehenden Milchkontingentierung als Beispiel politisch-administrativer Maßnahmen	212
4.3.4.1 Ausgangssituation	212

	Seite
4.3.4.2 Zum Modell einer regionalisier- ten Kontingentierung	213
4.4 Mögliche wirtschaftliche Projekte zur Erhö- hung der Wertschöpfung im Waldviertel	218
4.4.1 Grundsätze für die Entwicklung von Wirt- schaftsprojekten in peripheren Gebie- ten	218
4.4.1.1 Kriterien im Bereich der Pro- duktinnovation	218
4.4.1.2 Kriterien im Bereich der Ver- marktung	220
4.4.2 Vergleichende Darstellung von Spezial- produktionsmöglichkeiten für das Waldviertel	223
4.5 Beispiele für Selbstorganisation und wirt- schaftliche Innovation im Sinne des Konzeptes der eigenständigen Regionalentwicklung	237
4.5.1 Aktivierende Bildungs- und Kulturarbeit im Waldviertel	237
4.5.1.1 Ausgangspunkte und Ziele	237
4.5.1.2 Hemmende Faktoren und Bedingun- gen einer aktivierenden Bildungs- und Kulturarbeit im Waldvier- tel	241
4.5.1.3 Kriterien für einen dauerhaften Aktivierungsprozeß	245
4.5.1.4 Organisation der Bildungs- und Kulturarbeit im Waldviertel	250
4.5.1.5 Zusammenfassung	252
4.5.2 Ein Modell selbstorganisierter Produk- tion und Vermarktung in Kooperation zwi- schen Bauern und Konsumenten - Die Er- zeuger-Verbraucher-Genossenschaft "BERSTA"	255
4.5.2.1 Aufbau und Zielsetzungen	255
4.5.2.2 Entstehungsursachen der Genos- senschaft	258
4.5.2.3 Die Bedeutung der regionalen Bildungsarbeit im Waldviertel für das Entstehen der Genossen- schaft	259
4.5.2.4 Information und Beratung über Produktionsmöglichkeiten und -verfahren	268
4.5.2.5 Die Aufbau- und Begleitarbeit in Wien	273

	Seite
4.5.2.6 Organisation, Kosten und ökonomische Planung in der BERSTA	282
4.5.2.7 Zusammenfassung	288
4.5.3 Ein Modell selbstorganisierter Spezialproduktion für Berg- und Nebenerwerbsbauern (Lammfleischerzeugung)	291
4.5.3.1 Die Tauernlamm-Genossenschaft	291
4.5.3.1.1 Ziele und Struktur	291
4.5.3.1.2 Entstehung am Beispiel der Betriebsgeschichte Wartbichler	292
4.5.3.2 Betriebswirtschaftliche Aspekte der Lämmermast	296
4.5.3.3 Die wirtschaftliche Situation der Lämmermast in der Tauernlamm-Genossenschaft	299
4.5.3.4 Betriebswirtschaftliche Aspekte der Lämmermast	302
4.5.3.5 Verwertung und Vertrieb in der Tauernlamm-Genossenschaft	303
4.5.4 Schlußfolgerungen	315
5. <u>Das Konzept der eigenständigen Regionalentwicklung - ein Weg zur Humanisierung der Gesellschaft?</u>	317
5.1 Self-Reliance und autonome Entwicklung für die Länder der Dritten Welt	318
5.2 Self-Reliance, Dezentralisierung und kleine Netze als Alternative in der Ersten Welt	319
5.3 Die Antwort des Systems: Aktive Wachstums- politik	323
5.4 Alternativen: Arbeitszeitverkürzung und Gebrauchswertökonomie	325
5.5 Kontroversen über den Stellenwert praktischer Alternativen in der Gesellschaftsveränderung	327
5.6 Autonome Regionalentwicklung - ein Konzept zwischen Self-Reliance der Dritten Welt und Alternativbewegung der Ersten Welt	331
Literaturverzeichnis	336
Tabellenverzeichnis	342
Abbildungsverzeichnis	343

V O R W O R T

=====

Der hiermit vorgelegte Forschungsbericht knüpft an theoretische und praktische Vorarbeiten an:

Theoretische Grundlage bildet die im Auftrag des Bundeskanzleramtes, Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft und des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz, im Zeitraum von 1976 bis 1978 am Institut für Höhere Studien durchgeführte Untersuchung über "Das österreichische Agrarsystem"¹⁾. In dieser Studie wird unter anderem folgendes vorgeschlagen:

"6. Die Förderung extensiver Landbewirtschaftungsformen und der Qualitäts- und Spezialproduktion in den Ungunstlagen sollte anstelle der einseitigen Intensivierungsförderung treten.

7. In diesem Zusammenhang müßte auch angestrebt werden, den Anteil der landwirtschaftlichen Einkommen an der Wertschöpfung aus Produktion, Veredelung und Vermarktung durch Förderung entsprechender Organisationsformen zu erhöhen." (DAS ÖSTERREICHISCHE AGRARSYSTEM, 2. Teilbericht, 1. Band, S. 139).

"6.16 In jenen ländlichen Regionen, in denen auch der Fremdenverkehr keine oder auch nur geringe Entwicklungschancen eröffnet, wird die Regional- und Agrarpolitik völlig neue Wege gehen müssen. Hier wäre es insbesondere notwendig, durch Förderung von regionsspezifischen Projekten bei gleichzeitiger

1) KRAMMER J., SCHEER G., Das österreichische Agrarsystem, 1. Teilbericht: Entwicklung und Struktur, Oktober 1977.
Das österreichische Agrarsystem, 2. Teilbericht (2 Bände) Probleme, Perspektiven und Alternativen, Dezember 1978.
Das österreichische Agrarsystem, Kurzfassung, Jänner 1979 erschienen im Verlag für Wirtschaft und Technik.
Die beiden Bände des 2. Teilberichtes wurden im Herbst 1980 vom BMFLF herausgegeben und können über das Bergbauerninstitut des BMFLF Grinzinger Allee 74, 1196 Wien, bezogen werden.

wissenschaftlicher Betreuung ihrer Durchführung Erfahrungen zu gewinnen, die Grundlage für eine alternative Regional- und Agrarpolitik für extrem benachteiligte Regionen sein könnten:

- Kernpunkt soll die regionsspezifische Intensivierung einer kapitalsparenden Form der Landbewirtschaftung auf der Basis kooperierender Vollerwerbsbetriebe unter Einschluß der kleinindustriellen bzw. handwerklichen Veredelung und Vermarktung sein. Voraussetzung dafür ist die Erzeugung von hochwertigen Spezialprodukten.
- Gezielte Förderung der dazu notwendigen technischen, organisatorischen und bildungsmäßigen Fertigkeiten bzw. Fähigkeiten." (DAS ÖSTERREICHISCHE AGRARSYSTEM, 2. Teilbericht, 2. Band, S. 91).

Da wir der Auffassung sind, daß Wissenschaftler sich nicht damit begnügen sollen, ihre Vorschläge lediglich zu Papier zu bringen, sondern aktiv bei der Suche nach Partnern bzw. Adressaten zur Verwirklichung mitwirken sollen, haben wir uns intensiv um die praktische Umsetzung der entwickelten Alternativvorschläge bemüht.

Die praktischen Grundlagen dieser Studie liegen:

- in der Zusammenarbeit mit zahlreichen Bauern, insbesondere denjenigen, die in der österreichischen Bergbauernvereinigung tätig sind;
- in der Zusammenarbeit mit zahlreichen Personen, die beitragen, daß sich die in den benachteiligten Gebieten lebenden Menschen in praktischer Solidarität organisieren und ihre Lage gemeinsam verbessern, insbesondere mit Dr. Anton Rohrmoser, der seit Jahren im Waldviertel in diesem Sinne arbeitet und uns seine Erfahrungen zur Verfügung gestellt hat (vgl. dazu Kapitel 1.4, 1.5 und 4.5.1);
- in der Zusammenarbeit mit den Beamten in den zustän-

digen Abteilungen, insbesondere mit denen der Abteilung 6 der Sektion IV des Bundeskanzleramtes;

- in der Zusammenarbeit mit den Proponenten des Berglandaktions-Fonds, der sich zum Ziel gesetzt hat, wirtschaftliche und soziale Projekte im österreichischen Berggebiet finanziell und durch Beratung zu unterstützen.

Mit den Bauern der österreichischen Bergbauernvereinigung wurden die Ergebnisse und Alternativvorschläge der erwähnten Studie über das österreichische Agrarsystem diskutiert und gemeinsam die ersten Versuche einer praktischen Umsetzung entwickelt. Anfang 1979 wurde eine Ausstellung mit dem Titel: "Es geht auch anders, Bergbauern gehen neue Wege und suchen neue Verbündete", zusammengestellt und zunächst in Wien und danach in vielen anderen Städten gezeigt. Diese Ausstellung wurde allein in Wien von mehr als 30.000 Menschen besucht.

Mit den Beamten der Abteilung 6 der Sektion IV des Bundeskanzleramtes wurden verschiedene Möglichkeiten der Umsetzung diskutiert und schließlich ein Konzept für die Förderung von Gemeinschaftsprojekten im Sinne der organisierten Selbsthilfe entwickelt. Dieses Konzept bildet einen wichtigen Bestandteil der Sonderaktion des Bundeskanzleramtes zur Stärkung entwicklungsschwacher ländlicher Räume in Berggebieten Österreichs, die im Juni 1979 von den Staatssekretären Nußbaumer und Schober in Zwettl der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Auf diesen Grundlagen entstand der Plan für die vorliegende Studie. In ihr geht es darum, zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen die oben zitierten Alternativvorschläge in die Wirklichkeit umgesetzt werden können. Diese Problemstellung wurde in mehrere Arbeitsschritte zerlegt:

- Zunächst mußten diese Alternativvorschläge in ein allgemeines Konzept von Zielen und Maßnahmen eingebettet werden. Dieses Konzept wird in Kapitel 3. unter dem Titel "Konzept der autonomen Regionalentwicklung" entwickelt.
- Die Möglichkeiten und Grenzen dieses Konzeptes mußten empirisch untersucht werden. Da es sich hierbei weitgehend um Neuland handelt, mußte eine aktionsforschungsorientierte Methode zur Untersuchung von Beispielsprojekten entwickelt und angewandt werden. Insgesamt liegen diesem Bericht die Erfahrungen aus dem Kontakt, der Beratung und begleitenden Auswertung von 19 Projekten zugrunde. (Vgl. dazu Kapitel 3.7) Einige modellhafte Projekte wurden ausführlich dargestellt (vgl. dazu Kapitel 4.5).
- Die Durchführung der Sonderaktion zur Förderung dieser Projekte stand anfangs vor großen Problemen, weil dabei kaum auf nationale bzw. internationale Erfahrungen zurückgegriffen werden konnte. Daher war es notwendig, die Richtlinien der Aktion einer ständigen Kontrolle bezüglich ihrer Zieladäquanz, ihrer Brauchbarkeit und ihrer Mängel zu unterziehen. Das vorläufige Ergebnis dieses Projektteils wurde ausführlich im Zwischenbericht¹⁾ und zusammengefaßt in den Kapiteln 3.7, 4.2 und 4.3 dargestellt.
- Der theoretischen Untermauerung und Einordnung des Konzeptes einer autonomen Regionalentwicklung dienen: Kapitel 1, in dem die Situation und die Perspektiven peripherer ländlicher Regionen untersucht werden, Kapitel 2, in dem auf die Unzulänglichkeiten verschiedener regionalpolitischer Ansätze eingegangen wird,

1) Regionalpolitik mit Hilfe eines Programmes autozentrierter Entwicklung, September 1980.

Kapitel 5, in dem das Konzept der autonomen Regionalentwicklung verschiedenen ähnlichen Konzepten für die Dritte bzw. Erste Welt gegenübergestellt wird.

Diese Studie liefert keine fertigen Rezepte und erlaubt keine abschließenden und endgültigen Urteile. Mancher Leser wird vielleicht auch den Eindruck gewinnen, daß am Ende mehr Probleme ungelöst sind, als es am Anfang den Anschein hat. Wir glauben aber, daß wir nun klarer erkennen können, welche Probleme vorliegen und wo bzw. warum sie auftreten. Einer gezielten Bearbeitung dieser Probleme sind somit nun mehr Chancen geöffnet als vorher. Machen wir uns also an die Arbeit.

Wien, Dezember 1980

Hans Glatz Günter Scheer

1. Zur Situation und den Perspektiven peripherer ländlicher Regionen

1.1 Die Zuspitzung regionaler Disparitäten

Alle raumordnungsbezogenen Grundsätze der relevanten Politikbereiche (Wirtschafts-, Infrastruktur-, Bildungs- und Sozialpolitik) stimmen grundsätzlich überein, daß der weitere Verfall der peripheren Regionen und damit deren weitere Entsiedelung verhindert werden soll.¹⁾ Trotzdem ist es in den letzten beiden Jahrzehnten zum Zurückbleiben großer Teilgebiete Österreichs hinter der Entwicklung der Gunstlagen und wirtschaftlichen Zentren gekommen. Dies, obwohl die ökonomischen Bedingungen für einen Abbau der räumlichen Disparitäten sehr günstig waren (GLATZ, 1979).

Für die 80er Jahre werden diese Bedingungen als weit ungünstiger eingeschätzt:

Im Bereich der industriell gewerblichen Wirtschaft wird mit sehr geringen Wachstumsraten zu rechnen sein. Die Zahl der expandierenden Zweige der Industrie ist bereits in den letzten Jahren immer geringer geworden. Dieser Trend dürfte sich fortsetzen. Expansionsfähige Industriezweige stellen hohe Anforderungen an die Standortqualität, die Infrastruktur sowie die Kapitalausstattung - alles Voraussetzungen, die periphere ländliche Regionen nicht bieten können (KANIAK, 1980, GANSER, 1979).

Im Bereich der Landwirtschaft ist mit einer Verschärfung der internationalen Konkurrenz und mit einer Ausweitung der

1) Vergleiche dazu: ÖROK: 1975, ÖROK: 1975 a,
beispielsweise ÖROK: 1978, S 38-41, 89 ff., 98 ff.,
109 ff.
ÖROK: 1978 a, S 9 ff., S 33-39
BUNDESKANZLERAMT, 1980

administrativen Einschränkungen der Angebotsexpansion zu rechnen (Überschüsse) KRAMMER, SCHEER, 1980). Diese Regelungen verringern den Spielraum für das einzelbetriebliche Wachstum und erschweren die regionalpolitisch wünschenswerte Entwicklung der Landwirtschaft in den peripheren Gebieten. Im Bereich der öffentlichen Finanzen wird die Mittelknappheit zunehmen, weil ein geringes Wirtschaftswachstum automatisch eine Verringerung der Einnahmen der öffentlichen Hand nach sich zieht. Erfahrungsgemäß muß auch damit gerechnet werden, daß unter ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen ein größerer Teil öffentlicher Mittel in Form von Erhaltungs- und Sicherungsinvestitionen in den Zentren fließt, so daß mit einer überdurchschnittlichen Ausweitung der Mittel für benachteiligte ländliche Regionen kaum gerechnet werden kann. (KANIAK 1980 a)

Sollten diese Bedingungen im nächsten Jahrzehnt einsetzen, so besteht die Gefahr einer Zuspitzung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den benachteiligten ländlichen Regionen. Die Herausbildung von 4 Typen ländlicher Regionen erscheint wahrscheinlich:

- a) landwirtschaftliche Gunstlagen mit hohem Niveau an Infrastruktur und außerlandwirtschaftlicher Entwicklung,
- b) landwirtschaftliche Ungunstlagen mit hohem bis ausreichendem Niveau an Infrastruktur und außerlandwirtschaftlicher Entwicklung,
- c) landwirtschaftliche Ungunstlagen mit unzureichendem Niveau an Infrastruktur, jedoch mit günstigen Entwicklungsaussichten des Fremdenverkehrs (vor allem in Richtung auf Gesundheitstourismus) und
- d) landwirtschaftliche Ungunstlagen mit unzureichendem Niveau an Infrastruktur und keinen oder geringen Entwicklungsmöglichkeiten des Fremdenverkehrs. Zu diesem Typus zählen in Österreich kleinräumige Ge-

bierte des Alpengebietes, sowie großräumige Gebiete des Mühlviertels, Waldviertels, nördlichen Weinviertels, des mittleren und südlichen Burgenlandes, der südöstlichen und südwestlichen Steiermark und Südkärntens.

1.2 Ursachen der negativen Entwicklung in den peripheren ländlichen Regionen

1.2.1 Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft¹⁾

Die österreichische Landwirtschaft konnte in den letzten Jahrzehnten trotz kontinuierlicher Abnahme der Arbeitskräfte ihre Produktion enorm steigern und einen hohen Versorgungsgrad der Gesamtbevölkerung sichern. Auch das durchschnittliche Einkommen der Bauern konnte mit der allgemeinen Einkommensentwicklung weitgehend schritthalten.

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft hat jedoch auch zahlreiche Probleme mit sich gebracht:

- Die Produktionsausweitung der Landwirtschaft ist eine Folge einer beispiellosen Intensivierung, Mechanisierung, und Produktivitätssteigerung. Die Produktionsausweitung konzentriert sich primär auf landwirtschaftliche Gunstlagen, weil die von Natur und Lage benachteiligten Gebiete sowie die Kleinbetriebe in diesem Produktionswettbewerb nicht mithalten können. Die Einkommensunterschiede zwischen begünstigten und benachteiligten Bauern wachsen dadurch an.

1) Zusammenfassung von Ergebnissen aus dem Forschungsprojekt:
J. KRAMMER/G. SCHEER: Das österreichische Agrarsystem, Wien 1980.

- Die Tendenz zur Überproduktion bei einer wachsenden Zahl von Produkten verschärft den Verdrängungswettbewerb zwischen Gunst- und Ungunstlagen. Überschüsse führen aber zu einem Sinken der Preise. Die Landwirtschaft in den günstigen Lagen kann diesen Preisdruck durch verstärkte Intensivierung und Rationalisierung auffangen.
Die Lebensfähigkeit der Landwirtschaft in den Ungunstlagen nimmt jedoch ständig ab. Verstärkt wird diese negative Entwicklung noch dadurch, daß die Marktsteuerung vorwiegend über die Preispolitik erfolgt, die aber gleichzeitig das wichtigste Instrument der Einkommenspolitik ist.
- Der Produktionswettlauf und die Überschüsse führen dazu, daß die vorhandenen Unterschiede zwischen Groß- und Klein- sowie zwischen von der Natur begünstigten und benachteiligten Bauern immer stärker zum Tragen kommen: Auf diese Weise konzentrieren die begünstigten Betriebe einen immer größeren Teil der gesamten Produktion und der gesamten Einkommen auf sich. Verstärkt wird dieser Prozeß wachsender innerlandwirtschaftlicher Disparität noch dadurch, daß die Einkommenspolitik für die Bauern vorwiegend über einheitliche Preise erfolgt.
- Der Intensivierungs- und Konzentrationsprozeß der landwirtschaftlichen Produktion geht mit einer Zurückdrängung der Landwirtschaft auf die hochspezialisierte Rohstoffproduktion einher. Die Betriebe werden in zunehmendem Maße von den vor- und nachgelagerten Wirtschaftssektoren eingekreist. Investitionsgüterproduzenten- und -händler sowie die Verwertungsindustrien und Handelsgiganten haben den Bauern Wert schöpfungsanteile entrissen und drängen sie in den immer schmaler werdenden Bereich der bodenabhängigen Rohstoffproduktion zurück.

- Eine weitere Folge des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels besteht darin, daß zahlreiche positive Wohlfahrtseffekte der Landbewirtschaftung (nachhaltige Bodenpflege, ökologische Landschaftserhaltung usw.) durch außerlandwirtschaftliche Einflüsse, aber auch durch den Intensivierungsprozeß in der Landwirtschaft selbst zunehmend beeinträchtigt werden und die Umwelt und die Lebensmittel zunehmend mit Schadstoffen belastet werden.

Die Ursachen für diese Zuspitzung der Probleme liegen im wesentlichen in einem "Marktversagen" und einem "Politikversagen".¹⁾

a) Marktversagen

Anders als bei vielen industriellen Konsumgütern stößt die Ausdehnung der Produktion von Nahrungsmitteln relativ bald auf unverschiebbare Grenzen der Nachfrage. In Energieeinheiten ausgedrückt, es ist dem Menschen nicht möglich, ohne Schaden an seiner Gesundheit zu nehmen, mehr als eine bestimmte Menge an Lebensmitteln zu sich zu nehmen. Stagnierende Bevölkerungszuwächse und die geänderten Arbeits- und Lebensbedingungen machen es in hochindustrialisierten Gesellschaften unmöglich, die Einkommenssituation der gesamten Landwirtschaft durch die Mehrproduktion aller Landwirte zu verbessern. In dieser Situation kommt es zu einem Verdrängungswettbewerb zwischen den Bauern, in dem jeder versucht, in Konkurrenz zu jedem anderen stehend, seine Einkommenssituation durch Mehrproduktion zu verbessern:

1) Vergleiche H. GLATZ/G. SCHEER, 1980

- Auf die Preise haben die einzelnen Landwirte keinen Einfluß. Das gilt sowohl für die Erzeugerpreise als auch für die Preise ihrer Betriebsmittel. Daher versucht jeder Landwirt in der Regel, durch die landwirtschaftliche Beratung und die agrarische Förderungspolitik zusätzlich dazu angeregt, sein individuelles Fortkommen in wachsenden Produktionsmengen zu suchen.
- Wachsende Produktionsmengen erfordern den Mehreinsatz an Fläche oder mangels dieser Möglichkeit, was die Regel ist, steigende Flächenproduktivität.
- Zur Erhöhung der Flächenproduktivität muß die Produktion intensiviert werden. Die Intensivierung gehorcht aber der Logik, daß die durch Lage und Größe begünstigten Bauern dabei bessere Chancen haben, gleichzeitig aber auch diejenigen sind, die ihre Produktion überdurchschnittlich ausdehnen können. Dadurch verursachen in erster Linie die begünstigten Bauern Überschüsse, die aber zum Preisverfall für alle Landwirte führen.

Das Anwachsen der Überschüsse und die Explosion der Überschußverwertungskosten ist kein auf Österreich beschränktes Phänomen. Die gesamte EG hat ähnliche Probleme: Dort stiegen z.B. die Überschußverwertungskosten für die Milch von 30 Milliarden Schilling im Jahre 1975 auf 112 Milliarden Schilling im Jahre 1979 (nach IFO-Schnelldienst, München 1980/8). Mehr als 70 % der gesamten EG-Ausgaben verschlingt die Landwirtschaft, mehr als 20 % allein die Milchüberschußverwertung.

Diese Probleme werden in Zukunft mit großer Wahrscheinlichkeit noch wachsen. Dies wird zu einem anhaltenden Druck auf die Erzeugerpreise und auf die Agrarpreise auf den Weltmärkten führen. Letzteres wiederum wird die

sehr ungünstige Entwicklung der Agraraußenhandelsbilanz Österreichs weiter verschlechtern, weil die EG weit bessere Möglichkeiten hat nach Österreich zu exportieren und sich gegen Importe aus Österreich zu schützen.

b) Politikversagen

Für das Versagen der traditionellen Agrarpolitik sind zwei Ursachen maßgebend:

- Die traditionelle Agrarpolitik war ein Konzept zur Produktionsförderung in einer Zeit der Unterversorgung. Bei den heute gegebenen Bedingungen struktureller Überschüsse ist dieses Konzept ungeeignet und kontraproduktiv.
- Die traditionelle Agrarpolitik war schon zur Zeit ihres Entstehens ein in sich widersprüchlicher Kompromiß der drei großen Interessensvertretungen.
 - o Landwirtschaftliche Interessensvertretung,
 - o Interessensvertretung der unselbständigen Arbeitnehmer,
 - o Interessensvertretung der industriell-gewerblichen Wirtschaft.

(i) Die landwirtschaftliche Interessensvertretung

Die Politik der landwirtschaftlichen Interessensvertretung war zunächst dominiert von politischen Zielsetzungen: Es ging ihr in Anknüpfung an eine lange historische Tradition darum, in der Agrarbevölkerung ein stark antisozialistisches Potential zu erhalten. Aus diesem Grunde wurde von ihr der Familienbetrieb und die bäuerliche Produktionsweise zu einem Ar-

beits- und Lebensstil ideologisiert, welcher natürlicher, gottgefälliger und besser sei als alle anderen Formen. Da die stärkste politische Bauernvertretung, der Österreichische Bauernbund, gleichzeitig eine Teilorganisation der aus drei Bünden bestehenden Österreichischen Volkspartei (ÖVP) ist, und traditionell immer einen überproportional starken Zugang zu politischen Funktionen in der Partei bzw. zu den von der ÖVP beeinflussten politischen Bereichen hatte, sah der Österreichische Bauernbund in der Erhaltung einer großen und geschlossenen Gefolgschaft die Hauptaufgabe der Agrarpolitik.

(ii) Die Interessensvertretung der unselbständigen Arbeitnehmer

Die Interessen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in bezug auf den Agrarbereich orientierten sich lange Zeit an zwei passiven Prinzipien: Erstens am Prinzip der Bereichsabgrenzung, demzufolge im Agrarbereich sowieso nichts zu holen wäre und der daher dem ÖVP-Einflußbereich voll überlassen wurde. Letzten Endes war dies ein Anknüpfen an die alte Tradition, daß die Bauern erst dann "rot werden", wenn sie durch den fortschreitenden Zentralisierungs- und Industrialisierungsprozeß proletarisiert sein würden. Und zweitens orientierten sie sich am Prinzip der billigen Lebensmittel, demzufolge für die Rekonstruktion der österreichischen Wirtschaft und für ein rasches Wirtschaftswachstum das Niedrighalten der Lebensmittelpreise von besonderer Wichtigkeit wäre.

(iii) Die Interessensvertretung der industriell-gewerblichen Wirtschaft

Für die Interessen der expandierenden industriell-gewerblichen Wirtschaft war die Landwirtschaft erstens ein großes und billiges Arbeitskräftereservoir und zweitens ein bedeutender Absatzmarkt für Produktions- und Betriebsmittel.

Diese kontroversielle Interessenskonstellation führte zur Etablierung einer in sich widersprüchlichen Agrarpolitik: Das Landwirtschaftsgesetz aus dem Jahre 1960 nennt unter anderem folgende Ziele:

- o Erhaltung eines wirtschaftlich gesunden Bauernstandes,
- o Teilnahme der Landwirtschaft an der allgemeinen Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft und des Lebensstandards,
- o Niedrige Lebensmittelpreise.

Auch bei den Instrumenten finden sich diese drei Interessen wieder:

- o Instrumente der bäuerlichen Schutzpolitik:
Preisstützungen
Importbeschränkungen
Exportstützungen
Abnahmegarantien.
- o Instrumente der einzelbetrieblichen Förderungspolitik:
Unterstützung der betrieblichen Investitionstätigkeit durch Beihilfen und Zinsenzuschüsse.
- o Instrumente der Konsumentenpolitik:

Amtliche Preisfestsetzungen und Bindung der Preisänderungen an ein politisches Verfahren.

Die Philosophie dieser agrarpolitischen Konzeption lautet: Die Preise (bzw. die Agrarpolitik) hat in Analogie zum freien Markt die Doppelfunktion, das Angebot der Nachfrage anzupassen (Marktlenkungsfunktion) und den Landwirten gerechte Einkommen zu ermöglichen (Einkommensfunktion).

Der betriebliche Wachstumsprozeß wird über die einzelnen Investitionsentscheidungen gesteuert, wobei die Investitionstätigkeit durch die Förderungspolitik unterstützt werden soll.

Durch Abschirmung vor der internationalen Konkurrenz soll die gesamte Landwirtschaft gleichermaßen (verteilungsneutral) geschützt werden.

Ein regional gezielter und koordinierter Einsatz von Mitteln bzw. die Verwendung von direkt wirksamen agrarpolitischen Instrumenten, also irgendeine Form der Strukturpolitik, wurde nicht für nötig bzw. nicht für systemkonform erachtet. Selbst die dringend notwendige Modernisierung der Infrastruktur in den benachteiligten agrarischen Bergregionen wurde nicht als öffentliche Aufgabe aus Steuermitteln allein finanziert, sondern nur bei finanzieller und arbeitsmäßiger Beteiligung der einzelnen Betriebe (z.B. in der Verkehrserschließung, Elektrifizierung und bei den Telefonanschlüssen).

Diese Form der Agrarpolitik - sie soll im folgenden kurz als "traditionelle Agrarpolitik" bezeichnet werden - ist sektoral und einzelbetrieblich orientiert, wirkt marktanalog und indirekt:

Diese Politik funktioniert nur unter drei Bedingungen:

- Das Nachfragewachstum muß zumindest gleich groß sein wie das Angebotswachstum.
- Die Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft müssen möglichst homogen sein.
- Auf den außerlandwirtschaftlichen Arbeitsmärkten muß ein Nachfrageüberschuß herrschen.

Diese Bedingungen sind heute nicht mehr gegeben. Auch für die mittelfristige Zukunft ist nicht zu erwarten, daß sie wieder hergestellt werden können. Daher wirkt diese Politik kontraproduktiv und verstärkt die aufgezählten Probleme in der Landwirtschaft.

Durch die eingetretene Fiskalkrise kam es bereits zu einigen wesentlichen Veränderungen der politischen Steuerung (z.B. die Milchmarktkontingentierung). Dieser Druck zum Politikwandel wird in Zukunft noch zunehmen. Es ist aber nicht von vornherein zu erwarten, daß die unter dem Druck einer Fiskalkrise vorgenommenen Veränderungen die Interessen von Bergbauern, verglichen mit denen von besser organisierten Teilen der Bauernschaft, stärker berücksichtigen. Da diese Interessenberücksichtigung in erster Linie eine Machtfrage ist, wird es dabei darauf ankommen, inwieweit die Bergbauern in den nächsten Jahren und Jahrzehnten in der Lage sein werden, sich eigenständig und geschlossen zu organisieren.

1.2.2 Im außerlandwirtschaftlichen Bereich

Ein besonderes Problem resultiert daraus, daß nicht nur der Strukturwandel in der Landwirtschaft zur immer stärkeren Benachteiligung der Ungunstlagen führt, sondern daß auch der Wachstumsprozeß des industriell-gewerblichen Bereichs zur Konzentration der wirtschaftlichen Aktivitäten auf die Ballungsräume und zur Benachteiligung der ländlichen Regionen tendiert.

Periphere ländliche Regionen sind dadurch gekennzeichnet, daß in ihnen landwirtschaftliche Ungunst und niedrige Standortqualität für industriell-gewerbliche Betriebe, sowie ein hoher Grad räumlicher Isolierung zusammenfallen.¹⁾ In Österreich zählen ein Großteil der Ostgrenzgebiete und ein Teil der Berggebiete zu diesem Regionstyp.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den peripheren ländlichen Regionen ist gekennzeichnet durch:²⁾

- o anhaltende Einkommensdisparität zu den Zentralregionen;
- o qualitative Verschlechterung des Arbeitsplatzangebotes; die vorhandenen Industrieansiedelungen verdrängten die handwerkliche Produktion und brachten vorwiegend Zuwächse von unqualifizierten und niedrig entlohnerten Arbeitsplätzen in der industriellen Massenfertigung (Textil, Bekleidung, Elektro).
- o Seit 1971 stagniert die Zahl der Industriearbeitsplätze. Die 1971/72 erzielten Arbeitsplatzzuwächse

1) zur Typisierung peripherer und extrem peripherer Regionen, vgl. BUNDESKANZLERAMT, 1980, 1980 a.

2) Vgl. die empirischen Untersuchungen von: STÖHR/TÖDTLING 1978, S. 180 - 186, GLATZ 1979 a, S. 15 - 56, 144 - 199.

gingen in der Rezession wieder verloren. Am ausgeprägtesten ist der Arbeitsplatzverlust im niederösterreichischen Grenzgebiet.

- o Bis 1986 werden allein in den Ostgrenzgebieten 110.000 Arbeitsplätze fehlen (OIR, 1978).

Die wichtigsten Ursachen für das Anwachsen der regionalen Disparitäten sind:

a) Marktversagen

In Wirtschaftssystemen, in denen die Standort- und Investitionsentscheidungen von Unternehmen auf der Grundlage eines einzelbetrieblichen Rentabilitätskalküls mit dem Ziel maximaler Kapitalverwertung getroffen werden, herrscht die Tendenz zur Verschärfung gegebener ökonomischer Entwicklungsunterschiede zwischen zentralen und peripheren Regionen.

In jenen Gebieten, in denen schon ein bestimmtes Produktions- und Bevölkerungskapital konzentriert ist, beruht die weitere Ansiedlung von Betrieben auf dem Auseinanderfall von privaten und gesellschaftlichen Kosten und Nutzen. Die privaten Unternehmen können Vorleistungen der öffentlichen Hand unentgeltlich nutzen und müssen für einen Teil der Nachteile und Schäden, die sie verursachen, nicht aufkommen. Der Ballungsprozeß ist sowohl Mittel als auch Ergebnis privatwirtschaftlichen Wachstums.

b) Politikversagen

Politische Systeme, die ihre Interventionen über die Besteuerung der Privatwirtschaft finanzieren, müssen zur Erhaltung ihres Interventionsspielraums günstige privatwirtschaftliche Akkumulationsbedingungen sichern. In Verbindung mit Entscheidungsstrukturen, die auf sozialpartnerschaftlichen Mustern beruhen (Interessenabstimmung zwischen strukturell

ungleich starken Gruppen bei Stillegung aller Basiskonflikte), tendieren solche Systeme dazu, regionale Disparitäten zu verschärfen.

Die fiskalische Abhängigkeit des Staates verhindert eine Politik der kontinuierlichen Förderung peripherer Gebiete auf Kosten zentraler Regionen, da sonst der Interventions-spielraum verloren ginge. Während ein Großteil des staatlichen Interventionspotentials kontinuierlich in die Zentren fließt, werden periphere Regionen nur diskontinuierlich und punktuell gefördert. Mit zunehmender Disparität fallen Investitionsprojekte in peripheren Regionen fiskalischen Rationalisierungstendenzen zum Opfer. Viele in der Peripherie getätigte Investitionen der öffentlichen Hand kommen nicht diesen zugute, sondern verstärken die Sogwirkung der Zentren (z.B. Straßen).

Die herrschende Sozialpartnerschaft führt dazu, daß die Nichtberücksichtigung der Interessen der Bewohner peripherer Regionen für das politische System weniger Folgen hat als die Nichtberücksichtigung der Interessen der Bewohner zentraler Regionen.

Gerade weil die Bevölkerung der Randgebiete durch die ökonomische und politische Dynamik benachteiligt wird, ist sie wenig konfliktfähig (keine strategisch wichtigen Potentiale) und organisationsfähig (schlechter Zugang zu den zentralisierten Medien, die Betroffenen sind über ein weites Gebiet verstreut).

c) Versagen der Regionalpolitik

Regionalpolitik als eigener Politikbereich, in dem die wichtigsten raumrelevanten Instrumente koordiniert und zieladäquat eingesetzt werden, existiert erst wenige Jahre. Aber natürlich hat es auch vorher regionalpolitische Auswirkungen bei der Verfolgung wirtschafts-, beschäftigungs-

und strukturpolitischer Ziele gegeben. Vereinfachend kann man sagen, daß "Regionalpolitik" in Form von Nebeneffekten der allgemeinen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung die regionalen Disparitäten verstärkt hat.

Das Wachsen der Ungleichheiten zwischen Zentren und Peripherien war schließlich auch eine wesentliche Ursache für die Versuche, von der allgemeinen und sektoralen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung zu einer regional konzentrierten Wirtschaftspolitik bzw. Wirtschaftsförderung überzugehen.

Das dominante Grundverständnis von Regionalpolitik war und ist dabei, daß in die peripheren Regionen, gezielt und auf lokale Zentren konzentriert, ein quantitatives Mehr an öffentlichen Mitteln fließen soll, als es in der alten Form der allgemeinen und sektoralen Wirtschaftspolitik der Fall war. Mit Hilfe dieser Kapitaltransfers hofft man, im peripheren Zentrum einen ökonomischen Wachstumsprozeß auszulösen, der dann auf die Umgebung ausstrahlt.

4 wichtige Instrumentengruppen stehen der Regionalpolitik zur Verfügung: (GLATZ, 1979 a, S. 126 - 143).

1. Informationspolitische Instrumente

Ihre Bedeutung für den Disparitätsabbau ist gering, da Informationen Wettbewerbsvorteile der Zentren nicht kompensieren, sondern eher noch verstärkt bewußt machen.

2. Infrastrukturausbau und Bildungspolitik

Der Ausbau der Infrastruktur in den peripheren Regionen bis zum Abbau der Disparitäten durch Ausweitung des gesamten dafür vorgesehenen Budgets oder durch Umverteilung der Ausgaben von den Zentren zu den peripheren

Regionen ist unter den gegebenen politischen und ökonomischen Strukturen nicht realistisch. Die im derzeitigen System verbleibende Alternative besteht darin, daß sich die Infrastrukturausgaben weiterhin schwerpunktmäßig auf die Engpaßbeseitigung in den Zentren konzentrieren. Damit ist jedoch der weitere Rückfall der peripheren Regionen verbunden. Die öffentliche Hand produziert somit gerade jene Probleme, die sie zu lösen vorgibt.

Im Bildungswesen wurde am konsequentesten eine dezentrale Standortpolitik für Mittelschulen verfolgt. Fraglich ist allerdings, ob davon Entwicklungsimpulse für die Grenzregionen ausgehen. Da ein entsprechendes qualitatives Arbeitsplatzangebot fehlt, werden die solcherart qualifizierten Personen zur Abwanderung in die Zentren gezwungen.

3. Die einnahmenseitige Wirtschaftsförderung

Die vorhandenen Instrumente der vorzeitigen Abschreibung, der Investitionsrücklagen und Investitionsfreibeträge sind regional nicht differenziert. Sie begünstigen Unternehmen mit hohen Gewinnen und einer hohen Investitionsquote und damit tendenziell die bestehenden Zentren, in denen diese Unternehmen vorwiegend konzentriert sind.

4. Ausgabenseitige Wirtschaftsförderung

Investitions- und Kapitalhilfen als Anreiz zur Ansiedlung von Betrieben in peripheren Regionen begünstigen bestenfalls die Konzentration niedrigrangiger Betriebe auf einige Regionen auf Kosten anderer, weniger geförderter Regionen. Sie konservieren daher die regionale Produktionsstruktur und verstärken die konjunkturelle Abhängigkeit der peripheren Regionen durch die Ansiedlung von Krisenbranchen.

Die ausgabenseitige Wirtschaftsförderung spielt in der traditionellen Regionalpolitik eine Schlüsselrolle.

Wie die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, hat dieses Instrument aber eine sehr begrenzte Durchschlagskraft: (GLATZ 1979 a, S. 144 - 162, GANSER, 1978 S. 24 - 28, KANIAK, 1980 a).

- o Es überschätzt das verteilbare Potential an industriell-gewerblichen Arbeitsplätzen,
- o es überschätzt die Lenkbarkeit privater Investitionstätigkeit,
- o es benachteiligt die benachteiligten ländlichen Regionen auf Kosten der Zentren,
- o es zieht eine einseitige, krisengefährdete, niedrig-rangige Betriebsstruktur an.

Die Investitionsförderungsinstrumente werden somit der ihnen zugedachten entwicklungspolitischen Funktion nicht gerecht. Ihr Effekt beschränkt sich darin, herrschende ökonomische Tendenzen zu begleiten. Sie schaffen keine längerfristigen Standortvorteile für periphere Regionen und beseitigen daher nicht die Ursachen regionaler Disparitäten.

Die traditionelle Regionalpolitik funktioniert überhaupt nur unter der Voraussetzung stabiler und kräftiger Expansion der Gesamtwirtschaft - und auch dann ist es oft schwer zu beurteilen, ob z.B. Betriebsneugründungen bzw. Betriebserweiterungen in den peripheren Regionen Folgen des allgemeinen Wirtschaftsaufschwunges oder Ergebnis regionalpolitischer Interventionen sind. Sicher aber ist, daß im Falle allgemeiner wirtschaftlicher Stagnation durch Kapitaltransfers und Investitionsanreizpolitik in den Peripherien keine positive Entwicklung eingeleitet werden kann, abgesehen davon, daß dann die öffentlichen Mittel im notwendigen Ausmaß gar nicht zur Verfügung stehen.

Ein zweites grundsätzliches Problem resultiert daraus, daß die traditionelle Regionalpolitik die Standortnachteile peripherer Regionen durch Gewährung von Starthilfen für Investoren auszugleichen versucht, um sie zu befähigen, mit den standortbegünstigten Regionen zu konkurrieren. Das Ergebnis einer solchen Politik ist im besten Fall die Einleitung einer abhängigen Entwicklung in den peripheren Regionen, die dadurch zum Standort einer krisenanfälligen Industrie mit einseitiger Branchenstruktur werden.

Diese Industrien zielen primär auf die Ausbeutung vorhandener Reserven an Frauenarbeitskräften zu schlechtesten Löhnen (GLATZ, 1979 a, S. 36).

Im Bereich der Landwirtschaft sieht Regionalförderung in diesem Konzept so aus, daß man in den peripheren Regionen ganz genau das gleiche fördert wie in den Gunstlagen - nur daß man hier die Förderschwellen hinuntersetzt. Das wirkt - um ein Bild zu verwenden - so, als würde man einen Wettlauf zwischen 2 Läufern veranstalten, wobei der eine auf einer Aschenbahn und der andere querfeldein über Wiesen, Gräben und Hindernisse zu laufen hat; und nun gestattet man dem benachteiligten Läufer einige Meter vor dem Bahnläufer zu starten und glaubt, mit dieser Maßnahme die strukturellen Ungleichheiten kompensiert zu haben.

1.3 Eine mögliche, aber nicht wünschenswerte Zukunftsvision

1.3.1 In der Landwirtschaft

These: Aus dem Strukturwandel der Landwirtschaft wird die Strukturkrise: Der Großteil der Arbeitskräfte, Betriebe und Flächen in den benachteiligten ländlichen Regionen wird zum Ausscheiden gezwungen (vgl. KRAMMER/SCHIEER, 1979: S. 169 - 171).

Im derzeitigen Agrarsystem entscheidet das Wachstum der Nachfrage und die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes darüber, ob der Strukturwandel im Sinne der Entwicklung der letzten beiden Jahrzehnte funktioniert, oder ins Stocken gerät und zu einer "Strukturkrise" leitet. Der technische Fortschritt ist in diesem System weitgehend unbeeinflussbar.

Sinkt das Wachstum der Nachfrage (relativ), dann führt das dazu, daß der Einkommensdruck auf die Betriebe in den benachteiligten Regionen wächst, weil die Betriebe in den Gunstlagen ihre Produktion auf Kosten der benachteiligten weiter ausdehnen und die Kosten dieser Entwicklung (zumindest teilweise) auf die benachteiligten Betriebe abwälzen.

Je geringer das Wachstum der Nachfrage ist und je rigorosier der Staat das weitere Anhäufen von Überschüssen verhindert, desto stärker wird der Druck zur Herausnahme von Arbeitskräften und Boden aus der landwirtschaftlichen Produktion in den benachteiligten ländlichen Gebieten.

Steht diesem Druck kein entsprechender Sog aus dem außerlandwirtschaftlichen Bereich gegenüber, so kommt es zur ausgeprägten Verarmung in den betroffenen Gebieten oder zur Landflucht.

Im folgenden wird angenommen, daß die reale Endproduktion

der Landwirtschaft in den nächsten 20 Jahren stagniert (weil die Agrarmärkte gesättigt sind), die Ertragssteigerungen dagegen wie bisher weiter laufen und das Anwachsen der Überschüsse verhindert wird (vgl. KRAMMER/SCHEER, 1980 Bd. 1, S. 50 - 96.)

Von 1950 - 1975 stieg die reale Endproduktion der Landwirtschaft um 65 %, die Erträge ca. um 100 % und die Arbeitsproduktivität ca. um 360 % an. Hält man die Endproduktion konstant, dann müssen bis zum Jahre 2000 50 % der derzeit landwirtschaftlich genutzten Flächen und 73 % der derzeit beschäftigten Arbeitskräfte aus der Landbewirtschaftung ausscheiden.

Das würde bedeuten, daß in der österreichischen Landwirtschaft im Jahre 2000 ca. 97.000 Vollarbeitskräfte ca. 1,8 Mio. Hektar Land bewirtschaften. Selbst, wenn man die unrealistische Annahme trifft, daß das Wachstum der durchschnittlichen Betriebsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe bis zum Jahre 2000 nur mit jener geringen Rate wächst, wie das zwischen 1960 und 1970 der Fall gewesen ist, dann würden im Jahre 2000 nur mehr 73.100 Betriebe existieren, was einer Abnahme von ca. 78 % gegenüber heute gleichkäme.

Weizenszenario:

Bei Fortsetzung der Ertragssteigerungen würde im Jahre 2000 ein Ertragsniveau von 86 Doppelzentnern je ha erreicht sein. Bei Weiterlaufen der betrieblichen und regionalen Konzentrationstendenzen und unter der Annahme eines Absatzes von ca. 1 Mio. Tonnen Weizen ergeben sich folgende Veränderungen:

- o Die Weizenanbaufläche sinkt von 286.000 Hektar im Jahre 1976 auf 124.000 Hektar im Jahre 2000, das entspricht einer Abnahme von 43 %.

- o Zur Produktion von einer Million Tonnen Weizen reicht die derzeit zum Weizenanbau genutzte Fläche des nord-östlichen Flach- und Hügellandes aus. Alle anderen Produktionsgebiete könnten aus der Produktion ausscheiden.
- o Die Zahl der weizenliefernden Betriebe reduziert sich von rund 63.000 auf 2.400, d.h. daß 60.500 oder 96 % der Betriebe ausscheiden müssen.

Milchmarktszenario:

Bei Fortsetzung der Steigerung der Milchlieferleistungen würden im Jahre 2000 eine Milchlieferleistung pro Kuh und Jahr von knapp 5.000 kg erreicht sein.

Bei Weiterlaufen der betrieblichen und regionalen Konzentrationstendenzen und unter der Annahme eines Absatzes von 2,145.000 Tonnen Milch ergeben sich folgende Veränderungen:

- o Der Kuhbestand sinkt von mehr als 1 Million Stück im Jahre 1976 auf ca. 435.000 Stück im Jahre 2000, das entspricht einer Abnahme um 56 %.
- o Diese starke Abnahme des Kuhbestandes hätte schon bei konstanten Erträgen eine Verringerung der Futterfläche um mehr als die Hälfte zur Folge. Unterstellt man, daß von den derzeit landwirtschaftlich genutzten Wiesenflächen 50 % für die Fütterung der Kühe und 50 % für die Fütterung des übrigen Rinderbestandes verwendet werden, so würde die österreichische Wiesenfläche im Jahre 2000 nur mehr 900.000 Hektar betragen, was einer Abnahme von 25 % gegenüber heute entspricht.
- o Unterstellt man für das Jahr 2000 einen Heuertrag

von 100 Doppelzentner je Hektar, was einer Steigerung von knapp 50 % gegenüber 1975 entspricht, dann reduziert sich die gesamte landwirtschaftliche Wiesenfläche Österreichs auf 600.000 Hektar, das sind nur mehr 50 % der derzeit genutzten Fläche.

- o Die Zahl der milchliefernden Betriebe reduziert sich bis zum Jahre 2000 von 155.800 auf 18.100, d.h. daß 137.700 Betriebe oder 88 % des derzeitigen Bestandes in den nächsten 24 Jahren ausscheiden müssen.
- o Von den 153.200 Betrieben, die 1976 unter 60.000 kg Milch lieferten, können nur 15.500 oder rund 10 % aufsteigen, die restlichen 90 % der Betriebe müssen ausscheiden.
- o 95 % der gesamten österreichischen Milchlieferung erfolgt in einem schmalen Streifen in den Gunstlagen Salzburgs, Oberösterreichs und Niederösterreichs.

Die Ergebnisse dieser Modellrechnungen sind keine Prognose. Das kann nicht ausdrücklich genug betont werden. Aber sie sind deswegen auch nicht eine willkürliche Zahlenspielerei. Es liegen allen diesen Szenarios Annahmen zugrunde, die aus der Erfahrung der jüngsten Vergangenheit genommen wurden. Die Frage lautete, welche Konsequenzen ein Weiterlaufen der Ertragsentwicklung der letzten 2 Jahrzehnte in den nächsten 2 1/2 Jahrzehnten für die Struktur der österreichischen Landwirtschaft haben könnte. Da diese Ertragsentwicklung in der Vergangenheit das Ergebnis einer bestimmten politisch-ökonomischen Struktur der betrieblichen und agrarpolitischen Markt-, Produktions- und Einkommensbesteuerung war, beantworten diese Modellrechnungen die Frage, was geschehen würde, wenn die derzeitige Politik aufrechterhalten bliebe.

Die Modellrechnungen zeigen, daß der Strukturwandel weder

abgeschlossen ist, noch seinen Höhepunkt schon erreicht hat. Jene neue Dimension des Strukturwandels, in dem ganze Regionen aus der landwirtschaftlichen Produktion gedrängt werden, steht erst bevor, außer es kommt zu grundlegenden Veränderungen im derzeitigen Agrarsteuerungssystem.

Die wichtigste Voraussetzung dafür, daß eine derartige Entwicklung überhaupt möglich ist, besteht darin, daß in den nächsten 20 Jahren zusätzlich mindestens 100.000 Arbeitsplätze im Bereich von Industrie, Gewerbe und dem tertiären Sektor geschaffen werden. Dies erscheint ziemlich unrealistisch.

(Vgl. dazu BLAAS, MATZNER, WÖSENDORFER, 1980).

1.3.2 In der Industrie

These: Das "1. Wirtschaftswunder" dauerte ca. von 1958 - 1973. Es führte dazu, daß manche Wirtschaftspolitiker 15 Jahre lang nur überlegten, wie man mehr Menschen schneller aus der Landwirtschaft abziehen könne. Ein 2. Wirtschaftswunder findet höchstwahrscheinlich in den nächsten 15 Jahren nicht statt.

Die internationale Konkurrenz verschärfte sich. Niedriglohnländer wie z.B. Südkorea machen der Ersten Welt Absatzmärkte streitig. Höhere Löhne (in der 1. Welt) und hohe Energiepreise verstärken den Rationalisierungsdruck.

Die Wachstumschancen liegen bei ganz wenigen Sparten. Diese liegen in den Zentren. Die industrielle Produktion in den benachteiligten ländlichen Regionen stagniert oder ist rückläufig.

Die Steuerung des Industriesystems folgt folgenden Prinzipien:

- o privatwirtschaftliches Rentabilitätskalkül;
- o Produktions- und Investitionsentscheidungen liegen bei den Unternehmern;
- o Konkurrenz (national und international);
- o sozialpartnerschaftliche Abstimmung der Beschäftigungs-, Wachstums- und Einkommenspolitik.

Die Konkurrenz zwingt die Unternehmer zur laufenden Rationalisierung der Produktion, was mit Vollbeschäftigung und Einkommenssteigerung nur bei ständiger Ausdehnung der Produktion vereinbar ist. Ein quantitatives Nullwachstum liegt außerhalb der Möglichkeiten dieses Systems!

Weltweit ist in den letzten Jahren das labile Gleichgewicht zwischen Rationalisierung, Produktionsausweitung und Wachstum der Nachfrage gestört. Und es erscheint unwahrscheinlich, daß es in nächster Zeit wieder funktionieren wird: der aus Kostengründen und auf der Basis neuer Technologien verstärkt fortgeführte Rationalisierungsprozeß dürfte schneller laufen als der immer stärker ins Stocken geratene Wachstumsprozeß (Sinken der kaufkräften Nachfrage).

Es erscheint somit als unwahrscheinlich, daß die Industrie in den nächsten Jahren jene Zahl von Arbeitskräften, die in Folge der beschriebenen Strukturkrise der Landwirtschaft zusätzlich beschäftigt werden müßten, aufnehmen kann.

Noch ungünstiger nämlich dürfte die Entwicklung der Industrie in den benachteiligten ländlichen Regionen verlaufen: Verlangsamung des nationalen Wirtschaftswachstums bedeutet nämlich Stagnation in den benachteiligten ländlichen Gebieten. (GLATZ, 1979 a, S. 163 - 176). Und Stagnation des nationalen Wirtschaftswachstums bedeutet Rezession. Das aber

hätte zur Folge, daß sich diese Regionen zu Inseln entwickeln, in denen nicht nur relative, sondern absolute Armut auftritt.

Schließlich dürfte die Krise noch dadurch beschleunigt werden, daß die Aufnahmefähigkeit des tertiären Sektors, bisher das wichtigste Auffangbecken des freigesetzten Arbeitskraftpotentials, in Zukunft selbst in Schwierigkeiten kommen wird.

1.3.3 Im tertiären Sektor

These: Statt der "postindustriellen Gesellschaft" (Bell) kommt die Industrialisierung des tertiären Sektors und die Einschränkung der öffentlichen Leistungen aus Kostengründen.

Für unsere Zwecke möchten wir den tertiären Sektor in zwei Bereiche teilen:

- a) in die personengebundenen Dienstleistungen;
- b) in administrativ-organisatorische Leistungen, die durch zunehmende Arbeitsteilung und Spezialisierung der Produktion, des Geldapparates, des Handels und des Informationssystems als eigene und wachsende Wirtschaftsbereiche entstehen.

Ein großer Teil der personengebundenen Dienstleistungen läßt sich nicht nach dem Muster industrieller Produktion organisieren. Der Substitution von Arbeitskraft durch Kapital und dem Rationalisierungsprozeß sind hier enge Grenzen gesetzt.

Da sich die gesamte Einkommenspolitik aber am Produktivitätsfortschritt im primären und sekundären Sektor orientiert, entsteht im tertiären Sektor ein wachsender Kostendruck. Dieser Kostendruck trifft in erster Linie den Staat,

der die relativ größte Zahl an Arbeitskräften im Bereich der personengebundenen Dienstleistungen beschäftigt und bezahlt. Eine Ausdehnung der Beschäftigung in diesem Bereich ist angesichts der Schere wachsender Ausgaben und stagnierender Einnahmen in den nächsten Jahren nicht zu erwarten, weil dies eine Erhöhung der Steuern voraussetzen würde, gegen die ein starker politischer Widerstand vorhanden ist.

Anders als die personengebundenen Dienstleistungen werden die administrativ-organisatorischen Leistungen hauptsächlich privatwirtschaftlich organisiert. Nachdem die Beschäftigung in diesen Bereichen in den letzten 20 Jahren stark zugenommen hat, dürfte nun eine Phase der Stagnation eintreten. Steigender Kostendruck und neue Technologien auf dem Gebiet der Mikroelektronik könnten in Zukunft sogar dazu führen, daß ein Teil der Arbeitsplätze wegrationalisiert wird.

1.3.4 Zusammenfassung

Die vorausgegangenen Überlegungen wollen nicht als schwarz-malerische Prognosen verstanden werden. Sie beantworten in sehr skizzenhafter Weise die Frage, welche Zukunft das Wirtschaftssystem Österreichs nehmen könnte, wenn sich an den Steuerungsmechanismen nichts Wesentliches, an den sonstigen Rahmenbedingungen jedoch vieles zu Ungunsten der Expansionschancen ändert. Wobei ich diese Perspektiven in der Tendenz für wahrscheinlicher halte, als ihr Gegenteil, nämlich: Eine florierende, höchsttechnisierte und ausbalancierte Freizeit- und Erholungsgesellschaft mit relativ gleicher Einkommensverteilung bei 10-fachem realen Einkommen und Energieverbrauch.

Für unsere Ausgangsfragestellung bedeutet dieses Ergebnis: Es ist trügerisch, zur Bewältigung der Probleme der benachteiligten Bauern bzw. der benachteiligten ländlichen Regio-

nen Lösungen anzubieten, die in anderen Bereichen liegen. So hofft die Landwirtschaft auf die Industrie, die Industrie auf den Fremdenverkehr, der Fremdenverkehr auf die internationale Konjunktur - und alle entweder auf die Heilkräfte des freien Marktes oder der staatlichen Politik - je nach Geschmack.

Aber das Dilemma der Landwirtschaft von heute - Wachstums-einschränkungen bei Fortlaufen einer auf Expansion eingestellten Organisation des technischen Fortschritts, der Konkurrenz und der Förderungspolitik - könnte das Dilemma der Industrie von morgen sein.

1.4 Zur sozialen und kulturellen Situation der Bevölkerung in peripheren ländlichen Regionen

Zu den aufgezählten politischen und ökonomischen Problemen kommen eine Reihe von Benachteiligungen im Bereich des sozialen Sicherheitssystems, insbesondere: (vgl. KRAMMER/SCHEER, 1979 a, S. 223 - 333)

- o Schlechte Ausstattung der benachteiligten ländlichen Regionen mit Gesundheitseinrichtungen, schlechte Erreichbarkeit bestehender Einrichtungen;
- o inadäquates und ungerechtes Honorierungssystem ärztlicher Hilfe für die bäuerliche Bevölkerung (20 prozentiger Selbstbehalt);
- o keine Absicherung, bzw. Sicherung für den Fall der Invalidität für die Bäuerin,
- o kein vollwertiger Mutterschutz für die Bäuerin;
- o Benachteiligung der Nebenerwerbsbauern durch die Arbeitslosenversicherung.

Diese Benachteiligungen wirken entsprechend der unterschiedlichen Arbeitsbelastung selektiv und verstärken die ökonomischen Ungleichheiten.

Besonders erschwerend für die notwendigen Veränderungen wirkt sich die Tatsache aus, daß das vorhandene Informations- und Wertsystem die Landbevölkerung nicht zur aktiven Selbsthilfe ermutigt, sondern isoliert und entmutigt.

Der Bauer wird heute mit einer Mischung von Bauerntums- und Unternehmerideologie konfrontiert. Die wichtigste Funktion der traditionellen Bauerntumsideologie ist es, den Bauern ein handlungsrelevantes Deutungsmuster der Gesellschaft und ihrer Veränderungen zu vermitteln, indem bäuerliches Arbeiten und Leben als ursprünglich gut, frei und zukunftsweisend hingestellt wird. Auf zentrale Elemente dieser Ideologie baut die neue bäuerliche Unternehmerideologie auf: in ihr ist der Bauer ein Unternehmer und gerade deswegen frei. Er könne autonom seinen Erfolg bestimmen, er sei ein Partner der Industrie und als Genossenschafter bestimmte er die Richtung und Politik dieser seiner Organisation. Diese neue Ideologie soll dem Bauern das Gefühl vermitteln, es käme in erster Linie auf seine Unternehmerfähigkeit an. Würde er nur geschickt und gut (und viel) investieren, dann könne er es schon schaffen.

Diese Ideologien bewirken, daß die oft bis zur Selbstausbeutung reichende Arbeitsbelastung vieler Bauernfamilien von den Betroffenen selbst akzeptiert wird. Veränderungen der Betriebsorganisation mit dem Ziel, die Arbeitsbelastung der Bauernfamilie zu reduzieren, werden deswegen auch heute noch oft negativ bewertet.

Die Bauerntums- und Unternehmerideologie wirkt der Einsicht in die Realität der ablaufenden ökonomischen und politischen Prozesse, der Bildung von ökonomischen und politischen Alternativorganisationen und der Knüpfung alternativer Bündnisse hemmend entgegen. Darüberhinaus erzeugt sie ein extrem individualistisches Verarbeitungsmuster für die Bewältigung der existentiellen Bedrohung, die die ökonomische Perspektivlosigkeit für viele Bauern objektiv darstellt. Armut

gilt als selbstverschuldet, die Aufnahme eines außerlandwirtschaftlichen Zweitberufes als Ausdruck unternehmerischen Versagens. Was zählt, ist die ins Auge springende Investitionstätigkeit, egal, ob sie ökonomisch gerechtfertigt ist oder nicht.

Die schulische Ausbildung ist viel zu einseitig auf bloße Wissensvermittlung und Wettbewerb, aber kaum auf Konfliktbewältigung, Solidarisierung und Förderung der Kommunikation untereinander ausgerichtet. Auch aus der Erwachsenenbildung ist bekannt, daß sich die Bevölkerung aus Randgebieten im Vergleich zu der in Ballungsräumen nur wenig an Bildungsangeboten beteiligt. Dies auch deshalb, weil die Bildungsangebote vorwiegend mittelschichtspezifischen Charakter haben. Der überwiegende Teil der Mittel aus der Erwachsenenbildung kommt der bildungsmotivierten Mittelschicht in Ballungsräumen zugute. Für Bildungsarbeit mit Benachteiligten, die viel schwieriger ist, aufwendige Werbemethoden und das Erproben situationsgerechter Modelle erfordert, gibt es nur wenig Mittel.

Die bestehende Kultur hindert ebenfalls vielfach eine Problembewältigung, weil ihre Wertvorstellungen und ihre Inhalte veraltet sind und keine Antwort oder Hilfe zur Auseinandersetzung mit der existenzbedrohenden Situation geben. Z.B. gehen Theaterstücke a la "Löwinger", die in ländlichen Gebieten von Laienspielgruppen häufig gespielt werden, nicht nur völlig an der Realität vorbei, sondern zerstören den Rest an vorhandener Selbstachtung bei der ländlichen Bevölkerung und ihre Stellung in der Gesellschaft. Auch Heimat- und Brauchtumsvereine pflegen und verherrlichen die äußere Idylle der bestehenden, entwicklungshemmenden Kultur, anstatt Alternativen zu setzen.

1.5 Analyse des Wertsystems der wichtigsten Sozialisationsinstanzen in peripheren ländlichen Regionen¹⁾

Obwohl es durch Dorfanalysen, Gruppendiskussionen und Literatur bereits viel Material zu diesen Fragen gibt, können folgende Ausführungen nur als Tendenzen gewertet werden, die einerseits nicht alle Bevölkerungsgruppen in einer Region gleich betreffen (z.B. weniger die Mittel- und Oberschicht) andererseits sind die Wertstrukturen und Sozialisationsinstanzen nur zu einem Teil regionsspezifisch.

1.5.1 Wertvermittlung durch die Familie

In der Familie überwiegen folgende Werte und Normen:

- o Gehorsam,
- o Leistung
- o eher unreflektierte Normen und Moralvorstellungen,
- o veraltetes Gottes- und Kirchenverständnis,
- o klare Rollenzuweisung,
- o Kontrolle durch Tadel, Liebesentzug, teilweise durch körperliche Strafen,
- o zu strenges Vorgehen bei sensiblen Entwicklungsabschnitten,
- o wenig bewußte Beschäftigung mit dem Kind in den ersten Lebensjahren,
- o Eltern reden aus Zeitmangel zu wenig mit den Kindern,
- o wenig Verständnis für neue Ideen,
- o manche Dinge sind tabu (z.B. Sexualität),
- o wenig Anerkennung und Lob.

Durch einen eher autoritären Erziehungsstil und durch klare Rollenzuteilung wird die Vermittlung der genannten Werte garantiert.

¹⁾ In diesem Kapitel sind praktische Erfahrungen mit Veränderungsbarrieren im Rahmen einer mehrjährigen Jugend- und Gemeinwesenarbeit von A.ROHRMOSER im Waldviertel zusammengefaßt. Vgl. ROHRMOSER 1980.

Dazu z.B. Ergebnisse einer Untersuchung bei Bauernfamilien in Oberösterreich 1975:

Bei der Aufgabe, die Eigenschaften zu reihen, auf die in der Erziehung am meisten Wert gelegt wurde, ergibt sich folgende Rangordnung:

1. Gehorsam
2. Leistung
3. Selbständigkeit
4. Selbstbeherrschung
5. Unterordnung
6. Entwickeln eigener Ideen.

1.5.2 Wertvermittlung durch die Schule

Das Organisationsmodell der Schule in ländlichen Regionen ist sehr straff, die einzelnen Instanzen und Personen sind untereinander sehr abhängig, sowohl Lehrer als auch Schüler haben wenig Möglichkeiten zur Veränderung. Die Schüler haben auf die Erstellung der Lernziele, -inhalte und -methoden praktisch keinen Einfluß, d.h. sie unterliegen einer Fremdbestimmung.

Durch ihre hierarchische Organisation, durch den eher autoritären und frontalen Unterrichtsstil und durch ihre Inhalte fördert die Schule Verhaltensmerkmale wie

- o Wettbewerb
- o Abhängigkeit
- o Leistungsdenken
- o geringe Eigeninitiative
- o Obrigkeitshörigkeit
- o unreflektierte Normeneinstellungen
- o geringes Ausmaß sozialer Erfahrungen wie Teamarbeit, Solidarität untereinander.

Die Analyse des Lehrer-Schüler-Verhältnisses von Paulo FREIRE, einem brasilianischen Pädagogen, trifft zum Großteil auch bei uns zu:

- "- der Lehrer lehrt, die Schüler werden belehrt
- der Lehrer weiß alles, die Schüler wissen nichts
- der Lehrer denkt, über die Schüler wird gedacht

- der Lehrer redet, die Schüler hören brav zu
- der Lehrer züchtigt, die Schüler werden gezüchtigt
- der Lehrer wählt aus und setzt seine Wahl durch, die Schüler stimmen ihm zu
- der Lehrer handelt, die Schüler haben die Illusion zu handeln durch das Handeln des Lehrers
- der Lehrer vermischt die Autorität, die er in Widerspruch setzt zur Freiheit der Schüler
- der Lehrer ist das Subjekt des Lernprozesses, während die Schüler bloß Objekte sind." (FREIRE 1976, S. 58).

Je nach Sozialisationsbedingungen treten Kinder mit unterschiedlichen Voraussetzungen (Sprachvermögen, Lernbereitschaft ...) in die Schule ein. Die herkömmliche Schule ist in der Regel nicht in der Lage, Kindern mit weniger Voraussetzungen entsprechende Hilfen anzubieten, diesen Rückstand aufzuholen, sondern vergrößert diesen noch. (Ausleseschule) Die Schule ist durch Sprache, Umgangsformen, Inhalte etc. mittelschichtorientiert und erhält und verstärkt dadurch ungleiche Bildungschancen.

Auch in den berufsbildenden Schulen wird im wesentlichen die Wertstruktur der Pflichtschule weitergeführt, sie sind damit ein weiterer Faktor in der Verhaltensstabilisierung.

1.5.3 Wertvermittlung durch außerschulische Bildung, Kultur und Freizeitindustrie

(i) Außerschulische Jugendarbeit:

Die Mitgliederzahlen ländlicher Jugendorganisationen (Katholische Jugend Land, Österreichische Landjugend, Junge ÖVP) sind durch Freizeitindustrie, Pendlertum, Abwanderung ... stark zurückgegangen.

Es gibt aber nicht von jeder Organisation in jedem Ort eine Gruppe. Die Tendenz der Wertvermittlung dieser Jugendorganisationen ist folgende:

- Die Katholische Jugend Land setzt oft am ehesten kritische Akzente, sie reflektiert zum Teil bis-

herige Werte und orientiert sich in den letzten Jahren stark an der katholischen Soziallehre.

Es gibt auch viele unkritische Gruppen, die nur das Bestehende verstärken.

- Die Österreichische Landjugend(Kammerjugend) ist in der praktischen Arbeit sehr stark auf Brauchtumpflege, Wettbewerbe und konsumorientierte Freizeitgestaltung ausgerichtet.
- Die junge ÖVP betreibt Rekrutierung und ist somit für die Erhaltung des Status quo. Ihr Programm ist vorwiegend auf Freizeitgestaltung (Tanz- und Heurigenveranstaltungen, Ausflüge, Theaterspiel) und einschlägige politische Veranstaltungen ausgerichtet.

Außer den Gesamttendenzen dieser Organisationen hängt das konkrete Programm und die Verwirklichung der Ziele stark von den jeweiligen Gruppenleitern ab, die auch eine bestimmte Sozialisation hinter sich haben und auch der Sozialkontrolle ausgesetzt sind.

(ii) Erwachsenenbildung:

Die Erwachsenenbildung erreicht mit ihrem Programm nur einen relativ geringen Anteil der Bevölkerung.

Am Land sind am ehesten die Einrichtungen der kirchlichen Erwachsenenbildung sowie der Berufs- und Interessensvertretungen aktiv.

Die kirchliche Erwachsenenbildung hat zum Teil gute Angebote z.B.: Familien- und Erziehungsfragen, Fest- und Feiergusaltung, musische und kreative Angebote, religiöse Weiterbildung. Zum Teil ist aber die Kirche stark mit der bäuerlichen Interessensvertretung verflochten. Bei Bauern und Bäuerinnentagen referieren außer den kirchlichen fast ausschließlich Fachleute aus Bauernbund und Landwirtschaftskammern. So gesehen ist die Bildungsarbeit der Kirche auch

eine Informations- und Werbestrategie für befreundete Organisationen. Aus ideologischem Interesse wird darauf verzichtet, bestehende Mißstände von der Wurzel her aufzugreifen und zu diskutieren.

(iii) Kultur:

Vereine sind Träger von Tradition und Brauchtum und so ein wesentlicher Faktor zur Erhaltung und Pflege überkommener Wertvorstellungen und Leitbilder.

Das sind vor allem:

- o Schollenideologie
- o Herr - Knecht-Verhältnisse
- o Verklärung früherer Zeiten
- o Blindheit gegenüber gegenwärtigen und geschichtlichen Zusammenhängen
- o Befürwortung klarer Autoritätsverhältnisse
- o klare Rollenteilungen
- o Legitimierung der bestehenden Machtverhältnisse
- o tlw. Lächerlichmachen des Landes im Vergleich zur Stadt
- o Kultur wird als Ware im Fremdenverkehr vermarktet
- o faschistoide Tendenzen sind in manchen Vereinen deutlich sichtbar.

(iv) Freizeitindustrie:

Die Freizeitindustrie (z.B. hält sich die Jugend sehr viel in Diskotheken auf) sorgt für eine Haltung des unkritischen Konsumierens, mit der Auswirkung, daß der steigende Alkoholkonsum etc. zur Verdrängung anstehender Probleme beitragen.

1.5.4 Wertvermittlung durch die Kirche

Die Wertvermittlung und Prägung hängt relativ stark an den Priestern, in manchen Regionen werden auch hauptamtliche Pastoralassistenten und Jugendleiter eingesetzt.

Da der Klerus ziemlich überaltert (dies vor allem am Land) und durch Priestermangel arbeitsmäßig überlastet ist, (wenig Zeit zur Weiterbildung) gibt es vorwiegend vorkonziliare Vorstellungen, wobei folgende Haltungen im Vordergrund stehen:

- o Gehorsam
- o unreflektierte Wertvorstellungen,
- o überkommene Sexmoral
- o Kritiklosigkeit gegenüber herrschenden Zuständen
- o Duldsamkeit und Passivität
- o verinnerlichte Kontrolle in Form des schlechten Gewissens
- o Jenseitsbezogenheit
- o Spendierfreudigkeit (Caritasdenken anstatt verändern struktureller Verhältnisse)
- o falsch verstandene Vorsehung - Paternalismus
- o vorwiegend Orientierung an einer Partei

Die Wertvermittlung der Kirche gelingt deshalb so gut, weil die kirchliche Organisationsstruktur sehr dicht ist (wöchentlicher Kirchenbesuch, Religionsunterricht, Begleitung des Menschen in wichtigen Lebensphasen wie Geburt, Heirat, Tod, zielgruppen- und altersspezifische Arbeit).

An sich vertritt das Christentum Werte wie Liebe, Brüderlichkeit, Solidarität, Toleranz, Gleichheit unter den Menschen ... und sieht den Menschen im Mittelpunkt, dem Wirtschaft, Technik, Strukturen unterzuordnen sind.

Es klaffen daher Anspruch und Realität in der Kirche weit auseinander, obwohl es natürlich auch innerkirchlich eine Reihe von kritischen Ansätzen gibt.

1.5.5 Wertvermittlung durch die Politik:

Die Wertvermittlung in der Politik erfolgt vorwiegend durch die Mehrheitspartei (ÖVP mit ihren Bündnen) und in enger Verbindung mit Wirtschaft, Genossenschaften, Vereinswesen und Kirche. Durch das Zusammenwirken verschiedener Organisationen gibt es günstige Voraussetzungen, die Vermittlung der traditionellen Werte zu garantieren. Es sind dies vor allem jene Werte, die ohnehin schon in den anderen Bereichen angeführt worden sind.

Insbesondere aber vermitteln die Parteien durch ihr Interesse an "Rekrutierung" folgende Werte:

- o Scheuklappendenken (andere Parteien sind schlecht)
- o Diffamierung Andersdenkender (wer anders denkt und sogar handelt, wird sofort als Linker, Kommunist etc. beschimpft)
- o Kritiklosigkeit und Gutgläubigkeit gegenüber der eigenen Partei (Kritiker haben keine Chance, entscheidende Position zu erhalten)
- o Autoritätshörigkeit durch entsprechende autoritäre Umgangsformen.

Die vorherrschenden Wertstrukturen in einem ländlichen Gebiet und die mangelnde Beteiligung der Bevölkerung an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen sind u.a. erklärbar durch eine jahrhundertelange Geschichte der Unterdrückung, Abhängigkeit und Fremdbestimmung durch Großgrundbesitzer, Adel, Kirche und Parteien (vgl. dazu KRAMMER, 1978).

1.5.6 Schlußfolgerungen

Die wesentlichen Sozialisationsinstanzen vermitteln sehr ähnliche Werte, stehen miteinander eng in Beziehung und haben einen ergänzenden Charakter, was ein geschlossenes System ergibt.

Milieuabweichendes Verhalten kann dadurch leicht kontrolliert werden.

Nur wenige Personen, die wieder untereinander eng in Beziehung stehen und meist mehrere Ämter bekleiden, sind die Entscheidungsträger und hauptsächlich an der Meinungsbildung beteiligt.

"Die formellen Machtträger sitzen in den Schlüsselpositionen wichtiger Institutionen durch demokratische Wahl oder autoritative Ernennung. Die Institutionen haben die Tendenz, gewisse gesellschaftliche Funktionen zu monopolisieren, neue dazu zu erwerben und durch ihre Vertreter einen möglichst weitverzweigten und daher undurchsichtigen und unkontrollierbaren Einfluß auszuüben.

Die Analyse von informellen und formellen kommunalen und regionalen Machtstrukturen kann die Entstehung und den Verlauf sozialer Spannungen zwischen verschiedenen Gruppen erklären und daher Strategien entwickeln helfen, die basierend auf besserer Kenntnis einer bestimmten Situation, auch wirksamer nichtberechtigte soziale Unterschiede und Abhängigkeiten abbauen.

Formelle Machtstrukturen und deren institutionale Verflechtungen in einer Gemeinde werden sichtbar aus der Analyse institutionalisierter Führungs- und Entscheidungsgremien (Gemeinderat, Pfarrgemeinderat, Interessensvertretungen).

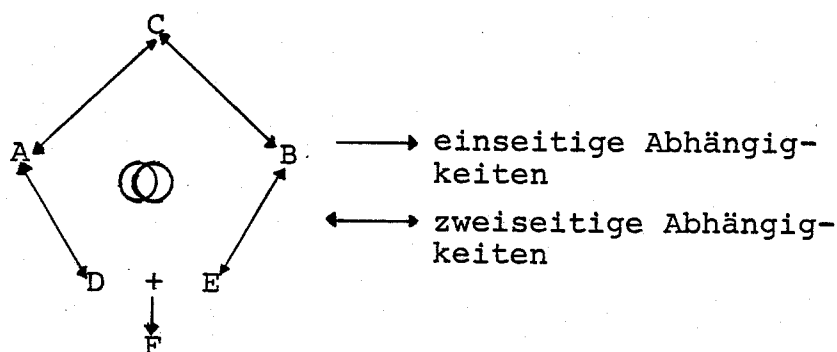
Aus den bisherigen Gemeindeuntersuchungen zeigen sich starke Verflechtungen zwischen Kirche, Raiffeisenkasse und Bauernvertretung, so daß man von den "3 K" sprechen kann: Kirche, Kasse, Kammer.

Informelle Machtstrukturen lassen sich am besten auf dem Hintergrund sozialer Konflikte und Spannungen analysieren.

Hier die Analyse eines Schulbusproblem: Eine Berggemeinde, ursprünglich ein Bauern- und Arbeiterdorf, entwickelte sich aufgrund der Lage und eines initiativen Fremdenverkehrsvereins zu einem Erholungsort. Die wichtigste soziale Akteurin ist die Taxiunternehmerin A., verheiratet mit dem Gemeindesekretär B.A. ist Mitbegründerin des Fremdenverkehrsvereins, dessen Obmann der Volksschuldirektor und jetzige Bürgermeister des Ortes (C) ist. A erfährt also über B alle für sie wichtigen Informationen aus der Gemeindestube.

Als Taxiunternehmerin bringt sie die Erholungssuchenden aus der Bundeshauptstadt zu einem bestimmten Gastwirt des Ortes (E), wie auch auf die entlegenen Höfe der Nebenerwerbsbauern D. Da aber das Unternehmen ganzjährig nicht ausgelastet ist, bekommt sie von der Gemeinde die Schulbusfahrten zugeteilt, wobei ihr der

Wirt E bei der Zustellung der Kinder F mit seinem Bus hilft. Geschäftlich bedingt hat der Fremdenverkehr immer Vorrang, so daß die Kinder nach dem Unterricht nicht bloß lange Wartezeiten haben, sondern von A und E häufig auf der Strecke ausgeladen werden und noch lange Fußmärsche bis zu ihrem abseits gelegenen Elternhaus zurücklegen müssen. Die Eltern dieser Kinder beschweren sich zwar beim Bürgermeister und Volksschuldirektor C., benötigen aber als Nebenerwerbsbauern einen Zuerwerb und sind daher von A bzw. von B und C völlig abhängig. Schematisch dargestellt, zeigen sich also folgende Abhängigkeitsverhältnisse.



Dieses Beispiel demonstriert eindeutig, wie das Streben der sozialen Akteure nach einem Seltenheitswert (Fremdenverkehr), der zugleich strukturell bedingt ist (Lage des Dorfes plus Notwendigkeit eines Zuerwerbs für die Nebenerwerbsbauern), diese in eine Schlüssel- und Machtposition bringt und dabei die sozial schwächsten Kategorien (Kinder der Nebenerwerbsbauern) fast notwendigerweise benachteiligt.

Die informellen Machtträger in einer Gemeinde stützen sich meistens auf zahlreiche außerkommunale Beziehungen ab, die ihnen und der Gemeinde von Nutzen sein können, bauen sich selbst auf durch langjährige Mitarbeit in den wichtigsten Vereinen und parteipolitischen Interessensvertretungen und arbeiten engagiert an kommunalen Entwicklungszielen mit. Sie verstehen es, sich mit wichtigen Persönlichkeiten zu verbinden dadurch Zugang zu Informationsquellen zu erhalten, sich durch Abhängigkeiten anderer ihre eigenen Positionen zu festigen und auszubauen." (HÖRBURGER, 1980, S 47 f).

Je einheitlicher und geschlossener das Wertsystem, die Rollenerwartungen und Positionszuweisung der maßgeblichen Sozialisationsinstanzen sind, desto stärker wird das Verhalten auf dieses Wertsystem hin geprägt.

Wer nur eine bestimmte Lebensart, eine bestimmte Wertordnung usw. kennenlernt, kann sich später schwer umstellen, ist also wenig flexibel, hat eine gewisse Intoleranz gegenüber anderen Lebensweisen, d.h. es besteht eine große Abhängigkeit von sozialisierten Werthaltungen.

Die bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen schaffen für die Betroffenen bestimmte subjektive psychische Verhältnisse. Es vollzieht sich ein Prozeß der Verinnerlichung des bestehenden Wertsystems, der Rollenerwartungen und Haltungen.

Die subjektive sozialpsychologische Situation wirkt auf die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zurück. Es gibt also eine geistige Fremdbestimmung, die mit beiträgt zur politischen und wirtschaftlichen Fremdbestimmung.

Die subjektiven Werthaltungen wie Sprachlosigkeit, Schicksalsgläubigkeit, Mangel an Selbstwertgefühl, Mangel an strukturellem Durchblick usw. wirken sich wiederum verstärkend auf die bestehenden Verhältnisse aus.

Die Sozialstruktur unserer Gesellschaft ist in hohem Ausmaß pyramidenartig. Die Information verläuft von oben nach unten, aber der Gewinn (Mehrprodukt) geht den umgekehrten Weg von unten nach oben.

Johan Galtung (schwedischer Friedensforscher) bezeichnet die vertikale Interaktion in einer Gesellschaft als Durchdringung, die seiner Meinung nach immer mit struktureller Gewalt verbunden ist. Dazu ein kurzer Exkurs:¹⁾

1) Vgl. dazu GALTUNG, 1975, S. 84 f.

Strukturelle Gewalt:

Unter struktureller Gewalt verstehen wir den Typ von Gewalt, der in die gesellschaftliche Organisation, in die Sozialstruktur eingebaut ist - im Gegensatz zu der Gewalt, die willentlich von einem Subjekt gegen ein anderes Subjekt angewendet wird. Gemeinhin sind zwei Formen der strukturellen Gewalt anzutreffen: Ausbeutung und Spaltung.

Ausbeutung liegt vor in einem Muster der vertikalen Arbeitsteilung, in dem die Interaktion so angelegt ist, daß einige Menschen in bestimmten gesellschaftlichen Positionen wesentlich mehr Vorteile genießen als andere.

Und von Spaltung sprechen wir dann, wenn diejenigen, welche durch die Interaktion benachteiligt sind, zusätzlich noch voneinander ferngehalten werden, während diejenigen, welche bevorzugt sind, gut miteinander kooperieren.

Beide Phänomene sind auf der innergesellschaftlichen Ebene beobachtbar, beispielsweise in den Arbeitsbeziehungen zwischen Unternehmensleitern (privatkapitalistischen wie staatskapitalistischen) und Arbeitern, oder in den Beziehungen zwischen Männern und Frauen, zwischen Erwachsenen und Kindern.

In der Tat sind sie auch in zwischenstaatlichen Beziehungen beobachtbar, etwa wenn reiche, industrialisierte Staaten sehr gut miteinander kooperieren und gegenüber den armen, rohstoffproduzierenden Staaten, die in Isolation voneinander gehalten werden, eine vertikale Arbeitsteilung aufrechterhalten - so wie dies im Verhältnis der Europäischen Gemeinschaft zu den assoziierten Staaten der Fall ist.

Aber im Falle der internationalen Beziehungen oder generell der Beziehungen zwischen Gemeinwesen (und nicht nur zwischen Individuen) liegt auch noch ein dritter Aspekt der strukturellen Gewalt vor:

Durchdringung. Das charakteristische Merkmal von Durchdringung ist, daß zwischen den Eliten im Zentrum und den Eliten

der Peripherie eine Brücke der Interessensharmonie und der Gleichartigkeit des Lebensstandards geschlagen ist, aufgrund derer beide dieselben Bedingungen und dasselbe Schicksal teilen: Sie genießen gut Tage und erleiden schlechte Tage gemeinsam. Diese Brücke dient auch als Verbindungsweg, auf dem die Eliten des Zentrums den Eliten der Peripherie ihren Auftrag, ihren Kultur-, ihren ökonomischen, politischen und militärischen Auftrag, und schließlich ihre gesamte Sozialstruktur vermitteln und so aufprägen können, daß letztere diesen imitieren.

Die Art der relativ geschlossenen Sozialisation wirkt sich auf die Betroffenen unterschiedlich aus. Es lassen sich verschiedene Gruppen feststellen: (ROHRMOSER, 1979, S. 201 f.)

- "- Die Geschädigten: Solche, die die Werte und Gebote zu ihrem eigenen Gewissen machen und verinnerlichen. Diese Wertordnung ist ein Mittel zur Unterwerfung. Der Unterdrückte unterdrückt sich selbst im Interesse der Herrschenden.
- Die Gleichgültigen: Personen, die sich nur äußerlich diesen Werten anpassen, also weniger verinnerlichen. Aufgrund fehlender Reflexion wird diese Wertstruktur jedoch den Kindern weitergegeben.
- Die Ordnungshüter: Jene, die durch diese Wertordnung Vorteile haben, weil sie in Positionen sind, in denen ihnen die Unterwürfigkeit Nutzen bringt, etwa in der Familie, Gemeinde und Politik.
- Die Machthaber: Jene, die diese Wertmaßstäbe als raffinierten Unterdrückungsmechanismus tradieren und als Gottes Gebot deklarieren.
- Die Revolutionäre : Nur wenige sind in der Lage, sich über die aufgezwungenen Werte hinwegzusetzen und sie aufzuarbeiten. Dies bringt ihnen meist eine Außenseiterrolle ein."

Durch diese Analyse wird deutlich, daß es eine Fülle ineinandergreifender Innovationsbarrieren gibt. Obwohl sicher nicht alle Barrieren auf alle Menschen und Gruppen in strukturschwachen Gebieten zutreffen, wird erkennbar, warum eine

dauerhafte Verbesserung strukturschwacher Gebiete so schwierig ist. Es wird auch verständlich, warum trotz des angeblichen Fortschritts (Massenmedien, Motorisierung, Mechanisierung, Fremdenverkehr, Freizeitindustrie ...) die autoritären Strukturen und Verhaltensweisen weiterhin erhalten und tradiert werden. Dazu kommt noch, daß pluralistische Ansätze über Medien, Fremdenverkehr, Freizeitindustrie usw. eine gewisse Lockerung des bestehenden Wertsystems mit sich bringen, was zu Orientierungslosigkeit und Verunsicherung führt, aber nicht zur Erarbeitung jener Werte, die zu mehr Partizipation verhelfen.

2. Zwei "Sackgassenkonzepte" für periphere ländliche Regionen

In den letzten Jahren wurden verschiedene Konzepte diskutiert, von deren Verwirklichung man sich eine dauerhafte Lösung der Probleme peripherer ländlicher Regionen erwartet.

Daneben existieren zahlreiche Vorschläge, durch administrative und budgetäre Reformen die traditionelle Agrar- und Regionalpolitik effektiver zu machen. Auf diese Vorschläge soll im folgenden nicht eingegangen werden.

Dafür soll geprüft werden, ob die beiden, am häufigsten genannten Alternativkonzepte, nämlich

- die Umwandlung der peripheren ländlichen Regionen in Erholungs- und Fremdenverkehrsgebiete bzw.
- die Lösung der Agrar- und Beschäftigungsprobleme in den peripheren ländlichen Regionen durch den verstärkten Übergang auf die nebenberufliche Landbewirtschaftung

geeignet sind, die in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen.

2.1 Fremdenverkehr - eine Lösung für periphere ländliche Regionen?

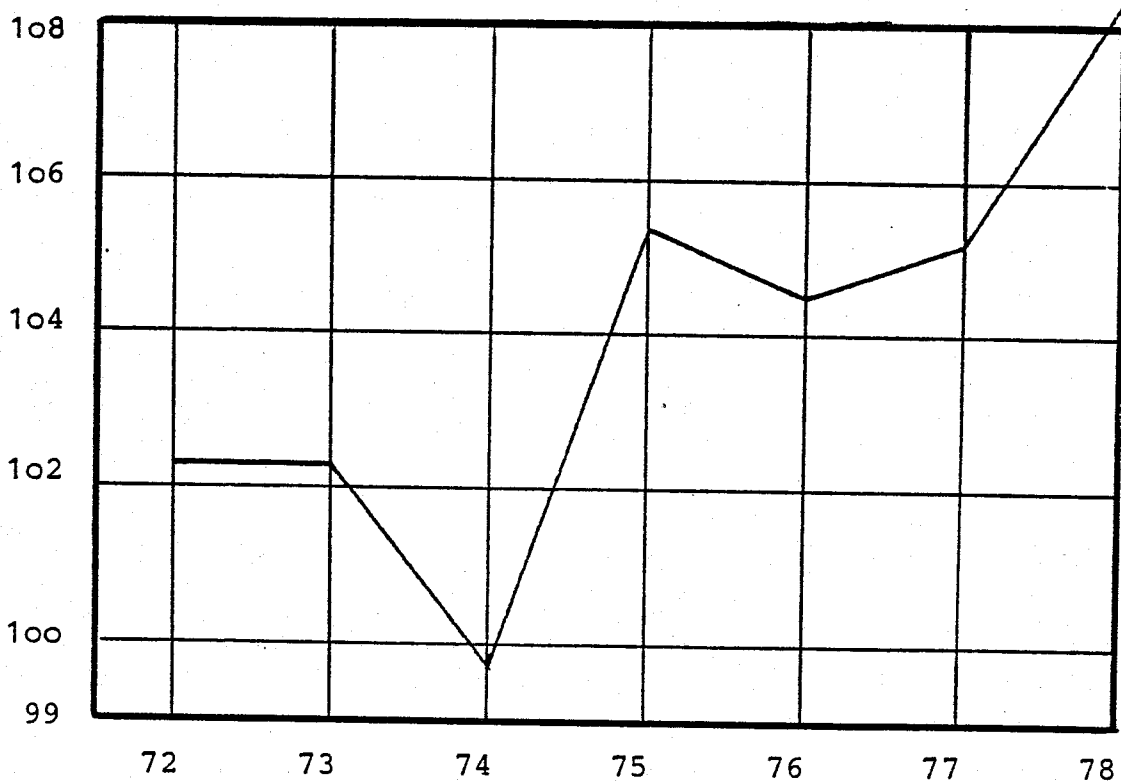
2.1.1 Fremdenverkehr in Österreich¹⁾

Österreich kann als Fremdenverkehrsland bezeichnet werden. 7,7 % der Deviseneinnahmen am Bruttonationalprodukt stammen aus diesem Sektor (Spitzenwert der OECD-Länder). 1978 betrug der Anteil des Fremdenverkehrssektors am gesamten Bruttonationalprodukt 10 %. Bisher haben die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr wesentlich zur Deckung des Handelsbilanzdefizites beigetragen. Das Defizit steigt allerdings stärker an, als die Einnahmen im Fremdenverkehr (Deckungsbeitrag 1970: 98 %, 1978 nur mehr 61 %).

Abb. 1: Entwicklung der Nächtigungszahlen 1972 - 1978:

(Quelle: ÖStZA: Der Fremdenverkehr in Österreich)

Mio.



1) Vgl. dazu DORNER, 1980.

Mit jeweils einem Jahr Verspätung sind die wirtschaftlichen Einbrüche (Ölschock, Rezession) sichtbar. Ansonsten läßt sich ein stetiges Wachstum verfolgen.

Etwa 75 % der Feriengäste kommen aus dem Ausland (besonders aus der BRD). Der saisonale Schwerpunkt lag bisher im Sommer. Der Anteil der Nächtigungen in der Wintersaison nimmt aber zu. 1978 fielen auf die Wintersaison bereits 34 % der Nächtigungen.

Dem Winterfremdenverkehr kommt eine außerordentliche Bedeutung zu:

- In der Wintersaison hat Österreich als Anbieter ungleich weniger Konkurrenz als im Sommer (Monopol der Alpenländer).
- Das Preisniveau ist verglichen mit der Schweiz etwas niedriger.
- Die Nachfrager kommen im allgemeinen aus finanzkräftigeren sozialen Schichten, die mehr Geld ausgeben und die kaum auf wirtschaftliche Krisen reagieren.
1978 betrug die durchschnittliche Tagesausgabe im Winter S 680,-- und im Sommer S 540,-- (bei höheren Investitionen kann allgemein im Winterfremdenverkehr mit mehr Einnahmen gerechnet werden).
- Durch die 2. Saison (Winter) ist außerdem eine bessere Auslastung der Betriebe und Anlagen gegeben (Rentabilität).

2.1.2 Wirtschaftliche Bedeutung

- Wie bereits erwähnt, ist der Fremdenverkehr für Deviseneinnahmen ein wichtiger Faktor (Beitrag zum Ausgleich der negativen Außenhandelsbilanz).
- Der Fremdenverkehr als Arbeitsgeber - In 36 000 Gastgewerbe- und 23 000 Beherbergungsbetrieben sind insgesamt ca. 270 000 Leute beschäftigt. Die Zahl der Lehrlinge

ist im Steigen begriffen. Darüberhinaus ist der Fremdenverkehr indirekter Arbeitgeber für ca. 300 000 Beschäftigte im Bereich Zulieferungsindustrie, Baugewerbe, Handel, etc.

- Die Bedeutung des Fremdenverkehrs als Wachstumsfaktor für verschiedene Regionen wirkt sich auch in der regionalen Verteilung des Einkommens aus. Dadurch konnte in einigen Gebieten, die unter anderen Umständen (Standortkriterien für Industrien) zu den strukturschwachen ländlichen Gebieten zu zählen wären, ein ähnliches Pro-Kopf-Einkommen erreicht werden, wie in manchen Agglomerationen.

2.1.3 Auswirkungen

Neben einer Vielzahl von positiven Auswirkungen (vor allem auf wirtschaftlicher Seite, wie bereits erwähnt) hat die Entwicklung auf diesem Sektor in einigen Fremdenverkehrsgebieten einen Stand erreicht, der in mancher Hinsicht bedenklich ist. Für diese Gebiete sind Belastungen entstanden, die bisher ein "Privileg" der Agglomerationen (Kernräume) waren und die durch übertriebene touristische Nutzung hervorgerufen worden sind. Dabei kann man zwischen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Belastungen unterscheiden.

a) sozialer Bereich

Hier kommt es zu verschiedenen Formen der Fremdbestimmung, die durch Wertsysteme der Gäste geprägt sind. So kann es zum Verlust der kulturellen Eigenständigkeit kommen, indem traditionelle Strukturen abgelegt werden. Gleichzeitig besteht aber auch die Möglichkeit einer kulturellen Erstarrung, indem das örtliche Brauchtum vermarktet wird ("Tiroler Abend"). Das massierte Auftreten von Ausländern in den Fremdenverkehrsgebieten kann auch zu Fremdenhaß führen ("Piefke!"). Besonders in kleinen Ländern wie Österreich sind diese Möglichkeiten gegeben.

b) wirtschaftlicher Bereich

Bei einer starken Ausrichtung auf wenige Branchen des

Tertiärsektors (Gastgewerbe, Beherbergungswesen, etc.) besteht für die jeweilige Region die Gefahr der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Fremdenverkehr (Monostruktur). Die Nachfrage ist derzeit im Tourismus zwar relativ unelastisch und damit wenig konjunkturanfällig, trotzdem kann bei einem etwaigen Nachfragerückgang die Situation kritisch werden.

Die Investitionskosten für (Fremdenverkehrs-)infrastruktur sind zumeist hoch, die Betriebskosten zum Teil ebenfalls (hohe Verschuldung). Hinzu kommt noch das Problem der Auslastung der Anlagen. Die Betriebe (Hotels, Liftanlagen, etc.) werden auf Spitzenbelastungen ausgelegt, die während eines Jahres unter Umständen nur wenige Tage voll ausgelastet sind. Selbst in Zweisaisonfremdenverkehrsorten wird ein maximaler Auslastungsgrad von 30 - 33 % erreicht. Die technische Kapitalproduktivität ist damit gering.

Die Arbeitsproduktivität ist ebenfalls gering (wenig Substitutionsmöglichkeiten durch Maschineneinsatz). Die Nachfrage nach Arbeitskräften beschränkt sich jedoch auf solche mit niedriger Qualifikation und ist zusätzlich schwankend (saisonale Arbeitslosigkeit).

Aufgrund des Konkurrenzdrucks und den hohen Investitionskosten zeichnet sich ein Trend zur Unternehmenskonzentration ab. Damit im Zusammenhang steht auch ein wachsender Kapitalimport (Verschuldung - Aufkauf durch Kapitalkräftigere, regionsexterne Unternehmen).

Es kommt zu einer Belastung des öffentlichen Sektors durch die Forderung nach Infrastrukturvorleistungen (Parkplätze, Straßen, Hallenbäder, etc.). Damit werden die betriebswirtschaftlichen Kosten der fremdenverkehrswirtschaftlichen Tätigkeit sozialisiert (Überwälzung). Auf ähnliche Weise werden die Kosten für die Umweltbelastung (Kanalisation, Kläranlagen, Mülldeponien, etc.) auf die Gebietskörperschaften überwälzt.

c) ökologischer Bereich

Für bestimmte Nutzungen ist eine entsprechende Flächenbeanspruchung vorhanden. Schipisten nehmen dabei einen besonderen Rang ein, aber auch Parkplätze, Bauland etc. Durch Eingriffe in die Bodenschicht und Vegetation kann die Erosion begünstigt werden (Auswaschungen, Hangrutschungen).

Durch den Fremdenverkehr kann es zu Störungen im Wasserhaushalt kommen. Zunächst führt er zu einem Anstieg des Wasserbedarfs, gleichzeitig kommt es zu einer größeren Abwassermenge. Dieses Problem gewinnt dadurch an Bedeutung, weil der Alpenraum auch als Trinkwasserlieferant für andere Gebiete gilt.

Ähnliches betrifft den vermehrten Anfall von Müll und das Problem der Abfallbeseitigung. (Der Abtransport und die Deponie ist vor allem in Gebirgsgegenden schwierig.) Eine starke Veränderung des Siedlungsgebietes bewirkt die Zersiedelung (Ausbreitung der Ortschaften an den Rändern, Ferienhaussiedlungen, hohe Geschoßflächenzahlen).

Durch Luftverunreinigung und Lärmbelästigung (besonders durch den Straßenverkehr) wird die "saubere Umwelt" des Fremdenverkehrsgebietes belastet.

Insgesamt kann es durch die Eingriffe des Fremdenverkehrs zu einer Störung des Landschaftsbildes und -erlebnisses kommen, was den Erholungswert des Gebietes beeinträchtigt.

Die Fremdenverkehrswirtschaft gilt als typische Wachstumsindustrie, wobei unter Wachstum eine Zunahme der Ankünfte, Nächtigungen, der Deviseneinnahmen, der Transportkapazitäten, etc. zu verstehen ist. Die Belastung eines Gebietes durch den Fremdenverkehr und die damit verbundenen Kosten fanden bisher wenig Beachtung (Zielsetzung einer kurzfristigen Gewinnmaximierung).

2.1.4 Regionale Unterschiede in der Entwicklung

Im Fremdenverkehr kann man von einem deutlichen West-Ost-Gefälle sprechen. Das betrifft die Anzahl der Nächtigungen (z.B. das Fremdenverkehrsland Tirol gegenüber Niederösterreich), den Ausländeranteil (Tirol 41 % der Ausländer in ganz Österreich, Burgenland 1 %), aber auch die Ausstattungsqualität der Betriebe, die Nächtigungs-dichte, etc.

Während man gesamtösterreichisch den Schwerpunkt der touristischen Aktivitäten im Westen ansetzen muß (z.B. Arlberggebiet, Zillertal, Kärntner Seen, etc.), gibt es auch innerhalb des Bundesländer starke regionale Unterschiede, die auf eine Konzentration hinweisen.

1972 haben sich 61 % der Nächtigungen in Tirol auf nur 15 % der Gemeinden verteilt. Noch krasser sieht es in der Steiermark aus, wo der Fremdenverkehr weit weniger entwickelt ist: 1978 entfielen 56 % der Nächtigungen auf nur 32 Gemeinden (8 %!). Die restlichen 44 % verteilten sich damit auf 368 Gemeinden (400 Gemeinden sind in der Fremdenverkehrsstatistik erfaßt).

Das Verhältnis der Nächtigungen kann auch bei ähnlich strukturierten Gemeinden, die sich nur durch ihre Lage (West-Österreich, Ost-Österreich) und verschiedene Umweltfaktoren unterscheiden, 1 : 100 betragen.

Es ist somit auf dem Fremdenverkehrssektor ein ähnlicher Gegensatz, wie zwischen den Kernräumen und den Randgebieten entstanden.

Die touristischen Zentren haben auf der Basis ihres naturräumlichen Angebotes und anderer Standortvorteile ein starkes wirtschaftliches Wachstum zu verzeichnen. Für diese Zentren trifft die oben angeführte Problematik der übertriebenen Nutzung zu.

Übrig geblieben sind jene Randgebiete, die auch für eine touristische Erschließung nicht in Frage gekommen sind, wie verschiedene Seitentäler, ungünstig gelegene Bergregionen und die Ostgrenzgebiete.

Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse wurden auf dem Europa-seminar über Probleme der Belastung und der Raumplanung im Berggebiet (1978, Grindelwald) zwischen 3 Problemgruppen unterschieden.

Die erste bezieht sich auf die Randgebiete (Verringerung der wirtschaftlichen Substanz und der öffentlichen Einrichtungen, Entvölkerung), die zweite auf die Fremdenverkehrszentren (übertriebene touristische Nutzung).

Als 3. Gruppe wurde die gegenseitige Beeinflussung dieser Entwicklungstendenzen und deren Auswirkungen auf die gesamte Alpenwelt (Veränderung des natürlichen Gleichgewichts) angesehen.

2.1.5 Fremdenverkehr und Landwirtschaft

Der Fremdenverkehr wurde ursprünglich als einzige Chance für periphere, ländliche Gebiete betrachtet, und damit auch als durchaus positiv für die Landwirtschaft bewertet.

("Fremdenverkehr erhält die Landwirtschaft") Im Vordergrund steht dabei der Alpenraum, der landwirtschaftlich gesehen, ungünstige Produktionsbedingungen bietet, von seiten des Fremdenverkehrs aber als vorteilhafter Raum betrachtet werden kann.

Die Bereiche einer Beteiligung (Nutzen) am Fremdenverkehr sind im wesentlichen folgende:

a) zusätzlicher Nahrungsmittelverkauf ("interner Agrarexport")

Durch die Anwesenheit der Gäste fällt ein Nahrungsmittelbedarf an, der einen zusätzlichen Absatz ermöglicht. Der Nutzen aus diesem Absatz ist aber schwierig überschau-
bar (laut einer Untersuchung zwischen 4,5 % (Käse) und 60 % (Fleisch) Mehrverbrauch).

Dieser Mehrkonsum kommt auf der Einnahmenseite hauptsächlich dem Dienstleistungssektor (Handel) zugute.

Weiters werden viele Produkte aus dem Ausland in die Fremdenverkehrsschwerpunkte importiert.

Möglichkeiten der Nah- und Direktvermarktung werden bisher wenig genutzt.

b) Privatzimmervermietung

Auf diese Form der bäuerlichen Beteiligung am Fremdenverkehr wird weiter unten noch eingegangen.

c) Vermietung und Verpachtung von land- und forstwirtschaftlichen Flächen

Im Zusammenhang mit dem Fremdenverkehr besteht oft der Bedarf an Flächen, wie z.B. für Camping oder Sport. Diese Einkünfte sind für den Landwirt aber gering.

d) Bäuerliche Beteiligung an Fremdenverkehrseinrichtungen

Darunter ist z.B. eine Beteiligung an Liftanlagen zu verstehen. Voraussetzungen sind dabei Investitionen, die in der Regel einen Zusammenschluß mehrerer (bäuerlicher) Unternehmer erfordern.

e) Arbeitsplätze im Fremdenverkehrssektor

Das Vorhandensein von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrssektor sichert in vielen Fällen die Existenz von landwirtschaftlichen Betrieben (Zuerwerb - Nebenerwerb).

Der zeitlich unterschiedliche Bedarf des Fremdenverkehrssektors an Arbeitskräften kann vorteilhaft mit der "toten Saison" in der Landwirtschaft zusammenwirken (Winterfremdenverkehr).

Diesem Nutzen durch den Fremdenverkehr stehen allerdings einige Nachteile für die Landwirtschaft entgegen.

So ist touristische Nutzung mit mehr oder weniger großem Flächenbedarf verbunden. Diese Flächen gehen der Landwirtschaft praktisch verloren (Schipisten, Bauland, Parkplätze, etc.).

Die Landwirtschaft erbringt für den Fremdenverkehr eine Reihe von Vorleistungen, die monetär nicht abgegolten werden. Das sind infrastrukturelle Vorleistungen, wie etwa die Investition in den Zimmerausbau (Initiierung des Fremdenverkehrs) und der Wirtschaftswegebau, aber vor allem das

Gut "Kulturlandschaft", das von seiten der Fremdenverkehrswirtschaft als kostenloses "Nebenprodukt" der agrarischen Bodennutzung betrachtet wird.

2.1.6 Urlaub am Bauernhof

"Urlaub am Bauernhof", Schlagwort für bäuerlichen Fremdenverkehr, Zimmervermietung, Zuerwerb zur Landwirtschaft, Teilhaben am Nutzen des Fremdenverkehrs in einer Region. Unter diesem Aspekt wurde die Zimmervermietung ursprünglich propagiert und in vielen Gebieten versucht.

Dieser Trend schien zunächst auf eine allgemeine Streuung und Verbilligung des Angebotes "Erholung" hinzudeuten. Nach einiger Zeit traten jedoch eine Reihe von Problemen auf, die eine Konzentration des Angebotes in fremdenverkehrsattraktiven Gebieten zur Folge hatten.

Für die übrigen Landwirte ist die Rentabilität der Zimmervermietung an 2 wesentlichen Punkten gescheitert:

Erstens verlangen die Gäste einen gewissen Standard bei der Zimmerausstattung, der mit beträchtlichen Investitionen verbunden ist.

Zweitens sind neben dem Angebot, daß durch den Zimmervermieter bestimmt wird, in hohem Maße auch die Verhältnisse in der Umgebung entscheidend (Angebot an Folgeeinrichtungen).

In der Praxis waren eine große Anzahl von Zimmern unzureichend adaptiert und preislich schlecht kalkuliert (oft aus Konkurrenzgründen zu anderen Bauernhöfen), was Unrentabilität zur Folge hatte.

Nach einer neueren Untersuchung über den Urlaub am Bauernhof in Niederösterreich lassen sich die vermietenden Betriebe folgendermaßen charakterisieren: (PEVETZ, 1977)

Es sind mittlere bis größere Betriebe mit Rinderwirtschaft und Waldbesitz. Der Fremdenverkehr reicht meist für die

Stützung des landwirtschaftlichen Einkommens aus.

Die Betriebe mit 1 - 4 Zimmern und etwa 10 Betten (Grenze für Konzessionierung) überwiegen deutlich. Allerdings ist die Gruppe mit 5 - 8 Zimmern und mehr als 10 Betten ebenfalls hoch.

Das Angebot umfaßt neben der Nächtigung im allgemeinen auch das Frühstück.

Die Bettenauslastung beträgt in ganz Niederösterreich durchschnittlich 56 Tage, der Arbeitsaufwand pro Person (meistens die Bäuerin) für ein Bett mit Frühstück beträgt ca. 30 Minuten am Tag. Das Roheinkommen ist ungefähr mit 1,5 ha Rothertrag auf Ackerland vergleichbar.

Neben den Betriebsgrößen ist natürlich auch die räumliche Lage signifikant. Vor allem kleine Betriebe, die in Regionen wie dem Waldviertel liegen, haben wenig Möglichkeiten für einen solchen Zuerwerb. Das wird auch bei der Finanzierung des Ausbaues deutlich. Neben Kreditfinanzierung (AIK, Kredite des Landes für Qualitätsverbesserung der Zimmer, Bergbauernzuschüsse), werden Zimmer mit dem Verkauf von Gründen (z.B. auch für Ferienhäuser) und Holz (aus Waldbestand) bezahlt.

Die Werbung erfolgt über das Verzeichnis der Landwirtschaftskammer, sonstige Anzeigen, Tafeln und vor allem durch Mundpropaganda.

Auf der Nachfrageseite sieht es nach einer Untersuchung folgendermaßen aus: (PEVETZ 1977)

76 % der Gäste kommen aus dem Ausland. Es sind vorwiegend deutsche Urlauber, bei den Österreichern sind es zu 2/3 Wiener.

Der Bauernhof ist vor allem für Familien mit Kindern, bei den Österreichern für Pensionisten (finanziell schwächere Gruppen) interessant.

Bei den Ausländern dominiert die berufstätige Mittelschicht, die Österreicher kommen eher aus niedrigeren sozialen Schichten.

Die Bauernhofurlauber tendieren zu überdurchschnittlich langem Aufenthalt, kommen aus eigenem Antrieb oder über persönliche Empfehlungen und sind mit ihren Ferien sehr zufrieden (Interesse an nochmaligem Bauernhof-Urlaub).

Bei einem zusätzlich gewünschtem Angebot am Bauernhof wurden von den Österreichern Liegestühle (alte Menschen) und von den Ausländern "Spiele" (Familien mit Kindern) genannt; weiters Kinderspielplätze, Hausbibliotheken und Freischwimmb Becken.

Erstaunlicherweise wurde von einem hohen Prozentsatz der Befragten auch der Wunsch nach aktiver Mitarbeit am Bauernhof geäußert (24 %).

Die Umgebung sollte mit markierten Wanderwegen und Bademöglichkeiten ausgestattet sein. Eine wichtige Rolle spielt der persönliche Kontakt zwischen Urlauber und Landwirt.

Gesamtösterreichisch ist ähnlich wie im übrigen Fremdenverkehr ein West-Ost-Gefälle bezüglich des Ausländeranteils festzustellen. Im Westen überwiegen die Ausländer stark, in Bundesländern wie Steiermark oder Niederösterreich sind die Österreicher dominant.

Das Interesse an einem Bauernhofurlaub scheint auch mit einem Wohnort in Agglomerationen verbunden zu sein (in Österreich: Wien).

Problempunkte aus betriebswirtschaftlicher Sicht:

a) Investitionen - Kapitalbindung

Für den Zimmerausbau und Zusatzeinrichtungen am Bauernhof sind finanzielle Mittel notwendig. Es besteht die Frage der Finanzierungsart, Abschreibung, etc. Durch diese Investition sind Mittel gebunden, die unter Umständen auch im landwirtschaftlichen Bereich günstig eingesetzt werden könnten (alternativer Mitteleinsatz).

b) Förderung

Im Zusammenhang mit der Finanzierung ist auch die Frage

von Förderungen entscheidend (Quelle, Ausmaß).

c) Arbeitseinsatz

Durch die Zimmervermietung kommt es zu einem zusätzlichen Arbeitseinsatz, der in vielen Fällen von der ohnehin überlasteten Bäuerin geleistet werden muß. Bei Sommergästen fällt diese Arbeit außerdem noch in die landwirtschaftliche Spitzenzeit.

d) Bettenauslastung

Die Rentabilität hängt vielfach von einer möglichst großen Auslastung ab. Als Schwellenwert wird vielfach 30 %, das entspricht ca. 100 - 120 Tagen pro Jahr, angegeben. Als wichtiges Argument gilt hier die Möglichkeit eines Zweisaisonbetriebes. Aus der Sicht eines einzelnen Betriebes ist eine Einschätzung schwierig, vielfach wird nur eine Orientierung an benachbarten Betrieben möglich sein.

e) Fremdenverkehrseinrichtungen in der Umgebung

Wie bereits erwähnt, ist der wirtschaftliche Erfolg in hohem Maß von dem Angebot in der Umgebung des Bauernhofes abhängig. Entsprechende Einrichtungen, wie z.B. Wanderwege, Bademöglichkeiten, Schilifte, Gasthäuser, etc. können die Chancen erheblich verbessern.

f) Werbung, Vermittlung

Wie die Untersuchungen gezeigt haben, wird nur ein kleiner Teil der Gäste über die konventionelle Werbung erreicht. Auf der einen Seite ist es schwierig für die landwirtschaftlichen Betriebe, sich der offiziellen Fremdenverkehrswerbung anzuschließen (die Werbung erfolgt meist über die Landwirtschaftskammer), andererseits haben sich bisher nur bestimmte soziale Gruppen für den Bauernhof-Urlaub interessiert, die nicht erst angeworben werden mußten.

2.1.7 Schlußfolgerungen

Einige Gebiete, besonders im westlichen Österreich, teils auch in extrem peripheren Lagen, konnten wirtschaftlich von der touristischen Expansion der letzten Jahrzehnte profitieren. Ohne Fremdenverkehr würden eine Vielzahl dieser Regionen heute zu den strukturschwachen Gebieten, wie beispielsweise das Waldviertel oder das Mühlviertel zählen.

Von der naturräumlichen Eignung wären für einen Teil der derzeitigen strukturschwachen Agrargebiete zwar ähnliche Voraussetzungen vorhanden als in den schon entwickelten Fremdenverkehrsgebieten. Einige Faktoren machen sie jedoch zu fast aussichtslosen Konkurrenten mit den schon entwickelten Zentren um das knappe Wachstumspotential:

- a) Die wirtschaftliche Dynamik der Fremdenverkehrsexpansion ist ähnlich jener des industriellen Sektors. Das Wachstum im Fremdenverkehr vollzieht sich primär in und um die bestehenden Fremdenverkehrszentren und ist geprägt durch zunehmende Kapitalintensität und Industrialisierung des Angebotes. Die kapitalschwachen peripheren Regionen haben in der direkten Konkurrenz um den Massentourismus keine Chance gegen die etablierten Fremdenverkehrszentren.
- b) Die quantitativen Wachstumschancen im Fremdenverkehr dürften weitgehend erschöpft sein, so daß marktwirtschaftliche Ausbreitungseffekte, die immer weiter in periphere Gebiete ausstrahlen, nur beschränkt erhofft werden können.
- c) Die staatliche Fremdenverkehrsförderung in der gegenwärtigen Form verstärkt mit ihren drei Prinzipien
 - undifferenzierte Investitionsförderungs politik,

- Bevorzugung von Großprojekten,
- Orientierung der Infrastrukturpolitik an der Engpaßbeseitigung,

die Konzentrationstendenzen im Fremdenverkehr.

Neben den naturräumlich attraktiven aber kapitalschwachen Regionen gibt es jedoch eine große Zahl von Gebieten, die auch naturräumlich eine nur geringe Eignung für den konventionellen Tourismus aufweisen, weil beispielsweise eine Wintersaison kaum entwicklungsfähig ist.

Entwicklungschancen in einem größeren Ausmaß sind im Bereich der bisher noch nicht entwickelten peripheren und extrem peripheren Agrarregionen nur mit einem qualitativ neuen, unorthodoxen Fremdenverkehrskonzept wahrzunehmen. Bewertungsmaßstab der entsprechenden Fremdenverkehrspolitik kann dabei nicht das getätigte Investitionsvolumen sein, sondern die Verbesserung bestehender und Schaffung möglichst vieler neuer Einkommensmöglichkeiten und qualitativ ansprechender Existenzmöglichkeiten.

Diese Ziele dürften mit einem kleinbetrieblich organisierten Fremdenverkehr mit einer intensiven Verflechtung von Beherbergungsbetrieben, landwirtschaftlichen Veredelungsbetrieben sowie Handelsbetrieben am ehesten erreichbar sein.

Insgesamt aber dürfen weder die Expansionsmöglichkeiten, noch die Ausbreitungsgeschwindigkeit im Fremdenverkehr überschätzt werden. Die prognostizierten Arbeitsplatzdefizite der peripheren und extrem peripheren Agrargebiete können vermutlich nur zu einem geringen Teil und nur längerfristig durch Impulse und Initiativen im Bereich des Fremdenverkehrs abgebaut werden.

2.2 Nebenerwerbslandwirtschaft - eine Lösung für periphere ländliche Regionen?

Für viele Regionalwissenschaftler und Wirtschaftspolitiker ist die Situation der Landwirtschaft in den Ungunstlagen halb so schlimm, weil sie eine bestechend scheinende Lösung der Probleme parat haben:

Man dürfte zur Beurteilung der Situation der Bauern in den Ungunstlagen nicht das landwirtschaftliche Einkommen, sondern müsse das Gesamteinkommen heranziehen; man dürfe nicht den Vollerwerb des landwirtschaftlichen Betriebes anstreben, sondern den Vollerwerb der Bauernfamilie. Dort, wo die landwirtschaftliche Erwerbstätigkeit nicht ausreiche, müsse durch Erwerbskombination zwischen Landwirtschaft und außerlandwirtschaftlicher Tätigkeit ein angemessenes Einkommen erzielbar werden. Die wichtigste Maßnahme zur Verbesserung der Situation der Landwirtschaft in den Ungunstlagen liegt daher außerhalb der Agrarpolitik, nämlich in der Schaffung einer ausreichenden Zahl von gewerblichen, industriellen Arbeitsplätzen und/oder solchen im Bereiche des Fremdenverkehrs.

Der Hauptvorzug dieser Lösung liegt in der Berufs- und Einkommenskombination: Sie soll die gleichzeitige Verwirklichung einkommenspolitischer (Hebung des Einkommensniveaus der landwirtschaftlichen Betriebe in den Ungunstlagen), regionalpolitischer (Verhinderung der Abwanderung) und gesellschaftspolitischer Ziele (breite Streuung der Besiedlung und des Grundbesitzes) ermöglichen.

Seit etwa 10 Jahren wird die Nebenerwerbslandwirtschaft auch von Agrartheoretikern und Agrarpolitikern als vorzügliche Lösung der peripheren ländlichen Regionen angepriesen. Nachdem sie von der traditionellen, auf den Vollerwerbsbetrieb zugeschnittenen Agrarkonzeption ignoriert und von der technokratischen Strukturpolitik abgelehnt worden war, wurde

sie nun zu einem zentralen Bestandteil einer funktionalen Agrartheorie und -politik.

2.2.1 Die funktionale Agrartheorie: Partnerschaft von Vollerwerbs- und Nebenerwerbsbetrieben

"Statt Vollerwerb der Betriebe, Vollerwerb der Arbeitskräfte".

Die grundsätzlichsste Neuerung funktionaler Agrartheorie besteht darin, daß sie das enge Konzept des einzelbetrieblichen Denkens durch ein weiteres Konzept ersetzt hat: Nicht der Vollerwerb des Betriebes sollte das alleinige Kriterium für die Entwicklungsfähigkeit von Betrieben und damit auch für die agrarpolitische Förderung sein, sondern der Vollerwerb der auf einem Betrieb lebenden Menschen. "Die notwendige Akzentverschiebung der Strukturpolitik läßt sich kurz in dem Ziel formulieren, daß es nicht um den landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb, sondern um den Vollerwerb der Arbeitskräfte geht." (PRIEBE, 1970, S. 375)

"Wir dürfen die nebenberufliche Landwirtschaft also nicht nur als Übergangsform ansehen, sondern auch als eine Zukunftslösung.

Die Zeit arbeitet in verschiedener Hinsicht dafür. Die Technik ermöglicht es, immer größere Flächen nebenberuflich zu bewirtschaften, dabei macht die Spezialisierung die Ackerwirtschaft zu einer reinen Saisonarbeit. In Frankreich und in den Vereinigten Staaten gibt es bereits viele Landwirte, die sich nur für einige Wochen im Jahr in ihren Betrieben aufhalten und vielleicht im Zusammenhang damit ihren Urlaub verbringen. Ohnehin bietet der Hauptberuf zunehmend Freizeit, und der Wohlstand macht es möglich, sich vielseitigen Interessen zuzuwenden. In diesem Sinne gibt es auch zahlreiche Landwirte mit gutem Einkommen, die sich in ihren Betrieben nicht ausgefüllt fühlen und noch andere Aufgaben suchen." (PRIEBE, 1974, S. 174)

"Statt Maximierung des Produktionsziels, Optimierung eines Zielbündels".

Ein zweiter grundsätzlich neuer Gedanke der funktionalen Agrartheorie liegt in der entschlossenen Erweiterung des Zielsystems der Landwirtschaft. Während sowohl die traditionelle, wie auch die technokratische Agrartheorie die Landwirtschaft einseitig als Produzent von Nahrungsmitteln und Urproduktion für die verarbeitende und veredelnde Industrie betrachtete, wurde das Zielsystem von der funktionalen Agrartheorie bedeutend erweitert. Und zwar traten zur Erzeugungsfunktion mehrere Sozialfunktionen hinzu:

- Erhaltung und Pflege der Kultur- und Erholungslandschaft,
- Erhaltung der Besiedelung und Funktionstüchtigkeit des ländlichen Raumes,
- Erhaltung einer breiten Streuung des Bodeneigentums.

Aus dieser mehrfunktionalen Sicht wurde eine Neuorientierung der Agrarpolitik abgeleitet:

"Im Mittelpunkt des bayrischen Weges und des bayrischen Agrargesetzes steht der Auftrag, daß sich die Agrarpolitik um alle Betriebe, d.h. besonders auch um die Nebenerwerbsbetriebe kümmern muß. Wir sehen im Nebenerwerbsbetrieb eine wirtschaftlich interessante und gesellschaftlich bedeutsame Form der Landbewirtschaftung. Uns geht es nicht darum, daß möglichst viele aufsteigen, sondern darum, daß möglichst viele umsteigen, d.h. einen anderen Haupterwerb aufnehmen, und ihren landwirtschaftlichen Betrieb im Nebenerwerb weiterbewirtschaften. So wird der Nebenerwerbsbetrieb zum eigentlichen Schlüssel für eine neue Orientierung des agrarstrukturellen

Leitbildes. Moderne Agrarstrukturpolitik beschränkt sich somit nicht auf die ökonomische Ausrichtung einer immer kleiner werdenden Zahl landwirtschaftlicher Haupterwerbsbetriebe, sondern umfaßt sämtliche in der Landwirtschaft tätigen Menschen. Eine derartige Agrarpolitik nimmt Rücksicht auf das Gewerbe in den einzelnen Regionen, dessen Bestand und Weiterentwicklung entscheidend davon abhängig ist, ob es auch in Zukunft mit den Agrararbeitskräften aus den Nebenerwerbsbetrieben rechnen kann. Eine derartige Agrarpolitik dient daher der regionalen Stabilisierung und erfüllt in der Haltung und Pflege der Kulturlandschaft eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe." (VON TROTHA 1976, S 32)

"So sind die Nebenerwerbsbetriebe in ihrer Gesamtheit keine Übergangserscheinung im Sinne Mansholtscher Vorstellungen, sondern stellen ein stabiles Strukturelement unserer Landwirtschaft dar, in der der Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieb als gleichberechtigte Formen des bäuerlichen Familienbetriebes ihren festen Platz haben.... Wenn wir Agrarpolitik für die Zukunft machen wollen, dann müssen wir dem Nebenerwerbsbetrieb heute unsere besondere Sorgfalt zuwenden." (LEHNER 1976, S. 8 und 10)

"Im Sinne einer integrierten und ganzzeitlich konzipierten Agrarpolitik werden Nebenerwerbsbetriebe in differenzierter Form in die Förderung einbezogen. Ihnen kommen in erster Linie alle gemeinschaftlichen Maßnahmen und jene Förderungsmaßnahmen zugute, welche die überbetriebliche Zusammenarbeit im Bereiche der Arbeitswirtschaft, des Marktes und der Landtechnik zum Ziele haben, weil der Nebenerwerbsbetrieb ein notwendiger Partner für die Vollerwerbslandwirtschaft ist. Die Förderung der Neben-

erwerbslandwirtschaft in Österreich ist nicht zuletzt auch deshalb eine vordringliche agrarpolitische Maßnahme, weil dieser Betriebstyp auch im Berggebiet eine große Rolle spielt. (WEIHS 1973, S. 4)

Nach jahrzehntelanger Vernachlässigung wurde der Nebenerwerbslandwirtschaft ab etwa 1970 in der BRD und in Österreich Anerkennung ihrer Bedeutung zuteil. Es gab und gibt sogar starke Tendenzen, der Nebenerwerbslandwirtschaft eine Schlüsselfunktion in der Bewältigung der Agrarprobleme zu übertragen: Sie sollen nun die negativen Effekte der Entwicklung in den letzten 15 Jahren, insbesondere die schlechte Lage der Betriebe in den Ungunstlagen ausgleichen und den drohenden Verfall der peripheren Regionen verhindern.

Dieser Umschwung auf der Ebene der Agrartheorie und der agrarpolitischen Programmatik fand nur zögernd und in sehr bescheidenem Ausmaß Widerhall in der Agrarpolitik und in der Politik der Interessensvertretung. Es klaffte hier sofort eine Kluft, vergleichbar der zwischen Sonntagsreden und Wochentagspraxis. Preispolitik und intensivierungsorientierte Förderungspolitik blieben das Um und Auf dieser Praxis. Maßnahmen zur Extensivierung der Nebenerwerbsbetriebe und zur Forcierung der überbetrieblichen Kooperation liefen nur sehr schleppend an. Die höhere Liquidität der Nebenerwerbsbetriebe wurde rücksichtslos von der Betriebsmittelindustrie und dem Handel, die beide kein großes Interesse für die Parole von der Abkehr von der Vollmechanisierung der Betriebe zeigten, abgeschöpft.

Die Bildung von wirksamen Interessensvertretungen in Form von eigenständigen Nebenerwerbsbauernorganisationen unterblieb, weil dem das Vertretungsmonopol der traditionellen Bauernorganisation entgegenstand.

Erst 1978 kam es in der BRD zur Gründung des deutschen Bundesverbandes der Landwirte im Nebenberuf. Zu ähnlich späten Zeitpunkten erst erfolgte die Herausgabe von Informationen und Beratungsschriften durch die Ministerien und Berufsvertretungen. Die Benachteiligung der Nebenerwerbslandwirtschaft setzte sich fort und konnte erst in den letzten Jahren schrittweise abgebaut werden. Ein Beispiel dafür bildet der Berechnungsschlüssel für den fiktiven Einheitswert, der in vielen Fällen für die Fördermöglichkeit eines Betriebes ausschlaggebend ist. Dieser Berechnungsschlüssel lautet für Nebenerwerbsbauern mit unselbständiger außerlandwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit:

Fiktiver Einheitswert = land- und forstwirtschaftlicher Einheitswert + (Jahresbruttolohn x m).

Hier ist m ein Multiplikator, der seit Jahren kontinuierlich gesenkt wird. (Er beträgt derzeit 1,2) . Der hohe Multiplikator führte bis Mitte der 70er Jahre dazu, daß selbst kleine Bergbauern, auch wenn sie nur einen durchschnittlichen Industriearbeiterlohn für ihre außerlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit erhielten, von der Bergbauernförderung (landwirtschaftliche Regionalförderung und Bergbauernzuschuß) ausgeschlossen waren. Dazu ein Beispiel: (Entspricht den Verhältnissen des Jahres 1972).

Betrieb X im Bezirk Landeck, Bergbauer der Zone III und Industriearbeiter:

Einheitswert	S 65.000,--
Jahresbruttolohn	S 59.500,--
Multiplikator	4

Fiktiver Einheitswert $65.000 + 59.500 \times 4 = 303.000$

Die Grenze für die Förderbarkeit lag bei einem fiktiven Einheitswert von 300.000,--.

Daher erhält der Betrieb X keine Mittel aus der Regionalförderung und keinen Bergbauernzuschuß.

Eine besonders negative Folge dieser Diskrepanz zwischen Zielplanung bzw. Programmatik und Maßnahmenplanung bzw. Tagespolitik muß darin erblickt werden, daß die funktionale Agrartheorie und die daraus abgeleitete nebenerwerbslandwirtschaftsfreundliche agrarpolitische Konzeption eine Form von Nebenerwerbslandwirtschaft im Auge hatte, die schlichtweg ideal war:

- der Nebenerwerbslandwirt nutzt freie Arbeitskraftkapazitäten zur Erhöhung seines Einkommens.
- Der Nebenerwerbslandwirt freut sich am Arbeitsplatz auf das nach Hause kommen, weil er dort eine ausgleichende und entspannende Nebentätigkeit in guter Luft vorfindet.
- Der Nebenerwerbslandwirt stabilisiert seine Existenz durch Verteilung des Unternehmerrisikos.
- Der Nebenerwerbslandwirt lebt billig und gut, weil er sich selbst mit Nahrungsmitteln versorgt.

Die Wirklichkeit der letzten 10 Jahre scheint diesem Modell zu entsprechen:

- o Die Nebenerwerbsbetriebe bilden heute bereits die Mehrheit aller landwirtschaftlichen Betriebe Österreichs.

Tabelle 1 : Anteil der Nebenerwerbsbetriebe an allen Betrieben (in Prozent)

Jahr	Betriebe in %
1960	36,5
1970	39,0
1976	55,3

Quelle: Statistisches Zentralamt

- o Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist im Vergleich zur Zahl der vollbeschäftigten Arbeitskräfte relativ konstant. Daraus ist ersichtlich, daß die Betriebe (und die Flächen) nicht aufgegeben werden, sondern im Nebenerwerb weitergeführt werden.

Tabelle 2 : Veränderungen der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe und Arbeitskräfte

	in %, jährlicher Durchschnitt		absolut, in 1000
	zwischen 1960 - 1970	zwischen 1970 - 1976	zwischen 1960 - 1976
Vollerwerbsbetriebe	- 1,7	- 4,3	- 72
Nebenerwerbsbetriebe	- 0,3	+ 4,7	+ 41
Arbeitskräfte	- 4,8	- 4,4	- 394

Quelle: LBZ, Landwirtschaftliche Arbeitskräftezählungen.

- o Das Brachfallen ehemals landwirtschaftlich genutzter Flächen tritt in Österreich nur in unbedeutendem Ausmaß auf. Und in Gebieten, wo die Brache in größerem Umfang in Erscheinung tritt, ist dies sehr oft darauf zurückzuführen, daß für die Bevölkerung die Bewirtschaftung zu wenig attraktiv geworden ist, weil sie dazu lukrativere Alternativen hat (insbesondere im Bezirk Reutte in Tirol, wo die Bevölkerung durch die Fremdenverkehrseinnahmen nicht mehr an der Bewirtschaftung der steilen Wiesen interessiert ist).
- o Der land- und forstwirtschaftliche Boden ist auch in Ungunstlagen Österreichs sehr immobil, weil durch die rege Nachfrage die Preise bei der Pacht und beim Verkauf sehr hoch sind. Auch das weist eher in Richtung einer intakten dezentralen Besiedelungsstruktur, als auf das Vorhandensein von regionalem Verfall.

Eine realistische Einschätzung des Nebenerwerbskonzeptes als Lösung für die Probleme der landwirtschaftlichen Ungunstlagen ist aber erst möglich, wenn man die Situation dieser Gebiete unter folgenden Gesichtspunkten prüft.

Das Nebenerwerbskonzept ist nur dann verwirklichbar und wünschbar, wenn

1. nach Erledigung der landwirtschaftlichen Tätigkeiten noch ausreichende Arbeitskapazitäten frei sind. Sonst bewirkt die Berufskombination nur die Verlängerung des Arbeitstages für die Bauernfamilie,
2. das landwirtschaftliche Einkommen ein echtes Neben- bzw. Zusatzeinkommen ist und nicht das außerlandwirtschaftliche Einkommen zur Abdeckung des Defizits aus der landwirtschaftlichen Tätigkeit voll oder zum überwiegenden Teil in den Betrieb gesteckt wird-

3. genügend außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze in entsprechender Qualität (Entfernung, Arbeitsbedingungen) vorhanden sind.

In bezug auf alle 3 Gesichtspunkte steigen die landwirtschaftlichen Ungunstlagen schlechter aus als die landwirtschaftlichen Gunstlagen. Daher kann von einer Kompensation der Benachteiligung im landwirtschaftlichen Bereich durch die Beschäftigung im außerlandwirtschaftlichen Bereich nicht die Rede sein.

2.2.2 Zur Arbeits- und Lebenssituation der Nebenerwerbsbauern in Österreich ¹⁾

Die Flächenproduktivität sinkt mit zunehmender Lageungunst. Dasselbe gilt für die Arbeitsproduktivität. Die Mechanisierung und Intensivierung bringt unter ungünstigen Bedingungen weniger und kostet mehr als in den Gunstlagen. Daher steigt die Arbeitsintensität mit zunehmender Lageungunst.

Tabelle 3: Arbeitsproduktivität nach Lageungunst 1978

	Tallagen	Zone 1	Zone 2	Zone 3
Wald- und Mühlviertel	100	108	89	70
Hochalpengebiet	100	78	71	64

Quelle: Grüner Bericht 1978

1) Die empirischen Daten wurden auf Basis einer Auswertung der Buchführungen von 428 Nebenerwerbsbetrieben im Jahre 1977 zusammengestellt. Vgl. dazu Grüner Bericht 1978, S 168ff.

Fazit: Gerade die Betriebe in den Ungunstlagen, die am meisten auf außerlandwirtschaftliche Tätigkeit angewiesen sind, haben von der Arbeitskapazität her dazu die schlechtesten Bedingungen. Es ist heute leichter, einen 50 ha großen Getreidebetrieb im Flachland im Nebenerwerb zu bewirtschaften, als einen 50 ha großen Grünlandbetrieb mit Rinderhaltung im Berggebiet, obwohl letzterer es vom Einkommen gesehen viel notwendiger hätte.

Die Einkommenslage und Betriebsführung landwirtschaftlicher Nebenerwerbsbetriebe ist unbefriedigend. Der landwirtschaftliche Betrieb bindet in der Regel weit mehr als die Hälfte der gesamten Arbeitszeit, wird kapitalaufwendig geführt und erbringt dementsprechend kaum ein Einkommen.

Im Durchschnitt aller Nebenerwerbsbetriebe macht das Einkommen nur 13,7 % des Rohertrages (Wertschöpfung) aus. Mit zunehmender Lageungunst sinkt dieser Prozentsatz bis gegen 10 % ab.

Von der gesamten Einnahmen-Ausgaben-Differenz (annähernd das Gesamt-Bareinkommen) kommen nur 17,7 % aus der Landwirtschaft, es fließen davon aber 32,7 %, also fast das Doppelte wieder in Form von Investitionen in die Landwirtschaft zurück.

Auch dieses Verhältnis verschlechtert sich mit zunehmender Lageungunst. In Bergbauernbetrieben der Zone 3 im Alpengebiet entstammen lediglich 2,6 % (!) des Bareinkommens der Landwirtschaft, trotzdem fließen 38,5 % des Bareinkommens in Form von Investitionen in die Landwirtschaft zurück. Das bedeutet, daß ca. 36 % des außerlandwirtschaftlichen Einkommens (inklusive Sozialeinkommen und öffentliche Zuschüsse) in den Betrieb investiert werden.

Dies zeigt, daß das Leitbild der funktionalen Agrartheoretiker und die programmatischen Aussagen der Agrarpolitiker eine Fiktion sind. Das empirische Ergebnis mag eine Mischung aus ganz unterschiedlichen Nebenerwerbsbetrieben sein, aber das miserable Durchschnittsergebnis sagt uns, daß der "richtige" Nebenerwerbsbetrieb hoffnungslos in der Minderheit ist. Der dominierende Typ sieht so aus:

- Er ist zu klein um als Vollerwerbsbetrieb bestehen zu können.
- Aber er bindet weit mehr als die Hälfte der Familienarbeitskraft, weil er arbeitsintensiv geführt wird und zwar wie ein zu kleiner Vollerwerbsbetrieb, der eigentlich ein Vollerwerbsbetrieb bleiben soll.
- Die Zeitanforderungen aus der Land- und Forstwirtschaft und aus der außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit überfordern die zur Verfügung stehende Kapazität. Es kommt zur Überarbeitung.
- Die Betriebsorganisation und Betriebsführung unterscheidet sich kaum vom Vollerwerbsbetrieb, d.h. sie ist, auf die Fläche bezogen, bedeutend intensiver.
- Der landwirtschaftliche Betrieb ist ein defizitärer Ballast, der statt sich selbst zu tragen, auf laufende Zuschüsse von außen angewiesen ist.

Am schlechtesten schneiden die Nebenerwerbsbetriebe des Alpengebietes ab. Im Vergleich zum Bundesmittel der Vollerwerbsbetriebe beträgt

die Arbeitsintensität	125 %
die Aufwandsintensität	91 %
die Flächenproduktivität	70 %
die Arbeitsproduktivität	57 %.

Konsequenz: Das landwirtschaftliche Einkommen pro Fläche be-

trägt nur ein Viertel, das landwirtschaftliche Einkommen pro Familienarbeitskraft nur ein Fünftel des Bundesmittels der Vollerwerbsbetriebe.

Eine wichtige Schlußfolgerung aus diesen Daten muß darin gesehen werden, daß die Disparität des landwirtschaftlichen Einkommens zwischen Gunst- und Ungunstlagen bei den Nebenerwerbsbetrieben deutlich größer ist als bei den Vollerwerbsbetrieben:

Bei den Vollerwerbsbetrieben macht das durchschnittliche landwirtschaftliche Einkommen pro Familienarbeitskraft in den Ungunstlagen (Alpengebiet) rund 75 % des durchschnittlichen landwirtschaftlichen Einkommens in den Gunstlagen (Flach- und Hügellagen) aus. Bei den Nebenerwerbsbetrieben erzielen die Ungunstlagen dagegen nur rund 50 % des landwirtschaftlichen Einkommens pro Familienarbeitskraft der Gunstlagen.

Dies ist eine Konsequenz der bekannten Tatsache, daß die Arbeitsproduktivität mit zunehmender natürlicher Produktionserschwerung sinkt und die Arbeitsintensivität gleichzeitig steigt.

Gerade die Betriebe in den Ungunstlagen, die am meisten auf eine außerlandwirtschaftliche Erwerbstätigkeit angewiesen sind, haben dazu die schlechtesten Bedingungen. Es ist heute leichter, einen 50 ha großen Getreidebetrieb im Flachland im Nebenerwerb zu bewirtschaften, als einen 50 ha großen Grünlandbetrieb mit Rinderhaltung im Berggebiet.

Diese grundsätzliche Problematik wird in den folgenden Tabellen deutlich, in denen die Betriebsergebnisse der Nebenerwerbsbetriebe der einzelnen Regionen mit den Ergebnissen der Vollerwerbsbetriebe jeweils der selben Regionen verglichen werden.

Tabelle 4: Vergleich Voll- und Nebenerwerbsbetriebe, Flach- und Hügellagen 1977

	VEB	NEB	NEB in % von VEB
RLN je Betrieb in ha	15.57	7.75	50
Viehbesatz GVE je 100 ha RLN	95.38	85.29	89
Familienarbeitskraft in LW	2.00	1.22	61
Familienarbeitskraft in NE	0.11	0.69	
Gesamt-Familien-AK	2.11	1.91	
Familienarbeitskraft je 100 ha RLN	12.84	15.74	122
Sachaufwand je ha RLN	22.273	24.403	110
Rohrertrag je VAK	243.590	177.566	73
Rohrertrag je ha RLN	32.867	28.748	87
LW EK je FAK	82.468	27.500	33
LW EK je ha RLN	10.593	4.345	41

Quelle: Die Buchführungsergebnisse von Nebenerwerbsbetrieben von 1977

LBG, Wien 1978

eigene Berechnungen

Tabelle 5: Vergleich VEB - NEB, Wald- und Mühlviertel, 1977

	VEB	NEB	% NEB v. VEB
RLN je Betrieb in ha	17.13	10.16	59
Viehbesatz GVE je 100 ha RLN	100.04	103.73	104
Fam.Arbeitskräfte in LEW) FAK in NE) je Betrieb GFAK) FAK je 100 ha RLN	2.23 0.09 2.31 13.02	1.50 0.67 2.17 14.76	67 113
Sachaufwand je ha RLN	15.019	17.017	113
Rohertrag je VAK	162.899	131.639	81
Rohertrag je ha RLN	21.519	19.522	91
LW EK je FAK	49.923	17.006	34
LW EK je ha RLN	6.500	2.505	38

Quelle: Die Buchführungsergebnisse von Nebenerwerbsbetrieben von 1977
LBG, Wien 1978
eigene Berechnungen

Tabelle 6: Vergleich VEB - NEB - Alpengebiet, 1977

	VEB	NEB	% NEB v. VEB
RLN je Betrieb in ha	14.89	8.24	55
Viehbesatz GVE je 100 ha RLN	121.65	109.87	90
FAK in LEW) FAK in NE) je Betrieb GFAK)	1.96 0.17 2.13	1.31 0.71 2.02	67
FAK je 100 ha RLN	13.22	15.89	120
Sachaufwand je ha RLN Rohertrag je VAK Rohertrag je ha RLN	14.571 159.683 21.856	17.283 119.834 19.496	119 75 89
LW EK je FAK LW EK je ha RLN	55.311 7.284	13.907 2.213	25 30

Quelle: Die Buchführungsergebnisse von Nebenerwerbsbetrieben von 1977
 LBG, Wien 1978
 eigene Berechnungen

Mit steigender Lageungunst bzw. Produktionserschwer-
nis sinkt das landwirtschaftliche Einkommen sowohl pro Familienarbeits-
kraft als auch pro ha reduzierter landwirtschaftlicher Nutz-
fläche kontinuierlich ab. Und auch unter diesen "normalen"
Verhältnissen läßt sich die Gesetzmäßigkeit belegen, daß die
Nebenerwerbsbetriebe mit steigender Lageungunst bzw. Produk-
tionserschwer-nicht einmal einen konstanten Prozentsatz
der sowieso sinkenden Vergleichseinkommen erzielen:

Während die Nebenerwerbsbetriebe außerhalb des Berggebietes
noch 35 % des landwirtschaftlichen Einkommens pro Familienar-
beitskraft der Vollerwerbsbetriebe außerhalb des Berggebietes
erzielen, schaffen die Nebenerwerbsbetriebe der Zone III
nur noch 22 % des Einkommens der Vollerwerbsbetriebe in Zo-
ne III. Die Verhältnisse beim landwirtschaftlichen Einkommen
pro ha RLN liegen ähnlich: Absinken von 42 % auf 23 %.

2.2.3 Schlußfolgerungen

Die empirische Analyse der Buchführungsergebnisse von Neben-
erwerbsbetrieben und Vollerwerbsbetrieben stützt die Hypo-
these, daß der für die nebenberufliche Landbewirtschaftung
geeignete Betrieb im flachen Ackergebiet liegt und der unge-
eignetste Betrieb am Steilhang im Alpengebiet. Der erste Be-
trieb mag zum Nebenerwerb kommen, weil er freie Arbeits-
kraftkapazitäten und höhere Einkommensansprüche hat, der
zweite Betrieb aber hat höchstwahrscheinlich ganz andere
Motive: Er steht vor der Alternative, entweder den Betrieb
aufgeben zu müssen, oder um überleben zu können, arbeiten
zu gehen.

Es besteht somit ein grundsätzliches Dilemma darin, daß jene
Betriebe, die es relativ am wenigsten notwendig haben, rela-
tiv am leichtesten nebenberuflich bewirtschaftet werden kön-
nen und jene Betriebe, die es am notwendigsten haben, am
schwersten als Nebenerwerbsbetriebe organisiert sind.

Fazit: Auch von der Einkommensseite gesehen ist die Nebenerwerbslösung unter den heutigen Bedingungen keine Lösung für die benachteiligten Bauern, sondern eher für die Landmaschinen- und Betriebsmittelindustrie bzw. den Landhandel - alles durchwegs weder arme, noch in den Ungunstlagen lebende bzw. angesiedelte Gruppen.

In bezug auf die dritte Voraussetzung für eine stabile und vertretbare Form der Nebenerwerbslandwirtschaft in den peripheren ländlichen Regionen, nämlich das Vorhandensein einer ausreichenden Anzahl qualitativ entsprechender Arbeitsplätze, hängt die Chance für die große Zahl der kleinen Noch-Vollerwerbsbetriebe davon ab, wie sich die allgemeine Wirtschafts- und Beschäftigungssituation in Österreich entwickeln wird. Wie die letzten 5 Jahre gezeigt haben, stehen die Zeichen vor allem für die peripheren Gebiete schlecht, die seit damals überproportionale Verluste an industriell-gewerblichen Arbeitsplätzen hinnehmen mußten.

Die Hoffnung auf einen neuen langanhaltenden Wirtschaftsaufschwung haben heute fast alle fallengelassen.

Daher scheint es auch von daher berechtigt, nur einer neuen Form der Nebenerwerbslandwirtschaft eine Chance zu geben. Eine Nebenerwerbslandwirtschaft, in der der Bauer nicht die Abhängigkeit des zu kleinen Vollerwerbsbetriebes durch die Abhängigkeit als Arbeiter am Fließband verdoppelt, sondern in der er Autonomie zurückgewinnt indem er gemeinsam mit anderen Betrieben eine sparsame Organisation aufbaut und die gemeinsamen freien Arbeitskraftkapazitäten dazu verwendet, seine Produkte selbst zu veredeln und zu verwerten.

3. Ein Alternativkonzept für periphere ländliche Regionen

3.1. Die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft

Die Land- und Forstwirtschaft wird in den peripheren ländlichen Regionen ein zentraler Beschäftigungs- und Wertschöpfungsfaktor bleiben. Daher liegt in der Verbesserung der Situation der Land- und Forstwirtschaft eine Grundvoraussetzung für sämtliche weitere Überlegungen.

Aus diesem Grunde beginnen wir mit den Reformüberlegungen im Bereich der Agrarpolitik. Ein Ausweg aus der skizzierten Krise (Kap.1) ist nur durch das Zusammenspiel mehrerer Faktoren möglich und erfordert sowohl Veränderungen der politischen Steuerungsmethoden, als auch Veränderungen im Bereich der Organisation der Produktion, Verarbeitung und Vermarktung durch die betroffenen Bauern selbst.

Folgende drei Ansätze sollten Bestandteil dieser Veränderungen sein:

1. Eine Verminderung des Investitionszwanges in der Land- und Forstwirtschaft.
2. Eine Verminderung der regionalen Disparitäten und eine Verlangsamung des Strukturwandels.
3. Die Verbreiterung der Wertschöpfungsbasis der Landwirtschaft.

Zu 1.: Der starke Intensivierungs- und Investitionszwang ist angesichts der zu erwartenden Marktsituation und der abnehmenden Aufnahmefähigkeit der außerlandwirtschaftlichen Arbeitsmärkte eine unproduktive, teure und ungleichheitsverstärkende Politik. Wir schlagen daher vor, daß der strukturelle Investitionszwang im landwirtschaftlichen Bereich gemindert bzw. beseitigt werden soll. Folgende Maßnahmen sind u.a. dazu geeignet:

- stärkere Trennung der Marktsteuerung von der Einkommenspolitik durch Einführung bzw. Ausbau von Instrumenten der Mengensteuerung.
- Progressive Beteiligung der Überschußerzeuger an den Kosten der Überschußverwertung.
- Ausbau des Systems direkter Einkommenszahlungen bzw. von Flächenprämien.
- Differenzierte Investitionsförderung durch Einbau einer Förderschwelle zur Vermeidung öffentlich geförderter Überkapazitäten.

Durch die Milderung des Investitionszwanges soll unter anderem gewährleistet werden, daß Nebenerwerbslandwirte eine halbwegs sichere Perspektive für ihre landwirtschaftliche Betriebsentwicklung erhalten. Auf diese Weise würde der ökonomisch-strukturelle Zwang zu ständiger innerer Betriebsaufstockung, der eine der Hauptursachen der tristen Arbeits- und Einkommenssituation der Nebenerwerbsbetriebe ist, wegfallen.

Zu 2.: Die traditionelle Agrarpolitik unterstützt den Prozeß wachsender innerlandwirtschaftlicher Disparitäten und wachsender Konzentration der Produktion. Diese Konzentration bewirkt auch die Verschärfung von Qualitäts- und Umweltproblemen. Wir schlagen daher vor, daß diesem strukturellen Umverteilungsprozeß politisch gezielt entgegengesteuert wird. Folgende Maßnahmen sind unter anderem dazu geeignet:

- Regionale Differenzierung der Preise nach Produktionserschwerbis.
- Regionalisierung der Mengensteuerungen.
- Verstärkung der Kontrolle umweltschädigender Technologien.
- Einführung bzw. Senkung von Bestandsobergrenzen.

durch die stärkere Regionalisierung der Agrarpolitik sowohl im Bereich der Marktsteuerung als auch im Bereich der produktionsunabhängigen Förderung soll die Verteilungsgerechtigkeit innerhalb der Landwirtschaft erhöht und die Konkurrenz um Marktanteile verringert werden. Davon würden vor allem die Betriebe in den Grünland- und Berggebieten profitieren und die Voraussetzungen für den Übergang auf extensive Produktionszweige verbessert werden. Gleichzeitig soll dadurch eine Verlangsamung des Strukturwandels von der innerlandwirtschaftlichen Seite her erfolgen, um ein weiteres Ansteigen der versteckten Arbeitslosigkeit im Agrarsektor zu verhindern und um zu verhindern, daß die gerade noch existenzfähigen Vollerwerbsbetriebe unter die Grenze der wirtschaftlichen Tragfähigkeit absinken.

Zu 3.: Verbreiterung der Wertschöpfungsbasis der Landwirtschaftlichen Betriebe:

Der landwirtschaftliche Strukturwandel hat dazu geführt, daß die Landwirte zu horizontaler und vertikaler Spezialisierung angehalten wurden. Die Produktveredelung, Produktinnovation und Vermarktung von Produkten verlagerte sich dadurch weitgehend aus der Landwirtschaft und zum Teil auch aus den benachteiligten Gebieten. Die Produktinnovation gelangt damit in einen stark bürokratischen und von zahlreichen Lobby's beeinflussten Bereich und erlahmte zum Schaden der Bauern in vielen Bereichen. Wir schlagen daher vor, daß Kooperationen zum Zweck der Veredelung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte, sowie zum Zweck der Produktinnovation in stärkerem Umfang als bisher gefördert werden (Förderung einer eigenständigen Regional- und Wirtschaftsentwicklung).

Durch eine Erweiterung der Wertschöpfungsbasis der Land- und Forstwirtschaft soll die autonome Wirtschaftskraft peripherer Regionen gestärkt werden. Damit könnte die Ertrags- und Einkommenslage extensiv wirtschaftender Nebenerwerbsbetriebe verbessert und das Absterben von Grenz-Vollerwerbsbetrieben verhindert werden.

3.2 Prinzipien für die Erweiterung der Wertschöpfungsbasis der Land- und Forstwirtschaft

Der herrschende Weg der Agrarentwicklung ist gekennzeichnet durch:

- einzelbetriebliche Intensivierung,
- Konkurrenz um Marktanteile,
- Spezialisierung auf abhängige Urproduktion,
- Zurückdrängung der Bauern auf jene Teile
der Nahrungsmittelerzeugung, die die geringste
Wertschöpfung und die niedrigsten Wachstums-
chancen besitzen.

Das vorhandene Instrumentarium der Agrar-, Markt-, Preis- und Investitionsförderungs politik hat dazu geführt, daß längerfristig nur jene Betriebe Entwicklungschancen haben, die in der Lage sind, große Mengen mit hohen, rationell eingesetztem Kapitalaufwand zu erzeugen. Gebiete, in denen der Rationalisierungs- und Intensivierungsprozeß durch naturgegebene Benachteiligungen, durch Betriebsgrößenstruktur und Flureinteilung und durch Kapitalmangel behindert wird, bleiben relativ zu den Gunstlagen immer rascher zurück.

Den Betroffenen wird diese systembedingte prinzipielle Unterlegenheit im Konkurrenzkampf mit den Gunstlagen nicht immer deutlich. Zum einen überblickt jeder Bauer nur einen ziemlich kleinen Kreis von Betrieben in seiner Region und hat selten Gelegenheit den enormen Konzentrationsprozeß und die gewaltigen inneragraren Disparitäten aus eigener Betrachtung mitzuerleben. Andererseits verhindert die bäuerliche Betriebsorganisation in Kombination mit den Marktordnungen weitgehend, daß Betriebe mangels Absatzmöglichkeit bei kostendeckenden Preisen bankrott gehen. Die volkswirtschaftliche Dimension der eigenen Produktion und ihre betriebswirtschaftliche Unterlegenheit ist nirgends so leicht übersehbar wie in der landwirtschaftlichen Produktion. Zum

Zum Dritten aber verbreiten die politischen Interessensvertretungen und die Verwertungs- und Vermarktungseinrichtungen häufig ein Bild, das diese volkswirtschaftlichen Zusammenhänge und die Aussichtslosigkeit der Mengenkonzurrenz verschleiert.

Ein weiteres Hemmnis für Veränderungen ist die latente Feindschaft zwischen Bauern und Städtern, die auf eine lange historische Tradition zurückblicken kann und häufig von den herrschenden Kräften geschürt und instrumentalisiert wurde¹⁾.

Im typischen Feindbild der Bauern ist der Städter schuld am Verfall der Preise und am Niedergang der kleinen Landwirte. Im typischen Feindbild der Städter fährt der Bauer mit dem Mercedes über sein Feld und jammert, daß es ihm schlecht geht, obwohl er ein riesiges Vermögen besitzt.

Ein anderes Produkt dieser Geschichte besteht darin, daß es in Österreich so gut wie niemals Versuche gegeben hat, Erzeuger und Verbraucher gemeinsam zu organisieren. Überschaubare und direkte Zusammenschlüsse von Erzeugern und Verbrauchern hätten aber viele Funktionen. Über Preise und Mengen würde gemeinsam entschieden, die Bauern erhielten Abnahmegarantien und neben den ökonomischen Aspekten hätten solche kleinen Genossenschaften auch große soziale und kulturelle Bedeutung.²⁾

Die folgenden 6 Prinzipien sollen zeigen, in welche Richtung eine Erweiterung der Wertschöpfungsbasis der Landwirtschaft gehen müßte:

1. Statt die Eigenmechanisierung voranzutreiben, soll der Aufwand durch Kooperation am Maschinensektor

1) Vgl. dazu KRAMMER, 1978

2) Vgl. dazu Kapitel 4.5.2 in dieser Arbeit

gesenkt werden.

2. Statt in einem Intensivierungswettlauf mit den Gunstlagen um immer knapper werdende Marktanteile zu kämpfen, sollen auf kooperativer Basis und mit Hilfe mittlerer Technologien marktgängige Spezialprodukte erzeugt werden.
3. Statt die gesamte regionale Produktion zu vereinheitlichen, zu spezialisieren und von Verträgen mit Großkonzernen bzw. unsicheren Auslandsmärkten abhängig zu machen, soll eine möglichst große Vielfalt der Produktionszweige und eine Kohärenz in der Wirtschaftsstruktur hergestellt werden.
4. Statt nicht oder nur niedrig veredelte Urprodukte aus der Region zu exportieren, soll in lokalen und regionalen Zusammenschlüssen ein möglichst hoher und regionstypischer Veredelungsgrad erzielt werden.
5. Statt die Produkte - roh oder veredelt - an große Vertriebsorganisationen zu verkaufen, soll ein möglichst großer Teil der Produktion unter Ausnutzung überbetrieblicher Kooperation selbst vermarktet werden.
6. Statt im Konsumenten und Städter nur den Gegner zu sehen, der die Preise drückt, sollen neue Formen der Zusammenarbeit gesucht werden.

Erst diese 6 Prinzipien zusammen ergeben die Umriss einer Politik der autonomen Regionalentwicklung, die sich auch ökonomisch behaupten kann. Die Verwirklichung ist ein risikoreiches Unterfangen, weil es nicht allzu viele Erfahrungen gibt und weil sowohl auf der Seite der Betroffenen als auch auf der Seite der politischen Institutionen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssen, damit eine solche

Politik funktionieren kann.

Man sollte dabei nicht den völlig verfehlten Anspruch erheben, die Politik der autonomen Regionalentwicklung könnte alle anderen Formen der Regionalpolitik ersetzen. Dies würde nämlich bedeuten, daß man die peripheren ländlichen Regionen unter dem Deckmantel der Dezentralisierung, Autonomisierung und Demokratisierung in die passive Sanierung treibt. Aber als sinnvolle Ergänzung kann sie einen Beitrag zum Abbau regionaler Disparitäten leisten. Darüber hinaus ist ein solches Konzept von großer gesellschaftspolitischer Bedeutung, weil es mithelfen kann, die großen Herausforderungen unserer Zeit, die Krise des Industriesystems bzw. dessen bürokratische Organisations- und Verwaltungsformen, zu meistern.

Das Ziel der vorgeschlagenen Veränderungen ist es, die Standort- und Produktionsnachteile, die sich in niedrigen Erträgen und Produktivitäten niederschlagen, zu verringern. Diese Veränderungen sind weitgehend - aber eben nicht vollständig - als bessere Anpassung an marktwirtschaftliche Gegebenheiten interpretierbar. (Kosteneinsparung durch Kooperation in Produktion und Vermarktung, Erzeugung von "intelligenten" Produkten, Aufsuchen von Marktlücken usw.).

Darüber hinaus zielen diese Maßnahmen aber auch in eine Richtung, die über rein marktwirtschaftliche Dimensionen hinausgehen. An dieser Stelle aber reicht eine sektorale Betrachtungsweise nicht mehr aus. Die soll im folgenden dargestellt und begründet werden.

3.3. Grundsätzliche Überlegungen zu einem alternativen Entwicklungsansatz für periphere ländliche Regionen

Seit mehr als 100 Jahren läßt sich in kapitalistischen Industriegesellschaften ein struktureller Veränderungsprozeß beobachten, der von einer mehr oder minder kontinuierlichen und einer mehr oder minder raschen Umschichtung des Arbeitskraftpotentials begleitet wird. Zunächst wächst die Beschäftigung im industriell-gewerblichen Sektor auf Kosten der land- und forstwirtschaftlichen Beschäftigung. Danach wachsen der industriell-gewerbliche Sektor und der Dienstleistungssektor auf Kosten der land- und forstwirtschaftlichen Beschäftigung und schließlich wächst der Dienstleistungssektor auf Kosten der beiden anderen Sektoren. (Wobei es hier gleichgültig ist, ob diese Akkumulationsdynamik rein marktwirtschaftlich, gemischtwirtschaftlich oder durch einen politisch gesteuerten Prozeß erfolgt).

Die in der Realität beobachtete Marginalisierung der Landwirtschaft wird von der Sektortheorie (FOURASTIE, ROSTOW, etc.) als notwendige Voraussetzung zur Entwicklung einer reifen Wirtschaft dargestellt. Vom Standpunkt der volkswirtschaftlichen Effizienz sei dieser Umschichtungsprozeß des Arbeitskraftpotentials eine unabdingbare Voraussetzung für die enorme Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktion und des Volkseinkommens. Der Reifegrad einer Wirtschaft könne im Anteil der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft zuverlässig abgelesen werden.

Die Dynamik der kapitalistischen Akkumulation verursachte neben der sektoralen Umverteilung auch eine räumliche Umverteilung von wirtschaftlichem Potential, Einkommen, Macht und Lebenschancen in wenigen Zentren und Gunstlagen. Die Nationalökonomie rechtfertigte diesen Umverteilungsprozeß durch eine Theorie, die zeigt, daß dieser Konzentrationsprozeß zur gesellschaftlich optimalen Allokation der knappen volkswirtschaftlichen Produktionsfaktoren erforderlich sei.

Obwohl diese Argumentationen zwingend erscheinen, sollte man vorsichtig sein. Sie geben die Realität nur unvollständig wider. Drei Einwände können erhoben werden:

3.3.1. Ist die Marginalisierung der Landwirtschaft tatsächlich unumgänglich?

Die These von der zwangsläufigen Marginalisierung des landwirtschaftlichen Sektors aufgrund der niedrigen Einkommenselastizität der Nachfrage nach Lebensmitteln übersieht, daß der große Teil der Nahrungsmittelproduktion der Landwirtschaft entrissen und in die Industrie eingegliedert wurde. Nur die Funktionen der bodenabhängigen Rohstoffproduktion, die aufgrund der Imobilität des Bodens der privaten Akkumulation entzogen sind, verblieben der bäuerlichen Landwirtschaft. Dieser quantitative Umverteilungsprozeß ist aber nicht auf Marktprozesse schlechthin zurückzuführen, sondern auf die historische Überlegenheit des dominanten industriellen Akkumulationssystems, das sich auf das staatliche Gewaltmonopol und die staatliche Förderung stützte.

Die auf dem Einzelhaushalt basierende Landwirtschaft konnte den auf Investitionen und technischen Neuerungen basierenden Verarbeitungsprozeß ihrer Rohprodukte nicht organisieren und finanzieren. Dazu wären Formen kontinuierlicher überbetrieblicher Kooperation erforderlich gewesen, wozu aber sowohl die sozial-kulturellen Voraussetzungen als auch die politische Macht der kleinen Produzenten zur Durchsetzung eines regional gestreuten Aufbaues der Veredelungsproduktion in ihren Händen fehlt. (Vgl. BROX, 1976, S. 40 ff.)

3.3.2. Der von der Nationalökonomie vergessene Sektor

Ein bedeutender Teil der gesamtgesellschaftlichen Arbeitszeit und Leistungen scheint in keinem der drei Wirtschaftssektoren auf. Es handelt sich dabei um Produkte der Leistungen, die individuell oder gemeinschaftlich erzeugt/erbracht werden und nicht über eine formale Institution (Markt,

politische Verteilung) verteilt werden, sondern direkt getauscht oder selbst angeeignet werden. Dieser Sektor soll als "autonomer" Sektor bezeichnet werden.

Es kann nun folgende These aufgestellt werden: Das Wachstum der Produktion in Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften des seit etwa 100 Jahren dominierenden Typs erfolgt in erster Linie auf Kosten des autonomen Sektors. Das bedeutet, daß der Entwicklungsprozeß der modernen Industriegesellschaft treffender als durch die quantitative Umverteilung des Arbeitskräftepotentials in den drei institutionalisierten Sektoren durch die qualitative Umverteilung zwischen diesen drei Sektoren und dem autonomen Sektor charakterisiert werden kann.

Der gesellschaftliche Entwicklungsprozeß verläuft in Richtung auf immer stärkere Ökonomisierung aller Tätigkeiten, Spezialisierung, Professionalisierung, Institutionalisierung und Technisierung. Alle Bedürfnisse, die sich in Form von Waren befriedigen lassen, werden systematisch der privatwirtschaftlichen Akkumulation unterworfen.

In diesen Prozeß wird zunächst die Investitionsgüterproduktion, dann die Konsumgüterproduktion, schließlich die Nahrungsmittelproduktion und zuletzt die Dienstleistungsproduktion einbezogen. Durch politisch-rechtliche, ökonomische und sozio-kulturelle Veränderungen, wird der autonome Sektor in diesen Bereichen immer mehr zurückgedrängt. Der dadurch eintretende Verlust an Bedarfsdeckung wandelt sich in vermehrte Nachfrage am Gütermarkt und der Verlust an produktiver Betätigung (Arbeit) wandelt sich in vermehrte Nachfrage am Arbeitsmarkt.

Ob diese Entwicklung für alle Menschen oder nur für einige Gruppen auf Kosten anderer insgesamt Vorteile (Nettovorteile) mit sich bringt oder nicht, soll an dieser Stelle noch nicht beurteilt werden. Sicherlich hängt die Beantwortung davon ab, welche Zeitperspektive man im Auge hat und wieviele Kriterien man zusätzlich zu den rein wirtschaftlichen heranzieht. Und

wir meinen, daß man hierbei eine langfristige Perspektive und mehr als nur wirtschaftliche Kriterien erwählen muß.

Vorerst aber soll geklärt werden, was dieses Konzept zur Analyse der landwirtschaftlichen Entwicklung bringt. Die Landwirtschaft in vorkapitalistischen Gesellschaften war eine Mischung aus Subsistenzökonomie, gebrauchswertorientierter Tauschökonomie und Warenproduktion (Vorrang hatte die Erzeugung von Lebensmitteln für die am Hof lebenden Menschen und der Austausch von Gütern und Dienstleistungen im lokalen Bereich) und Tätigkeiten im Marktsektor (Verkauf von Überschüssen). Er stand auf mehreren sozio-ökonomischen Beinen und war daher dem heutigen Nebenerwerbsbetrieb ähnlicher als dem Vollerwerbsbetrieb.

Der Weg von dieser Form der Landwirtschaft zum modernen Vollerwerbsbetrieb verläuft über eine radikale Reduktion der Komplexität: Zurückdrängung der gebrauchswertorientierten Tauschökonomien im lokalen Bereich, Ausdehnung der Warenproduktion, Technisierung, Intensivierung und Spezialisierung der Warenproduktion. Durch immer weiterschreitende Monetarisierung wird die Geld- und Kapitalbeschaffung so wichtig, daß die Arbeitskraft aus allen Bereichen des autonomen Sektors zurückgezogen werden muß. Die Tätigkeit des Betriebes schränkt sich auf einen vertikal und horizontal immer kleineren Produktionsbereich ein. In ihrer Struktur ist diese Wirtschaftsweise extrem einfach und abhängig. Wenn die Beschäftigung im autonomen Sektor auf einen minimalen Rest zurückgegangen ist und die Produktion sich nur mehr auf die reine Urproduktion erstreckt, dann ist der moderne Vollerwerbsbetrieb entstanden. Der Vollerwerbsbetrieb, der in einer geläufigen und oberflächlichen Betrachtung als die ursprünglichere Form der Betriebsführung erscheint, ist in Wirklichkeit ein äußerst instabiles Produkt einer hundertjährigen Entwicklung. Die Instabilität dieser Wirtschaftsform zeigt sich nicht zuletzt darin, daß sich die Zahl der Vollerwerbsbetriebe in den letzten 25 Jahren halbiert hat. Auf die Ur-

sachen dieser Entwicklung soll im Detail noch eingegangen werden.

Als Schlußfolgerung dieser Überlegungen kann man aber festhalten: Der Übergang zum modernen Nebenerwerbsbetrieb kann die Instabilität des Vollerwerbsbetriebes nur beseitigen, wenn dadurch die Autonomie des Betriebes wieder erhöht wird, d.h. vor allem dadurch, daß ein Teil der Arbeitskraftressourcen im autonomen Sektor beschäftigt wird.

Es geht dabei nicht um die Herstellung eines vergangenen gesellschaftlichen Zustandes, sondern um die Schaffung einer auf den heutigen Stand der Produktivkräfte möglichen echten Autonomie in individueller und regionaler Hinsicht.

In welchen Bereichen soll der autonome Sektor gefördert und entwickelt werden?

Die Kriterien für die Abwägung der Effizienz der Tätigkeit im autonomen Sektor können sicher nicht nur ökonomische sein, jedoch sind sie ein wichtiger Maßstab für die Erfolgsaussichten einer Vergrößerung des autonomen Sektors.

Unter folgenden Bedingungen ist ökonomisch eine Versorgung über den autonomen Sektor einer anderen Form vorzuziehen.

(MATZNER 1980)

i) Opportunitätskostenkalkül

Wenn das Äquivalent, das für das Entgelt einer Stunde Arbeit in konventionellen Beschäftigungsverhältnissen, am Markt oder vom Staat gekauft wird, kleiner ist als das Äquivalent einer Stunde Arbeit im autonomen Sektor einschließlich der Sachkosten.

Bei Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung fallen die Opportunitätskosten der eigenen Arbeitskraft auf Null.

ii) Wertschätzungskalkül

Wenn die aus der Arbeit im Rahmen des konventionellen Arbeitsmarktes gewonnene Befriedigung (soziale Beziehungen, Arbeitsqualität, etc.) pro Stunde geringer ist, als bei einer Stunde selbstorganisierter Arbeit im autonomen Sektor.

iii) Ressourcenkalkül

Wenn der Ressourcenverbrauch (endliche Ressourcen) pro Leistungseinheit im autonomen Sektor geringer ist als in der Markt/Staatversorgung/Produktion.

3.3.3. Die "Sozialkosten" der herrschenden Agrar- und Regionalentwicklung

Die bisherigen, aus der Gleichgewichtsökonomie abgeleiteten Konzepte der Entwicklung verfolgten und verstärkten die großräumige Arbeitsteilung und Verflechtung unterschiedlicher Regionstypen in mehrfacher Hinsicht:
Ökonomisch, sozial, organisatorisch und politisch-kulturell.

Die Integration in diesen Bereichen führte zu einer zunehmenden einseitigen Abhängigkeit der ländlichen Regionen von den Ballungsgebieten. Die Gleichbehandlung ungleicher Regionen in der Agrar- und Regionalpolitik kann in den ländlichen Regionen keine stabile Entwicklung einleiten, wie Analysen im Bereich der Agrar-, Industrie-, Infrastruktur-, Bildungspolitik usw. zeigen.

Eine der wesentlichen Ursachen liegt in der vorwiegenden Berücksichtigung privatwirtschaftlicher Kalküle und in der selektiven Berücksichtigung individueller Präferenzen sowohl am Markt (etablierte Nachfrage) als auch im politischen Entscheidungsfindungsprozeß (dominante Interessen - Interessens-Gruppen). Präferenzen, die der zunehmenden Aufspaltung der Gesellschaft in Zentren und Peripherien entgegenwirken würden, werden ignoriert durch:

- i) Externalisierung privatwirtschaftlich verursachter Kosten.
 - Pendelkosten und Pendelzeit fallen den Pendler individuell zu,
 - höhere Verteilungskosten tragen die Konsumenten,
 - negative Ballungseffekte werden auf die schwächsten Gruppen abgewälzt.
- ii) Politische Umverteilungsmaßnahmen zur "Heilung" privatwirtschaftlich verursachter Kosten. Aufgrund der fiskalischen Restriktionen erfolgt diese Umverteilung zu Gunsten gesellschaftlich dominanter Gruppen.
- iii) Dominanz kurzfristiger Kalküle und Ausblenden der Zukunft (z.B. krisensichere Strukturen, Ressourcenerschöpfung)
- iv) Vernachlässigung der "Optionsnachfrage"¹⁾ und die Schaffung schwer reversibler Strukturen. (Z.B. junge Arbeitskräfte entscheiden sich einige Zeit in ein Zentrum zu pendeln, möchten sich aber später wiederum eine Beschäftigung in ihrem Heimatort suchen.)

Diese Gründe sprechen gegen die Auffassung, die herrschende Tendenz zur großräumigen regionalen Funktionsteilung finde deshalb statt, weil sie der optimalen Allokation der Ressourcen entspricht. Sie entspricht bestenfalls der privatwirtschaftlichen Akkumulationslogik und der politischen Systemlogik und perpetuiert sich im Sinne einer "Self fulfilling Prophecy".

1) Option auf eine bestimmte Nachfrage zu einem späteren Zeitpunkt.

3.4. Ansatzpunkte für ein Konzept zur Erhöhung der regionalen Autonomie und Krisenfestigkeit

Anknüpfend an die drei Einwände gegen den herrschenden Entwicklungsansatz ergeben sich drei Ansatzpunkte für eine alternative regionale Entwicklungsstrategie:

- 1) Intersektoraler und kooperativer Ansatz zur Rückgewinnung von produktiven Funktionen; eines Teils der Vorleistungserzeugung und der Vermarktung im Bereich der Landwirtschaft. Kleinräumige Verflechtung von Landwirtschaft, Gewerbe und Handwerk sowie Handel.
- 2) Berücksichtigung des autonomen Sektors in der Regional- und Agrarpolitik. Schaffung einer möglichst breiten Basis individueller und regionaler Autonomie in Bereichen, wo Markt und Staat bisher versagten oder wo sich der autonome Sektor als überlegen zeigte. Förderung einer neuen Dimension regionaler Autonomie durch die Entwicklung kleinräumlich integrierter vielfältiger Kooperationsformen.
- 3) Neue Formen der politischen Artikulation, Gegenmachtbildung der Peripherie. Die unter 1 und 2 genannten Ziele stoßen auf eine große Zahl ökonomischer, institutioneller, kultureller, sozialer und politischer Hindernisse. Die Durchsetzung einer, auf einer breiteren Basis als der privatwirtschaftlichen und konkurrenzdemokratischen Logik aufgebauten Agrar- und Regionalpolitik verlangt die Entwicklung neuer Formen der politischen Organisierung und Interessenartikulation von unten.

3.4.1. Entwicklung des "autonomen Sektors"

Der Weg der unkoordinierten betrieblichen (zwischenbetrieblich nicht koordinierten) Spezialisierung und des intensiven Wachstums (d.h. auf der Grundlage eines kapitalintensiven arbeitssparenden technischen Fortschritts) ist für kleine Betriebe in der Land- und Forstwirtschaft und in der gewerblichen Produktion nur unter eng begrenzten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erfolgversprechend:

Dann, wenn auf den jeweiligen Produktmärkten ein Nachfrageüberhang besteht, die jeweiligen Arbeitsmärkte aufnahmefähig sind und die Skalenerträge konstant bzw. die natürlichen Produktionsbedingungen homogen sind. Alle diese Rahmenbedingungen entsprechen nicht den heute existierenden realen Gegebenheiten.

Viele Land- und Forstwirte sehen als einzigen Ausweg aus dieser Situation nur die Möglichkeit der Aufnahme einer außerlandwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit und ersparen sich damit häufig die Einsicht, daß der eingeschlagene Weg der Betriebsentwicklung nicht sinnvoll ist. Denn die ständige Zufuhr von betriebsfremden Mitteln täuscht darüber hinweg, daß sich die Schere zwischen steigenden Aufwendungen und stagnierenden Erträgen immer mehr öffnet. Aus dieser Kritik läßt sich der erste Teil des Konzeptes der eigenständigen und Regionalentwicklung ableiten:

Wenn das Mitmachen im Konkurrenzkampf mit den besser gelegenen und ausgestatteten Betrieben dazu zwingt, tendenziell fallende Erträge mit tendenziell steigenden Aufwendungen zu erkaufen, dann kann es besser sein, sich geordnet aus dem Markt zurückzuziehen und in weitgehend autonomen Zusammenschlüssen die eigene und die lokale Subsistenz zu sichern.

Dieser Vorschlag scheint reaktionär, doch sollte man statt emotionaler Vorurteile besser geeignete Aufwands-Ertrags-

rechnungen sprechen lassen. Wenn jemand z.B. für S 5,-- Stundenlohn für den Markt produziert, dann fährt er sicher schlechter, als wenn er für eine regionale Gemeinschaft Gebrauchsgüter entsprechend seinen Fähigkeiten bzw. Ressourcen erzeugt und ihr damit den Einkauf dieser Güter auf den Markt erspart. Die Nachbarschaftshilfe beim Bau von Häusern und Wirtschaftsgebäuden, wie sie in vielen Regionen noch geübt wird, ist ein traditionsreiches Element einer solchen Strategie.

Diese "Subsistenzstrategie" allerdings ist nur ein Element des Konzeptes der eigenständigen und selbstbestimmten Regionalentwicklung, denn sie bildet allein keine ausreichende Basis für eine qualitative und quantitative Erhöhung des Lebenshaltungsniveaus.

3.4.2. Entwicklung einer gebrauchswertorientierten Produktion auf der Basis intersektoraler und regionaler Kooperation

Das Konzept der eigenständigen Regionalentwicklung zielt auf die Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe und die Förderung der vorhandenen Wirtschaftspotentiale. Urproduktion im Bereich der Land- und Forstwirtschaft, der land- und forstwirtschaftlichen und gewerblichen Verarbeitung und Veredelung sowie die Vermarktung werden dabei auf der Basis angepaßter mittlerer Technologien und kooperativer Organisationsformen in geschlossenen Produktionsketten integriert. Der Anknüpfungspunkt dieses Konzeptes liegt weder im Makrobereich der öffentlichen Hände, noch im Mikrobereich einzelner Betriebe. Ziel ist die Schaffung und Förderung von integrierten, überbetrieblichen Kooperationsformen und Zusammenschlüssen. Auf diese Weise soll deren Vorleistungs- und Investitionsaufwand gesenkt, ihre Produktion rationalisiert und effektiviert, ihre Wertschöpfung sowie insbesondere ihre Arbeitseinkommen erhöht werden.

Das Konzept der eigenständigen Regionalentwicklung ist somit eine Zusatzstrategie, die den wirtschaftlichen Aktionsraum der kooperierten land- und forstwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe erhöht und die Arbeitsplätze in diesen Betrieben erhält, wobei ein bedeutender Effekt in der Verbesserung der Stabilität und der Qualität dieser Arbeitsplätze liegt.

Aus dem Charakter einer Zusatzstrategie mit der Betonung qualitativer Ziele resultiert, daß das Konzept der eigenständigen Regionalentwicklung andere Konzepte der Regionalentwicklungspolitik nicht ersetzen kann und von sich aus auch nicht in Konflikt mit anderen Konzepten steht. Auf der anderen Seite muß jedoch bei der Verfolgung von regionalpolitischen Zielsetzungen mit Hilfe anderer Konzepte darauf geachtet werden, daß nicht kurzfristige Erfolge im Bereich der weniger isolierten Gebiete die erst längerfristig wirksam werdenden Möglichkeiten des Konzeptes einer eigenständigen selbstbestimmten Regionalentwicklung in den isolierten Gebieten zunichtemachen. Diese Gefahr muß insbesondere bei der Förderung von Industrieprojekten im Bereich der land- und forstwirtschaftlichen Verarbeitung beachtet werden.

3.4.3. Neue Formen politischer Organisation und Interessensartikulation

Das Konzept zur Verstärkung der regionalen Autonomie ist aufgrund der herrschenden gesellschaftlichen Strukturen und Dynamik mittelfristig nur als Zusatzstrategie realistisch. Daraus folgt auch, daß es andere Konzepte nicht ersetzen kann. Es steht von sich aus nicht in Konflikt mit anderen Konzepten, sehr wohl vermindern aber traditionelle agrar- und regionalpolitische Maßnahmenprogramme die Möglichkeiten einer autonomen regionalen Entwicklung. Daraus ergibt sich eine eminent politische Dimension, nämlich die Interessen der Bevölkerung peripherer Regionen so zu organisieren, daß sie in der Lage sind, eine bessere differenziertere Agrar- und Regionalpolitik durchzusetzen.

Das Konzept der eigenständigen und selbstbestimmten Regionalentwicklung geht von der Prämisse aus, daß die Verbesserung des Lebenshaltungsniveaus des Großteils der in peripheren Gebieten lebenden Menschen nicht in erster Linie durch Bereitstellung von Arbeitsplätzen, sondern durch die Förderung der vorhandenen Erwerbstätigkeit, durch die von Menschen selbst bewerkstelligte Umorganisation und Koordination der produktiven Potentiale und durch Beseitigung der vorhandenen institutionellen, ökonomischen und kulturellen Hindernissen erfolgen soll.

Die diesem Konzept entsprechende regionale Entwicklungspolitik ist vor allem ein langfristiger politischer Prozeß, in dem ein breitgestreuter Bildungs- und Veränderungsprozeß der Betroffenen in Gang kommen soll. Die Voraussetzungen dafür liegen im Initiativwerden der Betroffenen und in der kooperativen und beratenden Unterstützung dieses Prozesses von außen.

3.5 Ziele einer integrierten regionalen Entwicklungspolitik und Beurteilung des Zielbeitrages regionalpolitischer Maßnahmenprogramme

Vorwiegend werden als Leitziele für strukturschwache Regionen der Abbau der wirtschaftlichen Disparität, sowie die Heranführung an das Wohlstandsniveau des österreichischen Durchschnittes genannt (ÖROK, 1978a S. 34 f.)

Diese Leitbilder müssen jedoch konkretisiert und operationalisiert werden, sollen Konzeptvorschläge und Maßnahmen in ihrem Zielrealisierungsbeitrag vergleichend beurteilt werden können. Wir schlagen folgende Beurteilungskriterien vor:

1. Die Erhöhung der regionalen Wertschöpfung,
2. die Erhöhung der Zahl der Arbeitsplätze bzw. die Stabilisierung und Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze, sowie die Erhöhung des Arbeitseinkommens pro Arbeitsplatz,
3. die Erhöhung der wirtschaftlichen Stabilität und Krisenfestigkeit,
4. die Erreichung und Verbesserung der Verteilungsgerechtigkeit in bezug auf die Ziele 1 - 3,
5. die Verbesserung der Arbeitsplatz- und Lebensqualität,
6. die Bedachtnahme auf die sozio-kulturelle und ökonomische Verträglichkeit bzw. Angemessenheit der Konzeptvorschläge,
7. die Schaffung krisenfester, wenig außenabhängiger Versorgungsstrukturen.

Zusätzlich zu diesen sieben Zieldimensionen scheint es uns notwendig, bei der Beurteilung folgende Randbedingungen bzw. Nebeneffekte zu berücksichtigen:

1. Die zeitliche Verteilung der Nutzen der einzelnen Konzeptvorschläge und Maßnahmen,
 - ab welchem Zeitpunkt sind Nutzeffekte zu erwarten (kurzfristig, mittelfristig, langfristig),
 - sind die Konzeptvorschläge Maßnahmen von nachhaltiger Wirkung?
2. die Interdependenzen, fördernden und hemmenden Effekte zwischen einzelnen Konzeptvorschlägen und Maßnahmen,
3. die Kosten,
4. die nichtmonetären Realisierungsschwierigkeiten.

In der folgenden Übersicht haben wir sieben verschiedene Konzeptvorschläge in bezug auf die sieben Ziele und die vier Nebeneffekte bewertet. Selbstverständlich bietet dieses Schema nur einen groben Orientierungsrahmen, weil es innerhalb jeder der sieben Konzeptvorschläge eine ganze Reihe recht unterschiedlicher Maßnahmen gibt und weil die einzelnen Einstufungen nicht zuletzt auf unterschiedlich interpretierbaren Erfahrungen beruhen.

Folgende Schlußfolgerungen scheinen uns von besonderer Bedeutung: (Vgl. Abb. 2)

- o Es gibt keine Patentlösungen, nicht einmal auf der Ebene der anzuwendenden Konzepte, daher noch weniger auf der Ebene von Einzelmaßnahmen.

Jede Verbesserung der Situation setzt eine Vielzahl von Konzeptversuchen und Maßnahmen voraus.

- o Kurzfristige Verbesserungen sind von keiner Einzelkonzeption aber auch nicht von einem Konzeptpaket zu erwarten, insbesondere weil:

- Konzeptionen, die auf größere Investitionen hinauslaufen, eine längere Bau- bzw. Ausreifungszeit benötigen,
 - Konzeptionen, die auf politisch-administrative Strukturveränderungen hinauslaufen, einen längeren politischen Durchsetzungsprozeß erfordern,
 - Konzeptionen, die schwergewichtig auf den Transfer von Informationen und Know-How beruhen, einen längeren Lern- und Organisationsaufbauprozeß erfordern und auch danach einen nicht sofort wirksam werdenden Innovationsprozeß erst einleiten müssen,
 - Konzeptionen, die auf einer Stärkung der eigenständigen und selbstbestimmten Wirtschaftskräfte zielen, eine besonders lange Lern-, Organisations- und Ausreifezeit benötigen.
- o Der Großteil der Konzeptvorschläge wirkt sachlich und räumlich eher punktuell und fördert die Zentren bzw. Gunstlagen mehr als die besonders bedürftigen isolierten Gebiete. Die Instrumente der integrationsorientierten Regionalpolitik wirken sich ungünstig auf die Krisenfestigkeit der einzelnen Regionen aus.
- o Die Interdependenz zwischen den einzelnen Konzeptvorschlägen dürften gegenseitig eher positiv verstärkend als hindernd sein. Dennoch muß die Gefahr deutlich erkannt werden, daß gerade das in bezug auf den Arbeitsplatzeffekt weithin am positivsten eingeschätzte Konzept der Förderung von Industrieansiedelungen auf das kleine und mittlere Gewerbe negative Effekte haben kann (z.B. Abwerbung von Arbeitskräften, aus ansässigen Betrieben statt Rückgewinnung der Pendler).

Abb. 2: Bewertung der Wirksamkeit einzelner regionalpolitischer Instrumente

Beitrag zur positiven Veränderung der Maßnahmen	regionalen Wertschöpfung	Arbeitsplätze	Stabilität	Verteilungsgerechtigkeit	Arbeits- und Lebensqualität	kulturellen und ökologischen Verträglichkeit
Infrastruktur (1)	niedrig	niedrig	mittel	niedrig	mittel	mittel
Industriefinanzierung (2)	mittel (hoch)	niedrig	niedrig	niedrig	niedrig	niedrig
Informationstransfer (3) für Industrie/Großgewerbe	mittel	niedrig (Erhaltung)	hoch	mittel	niedrig	mittel
Landwirtschaftl. Großprojekte (4) (Ölsaatenprojekt, Bio-Sprit)	mittel	niedrig (Erhaltung)	hoch	mittel	niedrig	mittel
Regionalisierung der Agrarpolitik (5)	mittel	niedrig (Erhaltung)	hoch	hoch	mittel	mittel
Fremdenverkehrs-großprojekte (6)	mittel	niedrig	mittel	niedrig	niedrig	niedrig
Eigenständige und selbstbestimmte Regionalentwicklung durch: (7)						
o Aktivierende Beratung (7a)	mittel	mittel (Erhaltung)	hoch	hoch	hoch	hoch
o Bereitstellung der Finanzierung (7b)						

Fortsetzung umseitig!

Zu Abb. 2:

Maßnahmen	Beitrag zur positiven Veränderung der	Verbesserung der Krisenfestigkeit	Wirkung ¹⁾	Kosten	Fördert	Behindert	Realisierungschancen
Infrastruktur (1)		mittel	mf, nh.	hoch	3,6,7 und Zentren	--	hoch
Industriefinanzierung (2)		niedrig	k,n.nh.	hoch	Zentren	7	niedrig
Informationstransfer (3) für Industrie/Großgewerbe		niedrig	mf, nh. (lf)	niedrig	Zentren	7	hoch
Landwirtschaftl. Großprojekte (4) (Ölsaatenprojekt, Bio-Sprit)		niedrig	k, nh.	hoch	Gunstlagen	--	niedrig
Regionalisierung der Agrarpolitik (5)		hoch	mf, nh.	niedrig (pol. hoch)	7	Gunstlagen	mittel
Fremdenverkehrs-großprojekte (6)		niedrig	mf, nh.	hoch	punktuell (7)	--	mittel
Eigenständige und selbstbestimmte Regionalentwicklung durch: (7)							
o Aktivierende Beratung (7a) o Bereitstellung der Finanzierung (7b)		hoch	lf, nh.	niedrig mittel	Isolierte Gebiete	--	niedrig hoch

- 1) k = kurzfristig nh = nachhaltig
m = mittelfristig n.nh = nicht nachhaltig
l = langfristig

- o Meist wird die Hauptursache für die fehlende wirtschaftliche Entwicklung in dem zu geringen öffentlichen Mitteleinsatz gesehen. Land und Bund richten jeweils wechselseitig die Forderungen an den anderen, mehr Mittel - insbesondere für Investitionsanreize - bereitzustellen.

Ein ausreichend vermehrter Geldeinsatz ist in Anbetracht der fiskalischen Möglichkeiten unwahrscheinlich und bezüglich der ökonomischen Wirksamkeit in Frage zu stellen.

Mehr Geld allein ist keine Erfolgsgarantie für die peripheren und extrem peripheren Gebiete. Die integrative Regionalpolitik der Vergangenheit, die auf Kapital- und Betriebstransfer aus den Zentren abzielte, war, unter qualitativen Aspekten betrachtet, schon immer fragwürdig. In der gegenwärtigen und zu erwartenden wirtschaftlichen Lage können vor allem die besonders benachteiligten und isolierten Gebiete von einer derartigen Regionalpolitik kaum profitieren. Für diese Gebiete ist primär eine neue Konzeption öffentlicher Eingriffe erforderlich

Das Konzept der eigenständigen Regionalentwicklung entstand aus den negativen Erfahrungen mit der bisherigen Strategie der Regionalentwicklung. Diese zielte auf Integration der ungleichen Regionen in die Volks- und Weltwirtschaft. Immer klarer wird sichtbar, daß die enge Verbindung der Zentren mit den Peripherien zu einer negativen Entwicklung in den letzteren führt.

Der Ansatz der autozentrierten Entwicklung wurde durch die Auswirkungen veränderter volkswirtschaftlicher Bedingungen erzwungen. In Folge

des fehlenden wirtschaftlichen und insbesondere industriellen Wachstums treten die bislang durch einige punktuelle Betriebsneugründungen verdeckten grundlegenden Strukturprobleme der peripheren Regionen deutlich sichtbar zu Tage.

In einer Situation, in welcher mittelfristig von außen, von anderen Regionen keine wirtschaftliche Stärkung zu erwarten ist, verbleibt die Entwicklung der örtlichen Ressourcen eine wichtige Alternative zur Entleerung und zum totalen wirtschaftlichen Niedergang der peripheren Regionen.

Der Versuch, aus der Analyse des Versagens der bisherigen integrationsorientierten Regionalpolitik eine positive, autonomiebetonte neue regionalpolitische Strategie zu formulieren, steht noch völlig am Beginn.

Für die peripheren und extrem peripheren Gebiete kann diese neue Konzeption einer eigenständigen und selbstbestimmten Regionalentwicklung durch kein anderes Konzept ersetzt werden, obwohl dieses Konzept mit Sicherheit erst längerfristig Nutzeffekte im Sinne der obigen Bewertung abwerfen kann. Gleichzeitig aber hat dieses Konzept mehr als alle anderen die Realisierung mehrerer anderer Konzepte zur Voraussetzung!

Es handelt sich hierbei um einen zwar zentralen - aber zusätzlichen Konzeptvorschlag der regionalen Strukturpolitik mit einer besonders langen Ausreifezeit!

3.6 Das Konzept der autonomen Regionalentwicklung

3.6.1 Was heißt "autonome Regionalentwicklung"?

Für die Zwecke dieser Arbeit lassen sich folgende Typen von Regionen unterscheiden:

- a) Industriell-gewerbliche Zentren,
- b) landwirtschaftliche Gunst- bzw. Intensivnutzungsgebiete,
- c) Gebiete, in denen weder a) noch b) gegeben ist, in denen jedoch der Tourismus dominiert bzw. günstige Entwicklungschancen hat,
- d) Gebiete, in denen weder a), b) noch c) gegeben ist;
(periphere ländliche Gebiete)

Zu dem Typus d) zählen in Österreich kleinräumige Gebiete (Täler) des Alpengebietes und großräumige Gebiete des Mühlviertels, des Waldviertels, des nördlichen Weinviertels, des mittleren und südlichen Burgenlandes, der südöstlichen und südlichen Steiermark und Südkärntens.

Die wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen dieser Regionen sind durch eine Kombination von ökonomischer und politischer Benachteiligung gekennzeichnet. Darüber hinaus zeigt sich an ihnen die prinzipielle Interventionsgrenze des Staates in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem.

Wenn sich die Trends der Vergangenheit fortsetzen, d.h. die herrschenden politischen Steuerungsinstrumente in Kraft bleiben, dann wird sich der Abstand zwischen den peripheren ländlichen Regionen und den übrigen Wirtschaftsräumen in Zukunft vergrößern.

Wenn sich dazu die gesamtwirtschaftlichen Bedingungen noch verschlechtern, d.h. die Zentren der Industrie und des Dienstleistungssektors und die Zentren des Fremdenverkehrs

weniger rasch expandieren als bei Beibehaltung des arbeitskräftesparenden technischen Fortschritts zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung notwendig wäre, dann wird dies zur Rezession in den benachteiligten Regionen führen. Es ist in diesem Fall weniger mit einem spektakulären Zusammenbruch der Gesamtwirtschaft als mit der Auslagerung der Krise in den peripheren ländlichen Regionen zu rechnen.

Wenn man eine Stärkung der Wirtschaftskraft der benachteiligten ländlichen Gebiete erreichen möchte, dann muß dabei in Erkenntnis der Restriktionen der vorhandenen agrar- und regionalpolitischen Konzepte und Instrumente ein neuer Weg beschritten werden.

Dieser neue Weg bedeutet in ökonomischer Hinsicht: Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe und der regionalen Autonomie ("Eigenständigkeit").

Durch regionsangepaßte Integration der Urproduktion, Veredelung und Vermarktung auf der Basis von entsprechenden Technologien sollen

- Regionsimporte substituiert,
- Produktionskosten niedrig gehalten,
- der Wert der Regionsexporte bzw. die Einkommensanteile am Wert der Exporte erhöht werden.

Dies zielt auf eine Umkehrung des derzeitigen Prinzips, nach dem die benachteiligten ländlichen Regionen Rohstoffe exportieren und regionsfremde Finalprodukte importieren. Dadurch gehen immer mehr regionale Arbeitsplätze verloren, wodurch sich ein den Warenströmen vergleichbarer Arbeitskräftestrom herausentwickelt: Billige, unqualifizierte Arbeitskräfte pendeln aus, der aufstiegsorientierte mobile Teil der Bevölkerung wandert ab, die städtische Oberschicht pendelt in Form einer Zweitwohnsitzwelle ein.

Sowohl die beschriebenen Warenströme als auch die beschriebenen Personenströme haben den Charakter eines positiven rückgekoppelten (kummulativen) Prozesses. Sie laugen die benachteiligten Gebiete aus.

Eine eigenständige Wirtschaftsentwicklung soll diesen Prozeß zum Stehen bringen und benachteiligten Gebieten wirtschaftliche Souveränität und Autonomie ermöglichen.

Dieser neue Weg bedeutet in politisch-kultureller Hinsicht: Förderung der regionalen Initiative, Zusammenschluß der in der Region vorhandenen Kräfte, gemeinschaftliche Produktion, Veredelung und Vermarktung. ("Selbstbestimmung")

Die ökonomische Benachteiligung der peripheren Regionen wird durch eine Reihe von sozio-kulturellen Besonderheiten ermöglicht und verstärkt (vgl. Kap. 1.5.).

- Fehlendes Selbstvertrauen,
- Mangel an Initiative (Fatalismus)
- Unfähigkeit zum Denken in geschichtlichen und gesellschaftlichen Strukturen (Personalisierung, Schicksalsgläubigkeit)
- individualistisches Konkurrenzdenken,
- unkritisches Übernehmen städtischer Konsumformen bei gleichzeitigem Mißtrauen gegenüber den von (manchen) Städten ausgehenden Versuchen zum Aufbau von alternativen Arbeits- und Lebensformen
- Verharren in musealen Kultur- und Kunstformen ohne Lebens- und Arbeitsbezug,

sind einige der wichtigsten sozio-kulturellen Merkmale, die derzeit einer stärkeren Selbstbestimmung in den peripheren ländlichen Regionen im Wege stehen.

Eine eigenständige Regionalentwicklung ohne Phantasie, Initiative und weitgehende Kooperation der Bevölkerung in den benachteiligten ländlichen Regionen und ohne neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Gruppen am Land und in der Stadt, ist unmöglich. Sie kann "von oben" gefördert (oder behindert), aber von oben weder eingeleitet noch durchgeführt werden.

Um die Möglichkeiten, Voraussetzungen und Grenzen dieses Regionalentwicklungskonzeptes abschätzen zu können, wäre eine Abstützung auf bereits gemachte Erfahrungen im In- und Ausland notwendig. Dafür fehlen aber die Beispiele. Daher ist es notwendig, die kritischen Stellen des Konzepts offenzulegen und alle möglichen Einwände an ihnen zu überprüfen. Naturgemäß kann diese Prüfung nicht endgültig sein, sondern muß immer wieder im Lichte der Erfahrungen im Experimentierstadium des Konzepts (z.B. im Rahmen der Sonderaktion der Bundesregierung) wiederholt werden.

An Hand von 7 Einwänden soll das Konzept der autonomen Regionalentwicklung im folgenden präzisiert werden.

3.6.2 Autonome Regionalentwicklung - Ein Alibi für die Fehler der traditionellen Politik?

"Wenn die allgemeine Agrarpolitik und die regionale Wirtschaftspolitik nicht einseitig die Zentren begünstigen würde, dann wäre eine (vom Erfolg äußerst fragwürdige) Förderung der regionalen Autonomie gar nicht notwendig".

Nach diesem Einwand ist das Konzept der autonomen Regionalentwicklung ein (unwirksames) Alibi für die Unterlassung der notwendigen Formen bzw. Mittelaufstockung der Agrar- und Regionalpolitik. Wenn man im Finanzausgleich, in der Infrastrukturpolitik, in der Außenhandelspolitik und in der landwirtschaftlichen Förderung nur genug Mittel für die

benachteiligten Regionen bereitstellen würde, dann müßte man jetzt nicht auf die regionale Selbstorganisation und Erzeugung von Alternativprodukten als der Weisheit letzter Schluß alle seine Hoffnungen setzen.

Falsch an diesem Einwand ist die Ausblendung der Tatsache, daß eine Mittelaufstockung im Rahmen der traditionellen Agrar- und Regionalpolitik nicht in erster Linie den benachteiligten Regionen zu Gute kommen würde, sondern den Gunstlagen, bzw. den Zentren.

Polemisch an diesem Einwand ist die Behauptung, die öffentlichen Mittel ließen sich bei gutem Willen einfach verdoppeln oder verdreifachen, was ja die Voraussetzung für eine entsprechende höhere Dotierung der Agrar- und Regionalpolitik wäre.

Richtig an diesem Einwand ist, daß die Gefahr besteht, daß mit dem Hinweis auf die Vorzüge eines eigenen - nicht "ständischen" und nicht "industriellen" - autonomen Weges die peripheren ländlichen Regionen sich selbst überlassen werden. Dieser Rückzug des Staates, der die eigenständige und selbstbestimmte Regionalentwicklung mit seinen unangepaßten zentralen Lösungen nur behindern würde, hätte zur Folge, daß die passive Sanierung unter dem Deckmantel der demokratischen Gesinnung legitimiert werden würde.

Zur Lösung dieses Problemes ist es notwendig, die Verbesserung der allgemeinen Wirtschafts- und Strukturpolitik im Sinne der Stärkung der peripheren ländlichen Regionen genauso zielstrebig voranzutreiben, wie die Erweiterung des Instrumentariums in Richtung auf Förderung der regionalen Autonomie und Initiative. Statt von einem Gegensatz sollte man von zwei zusammengehörenden Strategien mit dem selben Ziel sprechen.

3.6.3 Kann man Autonomie in einem System der strukturellen Behinderung von Autonomie fördern?

3.6.3.1 Bürokratische Einschränkungen autonomer Projekte am Beispiel des Schulversuches von Retz (NÖ)

"Was nutzt es, wenn auf der einen Seite die regionale Autonomie und Initiative gewünscht und gefördert wird und auf allen anderen Seiten konkrete Versuche abgewürgt werden."

Falsch an diesem Einwand ist leider gar nichts.

Richtig ist, daß jede Arbeit für diese Ziele unglaublich und sinnlos wird, wenn das Vertrauen der aufgeschlossenen Bevölkerung durch negative Erfahrung immer wieder enttäuscht wird. Dafür ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit:

(i) Die Abwürgung des Schulversuches in Retz:

Drei Tage vor Schulbeginn strich das BMfUuK einen lang und besonders sorgfältig vorbereiteten Schulversuch. Im Rahmen eines 2-jährigen Aufbaulehrganges, der zur Ablegung der Reifeprüfung (HAK) berechtigt, sollte dieser Versuch an der Handelsschule in Retz im nördlichen Weinviertel, einem typischen "sterbenden" ehemaligen Zentrum im Grenzland, durchgeführt werden. Der "Fall Retz" ist ein besonders anschauliches Beispiel dafür, wie die strikte Anwendung von Erlässen und Gesetzen Initiativen der Bevölkerung verhindert und die Bedürfnisse von Menschen in benachteiligten Gebieten ignoriert. Er ist auch ein anschauliches Beispiel für den Zustand unserer regionalpolitischen und regionalplanerischen Wirklichkeit. In monatelanger mühevoller Kleinarbeit hatten die Lehrer der Handelsschule in Retz ein Konzept entworfen, das auf die besonderen Probleme der Gegend eingeht. In diesem Schulversuch sollten die Schüler lernen, die Entwicklungschancen ihrer Region besser auszuschöpfen. Dazu braucht man

eben Leute, die mit der Problemlage vertraut sind und die gelernt haben, eigenständig zu handeln, um die vorhandenen Chancen besser zu nützen. Wirtschaftliche Grundlage des Gebietes um Retz ist die Landwirtschaft. Es war daher ein Anliegen des Lehrplans, die Absolventen des Aufbaulehrganges mit den Problemen der Landwirtschaft zu konfrontieren. Daraus sollte die Fähigkeit entwickelt werden, Alternativen in der landwirtschaftlichen Produktion und in der Vermarktung zu entwerfen. Die Persönlichkeitsbildung, das Erlernen der Fähigkeiten zum eigenständigen Handeln, zur Kooperation, zu verantwortungsvollen Entscheidungen, zur Toleranz gegenüber anderen, war neben der Vermittlung von Fachwissen grundlegendes Bildungsziel dieses Schulversuches. Diese Ziele sollten unter anderem durch verstärkte Gruppenarbeit und durch fächerübergreifenden Unterricht erreicht werden. Auch die praktische Zusammenarbeit mit landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben war vorgesehen. Der Unterricht sollte demokratisch sein und einen besseren Kontakt zwischen Lehrern und Schülern herstellen, als dies üblicherweise der Fall ist.

Nachdem sich eine Reihe von Schülern für den Versuch angemeldet hat, nachdem der Lehrkörper zusammengestellt war, nachdem die Berufstätigen unter den Lehrern und Schülern ihre ehemaligen Stellen gekündigt hatten, nachdem der Schuldirektor, der Bürgermeister, das Land Niederösterreich für den Versuch gewonnen waren und drei Tage vor Schulbeginn wurde der Schulversuch vom BMfUuK aus formalen Gründen abgelehnt. Ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß damit einige Personen arbeitslos wurden und daß die vor gar nicht zu langer Zeit gebaute Schule Retz längerfristig nur weiterexistieren kann, wenn sie neue und attraktive Unterrichtsmodelle anbietet und mit ihnen Personen aus anderen Regionen anzieht.

Eine Lösung dieses Problems ist nur denkbar, wenn jene Teile der planenden Bürokratie und jene Politiker, die eine alternative Form der Regionalentwicklung wollen, sich zum Partner

und Fürsprecher der entstehenden Initiativen machen und sie kompetenz- und ressortübergreifend schützen.

Aber auch auf andere Weise werden heute Versuche in Richtung einer autonomen Regionalentwicklung vielfach behindert.

Hier sind vor allem die Einschränkungen durch eine wachsende Zahl von Gesetzen hervorzuheben, von denen die Marktverordnungs-gesetze und die Gewerbeordnung im folgenden beispielhaft untersucht werden sollen.

3.6.3.2 Rechtliche Einschränkungen autonomer Projekte am Beispiel der Marktordnungsgesetze und der Gewerbeordnung

(i) Die Marktordnung der Milchproduktion

Es gibt wohl keine zweite rechtliche Regelung in Österreich, die für eine so große Zahl von Betroffenen (Milchproduzenten und Milch- bzw. Milchproduktkonsumenten) derart rigide Einschränkungen mit sich bringt. Die Marktordnung der Milchproduktion und Milchverarbeitung ist ein extrem dirigistisches und zentralistisches Lenkungsinstrument, das seine Entstehung der Kriegszeit und dem nationalsozialistischen Regime verdankt. Das Marktordnungsgesetz besitzt heute Verfassungsrang, was zur Folge hat, daß Änderungen nur mit 2/3 Mehrheit im Parlament möglich sind. Da es einerseits befristet gilt (jeweils 2 Jahre), andererseits aber einem größeren Paket von Wirtschaftsgesetzen zugehört, gibt es um die von den kontroversen Interessensvertretungen gewünschten Veränderungen alle 2 Jahre erbitterte Streitigkeiten in der Sozialpartnerschaft, die jedoch durch die Vetomacht der einzelnen Fraktionen und durch entsprechende Junktimierung bisher immer knapp vor Auslaufen der Fristen einstimmig beigelegt wurden. Durch diese Konstruktion wirken die Marktordnungen stark konservierend. Gegen grundsätzliche Änderungen exi-

stiert somit eine strukturelle Sicherung.

Als Folge des zentralistischen Aufbaus hat die Marktordnung den Aufbau einer starken Bürokratie begünstigt. Diese zentrale Stelle existiert in der Institution des Österreichischen Milchwirtschaftsfonds, der für einen Großteil der Bauern und für die kleinen Verarbeitungsbetriebe als "Staat im Staat" erscheint. Durch seine Einbindung in die Sozialpartnerschaft ist aber auch der Einfluß des Parlaments und der Regierung auf diese Institution sehr begrenzt.

Die Marktordnung der Milcherzeugung und der Milchverarbeitung hat zweifellos nicht zu übersehende Verdienste um die österreichische Milchwirtschaft: Eines der wesentlichsten Beispiele dafür ist das Transportkostenausgleichssystem, durch welches jedem österreichischen Milcherzeuger der gleiche Milchpreis unabhängig von seiner Marktnähe oder Marktferne ausgezahlt wird. Gerade die stadtfernen Bergbauern haben durch dieses System profitiert. Sicherlich hat die Marktordnung auch insgesamt bremsend auf den Konzentrationsprozeß der Milchverarbeitungsbetriebe gewirkt, wenn man als Alternative dazu ein rein marktwirtschaftlich gesteuertes System heranzieht. Diese Aspekte müssen bedacht werden, wenn wir im folgenden auch lediglich jene andere Seite der Marktordnung behandeln, durch die alle kleinen Verarbeitungsbetriebe und alle Versuche zur selbstorganisierten Verarbeitung und Vermarktung durch Bauern benachteiligt und behindert werden.

Das Marktordnungsgesetz kennt drei grundlegende Prinzipien:

- die Einzugsgebietsregelung,
- den Abliefererzwang,
- die Abnahmeverpflichtung.

Auszug aus dem Marktordnungsgesetz:

§ 11 (2) Einzugsgebiet ... Innerhalb der Einzugsgebiete sind die Erzeuger verpflichtet, Milch und Erzeugnisse aus Milch an die festgesetzten Bearbeitungs- oder Verarbeitungsbetriebe und deren wirtschaftliche Zusammenschlüsse zu liefern, sofern nicht die Bestimmungen des § 14 Anwendung finden.

§ 14 (1) Der Fonds hat die unmittelbare Abgabe von Milch durch landwirtschaftliche Betriebe an Verbraucher allgemein unter Bedachtnahme auf die Bestimmungen des § 50 oder im Einzelfall durch Bescheid zu billigen, wenn dies zur ordnungsgemäßen Versorgung der Bevölkerung notwendig ist oder die Lieferung an den zuständigen Bearbeitungs- und Verarbeitungsbetrieb für den landwirtschaftlichen Betrieb eine unbillige Härte bedeuten würde.

§ 14 (4) Einer Bewilligung bzw. eines Auftrages gemäß Abs. 1-3 bedarf es nicht, wenn über die unmittelbare Abgabe von Milch ein Einvernehmen zwischen dem zuständigen Bearbeitungs- und Verarbeitungsbetrieb und dem in Betracht kommenden Betrieb zustande gekommen ist.

Der § 14 regelt den sogenannten Ab-Hof-Verkauf von Milch. Kommt das Einvernehmen zwischen Bauer und Molkerei zustande, so muß der Bauer

- den vorgeschriebenen Höchstpreis für Ab-Hof-Verkauf der Milch einhalten (derzeit S 8,50/Liter)
- davon einen Teil an die Molkerei abführen (derzeit S 1,90/Liter).

In der Praxis dürfte der größte Teil der Ab-Hof-Milch "schwarz" verkauft werden. Laut Aussage von Beamten des Milchwirtschaftsfonds schreitet dieser bzw. die zuständige Molkerei selbst dann nicht ein, wenn sie von einer solchen Praxis wissen. Allerdings komme es immer wieder vor, daß Dritte

eine Anzeige erstatten und damit die Molkerei bzw. den Fonds zum Einschreiten zwingen. Diese Aussagen konnten weder verifiziert noch falsifiziert werden. Sicher allerdings ist, daß diese Liberalität gegenüber bäuerlichen Zusammenschlüssen nicht oder nicht immer vorhanden ist, wie der Fall des Rückgabebetriebs in Nauders beweist. (BOCHSBICHLER et al, 1980, S. 101).

Auch bei der Butter gibt es eine Form des legalen Ab-Hof-Verkaufes, doch macht der gesetzlich vorgeschriebene Höchstpreis von derzeit S 53,15 je kg diese Selbstverarbeitung und Selbstvermarktung weitgehend wirtschaftlich uninteressant. (Opportunitätsrohertrag ist 25 l Milch à S 4,- = S 100,- keine Arbeitskosten!) Die Ursache dieses Preismißverhältnisses liegt darin, daß der Butterverbraucherpreis durch den Milchverbraucherpreis gestützt wird und daher nach Abzug der Spanne für Verarbeitung und Vertrieb in keinem Fall die Produktionskosten widerspiegelt.

Bei Käse ist kein legaler Ab-Hof-Verkauf vorgesehen. Eine Ausnahme stellen die Alp-Käsebetriebe (Alp-Sennereien) dar, die als Milcherzeugerbetriebe und nicht als Milchverarbeitungsbetriebe gelten. Während der Alpzeit dürfen diese Betriebe direkt verkaufen, müssen allerdings die geltenden Höchstpreisbestimmungen einhalten (derzeit S 80,-- je kg).

Der auf diese Weise nicht abgesetzte Teil der Produktion muß im Herbst an den zuständigen Käseverband verkauft werden, der dann die Vermarktung besorgt (Einkaufspreis derzeit S 55,-- je kg).

Für die Schaffung von neuen gemeinsamen Einrichtungen der Milchverarbeitung und Milchproduktvermarktung läßt das Marktordnungsgesetz keinen Spielraum. Eine selbstorganisierte Käseerzeugung durch eine Gruppe von Bauern ist daher immer illegal, selbst wenn sie betriebswirtschaftlich, marktwirtschaftlich, sowie aus ökologischen Gesichtspunkten trag-

fähig und sinnvoll sein sollte. Dies gilt selbst dann, wenn der für eine Gruppe extrem isolierte Bergbauernbetriebe zuständige Verarbeitungsbetrieb die Milch dieser Betriebe wegen der großen Entfernung nicht abholt. Die einzig zulässige Vorgangsweise bei der Errichtung neuer Verarbeitungsbetriebe besteht darin, daß die Verwaltungskommission des Milchwirtschaftsfonds die betreffenden landwirtschaftlichen Betriebe aus dem Einzugsgebiet eines bestimmten Verarbeitungsbetriebes herausnimmt und dieses Einzugsgebiet der neuen gegründeten Molkerei oder Käserei zuweist.

(ii) Die Gewerbeordnung 1973

Schon seit 1. Mai 1860, als die erste Gewerbeordnung in Österreich-Ungarn in kraft trat, sind die land- und forstwirtschaftlichen Produkte sowie deren Nebengewerbe von der Anwendung der gewerberechtlichen Bestimmung ausgenommen. Nach der Gewerbeordnung 1973 folgt für die Land- und Forstwirtschaft aus dieser Sonderstellung:

Ausgenommen aus der Gewerbeordnung sind:

1. Das Hervorbringen und Gewinnen pflanzlicher Erzeugnisse mit Hilfe der Naturkräfte mit eigenen und fremden Hilfsstoffen.
2. Die Haltung, Betreuung und Fütterung von Tieren zur Erzeugung tierischer Produkte.
3. Die Jagd und Fischerei.

Neben diesen typischen Urproduktionstätigkeiten kennt die Gewerbeordnung eine Reihe von nicht im engeren Sinn land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeiten, die aber, insoferne sie Nebentätigkeiten im Rahmen der Führung eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes sind, ebenfalls vom Anwen-

dungsbereich der Gewerbeordnung ausgenommen sind (sogenannte Nebengewerbe der Land- und Forstwirtschaft).

Eine Tätigkeit muß folgenden Bedingungen genügen, um als Nebengewerbe der Land- und Forstwirtschaft interpretiert werden zu können:

1. Es müssen hauptsächlich eigene Erzeugnisse be- und verarbeitet werden,
2. es müssen Produkte erzeugt werden, die von landwirtschaftlichen Betrieben in der Regel auf den Markt gebracht werden,
- 3, die Verarbeitung muß der Erzeugung untergeordnet bleiben,
4. ebenso darf die Verarbeitung zugekaufter Naturprodukte gegenüber den betriebseigenen nur untergeordnet sein,
5. der Produktionsvorgang darf nicht durchbrochen werden,
6. zur Verarbeitung der Produkte dürfen durchaus fremde Hilfskräfte herangezogen werden.

Zu 1: "Hauptsächlich eigene Naturprodukte" bedeutet, daß nicht hauptsächlich, d.h. zu mehr als 50 % fremde, zugekaufte Naturprodukte verarbeitet und bearbeitet werden dürfen.

Zu 2: "In der Regel auf den Markt gebracht" bedeutet, daß hier einer allmählichen Entwicklung Raum gegeben wird. Denn was heute noch nicht die Regel ist, kann durchaus zur Regel werden. Bei der Interpretation dieser Bestimmung sollte Platz für marktwirtschaftliche Gegebenheiten, z.B. die Veränderungen von Verbraucherwünschen gegeben werden.

Zu 3: "Unterordnung" bedeutet, daß die gesamte land- und forstwirtschaftliche Tätigkeit das Primäre und die Verarbeitungstätigkeit das Sekundäre sein muß. MASSAUER(1978)

lehnt ausdrücklich den Vergleich anhand von Umsätzen und anhand von Erträgen ab: "Überhaupt erscheint ein Kostenvergleich - immer in Zusammenhang mit anderen Kriterien - wesentlich aussagekräftiger. Denn auch die alleinige Heranziehung eines Ertragsvergleiches könnte das Merkmal ökonomischer Unterordnung nicht richtig erfassen. Besonders sollte aber auch das Element der aufgewendeten Zeit und überhaupt aller eingesetzten Produktionsfaktoren nicht vernachlässigt werden: Manch scheinbar bescheidener Urproduktionsvorgang verlangt Grund und Boden von höchstem (Verkehrs)Wert und die Bauernarbeit eines gesamten Jahres. Mit nackten Geschäftsziffern läßt sich eben der Wert einer Bauernexistenz - auch und besonders im Interesse der Allgemeinheit unserer Industriegesellschaft - nicht bewerten, es läßt sich demzufolge auch nicht anhand eines Merkmales alleine die Entscheidung fällen, ob jemand hauptsächlich und in erster Linie Bauer ist.¹⁾"

Zu 5.: "Nichtdurchbrechung des Produktionsvorganges" bedeutet, daß nirgends in der Verarbeitungskette die Selbstverarbeitung unterbrochen und durch Dritte (z.B. gewerbliche Betriebe) durchgeführt werden darf.

Zu den Kriterien nun einige Beispiele:

Fleisch:

1. Fleisch darf geschlachtet und ausgeschrotet werden.
2. Frischfleisch darf unverpackt nur in größeren Stücken verkauft werden (1/5 Rind, 1/2 Schwein, alle anderen Tiere nur ganz).
3. Vorgepackt können auch kleinere Stücke zum Verkauf angeboten werden.
4. Ebenso darf tiefgefrorenes Fleisch in kleineren

1) vgl. MASSAUER 1978, S. 45 f.

Stücken vermarktet werden.

5. Verarbeitungsprodukte aus Fleisch (Speck, Selchfleisch, Blut-, Brat-, Leber-, Preßwürste usw.) dürfen verkauft werden.

Brot:

Brot darf verkauft werden, wenn das Getreide in der eigenen Mühle vermahlen wurde. Zugekauftes Getreide darf mit vermahlen werden, muß jedoch untergeordnete Bedeutung haben.

Most, Fruchtsäfte, Marmeladen usw.:

Diese Produkte dürfen unbeschränkt verkauft werden.

Milch, Butter und Käse: dürfen nur im Rahmen der Bestimmungen des Marktordnungsgesetzes verkauft werden.

Schnaps:

Im Rahmen des Branntweinmonopols ist der Ab-Hof-Verkauf erlaubt. Hausbrand darf aber auf keinen Fall verkauft werden.

Felle und Teppiche usw.:

Diese Produkte dürfen nur bei eigener Verarbeitung (gerben, weben usw.) verkauft werden.

Holzprodukte:

Der Verkauf von Reisig, auch von selbthergestellten Adventkränzen ist erlaubt. Blochholz darf in Bretter aufgeschnitten werden. Eine weitere Verarbeitung, z.B. zu Möbeln, ist nicht gestattet. Die Herstellung und der Verkauf von Schnitzereien, kleinen Bastelwaren und Holzspielzeug ist erlaubt.

Bei Einhaltung der genannten sechs Bedingungen können Bauern auch Betriebsmittel überbetrieblich und gemeinschaftlich nutzen.

Vermarktungsmöglichkeiten durch Bauern im Rahmen der Gewerbeordnung

1. Ab-Hof-Verkauf: Er ist bei allen Produkten gestattet, die Einschränkungen bei Milchprodukten sind aber zu beachten.
2. Das Feilbieten (von Haus zu Haus) ist bei Obst, Gemüse, Kartoffeln, Naturblumen, Brennholz, Eiern, erlaubt.
3. Der Verkauf auf Märkten: Hier stehen dem Bauern die gleichen Rechte zu wie bei Verkäufen auf anderen Plätzen, allerdings sind die von der zuständigen Behörde erlassenen Vorschriften zu beachten (Marktamt, Gemeindeamt).
4. Verkauf in Verkaufslokalen: Bauern dürfen ein oder mehrere Verkaufslokale betreiben, wobei auch Lohnarbeitskräfte im Verkauf beschäftigt werden können. Mehrere Erzeuger können sich auch gemeinsamer Verkaufslokale und Arbeitskräfte bedienen. Eine Voraussetzung ist aber, daß die Produkte nach dem Hersteller deklariert sind. In diesem Fall übernehmen die Verkäufer den Direktverkauf auf Rechnung, Risiko und Namen der Erzeuger. Für den Betrieb von Verkaufslokalen gelten im Ab-Hof-Verkauf die Ladenschlußzeiten nicht.
5. Verkauf in Buschenschanken: Hier sind in Niederösterreich, Wien, Burgenland und in der Steiermark landesgesetzliche Bestimmungen vorhanden. Grundsätzlich aber gilt, daß selbsterzeugter Wein, Mineralwasser und kohlen-säurehaltige nichtalkoholische Getränke, sowie Säfte und kalte Speisen verkauft werden dürfen.

6. Vermarktung an Gäste im Rahmen der Privatzimmervermietung (Urlaub am Bauernhof): Im Burgenland, Oberösterreich, Steiermark, Triol, Vorarlberg und Wien ist die Verabreichung von Speisen zu festgesetzten Zeitpunkten und ohne Wahlmöglichkeit (ohne Speisekarte) erlaubt. In Niederösterreich gilt darüber hinaus die Einschränkung, daß ein Gasthaus mehr als einen Kilometer oder 10 Minuten Wegzeit entfernt sein muß. In Kärnten dürfen Speisen nur an Gäste verabreicht werden, die mindestens eine Woche buchen. In Salzburg ist nur die Verabreichung eines Frühstücks gestattet.

Getränke, die im eigenen Betrieb erzeugt wurden, sowie alkoholfreie Getränke, dürfen in allen Bundesländern abgegeben werden außer:

- in Kärnten nur an Gäste mit mindestens einwöchiger Aufenthaltsdauer,
- in Salzburg überhaupt nicht.

Hausbrand darf nicht an Gäste verkauft werden.

Von den beiden hier untersuchten gesetzlichen Regelungen bildet das Marktordnungsgesetz das weit größere Hindernis für selbstorganisierte Verarbeitung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten. Darüber hinaus sind die Möglichkeiten von Veränderungen in diesem Bereich kurzfristig und mittelfristig als äußerst gering einzuschätzen.

Die Gewerbeordnung 1973 dagegen bietet einen nicht zu unterschätzenden Spielraum für bäuerliche Veredelung und Vermarktung. Wie bei allen rechtlichen Regelungen kommt es hierbei aber darauf an, wie eng oder weit dieser Spielraum für die Praxis interpretiert wird. Gerade in jüngster Zeit scheint sich das Gewerbe gegen eine Ausweitung von bäuerlicher Verarbeitung und Direktvermarktung (Bauernmärkte) stärker zu

engagieren. In diesem Zusammenhang muß betont werden, daß die in dieser Übersicht zitierte Interpretation als sehr bauernfreundlich gelten muß¹⁾. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, daß die Legitimität dieser weiten Interpretation erst durch organisiertes politisches Auftreten und über die Durchfechtung von Prozessen durchgesetzt werden muß.

3.6.4 Autonome Regionalentwicklung - nur für die Dritte Welt?

"Das Konzept der regionalen Autonomie wurde als alternative Entwicklungsstrategie für die Dritte Welt entwickelt,²⁾ weil die traditionelle Übertragung von arbeitssparenden, teuren und komplizierten Technologien und der Transfer von Kapital zu deren Finanzierung das Elend der Armen vergrößert und die Abhängigkeit von der Ersten Welt verstärkt. Eine Übertragung dieses Konzeptes auf unsere peripheren ländlichen Regionen ist unmöglich, weil bei uns der Wert der Arbeitskraft (Lohn- und Gehaltsniveau) auch in den peripheren ländlichen Regionen weit über den der Dritten Welt liegt. Es geht bei uns auch nicht darum, eine Strategie zum Überleben (zur Subsistenz) zu entwickeln, sondern zur Heranführung der Einkommens- und Arbeitsverhältnisse an das nationale Durchschnittsniveau."

Dieser Einwand ist im Prinzip richtig.

Die beiden Hauptprobleme der Peripherien in der Dritten Welt sind der Hunger und die Arbeitslosigkeit, also die absolute Armut, die auf die Herrschaftsstrukturen (Mischung aus feudalem Großgrundbesitz und abhängigem Kapitalismus) zurückzuführen ist. Durch diese Herrschaftsverhältnisse

1) Die Interpretation in diesem Abschnitt folgt einer Publikation von Ernst MASSAUER, der Leiter der Rechtsabteilung der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs ist. Vgl. dazu: MASSAUER 1978.

2) Vgl. dazu AMIN 1979, GALTUNG 1979, SENGHAAS 1979, Kap. 5 dieser Arbeit.

bedingt, fließen Kapitaltransfers in die Hände von wenigen Besitzenden, die damit eine exportorientierte Produktion aufbauen. Die Armen haben nicht nur nichts von dieser Produktion, sondern sie werden durch die eingesetzten Technologien auch noch arbeitslos.

Eine Alternative für diese Menschen liegt daher nur darin, die bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu zerschlagen und eine eigenständige und selbstbestimmte Erzeugung von Gebrauchswerten zum Überleben aufzubauen. In dieser Situation kostet die Arbeitskraft praktisch nichts, es kommt nur darauf an, daß sie zum Erzeugen der notwendigen Lebens-Mittel in selbstorganisierten lokalen Produktionsgemeinschaften eingesetzt wird.

Anders ist die Situation in den benachteiligten ländlichen Regionen bei uns. Hier wird die Arbeitskraft in Relation zum Durchschnitt bzw. zu den Zentren schlechter entlohnt. Hier hat sie dazu aber noch die Alternative zur Abwanderung in die Zentren, eine Alternative, die regional- und sozialpolitisch zwar nicht (immer) wünschenswert ist, die aber vom großen Teil der Nebenerwerbsbauern in Form des Pendelns sowieso schon beschritten wird. Eine Verbesserung der Situation ist daher nur dann zu erwarten, wenn Erwerbsmöglichkeiten in den benachteiligten ländlichen Regionen geschaffen werden, die eine höhere Entschädigung der Arbeitskraft und/oder eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit sich bringen.

An einem (extremen) Beispiel soll nun der Unterschied zwischen der Kostensituation in Produktionsgenossenschaften der Dritten Welt sowie der Ersten Welt verdeutlicht werden.

Herstellungskosten eines Tisches

	Dritte Welt	Erste Welt
1. Material (Holz)	Im Besitz eines Mitgliedbetriebes, keine sonstige Verkaufsmöglichkeit, daher kein Tauschwert --	Im Besitz eines Mitgliedbetriebes, Erlös bei Verkauf (Opportunitätstauschwert) S 500,--
2. Materialgemeinkosten (Maschinenverschleiß)	Höher als bei uns, weil nicht selbst herstellbar, S 200,--	10 % vom Wert des Holzes bei einer bestimmten Produktionsmenge S 50,--
3. Arbeitskosten	keine sonstigen Verkaufsmöglichkeiten daher kein Tauschwert --	S 50,-- pro Stunde, 10 Stunden Arbeit, S 500,--
4. Arbeitsgemeinkosten für sozialabgaben und Steuern	--	20 % vom Preis S 100,--
5. Verwaltungs- und Vertriebsgemeinkosten	keine, da Subsistenzproduktion (für Eigenbedarf) --	30 % der Produktionskosten S 345,--
<u>Herstellungskosten</u>	<u>S 200,--</u>	<u>S 1.495,--</u>

Dieses Beispiel dient lediglich der Illustration des grundsätzlichen Unterschiedes zwischen der Dritten und der Ersten Welt. Es macht deutlich, daß das Konzept der eigenständigen und selbstbestimmten Regionalentwicklung bei uns sich nicht darin erschöpfen kann, eine lokale Gemeinschaft von landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben autark zu machen, indem sie ihre Gebrauchsgüter gemeinsam selbst herstellen. (Substitution von zugekauften Produktions- und Betriebsmitteln sowie von Gebrauchsgütern). Es ist im Gegenteil notwen-

dig, daß die regionalen Zusammenschlüsse für den regionalen und überregionalen Markt erzeugen.

3.6.5 Autonome Regionalentwicklung - eine Utopie für frustrierte Intellektuelle?

"Die Förderung der regionalen Autonomie, die Förderung der vertikalen Integration auf der Basis von selbst organisierten Zusammenschlüssen, die Förderung von einfachen und sparsamen Technologien, all das sind richtige Maßnahmen zur Entwicklung einer Alternativökonomie zur kapitalistischen Wirtschaftsweise, Alternativen zum Raubbau an den natürlichen Ressourcen, zur Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und zur Fremdbestimmung und Bürokratisierung im Produktionsprozeß.

Man kann aber nicht erwarten, daß ausgerechnet die von den Segnungen der kapitalistischen Entwicklung noch ausgeschlossenen Bevölkerungskreise in benachteiligten ländlichen Regionen die Träger und Vorreiter beim Aufbau einer Alternativökonomie sein können. Daher ist das Konzept einer autonomen Regionalentwicklung eine Utopie in den Köpfen einiger fortschrittlicher Städter, aber kein geeigneter Ansatz zur Überwindung der Armut in den peripheren ländlichen Regionen."

Wir wollen diesem Einwand Rechnung tragen und unterscheiden daher zwischen dem Konzept der autonomen Regionalentwicklung und den Konzepten der Alternativbewegung zum Aufbau einer Gegenökonomie.¹⁾

Zwar haben beiden Konzepte gemeinsame Wurzeln, aber trotzdem sind sie keineswegs gleichzusetzen. Im folgenden bringen wir die wichtigsten Unterschiede:

1) Vgl. dazu auch Kapitel 5 dieser Arbeit.

Konzept der autonomen Regionalentwicklung

Ausgangspunkt:

Eine kapitalistische Entwicklung führt zu einer höchst einseitigen und deformierten Entwicklung weniger Subzentren in den Peripherien. Die agrarischen Ungunstlagen werden ökonomisch und bevölkerungsmäßig ausgepreßt, uns sind von Verarmung und passiver Sanierung bedroht.

Ansatzpunkte:

Die peripheren Regionen verfügen über den größten Teil der Voraussetzungen für eine teilweise Abkoppelung von den "quasi-kolonialistischen" Zentralmärkten: nämlich Boden, Rohstoffe und Produktionsmittel. Daher sind gerade die Bauern gemeinsam mit anderen Bevölkerungsgruppen in der Lage, ihre Grundbedürfnisse durch kooperative Eigenproduktion zu decken und Spezialprodukte für einen kontrollierten überregionalen Markt zu erzeugen. (= autonome Regionalentwicklung)

Alternativbewegung - Gegenökonomie

Ausgangspunkt:

Die kapitalistische Entwicklung preßt alle menschlichen Fähigkeiten und Bedürfnisse in die Warenform. Dies führt zur Entfremdung. Die kapitalistische Entwicklung ist instabil, vernichtet langfristig die natürliche Umwelt und vergeudet Rohstoffe und Energie.

Ansatzpunkte:

Die unselbständigen Arbeiter und Angestellten haben sehr ungünstige Voraussetzungen zum Aufbau von Gegenökonomien. Es fehlt ihnen: Boden, Rohstoffe, Produktionsmittel. Darüber hinaus hat nur eine winzige Gruppe ein aktuelles Interesse an solchen Projekten:

- Ein Teil der Arbeitslosen, vom System Ausgestoßenen, durch das System Durchgefallenen.
- Ein Teil der politisch interessierten und engagierten Öffentlichkeit.

Daher droht die Alternativbewegung ständig ins Ghetto einer bloßen "Szene" abzusinken. Erfolgversprechendster Ansatzpunkt liegt in der autonomen Organisation von sozialen Dienstleistungen in kleinen Gemeinschaften.

Ziele:

Ziel der autonomen Regionalentwicklung ist zunächst einmal die Einkommensverbesserung und die Stärkung der wirtschaftlichen Basis der Regionen durch Aufbau einer vielfältigen und kohärenten Struktur. Darüber hinaus gibt es jedoch auch wichtige nicht-wirtschaftliche Ziele: Aufbau einer kooperativen und solidarischen Gesinnung, Abbau patriarchalischen und hierarchischen Denkens und Handelns. Stärkung der Fähigkeit zum verantwortlichen Selbstbestimmen und sozialen Handeln in der Gruppe usw.

Ziele:

Ziel von Projekten der Alternativbewegung ist der Aufbau von Feldern positiver Erfahrung in bezug auf Kooperation, Selbstbestimmung, Kreativität. (Ausprobieren neuer Lebens- und Arbeitsformen). Der selbst zur Ware gewordene Konsummensch soll wieder lernen, sich und seine Mitmenschen als produktiv, werktätig und schöpferisch zu erfahren.

Wir sehen, daß es trotz mancher Gemeinsamkeiten sehr wesentliche Unterschiede zwischen dem Konzept der autonomen Regionalentwicklung und der Gegenökonomie und Gegenkultur der Alternativbewegung gibt.

Richtig an dem eingangs wiedergegebenem Einwand ist, daß die nicht wirtschaftlichen Ziele des Konzepts der autonomen Regionalentwicklung über die kapitalistische Wertform (Eigennutz und Konkurrenz) hinausweisen. Es wäre aber naiv zu behaupten, nur weil es nicht zur vollen Entfaltung metroplitanen Kapitalismus in den peripheren Regionen gekommen wäre, gäbe es einen Nachholbedarf an individuellem Streben nach Eigennutz und Ausstechen des Nachbarn. Im Gegenteil: Der Individualismus ist teilweise so groß und kurzsichtig, daß die Vorteile der kapitalistischen Kooperation noch nicht einmal erkannt wurden.

Und genau an diesem Punkt unterscheidet sich das in dieser Forschungsarbeit untersuchte Konzept der autonomen Regionalentwicklung von einem Konzept kapitalistischer Kartellbil-

dung bzw. sozialistischen Syndikalismus:¹⁾

Wenn die Vorteile der Kooperation allein von den "Genossen" in der Kooperation angeeignet werden, dann verfehlt diese Kooperation ein unverzichtbares Ziel der autonomen Regionalentwicklung, nämlich die Entwicklung der Region in Verbindung mit den anderen peripheren Regionen. Stattdessen entwickeln sich die Schläfen in der Region. Das aber ist zu wenig.

Nur in dieser Forderung beinhaltet das Konzept der autonomen Regionalentwicklung ein wirtschaftlich und gesellschaftlich utopisches Element, aber wir glauben, ein unverzichtbares.

Auch diese Überlegung zeigt, daß die Informations- und Bildungsarbeit eine Voraussetzung dafür ist, daß die ökonomische Veränderung nicht im Kartell oder Syndikat endet.

Abgesehen davon, geht es aber nicht in erster Linie um ein Modell einer nachkapitalistischen Produktionsweise, sondern um die Anknüpfung an verschiedene Elemente der jetzt bestehenden Produktionsweisen am Land, aus denen eine Form weiterentwickelt werden soll, die den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Bevölkerung angepaßt ist und die eine Verbesserung der Einkommens- und Arbeitssituation bringen kann. Und dafür bietet sich eben die Zusammenarbeit von Kleinbetrieben auf gemeinschaftlicher Basis eher an, als der Aufbau einer industriellen Produktion. Dafür bietet sich ebenso die Verwendung der vorhandenen Rohstoffe, der Einsatz einer einfachen und billigen Technologie, die Produktion von qualitativ hochwertigen Spezialerzeugnissen sowie die organisierte Direktvermarktung an.

1) Vergleiche dazu NOWY 1980, S. 19 ff.

3.6.6 Sind kleine Betriebe betriebswirtschaftlich nicht tragfähig?

Einwand

"In der Konkurrenz zwischen Industrie und Handwerk bzw. zwischen spezialisierter Intensivlandwirtschaft und kleinbäuerlichen (Warenproduktion) sind Handwerk und kleinbäuerliche Produktion prinzipiell unterlegen. Ein langer historischer Prozeß hat somit zur Aushöhlung der Wirtschaftskraft der peripheren ländlichen Regionen geführt. Mit der Förderung handwerklicher und kleinbäuerlicher Produktion - egal ob als Einzelbetrieb oder als kleingenossenschaftlicher Zusammenschluß organisiert - versucht man eine historisch überholte und inferiore Produktionsform wiederherzustellen. Mit einem solchen Konzept kann man weder die Situation der betroffenen Betriebe noch die der peripheren ländlichen Regionen verbessern".

Dieser Einwand wurde uns in allen Veranstaltungen zur Sonderaktion am häufigsten entgegengebracht. Wir müssen ihn daher sehr ernst nehmen. Folgende Argumente gibt es als Antwort auf die Behauptung von der betriebswirtschaftlichen Unrentabilität - Unmöglichkeit zu überdenken:

- Beim Vergleich verschiedener Produktionsverfahren muß gleiche Qualität miteinander verglichen werden.
- Beim Vergleich verschiedener Produktionsverfahren müssen die direkten und indirekten externen Effekte berücksichtigt werden.

In der üblichen betriebswirtschaftlichen Kostenrechnung wird beides nicht getan. Das führt dazu, daß das, was betriebswirtschaftlich rentabel ist, nicht schon deshalb volkswirtschaftlich sinnvoll ist. Das betriebswirtschaftliche Argument für diese Unterlassung lautet: Nur was einen Preis hat, gilt: Bringt eine objektiv bessere Qualität beim Verkauf keinen höheren Preis, so existiert sie im betriebswirtschaftlichen Sinne gar nicht. Es kommt nur auf den Tauschwert, auf die existierende kaufkräftige Nachfrage, nicht auf den Gebrauchswert an.

Kostet es einer Fabrik nichts, die Abwässer ungeklärt in einen Bach zu lassen, dann ist eine solche Fabrik im betriebswirtschaftlichen Sinne einer anderen überlegen, die das gleiche erzeugt, ohne den Bach zu verschmutzen, dafür aber ein bißchen teurer ist.

Muß ein Betrieb, der sich in einem Zentrum ansiedelt, die erhöhten Kosten für den Straßenausbau und das vermehrte Verkehrsaufkommen der Pendler nicht zahlen, weil das die öffentliche Hand bzw. die Arbeiter aus ihren Budgets finanzieren, so ist er im betriebswirtschaftlichen Sinne einem Betrieb in der Peripherie überlegen, obwohl dieser zwar keine negativen externen Kosten verursacht, dafür aber ein wenig teurer produziert.

Drei Schlußfolgerungen für die regionalen Produktionsinitiativen sind daraus zu ziehen:

1. Die industrielle Produktion erfolgt nach dem Prinzip des Ausstoßen möglichst großen Mengen zu niedrigen Stückkosten. Die Qualitätsfrage wird dabei von einer Sache des Gebrauchswerts zu einer Sache der technologischen Manipulierbarkeit (technologischer Wert). Dadurch entstehen Marktlücken, die von der industriellen Produktion nicht mehr ausgefüllt werden. Diese Marktlücken sind ein Ansatzpunkt für die Produktion von handwerklichen und gewerblichen Spezialprodukten im Sinne des Konzeptes einer autonomen Regionalentwicklung.
2. Viele negative externe Effekte der großindustriellen Produktion wirken direkt auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter. Wenn eine Fabrik 70 km vom Wohnort eines Bauern in einem benachteiligten ländlichen Gebiet entfernt ist, dann ist ihre Erzeugung vielleicht "rentabel" aber mit dem negativen Effekt, daß eine beträchtliche Zahl von Arbeitern pendeln muß. Das kostet sie Zeit, Ner-

ven und Geld - alles Zuschüsse der Arbeiter an die Eigentümer des Betriebes. Eine Genossenschaft von mehreren Nebenerwerbsbauern, die zu Hause ihre Produkte selber veredeln, ist vielleicht bei Zahlung von Löhnen in der Höhe jenes Betriebes nicht "rentabel". Aber die Bauern sparen Zeit, Nerven und Geld, weil sie nicht pendeln - und wenn sie diese Vorteile jetzt an den Betrieb abgeben, (z.B. durch Reduzierung ihres Arbeitsentgelts) dann ist ihre Genossenschaft vielleicht "rentabel" geworden. - Nur daß sie nun Zuschüsse an sich selbst zahlen.

3. Selbst wenn man "seinen" Markt gefunden hat, und für Qualität entsprechend bezahlt bekommt und selbst wenn man im eigenen genossenschaftlichen Zusammenschluß "billiger" ist als die Fabrik, selbst dann ist die industrielle Produktion vielleicht doch noch in bezug auf die Herstellungskosten zu überlegen. Soferne dies darauf zurückzuführen ist, daß durch die industrielle Produktion noch andere negative externe Effekte entstehen als jene, die direkt den Arbeitern zugerechnet werden können, so muß man sich dafür einsetzen, daß diese als Kosten dem Betrieb zugerechnet werden (z.B. dadurch, daß er eine Kläranlage für seine Abwässer bauen muß) oder aber, daß jene Betriebe, die diese Effekte nicht verursachen, dafür Prämien erhalten (z.B. Prämien für die Einsparung von Energie, Einsparung von Transportwegen usw.).

Nun zu einem weiteren wichtigen Punkt:

- Der betriebswirtschaftliche Vergleich ist üblicherweise von einem eindimensionalen technologischen Denken geprägt

Die Logik der betriebswirtschaftlichen Überlegung lautet zu-
meist: Arbeitskraft ist teuer, knapp und unzuverlässig. Da-
her muß sie ersetzt werden. In der Konkurrenz siegt derjeni-
ge, der die bessere Technologie besitzt, d.h. der schneller,

mehr und billiger pro Stück erzeugen kann. Der Konkurrenzkampf um den Markt ist daher ein Konkurrenzkampf um die "bessere" Technologie. Im Zuge dieses Kampfes werden die Technologien immer größer. Technologien veralten außerdem in diesem System oft schneller als die Produkte, die sie erzeugen. Das liegt aber nicht daran, daß sie nicht mehr taugen würden, sondern an der Konkurrenz, durch die irgendjemand schon wieder eine bessere Technologie in Betrieb genommen hat und nun alle anderen zwingt, das selbe zu tun. Das ganze erhöht die Investitionstätigkeit und nützt der technologieerzeugenden Industrie. Abgesehen davon, daß am Beispiel so mancher Großtechnologie gezeigt werden kann, daß ihre Entwicklung nicht dem Prinzip des "immer besser", sondern eher den Interessen bestimmter Lobbies folgt¹⁾, gibt es gegen diese Entwicklung eine Reihe ganz nüchterner betriebswirtschaftlicher Einwände:

- Größere Technologien sind teurer in der Anschaffung und nur deshalb "billig" im Gebrauch, weil sie Tag und Nacht riesige Produktmengen erzeugen können. Trotzdem sind ihre Fixkosten hoch, es kann sich sie nur jemand leisten, der ein hohes Eigenkapital hat oder aber in der Lage ist, hohe Schulden zu machen.
- Große Technologien sind komplizierter. Sie erfordern Spezialisten zur Wartung und zur Reparatur. Daher ist ihr Betrieb relativ teuer.
- Große Technologien erfordern große Betriebe, große Betriebe erfordern große Organisationen, große Organisationen haben hohe "Gemeinkosten", die mit der Produktion eigentlich gar nichts zu tun haben. Arbeiter müssen kontrolliert, Kontrolleure noch einmal kontrolliert werden, die Organisation muß vielfältig gegliedert wer-

1) Vgl. dazu TRAUBE 1978, S. 177 ff.

den, eine teure Direktion muß erhalten, Abteilungsleiter eingekauft werden, die gegliederte Organisation muß koordiniert werden, die Koordination durch EDV unterstützt, die EDV muß geplant werden und zur Planung der EDV die Planungsabteilung aufgestockt werden, etc. etc.... Schlußfolgerung: Große Technologien verbilligen (u.U.) die Produktion, verteuern aber die Organisation.

- Große Technologien und große Betriebe erfordern große Anlagen, große Betriebe erfordern den Ausbau der Infrastruktur etc.

Alles das erhöht die Kosten: Die Großtechnologie hat die Aufgabe, die steigenden Kosten, die sie selbst verursacht, durch Expansion auf immer mehr Produkte aufzuteilen.

Daraus ergibt sich eine vierte wesentliche Schlußfolgerung:

4. Wenn jemand behauptet, "die kleinste noch rentable Ölmühle muß mindestens den dreifachen österreichischen Bedarf vermahlen" oder "die kleinste noch rentable Käserei muß täglich mindestens 100.000 l Milch verarbeiten", dann heißt das nur: Wenn alle Faktoren der Kostenrechnung (Fixkosten, Gemeinkosten, etc.) vorgegeben sind und ebenso alle Kosten der Vermarktung und die Erlöse, dann muß man mit den Wölfen heulen. Das ist sicher richtig: Eine ins tausendfach verkleinerte Schärdinger Molkerei, die aber genauso organisiert ist wie die Schärdinger Molkerei, ist nicht konkurrenzfähig.

Aber eine beliebig kleine Käserei ist mit der Schärdinger konkurrenzfähig, wenn sie entsprechend billig und angepaßt organisiert wird.

Zur empirischen Abstützung dieser Hypothese wurden im Jahre 1980 zahlreiche Klein- und Kleinstmolkereien in Österreich wissenschaftlich unter Einbeziehung betriebswirtschaftlicher und soziologischer Fragestellungen untersucht. (BOCHSBICHLER, REST/SCHEER 1980). Im folgenden zitieren wir einige der wichtigsten Ergebnisse.

1. Hat der Verarbeitungsbetrieb Rückwirkungen auf den landwirtschaftlichen Betrieb?¹⁾

Der einzelne Landwirt erhält je abgeliefertem kg Milch grundsätzlich den gleichen gesetzlich geregelten Milchpreis einschließlich Siloverzichts- und Sortenzuschlag, unabhängig davon, ob der Verarbeitungsbetrieb eine kleine oder größere, gewerbliche oder genossenschaftliche Käserei ist. Rein aus der Sicht der Milchgeldeinnahmen könnte es einem Bauern egal sein, wer seine Milch verarbeitet. In allen besuchten Einzugsgebieten von Kleinkäsereien (unter 2 Mio. kg Milch/Jahr) war jedoch seitens der Bauern eine eindeutige Bevorzugung der Kleinkäsereien feststellbar. Hier ist der Bauer noch nicht zur geistlosen Nummer degradiert. Er betrachtet das in der Käserei erzeugte Produkt noch mit Stolz als sein eigenes Produkt. Die Qualitätskontrolle ist in Kleinbetrieben eine unmittelbare, weil der Landwirt in der Regel bei der Milchübernahme selbst anwesend ist. Liefert ein Landwirt eine mit Penicillin kontaminierte Milch, so werden innerhalb kürzester Zeit alle Betriebe dieses Einzugsgebietes über diese Verantwortungslosigkeit informiert sein. Es lastet also mehr Qualitätsverantwortung auf dem Einzelbetrieb.

Ein kleiner Verarbeitungsbetrieb hätte relativ leicht die Möglichkeit, auf biologische Produkte umzustellen. Daraus

1) Vgl. dazu BOCHSBICHLER/REST/SCHEER, 1980, S. 188 ff.

ergeben sich naturgemäß Rückwirkungen auf den Milcherzeugungsbetrieb. Es bestünde also für den Zulieferanten einer Kleinkäserei viel eher die Chance, über die Erzeugung eines biologisch höherwertigen Produktes und über einen höheren Produktpreis auch zu höheren Milchgeldeinnahmen zu gelangen.

Für die Bevorzugung des räumlich näher gelegenen Verarbeitungsbetriebes durch die Bauern dürfte auch die Nähe eines Verarbeitungs- und Versorgungsbetriebes im Krisenfall oder im Fall gestörter Verkehrsverbindungen eine zwar nicht ausgesprochene, aber im Unterbewußtsein mitschwingende Rolle spielen.

2. Sind kleine Verarbeitungsbetriebe existenzfähig?

Nach den Ausführungen zu Punkt 1 ist diese Frage für den einzelnen Landwirt von eher untergeordneter Bedeutung. Solange der kleine Verarbeitungsbetrieb nicht ein Biobetrieb ist, stellt die Milchproduktion für die kleine private Käserei keine alternative Form der Erzeugung, Verarbeitung oder Vermarktung von Milch dar. Die Frage nach der Existenzfähigkeit genossenschaftlicher oder privater Kleinkäsereien wird dann auch für den Bauern interessant, wenn

- a) die Umstellung auf Bioproduktion zur Diskussion gestellt wird und wenn
- b) einzelne Landwirte erwägen, ihre Milch wieder selbst in der Form eines kleinen gemeinschaftlichen Zusammenschlusses zu verarbeiten.

Aus der Tatsache, daß die kleinste Käserei mit 400.000 kg Jahresanlieferung einen Jahresgewinn von S 100.000,-- ermöglicht, daß bei einer Verarbeitungsmenge von 1,7 Mio kg ein vorläufiger Gewinn vor Abzug der rein steuerlichen Absetzungen von rund S 800.000,-- erzielt werden kann und daß in letzter Zeit kein Betrieb aus wirtschaftlichen Grün-

den aufgegeben werden mußte, läßt sich der Schluß ziehen, daß trotz diverser Benachteiligungen durch die Fondsabrechnung die kleinen Käsereibetriebe existenzfähig sind. Hinsichtlich der Schaffung von Biobetrieben ist das ein günstiger Aspekt.

Würden Landwirte daraus den Schluß ziehen, daß es unter diesen Voraussetzungen wirtschaftlich sein könnte, die Milchverarbeitung wieder auf den Hof zurückzugewinnen, so würden sie in kurzer Zeit an den Einzugsgebietes- und Versorgungsgebietsregelungen scheitern. Innerhalb des Einzugsgebietes besteht Lieferpflicht und Abnahmepflicht. Es ist nach den bestehenden Regelungen nicht möglich, aus einem bestehenden Versorgungsgebiet auszubrechen und ein neues Versorgungsgebiet zu bekommen. Zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Milchverarbeitung in größerer Entfernung zu den Verarbeitungszentren müßten den Großbetrieben Teile ihrer Einzugsgebiete entzogen werden. Eine solche, den bisherigen Konzentrations- und Strukturbereinigungsbestrebungen diametral zuwiderlaufende Politik wäre dann zu verantworten,

- a) wenn die Stückkostendegression des Großbetriebes durch die Transportkostenprogression aufgezehrt wird, oder
- b) wenn die verbleibende Differenz zwischen Stückkostendegression und Transportkostenprogression durch regionalpolitische Zielsetzungen aufgewogen wird, oder
- c) wenn die Leistungs-Kosten-Differenz trotz höherer Stückkosten im Kleinbetrieb wegen besonderer Qualitätsproduktion (höhere Geldeinnahmen) zugunsten des Kleinbetriebes ausschlägt.

Nach Angaben des Milchwirtschaftsfonds macht die Fixkostendegression (ohne AFA) in Emmentaler-Käsereien 40 - 80 gr/kg aus. Da der Beitrag zum Transportkostenausgleich bereits

bei 30 gr/kg Milch liegt, ist anzunehmen, daß es eine Reihe von Betrieben gibt, deren Transportkosten zum Teil wesentlich über 30 gr (40 - 50 gr) je kg Milch liegen. Damit liegen ganze Betriebe also in dem Grenzbereich, wo sich Fixkostendegression und Transportkostenprogression aufheben. Nun kämen aber für die Ausschälung eines neuen Versorgungsgebietes nur abgelegene Gebiete in Frage, deren Transportkosten weit über dem Durchschnitt der Transportkosten eines Betriebes liegen.

Der Strukturplan des Milchwirtschaftsfonds und die zur Durchsetzung des Planes gesetzten Maßnahmen wurden in einer Zeit niedriger Transportkosten getroffen. Im Sinn einer veränderten Regionalpolitik und im Lichte stark erhöhter und weiter steigender Transportkosten wären der Strukturplan neu zu überarbeiten und das Maßnahmenpaket den neuen Erkenntnissen anzupassen.

3. Ist die Strukturpolitik des Milchwirtschaftsfonds gerecht?

Alle besuchten Betriebe haben die Strukturpolitik des Milchwirtschaftsfonds als ungerechte Härte bezeichnet. Zu Lasten der Kleinbetriebe werden Großbetriebe gefördert, von deren Vorzug hinsichtlich Qualität und Wirtschaftlichkeit der Fonds die Kleinbetriebe nicht zu überzeugen vermag.

4. Gibt es eine optimale Betriebsgröße?

Selbst unter den Fachleuten gehen die Meinungen über die optimale Betriebsgröße in der Emmentaler-Käserei weit auseinander. Nach Ansicht des Milchwirtschaftsfonds liegt ein Betrieb mit zwei Käsefertigern an der Untergrenze der Wirtschaftlichkeit. Optimal seien Betriebe mit 30 - 35 Laiben pro Tag, das sind 7 - 8 Mio kg Verarbeitungsmilch pro Jahr. Im Lande Salzburg gibt man sich bereits bescheidener:

20 Laibe/Tag (Dipl.Ing. M. Dietmann). Hingegen sei kein wesentlicher Unterschied in den Kosten, ob mit 3 oder 6 Kesseln gearbeitet wird.

Gegen die Optimalitätsvorstellungen des Milchwirtschaftsfonds spricht auch das Beispiel einer Kleinkäserei in Salzburg.

Die "Untermödlhamer Käserei" hat trotz ihrer relativen Kleinheit den höchstmöglichen technischen Mechanisierungsgrad erreicht. 25 Betriebe liefern 1,7 Mio. l Milch im Jahr. Wenn mehr Milch verarbeitet werden sollte, könnten nur mehrere gleichartige Anlagen wie die bestehenden nebeneinander eingesetzt werden.

Der Rationalisierungseffekt einer Betriebsvergrößerung kann daher nicht mehr sehr groß sein.

Sowohl in der Landwirtschaft als auch in Gewerbe- und Handelsbetrieben gibt es keine absolut optimale Betriebsgröße. Vielleicht wäre es auch in der Käsereiwirtschaft besser, ein ausgewogenes Gleichgewicht an Klein-, Mittel- und Großbetrieben, von Privat- und Genossenschaftsbetrieben zu belassen, anstatt durch eine ungerechte und unsoziale Umverteilungspolitik die Großbetriebe zu Lasten der Kleinbetriebe über den normalen Konkurrenzkampf hinaus zu begünstigen.

Zusammenfassung

Sicherlich muß man von kooperativen Initiativen im Sinne des Konzepts einer autonomen Regionalentwicklung verlangen, daß sie sich (nach einer bestimmten Anlaufzeit) ökonomisch selbst tragen.

Produktion und Organisation der Projekte können aber nicht mit den Maßstäben industrieller Produktion gemessen werden:

- Es geht nicht um industrielle Massenproduktion, sondern um eine Erweiterung des Aktionsraumes von kleinen landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben und um eine Erhöhung der Wertschöpfung dieser Betriebe.
- Es geht nicht um den Aufbau von Mittel- und Großbetrieben mit Hilfe von hohen Investitionen, sondern um die Beseitigung der Konkurrenz unter den Schwachen, die Ergänzung der individuellen Fertigkeiten, die Entwicklung von kleinen integrierten Produktionskreisläufen und die Erschließung von Marktlücken.
- Es geht nicht um die Konkurrenz mit der Industrie mittels "besserer" Technologien, sondern um das Existieren neben der Industriekraft besserer Qualität und Kraft einfacher und phantasievoller Organisation.

Es kann nicht generell behauptet werden, daß ein solches Konzept möglich ist - und vor allem, für wie viele Betriebe es möglich ist. Dazu muß man jeden einzelnen Fall untersuchen.

Aber es muß bestritten werden, daß das generelle Diktat von der betriebswirtschaftlichen Unmöglichkeit zu Recht besteht.

3.6.7 Zur Frage der Vermarktung

Drei Einwände werden hiezu vorgebracht:

- 1) "Heute ist das Risiko der Vermarktung so groß, daß es unverantwortlich ist, Bauern die Direktvermarktung zu empfehlen."
- 2) "Sollte es einzelnen Projekten gelingen, Marktlücken aufzuspüren, so führt das in kurzer Zeit dazu, daß sich stärkere Betriebe finden, um 'den Rahm abzuschöpfen' und die Wegbereiter aus dem Markt zu werfen".
- 3) "Die zentralen Punkte einer effizienten Vermarktung liegen heute in
 - der Werbung
 - der Verpackung und dem Design
 - der Gleichmäßigkeit der Belieferung
 - den Kosten des Transports (Transportkostendegression durch Großtransporte und Großlager).

In allen Punkten sind kleine regionale Projekte weit unterlegen, was auch durch Überführung der Profite in Einkommen der Genossenschafter nicht wettgemacht werden kann".

Alle diese Einwände sind berechtigt.

Da zur Verbesserung der Einkommensverhältnisse in den benachteiligten Regionen die Subsistenzstrategie (Aufwandsverringerung, Ausbau der regionalen Produktions- und Austauschbeziehungen) nicht ausreicht, müssen die Produktionsinitiativen auch auf den regionalen Export setzen (Erhöhung des Werts der Produktion). Dies aber ist nicht mehr nur ein Problem der intelligenten Produktion, sondern mehr noch ein Problem der intelligenten Vermarktung.

Hierbei sind Einzelinitiativen in der Regel überfordert, es fehlt ihnen am Wissen über Vermarktungswege, Werbung und Design. Damit ist das Risiko der Vermarktung meistens viel höher, als es sonst in der Land- und Forstwirtschaft üblich ist. Dies wirkt als Umstellungsbarriere.

Dazu kommt, daß die bestehenden Organisationen nur darauf warten, Ideen geliefert zu bekommen, die sie dann kraft besserer Kapitalausstattung und besserem Vermarktungs-know-how übernehmen und die genossenschaftlichen Initiativen aus dem Markt werfen. Die jüngste Entwicklung zeigt dies mit aller Deutlichkeit:

Während jahrzehntelang keine etablierte Organisation versucht hat, die Vorurteile gegen das Schaf- und Lammfleisch durch gezielte Werbung abzubauen, stieg nun der niederösterreichische Schafzuchtverband mit großen Worten und großem Werbeaufwand in das Geschäft, nachdem die Tauernlammgenossenschaft und die österreichische Bergbauernvereinigung durch ihre Ausstellungen und ihr Geschäft den Markt geöffnet hatten.

Während von offizieller Seite bisher der biologische Landbau nur geschmäht wurde, fördert nun die oberösterreichische Landwirtschaftskammer gemeinsam mit Raiffeisen die Erzeugung von "Berglandgetreide".

Agrosserta will "natürliche Produkte" vermarkten, und eine Gemeinschaft von Agrar- und Handelskapital betreibt in teuerster Lage in Wien einen Laden mit der Bezeichnung "Bauernland".

All dies zeigt, daß es im Bereich der Vermarktung keine Lücken gibt. Das heißt, das es hier darauf ankommt, Gegenmacht zu bilden. Durch:

- Aufbau von Konsumenteninitiativen
- Bildung von Erzeuger-Verbrauchergemeinschaften
- Aufbau von Vermarktungs-Werbungs-Designstellen.

Die bisher auf Beratungs- und Informationsveranstaltungen mit Interessenten an der Sonderaktion des Bundeskanzleramtes gemachten Erfahrungen zeigen, daß neben den sozio-kulturellen Barrieren gegen die Selbstorganisation und eigenständige Genossenschaftsgründungen die Angst vor fehlendem Absatz zu den größten Barrieren zählt. Das Konzept der Direktvermarktung stößt bei vielen Bauern und Kleingewerbetreibenden auf große Skepsis, die dann berechtigt ist, wenn sie das Vermarktungs- und damit auch das Produktionsrisiko auf den Einzelnen bzw. auf die einzelne Produktionsgenossenschaft abwälzt. In diesem Fall wird aus der im Prinzip richtigen Idee, die Wertschöpfung und Vermarktung den benachteiligten Regionen und Produzenten zufließen zu lassen, die bittere Realität, daß die Bauern die Verluste in der Vermarktung aus den Erlösen der Produktion decken sollen.

Häufiger allerdings dürfte es vorkommen, daß die Produzenten nach einigen Mißerfolgen die Vermarktung anderen überlassenden sie dann allerdings völlig ausgeliefert sind.

So z.B. entstanden im Rahmen einer Aktion für das Waldviertel in mehreren Orten Strickkreise. Hier stricken Frauen in Heim- und Handarbeit vor allem arbeitsaufwendige Trachtenjacken, die vielleicht bei florierendem Fremdenverkehr leicht und direkt abgesetzt werden könnten. Dieser existiert aber im Waldviertel nicht, so daß die Frauen gezwungen sind, ihre Jacken im Wiener Raum zu verkaufen. Da dies nicht im gewünschten Ausmaß gelingt, griff man auf das Angebot eines Händlers zurück, der den Absatz in Eigenregie und Eigenrisiko zu besorgen versprach. Fazit: Preis für eine Jacke ca. S 280,--, das ergibt einen Stundensatz von S 5,--.

Aus diesen Erfahrungen lassen sich einige Anforderungen an ein vertretbares Konzept der Direktvermarktung ableiten.

3.6.7.1 Prinzipien für die Vermarktung

1. So wie in der Erzeugung sollte auch in der Vermarktung "Monokultur" vermieden werden, d.h. daß die Vermarktung sowohl in regionaler Hinsicht, wie in bezug auf die angestrebten Marktsegmente diversifiziert werden sollten.
2. In regionaler Hinsicht sollte, wenn irgend möglich, immer auch der lokale und regionale Markt einbezogen werden. (Regionale Autonomisierung). Allerdings ist eine Übertragung der für die Dritte Welt entwickelten Strategie der Bildung von autonomen Subsistenzwirtschaften auf unsere Peripherie nicht möglich, weil die Erzielung von höheren Einkommen in der Regel nicht alleine durch die Aktivierung der innerregionalen Wirtschaftskreisläufe möglich sein dürfte, sondern immer auch der Erhöhung des Wertes der Exporte bedarf.
3. Während für die Produktion eine starke Dezentralisierung und Dekonzentration sinnvoll sein kann, soll der regionale Export gemeinsam und überregional organisiert werden, weil einzelne Produktionsgenossenschaften weder in der Lage sind den Markt zu überblicken, noch den Transport energie- und kostengünstig durchzuführen.
4. Der Absatz des für den regionalen Export bestimmten Teils der Produktion erfordert neue Formen des Marketings und der Vermarktungsorganisation. In erster Linie sollte jener Konsumentenkreis angesprochen werden, dem die Herkunft und die Qualität der Produkte wichtig ist. Vor allem am Nahrungsmittelsektor dürfte es möglich sein, mit der Durchbrechung der Anonymität des herkömmlichen Marktes eine Käuferschicht zu gewinnen. Es wird die Aufgabe einer von Bauern und Städtern getragenen Vermarktungsorganisation sein, diese Käuferschicht durch Aktionen und Werbung aufmerksam zu machen und gleichzeitig ein Marken-

zeichen zu entwickeln, in dem

- die Herkunft (Information über die wirtschaftlichen und politischen Benachteiligungen),
- die wirtschaftlichen und politischen Ziele der Produktionsgenossenschaften,
- die Qualität der Produkte,

als gleichwertige Dimension zusammengefaßt werden.

5. Anders als in den USA und der Schweiz gibt es in Österreich bis jetzt so gut wie keine Konsumenteninitiativen, die den gemeinsamen Direktbezug von (biologischen) Nahrungsmitteln bei den Bauern zum Ziel haben. Es existieren allerdings mehrere Ansätze zu solchen Initiativen und eine zunehmende Bereitschaft, sich für die Idee eines direkten Zusammenschlusses zwischen benachteiligten Produzenten und Konsumenten ideell und materiell einzusetzen. Solche Zusammenschlüsse, sogenannte Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften, hätten den Vorteil, daß das Vermarktungsrisiko zumindest teilweise von den Produktionsgenossenschaften genommen wird, weil die in einer solchen Gemeinschaft mitmachenden Konsumenten für bestimmte Produktionsmengen vertraglich festgelegte Abnahmeverpflichtungen übernehmen. Darüberhinaus hätten solche Gemeinschaften Vorreiterfunktionen in bezug auf die Entwicklung der selbstbestimmten und eigenständigen Organisation einer ökologisch angepaßten Produktion als auch eines neuartigen sozio-kulturellen Austausches zwischen Produzenten und Konsumenten.¹⁾

1) Vgl. dazu die ausführliche Darstellung der ersten österreichischen Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft "BERSTA" in Kapitel

6. Bei der organisierten Direktvermarktung muß man zwischen 2 Formen unterscheiden

- Der organisierten Direktvermarktung in Form einer bäuerlichen Selbsthilfeeinrichtung
- Der organisierten Direktvermarktung in Form von Erzeuger-Verbraucher-Zusammenschlüssen

Die bäuerlichen Selbsthilfeeinrichtungen eignen sich zum Absatz auf lokalen und regionalen Märkten. Mangels einer differenzierten Organisation und aus Kapitalmangel sind solche Einrichtungen sowohl bezüglich der Angebotsmenge, als auch in bezug auf die Nachfrageerfassung eng begrenzt.

Die Erzeuger-Verbraucher-Zusammenschlüsse eignen sich zum Absatz auf überregionalen Märkten, und bedingt durch die stabilere Organisationsform können sie sich auch zu Vertriebsorganisationen für größere Regionen entwickeln.

Im folgenden zitieren wir die Schlußfolgerungen aus der Untersuchung einer bäuerlichen Vermarktungsgemeinschaft.

(BOCHSBICHLER/REST/SCHEER 1980, S 244 ff.).¹⁾²⁾

-
- 1) Es handelt sich dabei um die Untersuchung der Lavantaler Vermarktungsgemeinschaft (LVG). Diese hat ca. 70 Mitglieder und setzt ihre Produkte (Fleisch, Gemüse, Obst, Getränke, Lebendvieh) im Raum Wolfsberg ab. Die Gemeinschaft funktioniert bereits seit vielen Jahren und bietet den Mitgliedern außerordentlich günstige Möglichkeiten zur Erhöhung ihrer Wertschöpfung und Einkommen.
 - 2) Die Darstellung eines Erzeuger-Verbraucher-Zusammenschlusses folgt später unter Punkt 4.5.2.

3.6.7.2 Anforderungen an bäuerliche Direktvermarktungsorganisationen

1. Eine Erzeugungs- und Vermarktungsgemeinschaft in der Organisationsform eines Vereines oder einer Genossenschaft steht und fällt mit der Privatinitiative, der Einsatzbereitschaft und dem Verantwortungsbewußtsein der Mitglieder.
2. Aus der Mitgliedschaft müssen neben fachlichen und gesellschaftlichen Vorteilen dem einzelnen Mitglied auch finanzielle oder materielle Vorteile erwachsen. Der notwendige Idealismus ist auf Dauer nur zu erwarten, wenn der persönliche Einsatz auch in irgendeiner Form materiell abgegolten wird.
3. Eine bäuerliche Selbsthilfeeinrichtung in Form eines Vermarktungsringes bedarf einer finanziellen Starthilfe zur Schaffung der notwendigen Vermarktungseinrichtungen (Versteigerungshalle, Verkaufsstände).
4. Die Direktvermarktung bäuerlicher Produkte vom Erzeuger zum Verbraucher bringt nicht nur für die Produzenten des Gebietes, sondern besonders auch für die Konsumenten Vorteile. Es erscheint daher notwendig, die Bürgermeister von der Idee der landwirtschaftlichen Direktvermarktung und den daraus resultierenden Vorteilen für die Bevölkerung zu überzeugen.
5. Landwirtschaftliche Erzeugermärkte (Bauernmärkte) haben eine große Werbewirksamkeit. Geldinstitute, Handelsketten oder Großfirmen könnten aus diesem Grunde an einer Zusammenarbeit mit den bäuerlichen Vermarktungsgemeinschaften interessiert sein. Dies könnte unter Umständen die Finanzierung von Anfangsinvestitionen erleichtern.

6. Die Monopolstellung der Großgenossenschaften (Raiffeisenverband) und die einseitige parteipolitische Bindung der Bauern (gegendweise 90 % ÖVP) verhindern das Aufkommen neuer Ideen oder privater Initiativen. Hier geht die "Bauerneinigkeit" schon so weit, daß sie sich nicht mehr getrauen, Kritik zu üben, eigene Ideen auszusprechen oder sogar Initiativen zu entwickeln.
7. Multifunktionäre in etablierten Organisationen sind für den Aufbau alternativer Erzeuger- oder Vermarktungseinrichtungen ungeeignet.
8. Eine kleine Zahl aktiver Mitglieder ist für eine Vermarktungsgemeinschaft besser als eine große Zahl untätiger Mitglieder. Eine relativ hohe Eintrittsgebühr ist offenbar geeignet, die Spreu vom Weizen zu trennen.
9. Eine bäuerliche Vermarktungsgemeinschaft braucht vom Absatz her die Stadtnähe. Im Umreis von 10 - 15 km soll eine Stadt mit 10.000 - 15.000 Einwohnern liegen. In extremer Marktferne sind die Chancen einer dauernden und dauerhaften Selbstvermarktung gering.
10. Eine bäuerliche Vermarktungsgemeinschaft braucht von der Produktion her eine gesunde Produktionsstruktur. Es müssen zumindest potente Vollerwerbsbetriebe als Marktleader da sein. Der hohe Investitionsbedarf für die Einrichtung von Schlacht- und Fleischverarbeitungsräumen setzt eine gewisse Mindestgröße des Betriebes bzw. einen Mindestproduktionsumfang voraus. Für Klein- und Nebenerwerbsbetriebe müßten gemeinschaftliche Fleischverarbeitungseinrichtungen geschaffen werden. Ein Vermarktungsring kann nur dann eine Absatzgarantie für übernommene Qualitätsferkel geben, wenn im Ring selbst eine entsprechende Anzahl von Mästern vorhanden sind.

11. Die Direktvermarktung im Rahmen einer Vermarktungsgemeinschaft stellt höhere Anforderungen an den Bauern. Er muß beweglicher und vielseitiger sein. Seine Ausbildung, seine Kenntnisse und Fähigkeiten dürfen sich nicht auf die Produktion qualitativ hochwertiger Urprodukte beschränken, sondern müssen sich auch auf Technik der Fleischverarbeitung und -vermarktung erstrecken. Es ist von großem Vorteil, wenn ein junger Landwirt im Rahmen seiner gemischtberuflichen Ausbildung einen Teil seiner Lehrzeit in einer Fleischhauerei verbracht hat.
12. Ein direkt vermarktender Bauer stellt höhere Ansprüche an Beratung. Die Berater selbst sind aber vielfach über Spezialfragen der Direktvermarktung in Sachen Einkommens-, Umsatz- und Gewerbesteuerrecht oder auf dem Gebiet des Gewerbe- oder Lebensmittelrechts nicht informiert. Die Herausgabe einer Informationsschrift über die rechtlichen Grundlagen der bäuerlichen Direktvermarktung wäre dringend erforderlich.
13. Die bäuerliche Direktvermarktung bietet dem Produzenten eine Chance, qualitativ besonders hochwertige Produkte zu einem überdurchschnittlichen Preis zu verkaufen. Wenn jeder Bauer nur sein Produkt verkauft, hat das Produkt automatisch eine Erzeuger-Nummer. Nur wenn die Qualität entspricht, wird der Konsument sie honorieren. Eine direktere Form der Qualitätskontrolle durch den Konsumenten ist gar nicht vorstellbar.
14. Eine bäuerliche Direktvermarktungseinrichtung nach dem Muster der LVG wäre sicher an vielen Orten Österreichs zum Wohle der Bauern und der Bevölkerung möglich. Besondere Chancen bestehen in der Nähe größerer Absatzzentren wie z.B. in den Industriestädten des steirischen Mur- und Mürztales, oder in den Bezirks-

städten wie St. Pölten, Krems, Amstetten, Steyr und dergleichen.

15. Die landwirtschaftliche Urproduktion erbringt einen ständig sinkenden Beitrag zur Wertschöpfung des Ernährungssektors.

Die Spannen und Gewinne liegen in der Verarbeitung und im Handel. Diese Bereiche sind aber die Domäne gewerblicher Betriebe.

Wer eine bäuerliche Direktvermarktung organisiert, muß deshalb damit rechnen, daß er auf den Widerstand wirtschaftlich potenter Fleischhauer, Landesprodukthändler und leider auch Großgenossenschaften stoßen wird. Auch der Paragraphendschungel des Steuer-, Gewerbe- und Lebensmittelrechtes wird immer wieder aufs Neue durchkämmt werden müssen. Aber rein aus der Tatsache, daß sich die LVG bisher erfolgreich gegen alle Anschläge der Gewerbekammer, der Lebensmittelpolizei und des Finanzamtes zur Wehr gesetzt hat, kann man den Schluß ziehen, daß dies auch anderswo in Kärnten oder auch in anderen Bundesländern möglich sein wird.

3.6.8 Investitionsförderung oder aktivierende Bildungs- und Kulturarbeit?

Einwand

"Es ist durchaus vorstellbar, daß Projekte im Sinne des Konzeptes der regionalen Autonomie auch im betriebswirtschaftlichen Sinne mit der industriellen und intensivlandwirtschaftlichen Produktion konkurrenzfähig sind. Dies kann daher rühren, daß die geringer Produktivität durch Senkung des Aufwandes, Verringerung der Verwaltungs- und Gemeinkosten, Direktvermarktung, und höhere Verkaufspreise, ausgeglichen wird. In diesem Falle wäre das durch derartige Projekte erzielbare Einkommen zumindest gleich hoch wie in der derzeitigen landwirtschaftlichen bzw. industriellen Produktion. Man muß sich dann allerdings fragen, warum es bisher keine Beispiele für solche Projekte gibt. Die Gründe dafür können in diesem Falle nicht im ökonomischen Bereich liegen, sondern in dem sozio-kulturellen. Dann aber müßte die Förderung dieser Projekte schwerpunktmäßig im sozio-kulturellen Bereich, d.h. in der Information Bildung, Beratung und Animation liegen und nicht in der Unterstützung bei der Investitionsfinanzierung"

Dieser Einwand ist nur allzu berechtigt.

Wie schon an mehreren Stellen betont, läßt sich die Lage der benachteiligten Bauern bzw. der benachteiligten ländlichen Regionen in ökonomischen Begriffen beschreiben, aber nur in höchst unzulänglicher Weise ökonomisch erklären. Gerade die Betriebsorganisation und Betriebsführung eines großen Teils der Nebenerwerbsbauern widerspricht so eklatant den Prinzipien der ökonomischen Rationalität, daß man hier entweder zynisch von der Lust an der Selbstausbeutung sprechen muß, oder aber die Frage zu stellen gezwungen ist, was den diese Bauern an der Reflexion ihrer Situation und der Wahl von Alternativen hindert.

Und in Beantwortung dieser Frage muß man von der These ausgehen, daß in der Regel die ideologische Fixierung des

Bewußtseins von Gruppen (Menschen) mit steigender Benachteiligung durch ökonomische und politische Strukturen wächst. Diese These ist sicher nicht mechanistisch zu interpretieren und auch nicht in der Weise umkehrbar, daß behauptet würde, die Reichsten (die Herrschenden) hätten das am wenigsten ideologisch fixierte Bewußtsein. Aber es soll mit dieser These das geschichtlich belegbare Phänomen erklärt werden, daß die Ärmsten und am meisten Unterdrückten nicht nur nicht die ersten waren, (sind) die sich gegen ihre Unterdrückung erheben, sondern sich auch gegen Befreiungsbewegungen stellten (stellen).

Äußere Unterdrückung durch Armut und verinnerlichte Unterdrückung durch ideologische Fixierung wirken hier in einer Kultur des Schweigens, der Duldsamkeit und der Verteidigung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse zusammen.

Nur wenn dieses stabilisierende Zusammenspiel von äußerer und innerer Unterdrückung übersieht, kann man ein naives (und damit falsches) Modell der quasi automatischen Selbstbefreiung der Armen haben, das die revolutionären Eiferer in die Rolle der bloßen Agitatoren leitet und sie schnell zu den Führern und Denkern für die Armen macht.

Angesichts dieser Situation wird die kulturelle Informations- und Bildungsarbeit zur wichtigsten Voraussetzung dafür, daß die benachteiligten Gruppen in den ländlichen Regionen selbst in die Lage kommen, politische Alternativen zu erkennen, wirtschaftliche Alternativen zu versuchen und neue Formen der Organisation aufzubauen.

Drei mögliche Formen dieser Bildungsarbeit sind denkbar:

1. Die bürgerliche Schulung,
2. die Agitation,
3. die kulturelle Aktion (FREIRE, 1976)

Zu 1) Die bürgerliche Schulung

Die bürgerliche Schulung vermittelt technische Fertigkeiten und (unterschwellig) ein bürgerlich-konservatives Deutungsmuster der Gesellschaft, in dem individuelles Leistungs- und Erfolgsstreben, Konkurrenz, Egoismus usw. vermittelt werden und die Gesellschaft als offenes, sachliches (technisches) Gefüge dargestellt wird. Zur Erkenntnis von gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsstrukturen, zur Schaffung solidarischer Aktion und zum Aufbau von politischen bzw. ökonomischen Alternativorganisationen ist sie ungeeignet.

Sie macht aus dem "Bauer" der kraft Geburt und Arbeitssituation etwas Höheres und Besseres sei (traditionelle Bauerntumsideologie) den "Unternehmer", der sein ökonomisches Schicksal in Händen hält. Weil alles ökonomisch machbar ist, hat der Arme versagt. Diese Form der Bildung schafft neue Unfreiheiten und Einseitigkeiten. Sie ist die Ideologie des heutigen Raiffeisenkonzerns und kann keinesfalls ein Instrument im Sinne des Konzepts einer eigenständigen und selbstbestimmten Regionalentwicklung sein.

Zu 2) Die Agitation

Die Agitation ist die gutgemeinte Indoktrination und Manipulation der Armen und Schweigenden im Namen der Befreiung. Sie geht von fortschrittlichen Eliten aus, die kraft ihrer Einsicht in die gesellschaftlichen Strukturen und aus Frustration über das langsame Vorankommen bei Erneuerungsbewegung im Namen der Armen handeln und diese durch Agitation zum Folgen bewegen möchten. Die Folge der Agitation ist die Spaltung in Führer und Geführte und manchmal sogar die Errichtung von "Erziehungsdiktaturen".

Aber Befreiung ist nur mit dem Menschen, nicht für die Menschen möglich: "Bei jeder Arbeit, die für die Massen geleistet wird, muß man von den Bedürfnissen der Massen ausgehen, nicht von irgendwelchen persönlichen Wünschen, und seien diese noch so wohlmeinend. Es kommt sehr oft vor, daß die Massen zwar objektiv bestimmter Reformen bedürfen, subjektiv sich aber dessen noch nicht bewußt sind, sich noch nicht entschlossen haben, oder noch nicht den Wunsch hegen, die Reformen vorzunehmen. Dann müssen wir geduldig abwarten. Erst dann, wenn durch unsere Arbeit die Massen in ihrer Mehrheit das betreffende Bedürfnis zu Bewußtsein gekommen ist, wenn sie ihren Entschluß gefaßt haben, und selbst den Wunsch hegen, die Reform durchzuführen, können wir an diese Arbeit schreiten. (Mao Tse Tung)".

Zu 3) Die kulturelle Aktion

Der Begriff der kulturellen Aktion stammt von P. Freire. In der kulturellen Aktion lernen die Armen und ihre Bündnispartner (fortschrittliche Menschen aus allen Schichten, die für die Veränderung der Gesellschaft eintreten) in einer Dialogsituation die Realität anders zu sehen. In diesem Prozeß weisen sowohl die Armen, wie auch die Partner, die Unterdrückten aus ihrem Bewußtsein: Die Armen ihre ideologische Fixierung, ihre Partner ihre Tendenz zur bürgerlichen Bildung bzw. zur Agitation.

Die kulturelle Aktion ist der dritte Weg zwischen der einen Sackgasse, die da lautet, die Basis müsse alleine draufkommen, und sich alleine befreien und der anderen Sackgasse, die da lautet, die Basis müsse in die Freiheit geführt werden. Ansätze einer derartigen Bildungsarbeit gibt es im Waldviertel. Darauf wird unter Pkt. 4.5.1 näher eingegangen.

Diese Überlegungen sollen deutlich machen, daß die Hauptaufgabe bei der Verwirklichung eines Konzepts der eigenständigen und selbstbestimmten Regionalentwicklung nicht im Zurverfügungstellen von Geldmitteln als Starthilfe bestehen kann, sondern im Aufbau eines Programms der kulturellen Aktion. Erst auf der Basis eines solchen Programmes kann erwartet werden, daß die zur Verfügung gestellten Geldmittel die gewünschten Prozesse einleiten und nicht bloß Bereicherung einer schmalen Schicht der regionalen und lokalen Bourgeoisie dienen, die auf der Grundlage ihrer bürgerlichen Schulung sicher schneller in der Lage sein wird, die Förderungsmittel in Anspruch zu nehmen. (Vgl. dazu auch Kap. 4.3.3)

3.7 Die Sonderaktion des Bundeskanzleramtes zur Stärkung entwicklungsschwacher ländlicher Räume in Berggebieten Österreichs

Mit dieser Aktion wurde 1979 ein erster Versuch einer integrierten Förderung lokaler und regionaler Initiativen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft, des Handwerkes und Gewerbes sowie im Fremdenverkehr gestartet.

Die Ziele und Kriterien der Sonderaktion sind:

3.7.1 Ziele

In jenen benachteiligten Räumen in Berggebieten, in denen traditionelle, regionalpolitische Förderungsmaßnahmen allein nicht ausreichen, regionale Unterschiede in den Lebens- und Erwerbsbedingungen gegenüber weniger benachteiligter Gebiete entscheidend auszugleichen, muß eine aktive und umfassende Regionalpolitik im besonderen Maße auf die eigenständige regionale Entwicklung durch stärkere Nutzung der lokalen und kleinregionalen Kräfte und Mittel ausgerichtet sein. Ziel dieser Regionalpolitik ist die Förderung einer den regionalen Verhältnissen angepaßte Wirtschaftsstruktur. Insbesondere sollen Wirtschaftsprojekte gefördert werden, die

- den Wert der regionalen Exporte durch Erzeugung hochverarbeiteter Produkte bzw. regionsspezifischer Spezialprodukte bzw. durch die Entwicklung neuer Formen des Tourismus erhöhen;
- die Verarbeitung von regionalen Rohstoffen und Vorleistungsprodukten sowie die Nutzung regionaler Energiequellen durch das produzierende Gewerbe, insbesondere auch durch land- und forstwirtschaftliche Bearbeitungsbetriebe bezwecken und

- die Produktionskosten durch billige und einfache Herstellungsverfahren sowie durch eine weitestmögliche, die einzelnen Wirtschaftsbereiche übergreifende Zusammenarbeit senken.

Es ist das Bemühen des Bundeskanzleramtes, die betroffene Bevölkerung bei der erforderlichen wirtschaftlichen und sozialen Selbsthilfe und bei der Entwicklung und Durchführung von Vorhaben zu unterstützen, die zu einer eigenständigen Entwicklung der Region beitragen. Die Bundesregierung hat daher mit Beschluß des Ministerrates vom 19. Juni 1979 vorerst für 2 Jahre eine Sonderaktion eingerichtet, die eine Förderung von derartigen Vorhaben ermöglichen soll und mit jährlich S 20 Mio. Bundesmittel dotiert ist. Voraussetzung für die Förderung ist das Vorhandensein privater Geldmittel oder Sachwerte, die mit dem Vorhaben in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Die vorhandenen Eigenmittel können vom Bundeskanzleramt durch Gewährung einer nicht-rückzahlbaren Förderung in gleicher Höhe aufgestockt werden. Die maximale Höhe der Förderung je Vorhaben beträgt 1 Mio. Schilling. Die Sonderaktion berührt bestehende Förderungseinrichtungen des Bundes nicht. Als spezifisch regionalpolitisches Instrument der Förderung stellt sie vielmehr eine Ergänzung bestehender Einrichtungen dar. Bei den vorliegenden Richtlinien handelt es sich um Sonderrichtlinien im Sinn der "Allgemeinen Rahmenrichtlinien für die Gewährung von Förderungen aus Bundesmitteln" vom 7. Juni 1977.

3.7.2 Voraussetzungen für die Förderbarkeit von Projekten

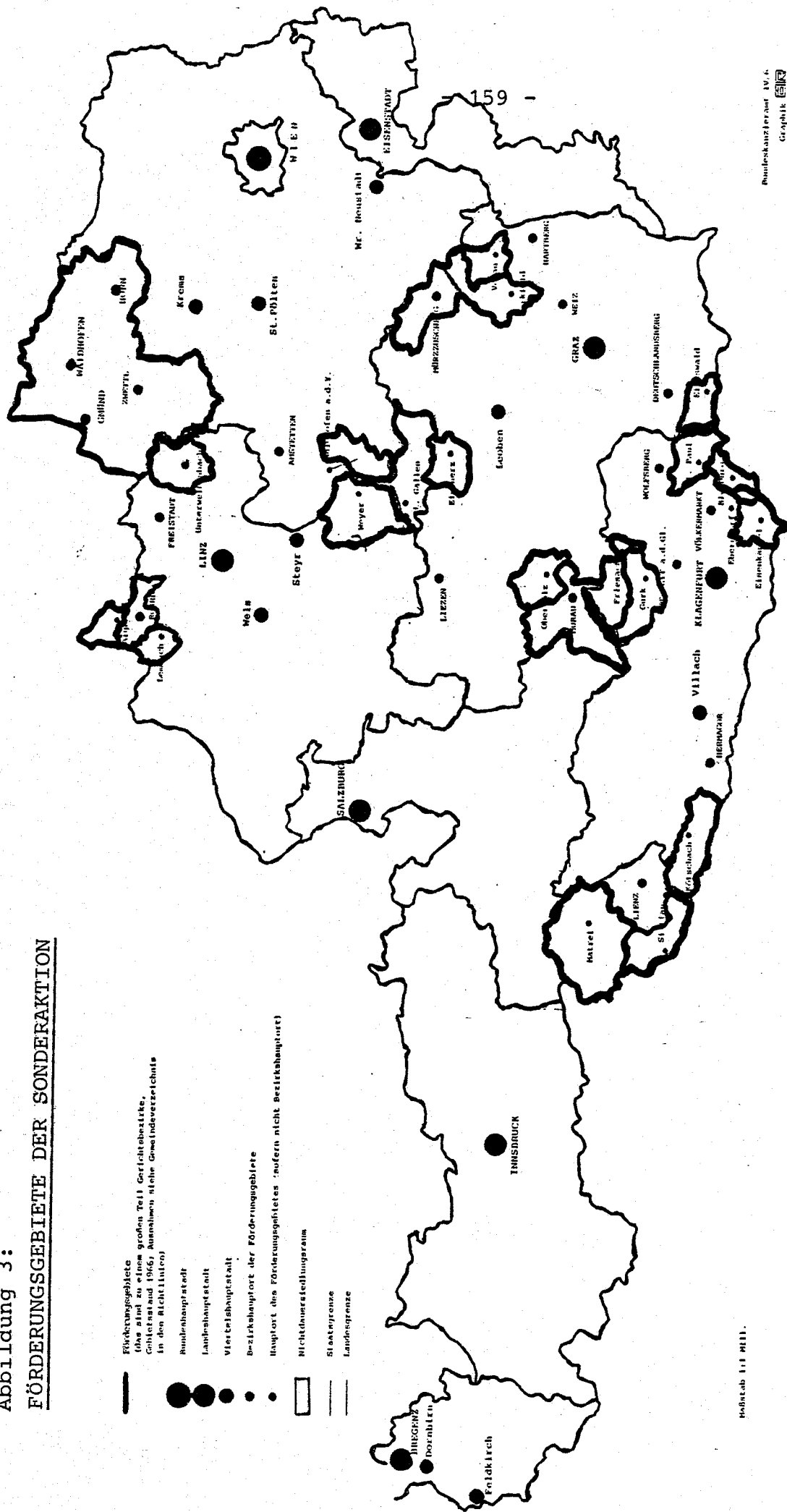
Förderungsgebiete

Voraussetzung für die Förderbarkeit eines Projektes ist seine Lage in einem Förderungsgebiet der Sonderaktion. In Beilage 1 sind die Förderungsgebiete angeführt. Förderungsgebiete sind Berggebiete, von denen aus mittlere und höhere Zentren

Abbildung 3:

FÖRDERUNGSGEBIETE DER SONDERAKTION

- Förderungsgebiete
(die sind zu einem großen Teil Gerichtsbezirke,
Stand 1965; Ausnahmen siehe Gemeindeverzeichnis
in den Richtlinien)
- Bundeshauptstadt
- Landeshauptstadt
- Viertelshauptstadt
- Bezirkshauptort der Förderungsgebiete
- Hauptort des Förderungsgebietes (sofern nicht Bezirkshauptort)
- Nichtdemonstrationsraum
- Staatsgrenze
- Landesgrenze



Maßstab 1:1 Mill.

schlecht erreichbar sind und in denen landwirtschaftliche, industriell-gewerbliche und touristische Standortungunst gleichzeitig auftreten. Projekte, die nicht in Förderungsgebieten liegen, jedoch in einem ähnlich benachteiligten peripheren Gebiet, können im Rahmen der Sonderaktion nur dann gefördert werden, wenn die sonstigen Zielsetzungen und Kriterien in außerordentlichem Maße erfüllt werden (Projekte mit Modellcharakter).

Kooperative Organisationsform

Entsprechend den Zielsetzungen der Sonderaktion, eine Mobilisierung des vorhandenen Bevölkerungspotentials zu erreichen und tragfähige wirtschaftliche Initiativen mit weitgestreuten Einkommens- und Verteilungseffekten zu unterstützen, können Projekte nur dann gefördert werden, wenn sie von Personenzusammenschlüssen getragen werden, in denen die Benachteiligung am wirtschaftlichen Risiko und am wirtschaftlichen Erfolg weitgehend auf alle Mitglieder aufgeteilt ist.

Diese Einschränkung leitet sich überdies aus dem Charakter der Sonderaktion als zusätzliches regionalpolitisches Instrument in Ergänzung zu den vorhandenen Formen der regionalen Wirtschaftsförderung ab. Entsprechend diesen Bestimmungen sind Projektträger mit folgenden Organisationsformen förderbar:

- Vereine,
- Genossenschaften, sofern die Satzungen das Kopfstimmrecht vorsehen,
- Personengesellschaften nach bürgerlichem Recht, sofern im Kooperationsvertrag ein gleiches Stimmrecht vorgesehen ist,
- Personengesellschaften nach dem Handelsrecht, sofern im Gesellschaftsvertrag ein gleiches Stimmrecht vorgesehen ist.

Daneben müssen die Projektträger zu der jeweiligen Projekt-
tätigkeit rechtlich befugt und inhaltlich geeignet sein.

Die regionalwirtschaftliche Bedeutung des Projektes

Zur Beurteilung der regionalwirtschaftlichen Bedeutung von
Projekten werden drei Dimensionen herangezogen:

- Projektschwerpunkt,
- Projektcharakter,
- Projektauswirkungen.

Für jede dieser Dimensionen werden Punkte vergeben. Voraus-
setzung für die Förderbarkeit ist die Erreichung von mindes-
tens einem Punkt aus jeder Dimension; Projekte mit höherer
Punktezahl genießen höhere Priorität.

Der Projektschwerpunkt soll in folgenden Bereichen liegen:

- Einkauf,
- Urproduktion,
- Weiterverarbeitung,
- Fremdenverkehr,
- Vermarktung,
- zusätzliche Komponenten (z.B. Informations-
und Beratungstätigkeit, Öffentlichkeitsarbeit,
Schulung und Ausbildung).

Für die Beurteilung des Projektcharakters werden folgende
Kriterien herangezogen:

- Produkte (bzw. Leistungen im Fremdenverkehr) mit
guten Marktchancen (z.B. Marktgängigkeit, Er-
schließung von Marktlücken(,
- hohe Produkt- und Leistungsqualität (z.B. ge-
sundheitsfördernd, dauerhaft, ökologisch verträg-

lich, Verbesserung der sozialen Beziehungen zwischen Produzenten und Konsumenten bzw. zwischen Land und Stadt),

- Nutzung regionaler und lokaler Produktions- bzw. Leistungsgrundlagen (wie Rohstoffe, Fähigkeiten, technologische und kulturelle Traditionen, landschaftliche Besonderheiten u.a.),
- energiesparende, ökologisch verträgliche und humane Arbeitsbedingungen schaffende Technik,
- Erhaltung regional wichtiger wirtschaftlicher Versorgungseinrichtungen.

Für die Beurteilung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen werden folgende Kriterien herangezogen:

- Erhöhung der regionalen Wertschöpfung,
- Erhöhung der Arbeitseinkommen,
- Schaffung neuer Arbeitsplätze,
- Erhöhung der Arbeitsqualität (weniger notwendige Arbeit, leichtere, vielfältigere, interessantere, kommunikativere Arbeit),
- Importsubstitution (im nationalen Maßstab).

Nachweis der betriebswirtschaftlichen Tragfähigkeit

Der Nachweis der betriebswirtschaftlichen Tragfähigkeit ist durch eine Projektkalkulation und Wirtschaftlichkeitsrechnung möglichst mit mehrjähriger Vorschau zu erbringen. Diese hat neben den Kosten der Produktion insbesondere Angaben über den erwarteten Absatz und die Vertriebskosten zu beinhalten.

Nach Möglichkeit ist über die Gewinn- und Verlustrechnung der beiden letzten Jahre Nachweis zu erbringen.

3.7.3 Art und Ausmaß der Förderung nach der Sonderaktion

Die maximale Höhe der Förderung je Projekt beträgt eine Million Schilling.

Voraussetzung für die Förderung ist das Vorhandensein privater Geldmittel oder Sachwerte, die als Eigenmittel oder nichtrückzahlbare Beihilfen für das Vorhaben aufgebracht werden.

3.7.4 Offene Probleme

3.7.4.1 Zwischenbilanz nach 1 Jahr der Sonderaktion

Folgende Zwischenbilanz zum Stand der Sonderaktion kann nach der bisherigen Forschungs- und Beratungstätigkeit sowie der Projektanalyse gezogen werden:

- a) Unter den zahlreichen bisherigen Anfragen um Förderungsmittel waren nur wenige, den Richtlinien entsprechende Projekte, wobei insbesondere das Erfordernis der Kooperation eine der größten Hürden für die Projektwerber darstellt.
- b) Die Projekte haben insgesamt eine sehr lange Ausreifungszeit. Vom Erstkontakt bis zur Einreichungsreife der Projekte muß aufgrund der großen Beratungserfordernisse und der vielen fehlenden Voraussetzungen mit einem Zeitraum von einem halben Jahr bis einem Jahr gerechnet werden. Es kann daher eine solche Aktion nur mittel- bis längerfristig eine Besserung der wirtschaftlichen Situation in den peripheren Gebieten bringen.
- c) Die meisten Projekte kamen bisher aus dem Bereich der landwirtschaftlichen Veredelung und Vermarktung. Wenig Erfolg hatte die Sonderaktion bisher im gewerblichen Bereich und im Fremdenverkehr. Ursachen dafür liegen, neben

Tabelle 7: Projektbewertung - Sonderaktionsprojekte

	1	2	3	4	5	6	7
NAME	Vermark- tungsge- meinschaft	Obst- Verwer- tung	Schafwoll- verarbei- tung	Lager- haus	Wirtsch. Genossen- schaft	Wirtsch. Genossen- schaft	Wirtsch. Genossen- schaft
1. Organisationsform	rechtlich*	Verein	Verein	Genossen.	Gen.	Gen.	Gen.
	sozial**	2	2	2	1	1	1
2. Betriebswirtschaftliche Tragfähigkeit	ja,	ja	ja	ja	noch offen	noch offen	noch offen
	keine Kapitalb.	keine Kapitalb.	keine Kapitalb.	keine Kapitalb.	keine Kapitalb.	keine Kapitalb.	
3. Regionalwirtschaftliche Bedeutung							
3.1 Projektschwerpunkt							
o Einkauf		1		1	1		1
o Urproduktion		1	1				
o Weiterverarbeitung		1	1				
o Fremdenverkehr							
o Vermarktung	1	1	1				
o zusätzliche soziale Komponenten (z.B. Beratung)	1	1	1		1	1	1
3.2 Projektcharakter							
o innov. Produkt	1	1	1				
o hoher Gebrauchswert	1	1	1			1	
o angepasste Technik			1				
o Importsubstitution			1		1		
o Verbesserung der Versor- gung mit Vorleistungen				1	1	1	1
3.3 Projektauswirkungen							
o Wertschöpfungserhöhung	1	1	1		1	1	1
o Erhöhung der Arbeits- einkommen	1	1	1		1	1	1
o Schaffung neuer Arbeitsplätze			1	1	1	1	1
o Erhöhung der Arbeitsqualität	1	1	1				
4. Lage							
o Programmgebiet	2	2	2	2	2	2	2
o Angrenzendes Gebiet							
o Anderes, ähnlich benachteiligtes Gebiet							
o Sonstige Gebiete							
5. Förderungsbedürftigkeit							
5.1. Qualifizierte weitergehende Beratung, Produktentwicklung und Projektplanung	Rechtsber. Erzeuger- beratung	Marketing	nein	nein	Erzeuger- beratung	ja	ja
5.2. Geldmittel für Aufbau und Organisationsarbeit	nein	ja	nein	nein	nein	nein	nein
5.3. Geldmittel für Investitionen	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
5.4. Risikominderung	nein	nein	(ja)	nein	nein	nein	nein

* förderbar sind:

Punkte

- Gesellschaft bürgerlichen Rechts 1
- Verein 1
- Genossenschaft 1
- Gesellschaften nach dem Handelsrecht 1

**

- Selbstverwaltung 2
- kleine überschaubare Organisation mit Mitwirkung der Mitglieder 2
- überschaubare Organisation mit Kontrolle der Mitglieder 1
- Organisation ohne Kontrollmöglichkeit der Mitglieder 0

Fortsetzung

	8	9	10	11	12	13	14
NAME	Gemein- schafts- Gasthof	Kürbisver- arb. Heil- kräuter	Integr. Fremden- verkehr	Hopfen- verarbei- tung	Lamm- verarbei- tung	Erzeuger- Verbrau- cher Gen.	Fremden- verkehrs- projekt
1. Organisationsform	Arge	Gen.	Verein	Gen.	Gen.	Gen.	?
rechtlich*							
sozial**	2	1	2	2	2	2	?
2. Betriebswirtschaftliche Tragfähigkeit	noch	ja	noch	ja	ja	ja	noch
	offen		offen				offen
3. Regionalwirtschaftliche Bedeutung							
3.1 Projektschwerpunkt							
o Einkauf							
o Urproduktion		1		1	1	1	1
o Weiterverarbeitung		1	1	1	1	1	1
o Fremdenverkehr	1		1				1
o Vermarktung		1		1	1	1	1
o zusätzliche soziale Komponenten (z.B. Beratung)		1	1	1	1	1	
3.2 Projektcharakter							
o innov. Produkt	1	1	1		1	1	1
o hoher Gebrauchswert		1	1		1	1	
o angepasste Technik			1		1		
o Importsubstitution		1		1	1		
o Verbesserung der Versor- gung mit Vorleistungen							
3.3 Projektauswirkungen							
o Wertschöpfungserhöhung	1	1	1	1	1	1	1
o Erhöhung der Arbeits- einkommen	1	1	1	1	1	1	1
o Schaffung neuer Arbeitsplätze		1	1	1		1	1
o Erhöhung der Arbeitsqualität	1		1	1	1	1	
4. Lage							
o Programmgebiet				2		2	2
o Angrenzendes Gebiet			2				
o Anderes, ähnlich benachteiligtes Gebiet	1	1			1		
o Sonstige Gebiete							
5. Förderungsbedürftigkeit							
5.1. Qualifizierte weitergehende Beratung, Produktentwicklung und Projektplanung	ja	nein	ja	ja	ja	ja	ja
5.2. Geldmittel für Aufbau und Organisationsarbeit	ja	nein	ja	nein	ja	ja	ja
5.3. Geldmittel für Investitionen	ja	ja	ja	ja	ja	ja	ja
5.4. Risikominderung	nein	nein	nein	nein	nein	nein	nein

* förderbar sind:

- Gesellschaft bürgerlichen Rechts
- Verein
- Genossenschaft
- Gesellschaften nach dem Handelsrecht

Punkte

1
1
1
1

**

- Selbstverwaltung
- kleine überschaubare Organisation
mit Mitwirkung der Mitglieder
- überschaubare Organisation mit
Kontrolle der Mitglieder
- Organisation ohne Kontrollmöglichkeit
der Mitglieder

2
2
1
0

Fortsetzung

		15	16	17	18	19
NAME		Naturpark	Kurortentwicklung	Erz.-Verbraucher-Gen.Linz	Holzverarbeitung	Genossenschaft M8-belpool
1. Organisationsform	rechtlich*	Verein/1	Verein/1	Gen./1	ARGE/1	ARGE/1
	sozial**	1	1	2	1	2
2. Betriebswirtschaftliche Tragfähigkeit	Umweg-		noch	ja	ja	ja
	Rentabilität		offen			
3. Regionalwirtschaftliche Bedeutung						
3.1 Projektschwerpunkt						
o Einkauf				1		1
o Urproduktion						
o Weiterverarbeitung				1	1	1
o Fremdenverkehr		1	1			
o Vermarktung		1		1	1	1
o zusätzliche soziale Komponenten (z.B.Beratung)		1	1	1	1	1
3.2 Projektcharakter						
o innov. Produkt		1	1	1	1	1
o hoher Gebrauchswert				1		1
o angepasste Technik				1		1
o Imports substitution					1	1
o Verbesserung der Versorgung mit Vorleistungen						
3.3 Projektauswirkungen						
o Wertschöpfungserhöhung		1	1	1	1	1
o Erhöhung der Arbeits-einkommen		1		1		1
o Schaffung neuer Arbeitsplätze			1		1	1
o Erhöhung der Arbeitsqualität				1		
4. Lage						
o Programmgebiet		2	2	2	2	2
o Angrenzendes Gebiet						
o Anderes, ähnlich benachteiligtes Gebiet						
o Sonstige Gebiete						
5. Förderungsbedürftigkeit						
5.1. Qualifizierte weitergehende Beratung, Produktentwicklung und Projektplanung		nein	ja	ja	ja	ja
5.2. Geldmittel für Aufbau und Organisationsarbeit		ja	ja	ja	nein	ja
5.3. Geldmittel für Investitionen		ja	ja	ja	ja	ja
5.4. Risikominderung		nein	nein	nein	nein	nein

* förderbar sind:

- Gesellschaft bürgerlichen Rechts
- Verein
- Genossenschaft
- Gesellschaften nach dem Handelsrecht

Punkte

1
1
1
1

**

- Selbstverwaltung
- kleine überschaubare Organisation mit Mitwirkung der Mitglieder
- überschaubare Organisation mit Kontrolle der Mitglieder
- Organisation ohne Kontrollmöglichkeit der Mitglieder

2
2
1
0

der Unausgereiftheit und dem geringen Bekanntheitsgrad der Aktion selbst, in der fehlenden Kooperationsbereitschaft gerade in diesen Bereichen.

d) Deutlich wurde, daß eine Förderung einer eigenständigen Regionalentwicklung nicht durch ein Instrument der Investitionsförderung allein geleistet werden kann. Zur Entwicklung tragfähiger wirtschaftlicher Projekte ist erforderlich:

- eine umfassende aktivierende Beratung der Bevölkerung sowie konkreter Projektinteressenten in Fragen wirtschaftlicher, rechtlicher und organisatorischer Natur durch entsprechend geschulte Personen,
- Bereitstellung von Geldmitteln und/oder Personen für den Aufbau eines Projektes, für Organisations- und Entwicklungsarbeit innerhalb einer befristeten Zeitspanne;
- die Eigenkapitalaufbringung ist gerade bei Projekten die in den ärmsten Gebieten lokalisiert sind, schwierig;
- schließlich sind für viele Projekte, die neue Produkte erzeugen, neue Produktionsverfahren anwenden, neue Märkte erschließen, Formen der Risikominderung notwendig.

Nach der Analyse und Beratung dieser Projekte können die Möglichkeiten, Voraussetzungen sowie Grenzen dieser neuen Form der Regionalförderung bereits besser abgeschätzt werden. Obwohl diese Einschätzung nicht endgültig sein kann, da dieses Programm noch zu kurz läuft und zu viele Mängel aufweist, die jedoch prinzipiell behebbar sind.

Die Sonderaktion stellt von ihrem Anspruch her eine völlig neue Qualität der Regionalförderung dar. Sie geht in ihrem Anspruch über rein ökonomische Ziele hinaus und zielt auf die

Stärkung der lokalen und regionalen Autonomie in allen Lebensbereichen.

Den weitgesteckten Zielen steht jedoch zur Realisierung vor-derhand nur das konventionelle Instrument der Investitions-förderung zur Verfügung. Daraus ergeben sich die Hauptpro-bleme bei der Umsetzung des Programmes, die sich drei Berei-chen zuordnen lassen:

- a) ökonomische Probleme,
- b) fehlende sozial-kulturelle und sozial-organisatorische Voraussetzungen,
- c) politische Voraussetzungen.

3.7.4.2 Ökonomische Probleme und fehlende Voraussetzungen

Ziel der Sonderaktion in den benachteiligten Gebieten ist, die regionalen Einkommen zu erhöhen.

- Erzeugung innovativer Produkte mit nachhaltigen Marktchancen,
- neue Märkte sollen erschlossen werden,
- die Erzeugung soll sich primär auf regionale Ressourcen und Kräfte stützen,
- dazu soll noch eine angepaßte sozial und öko-logisch verträgliche Technologie verwendet werden,
- zu guter Letzt sollen die Projekte auch kurz-fristig betriebswirtschaftlich rentabel sein.

Realität ist:

- a) Nach Spezialprodukten und neuen Produktionsmöglichkeiten suchen inzwischen alle Volkswirtschaften. Dies sogar mit erheblichem Aufwand an teilweise öffentlichen Mitteln für Forschung, Produktentwicklung, Innovationsberatung, etc. jedoch mit dem Schönheitsfehler, daß all diese Anstren-

gungen primär in den Zentren erfolgen.

Wenn die Menschen in den peripheren Regionen innovativ wären, hätten sie schon vor der Sonderaktion gehandelt. Es ist nicht plausibel, warum jetzt, nur weil günstige Geldmittel für Kapitalinvestitionen vorhanden sind, ein Innovationsschub erfolgen soll. Dies wäre nur dann der Fall, wenn in peripheren Gebieten viele Projekte bis zur Investitionsreife vorgeplant wären und nun aufgrund der Geldförderung die notwendigen Investitionen vornehmen könnten.

Einige solche Projekte gibt es derzeit zwar, die Sonderaktion will jedoch, daß mehr Projekte entstehen. Eine Investition ist jedoch die letzte Stufe einer langen Such-, Planungs- und Organisationsphase. Gerade in peripheren Gebieten werden nur wenige - eher schon Bessergestellte - von sich aus diese eigentliche Innovationsphase ohne entsprechende Hilfe durchstehen können.

Die Sonderaktion bietet jedoch bisher keine Möglichkeit, das eigene Erarbeiten und/oder den Transfer von Innovationen zu fördern.

- b) Ähnlich wie bei den Spezialprodukten ist die Suche nach neuen Märkten keine Domäne peripherer Regionen.

Zur Einkommensverbesserung ist neben dem örtlichen Austausch auch der überregionale Export notwendig, Projekte müssen daher auch die überregionale Vermarktung organisieren. Eine Direktvermarktung ist jedoch mit hohem Organisationsaufwand und hohem Vermarktungsrisiko, insbesondere bei (verderblichen) landwirtschaftlichen Produkten belastet und nicht ohne weiteres zu empfehlen! Gelingt es einzelnen Projekten, Marktlücken aufzuspüren und die Belieferung zu organisieren, so führt das in

kürzester Zeit dazu, daß sich stärkere Betriebe finden, die sich die Pionierleistung zunutze machen und aufgrund besserer Kapitalausstattung und besserem Wissen sowie mehr Macht die kleinen Initiativen aus dem Markt werfen. Dafür gibt es genug empirische Beispiele.

Das alles zeigt, daß es im Vermarktungsbereich keine Marktlücken gibt, die Regionen oder Einzelprojekten dauerhaft erhalten bleiben. D.h. aber, daß gerade im Vermarktungsbereich eine ausreichende Gegenmacht gebildet werden muß. Diese Strategie muß an mehreren Punkten ansetzen:

- Aufbau von Konsumenteninitiativen und Bildung von Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften,
- Aufbau einer überregionalen Koordination dezentraler Projekte in den Bereichen:
 - o Marktforschung
 - o Design und Verpackung
 - o effiziente und koordinierte Transportabwicklung
 - o Ausgleich von Lieferschwankungen
 - o gemeinsame Qualitätskontrolle
 - o gemeinsame Werbung.

Für alle diese Erfordernisse stellt die Sonderaktion derzeit keine geeignete Förderbasis dar.

- c) Probleme treten auch im Bereich des Einsatzes und der Entwicklung der wichtigsten lokalen Ressourcen, der Arbeitskräfte auf.

Selbst in dem sehr simplen Bereich der Veredelung landwirtschaftlicher Erzeugnisse fehlen teilweise die notwendigsten Kenntnisse und es bedarf einer, der Erzeugung und Marktbeförderung vorausgehenden Schulung. Wobei das Problem auch im organisatorischen Bereich liegt, da bei

den Kammern vielfach entsprechende Fachkräfte abrufbar sind.

- d) Die Verwendung alternativer (angepaßter) Technologie wird durch die Sonderaktion kaum erleichtert, weil die Beratung und Planung bisher noch nicht organisiert ist. Die an sich wünschenswerte Integration von z.B. Energieversorgungssystemen mit regenerierbaren Rohstoffen in Wirtschaftsprojekte bringt eine weitere Verkomplizierung und ein vermehrtes Risiko für die Betroffenen mit sich.

All diese Überlegungen zeigen:

Wirtschaftliche Autonomie, vertikale und horizontale Integration der Wirtschaftsprozesse in kleinen selbstverwalteten Einheiten, angepaßte Technologie etc., all das sind richtige Schritte zu einer Alternativökonomie. Allerdings ist zu bedenken, ob man gerade von den, von der bisherigen Entwicklung eher ausgeschlossenen Menschen in den benachteiligten Gebieten die Vorarbeit für den Aufbau dieser neuen Form des Wirtschaftens verlangen sollte.

Für diese Personen und Gebiete geht es weniger um den Aufbau der nachkapitalistischen Ökonomie als um die Anknüpfung an Elemente der jetzt bestehenden Produktionsweise und deren Weiterentwicklung. Dies in einer Form, die den Fähigkeiten und Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht und zum ersten eine Verbesserung der Einkommens- und Arbeitssituation bewirkt.

Dazu beitet sich sicherlich die Kooperation in verschiedenen Formen, die Verarbeitung vorhandener Rohstoffe und die Organisation der direkten Vermarktungsbeziehungen an. Für die organisatorische Umsetzung dieser Ziele müssen den Betroffenen allerdings geeignete Hilfestellungen geboten werden.

3.7.4.3 Die fehlenden sozialkulturellen und sozialorganisatorischen Voraussetzungen

Die Sonderaktion setzt eine phantasievolle, kooperative und demokratische Organisation der Wirtschaftsprojekte voraus. Sie fördert deren Entstehen jedoch in keiner Weise.

Kooperation ist selbst bei den innovativsten landwirtschaftlichen und besonders den gewerblichen Betrieben nur im Randbereich zu finden. Die herrschenden politischen und kulturellen Wertvorstellungen lassen Kooperation primär als Zeichen der Schwäche erscheinen. Kooperation erfolgt nicht aus einer Position der Autonomie der Kooperierenden, sondern der Schwäche. Sie ist nicht Ziel, sondern Mittel - wenn es keine anderen Auswege mehr gibt! Für die Bevölkerung in den Programmgemeinden gibt es den (wenn auch regionalpolitisch nicht erwünschten) Ausweg der Abwanderung in die Zentren.

Da die meisten ohnehin bereits dorthin pendeln, ist das kein unüberwindbarer Schritt mehr, zumindestens im Wechsel der Generationen.

Unter diesen schwierigen Ausgangsbedingungen müßte die Sonderaktion kooperative Projekte wesentlich umfassender fördern als das bisher beabsichtigt ist:

- Durch maximale Anreize zur Zusammenarbeit von Einzelbetrieben, indem zum Beispiel der Geschäftsführer des Projektes über einen bestimmten Zeitraum hinweg ganz oder teilweise finanziert wird,
- durch Finanzierung einer Person, die zeitlich begrenzt Projektinteressenten zum Aufbau des Projektes zur Verfügung gestellt wird.
- Über diese Förderung hinaus wäre eine steuerliche Begünstigung kooperativer Betriebsformen ein sehr wirksames Instrument.

3.7.4.4 Die politischen Voraussetzungen und Probleme der Sonderaktion

Die Sonderaktion hat die Rückgewinnung produktiver Funktionen in den benachteiligten Gebieten zum Ziel, (Veredelung und Vermarktung) und zwar im Rahmen eines höheren Autonomiegrades der betroffenen Bevölkerung bei der Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse.

Dem äußerst bescheidenen Ansatz der Gebietskörperschaften zur Förderung der Autonomie stehen massive Instrumente zu deren Verringerung oder Verhinderung gegenüber:

- Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft fordert die Sonderaktion eine Reintegration von Veredelungsprozessen in der Landwirtschaft. Die Gewerbeordnung zielt hingegen in die entgegengesetzte Richtung. Die Veredelung muß der Rohstoffherzeugung gemäß Gewerbeordnung untergeordnet bleiben.
- Durch die Marktordnung bei Milchprodukten wird eine der interessantesten Veredelungsmöglichkeiten für bäuerliche Betriebe und Gemeinschaften praktisch versperrt. Dies, obwohl große Marktnischen an Spezialprodukten vorhanden wären, die von den Molkereien bisher nicht abgedeckt werden (Biomilch, Spezialkäse etc.).
- Die liberalisierte Handelspolitik läßt gerade im Agrarbereich keine Experimente und geschützte Aufbauphasen für Projekte in benachteiligten Gebieten zu. Hier müßte zumindestens für beschränkte Zeiträume mit Einfuhrbeschränkungen und Ausgleichsabgaben bei jenen Produkten gearbeitet werden, die zu subventionierten Preisen am österreichischen Markt angeboten werden.

Die Sonderaktion kann - wenn überhaupt - einen Innovations-

und Entwicklungsprozeß in den Programmgebieten nur langsam und langfristig einleiten. Wenn die Sonderaktion nicht in den Verdacht einer Alibihandlung kommen soll, ist eine Weiterentwicklung und stärkere Regionalisierung des herkömmlichen Instrumentariums der Agrar-, Struktur- und Regionalpolitik vordringlich.

Investitionsförderungen massiver Art in den Zentren (General Motors), machen die Sonderaktion unglaublich, zumal nicht einmal die Möglichkeit der bevorzugten Partizipation von Unternehmen in peripheren Gebieten bei den Zuliefermöglichkeiten vom Bund geprüft wird.

3.7.4.5 Zusammenfassung und weiterführende Folgerungen

Die Sonderaktion tendiert dazu, das Konzept der eigenständigen Regionalentwicklung mit allzu vielen Wünschen und Zielen zu überfrachten, ohne über deren konkrete Realisierung etwas auszusagen und ohne diese Realisierung finanziell abzusichern.

Auf der Basis der beschränkten und konventionellen Investitionsförderung die geboten wird, kann keine Aufwärtsentwicklung in den Zielgebieten erwartet werden.

Gleichzeitig besteht die Gefahr, daß die Sonderaktion von der Verbesserung der anderen raumwirksamen Instrumente ablenkt.

Die Kluft zwischen Anforderungen der Sonderaktion und Voraussetzungen in den Fördergebieten wird, wenn keine zusätzlichen Maßnahmen getroffen werden, dazu führen, daß keine Projekte die gesetzten Hürden erreichen. Wenn die Mittel nicht nachgefragt werden, wird die Sonderaktion wegen mangelnden Interesses, wegen Undurchführbarkeit, etc. eingestellt werden!

Um das zu verhindern und um in den besonders benachteiligten

Gebieten einen Entwicklungsprozeß im Sinne der Sonderaktion einzuleiten, ist der Kapitaltransfer für Investitionen ein notwendiges Mittel, dem jedoch andere Maßnahmen vorausgehen und ihn begleiten müssen:

1. Eine aktivierende Bildungs- und Informationsarbeit
2. Eine regionsspezifische und kontinuierliche Beratung und Betreuung mit weitergehenden Hilfen zum Aufbau von Projekten wie dies bisherige Beratungsinstitutionen leisten können
3. Mehr politisch-administrative Maßnahmen zur Regionalisierung raumwirksamer Politikbereiche (Agrar-, Handelspolitik, etc.) und zur Begünstigung dezentraler Entwicklungsansätze.

Auf diese Begleitmaßnahmen gehen wir in Kapitel 4.3.3 und 4.5 näher ein.

4. Möglichkeiten der Verwirklichung des Konzepts einer autonomen Regionalentwicklung im Waldviertel

4.1. Situation und Perspektiven der besonders entwicklungs-schwachen Teilgebiete im Waldviertel

4.1.1 Typisierung der besonders benachteiligten Gebiete

Der ÖROK liegt eine kleinräumig regionalisierte Prognose der Arbeitsplatzdefizite bis 1986 vor. ¹⁾ Die Haupt-ergebnisse dieser Prognose sind:

In Teilgebieten des Waldviertels ist eine weitere starke Zunahme des Arbeitsplatzdefizites zu erwarten. Besonders ungünstige Prognosewerte ergeben sich für Teilregionen mit hoher Agrarquote in peripherer und extrem peripherer Lage. ²⁾

- 1) BUNDESKANZLERAMT (1980) - Entwurf für das erste österreichische Raumordnungskonzept, Tabellenanhang.
- 2) Typisierung nach der Lage der Teilregionen zu den höheren und mittleren Zentren
Kriterium: Anteil der Bevölkerung, die außerhalb der zumutbaren Tagespendlerdistanz zu höheren und/oder mittleren Zentren lebt, an der Gesamtbevölkerung einer Teilregion.

Lagetyp	Anteil der Bevölkerung einer Teilregion außerhalb der zumutbaren Tagespendeldistanz zu den	
	höhere Zentren	mittlere Zentren
Typ 1 nicht peripher ¹⁾	25 %	
Typ 2 peripher	25 % und	10 % oder 10 bis 15 % wenn Distanz zum nächst- gelegenen mittl. Zentrum 35'
Typ 3 extrem peripher	25 % und	oder 15 % 10 bis 15 % wenn Distanz zum nächst- gelegenen mittl. Zentrum 35'

Tabelle 8 : Arbeitsmarktbilanz - Waldviertel

REGION TEILREGION	Nichtlandwirt- schaftl. Arbeit- platzdefizit 1986 abs. in t d. nlw.Abev.	Veränderung der Zahl d. nlw.Ar- beitsplätze abs. in t d. nlw.Abev.	Veränderung der potentiellen nlw. Arbeitsbevölkerung durch Landwirtschaft abs. in t d. nlw.Abev.	Veränderung der potentiellen nlw. Arbeitsbevölkerung durch Demografie abs. in t d. nlw.Abev.	Lagertyp
Gmünd	- 1359	610	1516	335	p. Industrie- region
Gmünd	- 10,7	4,8	12,3	2,6	
Heidenreich- stein	- 381	250	633	- 104	a.p. Industrierereg.
Zwettl	- 7,0	4,6	11,6	- 1,9	
Ottenschlag	- 685	13	1145	- 118	a.p. Landw. Region
Groß Gerungs	- 39	27	1039	169	a.p. Landw. Region
Allentsteig	- 16	- 24	487	- 144	p. Landw. Region
Zwettl	- 29	37	1886	175	p. Landw. Region
Waldhofen	- 1714	0,6	32,4	3,0	
Waldhofen	- 36	- 603	1524	538	p. LW+Ind. Region
Groß Sleg- harts	- 25	- 399	958	- 470	a.p. LW+Ind. Region
Horn	- 2248	- 399	2477	- 654	p. Landw. Region
	- 20	- 3,5	21,8	- 5,8	
	- 10876	- 488	11665	- 273	

Quelle: BKA, Tabellenanhang zum Entwurf für das erste österreichische Raumordnungskonzept

nlw. ABev.: Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsbevölkerung
abs. : absolut
e.p. : extrem peripher
p. : peripher

Es sind dies besonders die Kleinregionen (vgl. Tab.8)
Großgerungs,
Ottenschlag,
Waidhofen,
Zwettl.

Aufgrund der räumlichen Isoliertheit dieser Teilregionen von aufnahmefähigen Arbeitszentren ist ein Ausgleich des Arbeitsplatzdefizites über die Tagespendelwanderung nicht zumutbar bzw. nicht möglich. Es besteht für diese Teilgebiete die Gefahr, daß mit der fortschreitenden Abwanderung der Bevölkerung und Arbeitskräfte ein kumulativer und schwer rückgängig zu machender Verfallsprozeß einsetzt.

4.1.2 Probleme und Problem-Ursachen

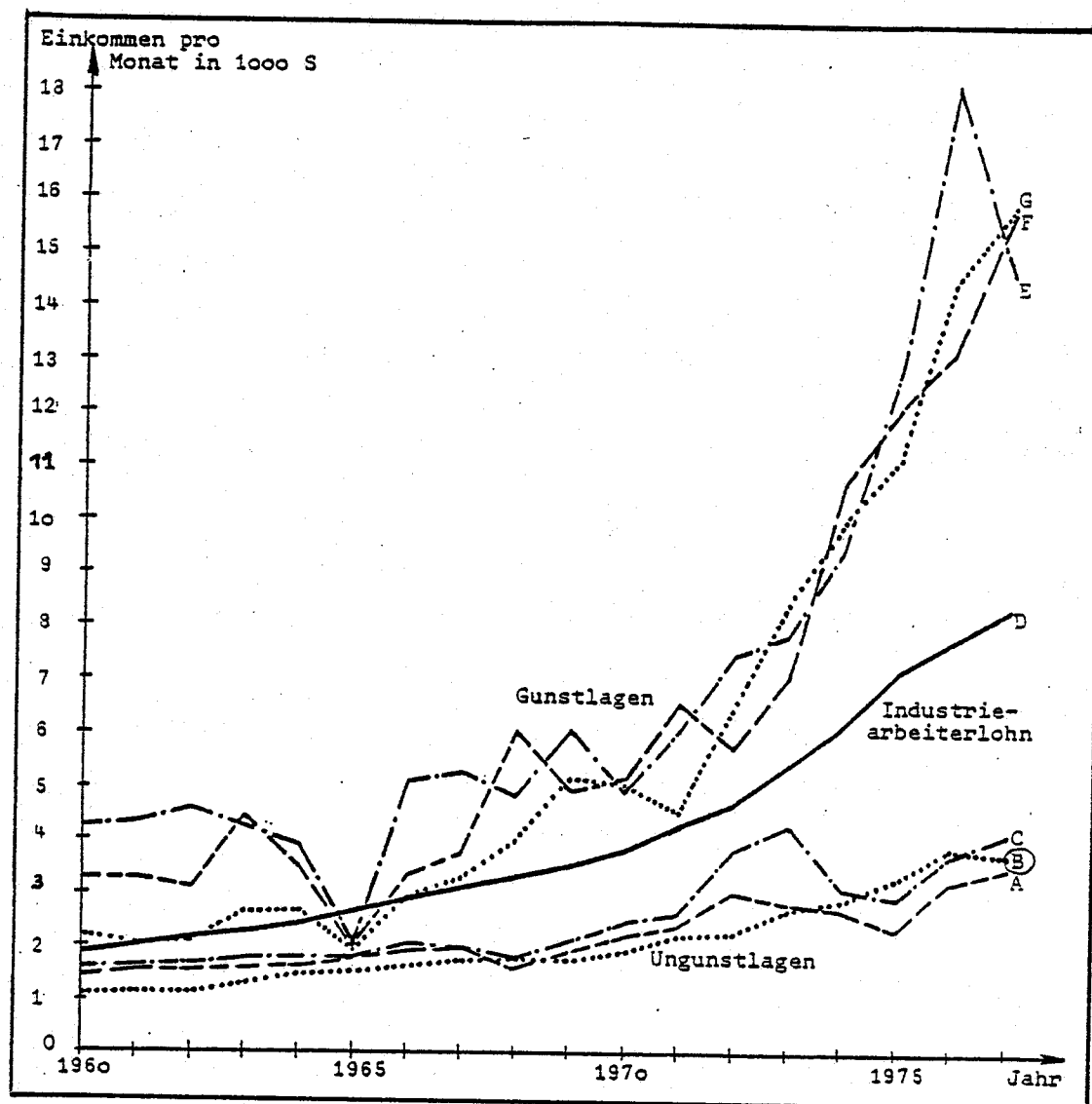
In großen Teilen des Waldviertels treffen drei wirtschaftliche Problembereiche zusammen und verschärfen sich teilweise gegenseitig:

- a) die landwirtschaftliche Standortungunst,
- b) der Mangel an industriell-gewerblichen Arbeitsplätzen und
- c) die vielfach fehlenden Entwicklungsmöglichkeiten im Fremdenverkehr.

Zu a) Probleme der Land- und Forstwirtschaft

Die Entwicklung der österreichischen Landwirtschaft tendiert zur Konzentration der Produktion in den kapitalstarken Betrieben und in den günstigsten Lagen. Dadurch bleiben die Einkommen aus der Landwirtschaft im Waldviertel (und anderen benachteiligten Regionen) insgesamt gegenüber begünstigten Regionen zurück (z.B. Alpenvorland) (vgl. Abb.4).

Abb. 4 : Einkommensentwicklung (landwirtschaftliches Einkommen je vollbeschäftigter Familienarbeitskraft und Monat)



- A: Grünlandwirtschaft im Hochalpengebiet 50 - 100 ha
 B: Acker-Grünlandwirtschaften im Wald- u. Mühlviertel 10-20 ha
 C: Grünlandwirtschaften im Hochalpengebiet 100 - 200 ha
 D: Industriearbeiterlohn (netto)
 E: Ackerwirtschaften im nordöstlichen Flach- und Hügelland 50 - 100 ha
 F: Ackerwirtschaften im Alpenvorland 50 - 100 ha
 G: Ackerwirtschaften im Alpenvorland 20 - 50 ha

Quelle: Zusammengestellt nach Buchführungsergebnissen der Jahre 1960 - 1977 und ÖStZ.

Innerhalb des Waldviertels ist ebenfalls ein starkes Gefälle in der natürlichen Standortgunst zwischen dem östlichen Teil mit geringer Produktionserschwerung und dem westlichen Randgebiet mit hoher und extremer Produktionserschwerung und ungünstigem Klima festzustellen.

In den Gebieten mit hoher landwirtschaftlicher Standortgunst ist ein großer Teil der landwirtschaftlichen Betriebe, insbesondere kleinere Betriebe ohne ausreichende Waldausstattung zu den "Grenzbetrieben" zu zählen. Bei Fortschreiten der Entwicklungstendenzen in der österreichischen Land- und Forstwirtschaft sind diese Betriebe als Vollerwerbsbetriebe nicht mehr tragfähig. Die Betriebsinhaber werden gezwungen sein, Einkommensmöglichkeiten teilweise oder ganz außerhalb der Landwirtschaft zu suchen.

Eine Analyse des REGIO kommt zum Ergebnis,¹⁾

- daß von den ca. 10.000 Vollerwerbsbetrieben im Waldviertel 3.000 Betriebe in der Größenklasse von 10 - 20 ha Betriebsfläche ohne Sondermaßnahmen akut gefährdet sind,
- daß längerfristig für ein Viertel bis zur Hälfte der Vollerwerbsbetriebe unter den herrschenden Bedingungen eine Betriebsübernahme durch die Kinder und Weiterbewirtschaftung nicht wahrscheinlich ist.

1) REGIO: Land- und forstwirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten im Waldviertel. (Kurzfassung) Verfaßt über Anregung der Österreichischen Agrarindustrie unter Mitwirkung der NÖ-Landes-Landwirtschaftskammer und der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs, Wien 1980.

Die Arbeitsmarktprognose des ÖIR¹⁾ geht von der Annahme aus, daß im Waldviertel zwischen 1971 und 1986 ca. 11.700 landwirtschaftliche Arbeitsplätze verlorengehen (werden). Die durchschnittliche jährliche Veränderungsrate wurde mit minus 4,5 % angenommen, d.h. jährlich müßten ca. 500 Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft ausscheiden. Dahinter steht die Theorie der Gesundschumpfung der Landwirtschaft. Durch Abgabe von Arbeitskräften soll auf die verbleibenden Arbeitskräfte mehr Einkommen entfallen. Bisher konnte durch dieses "Schrumpfen" der Einkommensabstand des Waldviertels zu den Gunstlagen nicht verkleinert werden. Ein noch rascheres Gesundschumpfen ist aber keine tragbare Lösung für die Betroffenen und die Regionen. Insbesondere deshalb, weil für einen Übergang der freiwerdenden landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in den nichtlandwirtschaftlichen Erwerb die entsprechenden Arbeitsplätze in der Region bzw. im zumutbaren Pendelbereich fehlen.

Zu b) Probleme im industriell-gewerblichen Sektor

Die Ansiedelung von industriell-gewerblichen Arbeitsplätzen in den letzten Jahrzehnten - unterstützt von vielfältigen regionalpolitischen Maßnahmen - brachte nicht die erwarteten quantitativen und qualitativen Ergebnisse. Bis zum Ende der Hochkonjunktur Mitte der 70er Jahre hielten bescheidene Betriebsansiedlungserfolge zumindestens die Hoffnung aufrecht, eine kontinuierliche Industrieansiedlungspolitik könne den Arbeitsplatzverlust in der Landwirtschaft langfristig auffangen. Seit der Rezession 1974/75 haben die Waldviertler Bezirke durch Betriebsstillegungen und Arbeitskräftereduktion ständig industrielle Arbeitsplätze verloren. (Vgl. Tabelle 7).

1) Tabellenanhang zum Entwurf für das erste österreichische Raumordnungskonzept. (Vgl. BUNDESKANZLERAMT, 1980 a).

Tabelle 9: Wachstum und Verteilung der Industriearbeitsplätze in Niederösterreich

	Anteil an den AP 1971	Entwicklung der Arbeitsplätze		Anteil an den AP 1977
		71 - 74 absolut in %	75 - 77 absolut in %	
Regionen mit ¹⁾ ind. Standortgunst	72	+ 763 + 0,9	- 3953 - 4,4	74
Waldviertel ²⁾	8,9	- 102 - 0,9	- 1479 -13,7	8
Restgebiete ³⁾	19	-1128 - 4,8	- 1605 - 7,2	18
NÖ gesamt	100	- 467 - 0,4	- 7067 - 5,8	100

1) Amstetten, Baden, Gänserndorf, Korneuburg, Krems, Melk, Mödling, St. Pölten, Tulln, Wr. Neustadt, Wien-Umgebung.

2) Gmünd, Horn, Waidhofen/Thaya, Zwettl.

3) Bruck/Leitha, Hollabrunn, Lilienfeld, Mistelbach, Neunkirchen, Scheibbs.

Quelle: ÖSTZA, Industriestatistik

WIFO, Datenbank.

Die geübte Industrieansiedlungspolitik funktionierte offenbar nur bei stabiler und kräftiger Expansion der Gesamtwirtschaft und Arbeitskräftemangel in den großen Ballungszentren.

Die konjunkturelle Instabilität der Waldviertler Industriebetriebe dürfte direkt mit der Industrieansiedlungspolitik der Vergangenheit zusammenhängen. Diese richtete sich auf die Gewinnung von (Zweig)-Betrieben multiregionaler Unternehmen mit einem hohen Bedarf an ungelernten Arbeitskräften. Meist wurden nur Betriebsteile mit standardisierter Fertigungsprozedur ins Waldviertel ausgelagert, wodurch nur geringe regionale Verflechtungs-, Einkommens- und Ausbildungswirkungen auftraten.

Betriebe dieses Typs unterliegen derzeit zusätzlich zu konjunkturellen Einflüssen einer zunehmenden internationalen Konkurrenz aus Entwicklungsländern mit niedrigen Löhnen.

Eine Bilanz der Industrieansiedlungspolitik im Waldviertel zeigt:¹⁾

- die seit 1970 unter Mitwirkung des Sozialministeriums im Waldviertel geschaffenen Arbeitsplätze befinden sich zu 90 % in Zweigwerken multiregionaler Unternehmen.
- 55 % der Arbeitsplätze wurden in den Branchen Textil-, Bekleidungs- und Lederverarbeitung geschaffen. Diese Branchen sind besonders krisenanfällig und wandern zunehmend in Dritte-Welt-Länder ab.

1) Vgl. Walter STÖR/Franz TÖDTLING: Regionalpolitik für periphere Gebiete, in: Almanach 78 der Österreichischen Forschung, S. 180 - 186, herausgegeben vom Verband der wissenschaftlichen Gesellschaften Österreichs, Wien 1978.

- 60 % der Arbeitsplätze, die zwischen 1974 und 1977 in Zweigbetrieben im Waldviertel geschaffen wurden, gingen wieder verloren. Im übrigen Niederösterreich waren es nur 15 %.

Zu c) Entwicklungsprobleme im Fremdenverkehr

Der Fremdenverkehr ist bisher im Waldviertel trotz Vorhandensein von Baudenkmälern (Stifte,) landschaftlicher und klimatischer Vorzüge, etc. nur punktuell bedeutend. Einem Ausbau des Fremdenverkehrs stehen wichtige Hindernisse entgegen:

- fehlende Fremdenverkehrstradition der Einheimischen, geringe Initiative und wenig Ideen im Bereich Fremdenverkehr,
- wegen des kurzen Sommers und mangelnder Eignung für den Winterfremdenverkehr ist ein zweisaisonaler Betrieb nur in bestimmten speziellen Angebotskategorien möglich. Die Erstellung von Infrastruktureinrichtungen und Komfortunterkünften ist jedoch nur bei zweisaisonaler Auslastung rentabel. Die Interessensvertreter der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft werden sich massiv gegen eine öffentliche Förderung des Fremdenverkehrs im Waldviertel einsetzen, da Bettenüberkapazitäten in den entwickelten Fremdenverkehrszentren bestehen und eine massive Förderung des Waldviertels Förderungsmittel bindet und eine zusätzliche Konkurrenz für die bestehenden Fremdenverkehrszentren schafft.

Entwicklungschancen in einem größeren Ausmaß sind im Waldviertel nur mit einem qualitativ neuem, unorthodoxen Fremdenverkehrskonzept zu realisieren. Als Bewertungsmaßstab der Fremdenverkehrspolitik kann dabei nicht das getätigte Investitionsvolumen sein, sondern die Verbesserung beste-

hender und Schaffung möglichst vieler neuer Einkommensmöglichkeiten und qualitativ ansprechender Existenzmöglichkeiten. Diese Ziele dürften mit einem kleinbetrieblich organisierten Fremdenverkehr mit einer intensiven Verflechtung von Beherbergungsbetrieben, landwirtschaftlichen Veredelungsbetrieben sowie Handelsbetrieben am ehesten erreichbar sein.

Insgesamt aber dürfen weder die Expansionsmöglichkeiten, noch die Ausbeutungsgeschwindigkeit im Fremdenverkehr überschätzt werden. Die prognostizierten Arbeitsplatzdefizite im Waldviertel können vermutlich nur zu einem geringen Teil und nur längerfristig durch Impulse und Initiativen im Bereich des Fremdenverkehrs abgebaut werden.

4.1.3 Entwicklungsperspektiven für die benachteiligten Gebiete

Die vorausgegangenen Überlegungen sollen keine Schwarzmalerei sein, noch sollen sie zur Einschätzung führen, es sei im Waldviertel ohnehin keine konzeptive Regional- und Agrarpolitik möglich. Mit graduellen Verbesserungen einzelner Instrumente kann im Waldviertel jedoch kaum auf durchschlagende Erfolge gehofft werden. Zu den vorher beschriebenen relativen Benachteiligungen des Waldviertels, zum Zurückbleiben hinter den wirtschaftlichen Zentren und landwirtschaftlichen Gunstlagen, ist es verstärkt in den letzten Jahrzehnten gekommen, obwohl die Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt äußerst günstig waren, um eine Vielzahl von Förderungsprogrammen zum Einsatz kam.

Für die 80er Jahre sind diese Bedingungen weit ungünstiger zu beurteilen:

- Das Wachstum des expansiven Dienstleistungssektors¹⁾ konzentriert sich weiter auf die Zentralräume - eine Dezentralisierung von Dienstleistungsarbeitsplätzen ist derzeit nicht zu erwarten.
- Betriebsansiedelungen im Waldviertel waren im wesentlichen ein konjunkturelles Phänomen. Die Stagnation der Arbeitsplätze in der industriell-gewerblichen Wirtschaft insgesamt läßt kaum größere Neugründungen und/oder Verlagerungen in die peripheren Zentren - und noch weniger in deren Hinterland - erwarten. Insbesondere, weil der staatliche Interventionsspielraum für regionale Zielsetzungen zu Gunsten der gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtssteuerung eingeengt ist.
- In der Landwirtschaft ist weiterhin mit zunehmender nationaler und internationaler Konkurrenz zu rechnen. Daher werden administrative Maßnahmen zur Angebotsbeschränkung in vermehrtem Maße nötig werden. Die bisherigen Maßnahmen einer regional undifferenzierten Grobsteuerung (z.B. Milchmarkt) verhindern die weitere Konzentration der Produktion in den Gunstlagen nicht ausreichend. Sie schreiben gleichzeitig die benachteiligten Gebiete auf einem niedrigen Produktions- und Lieferniveau fest. Der Spielraum für regionalpolitisch wünschenswerte Entwicklungen in der Landwirtschaft besonders benachteiligter Gebiete wird dadurch enorm eingeengt.

1) Die Dienstleistungsangebote sind gerade im ländlichen Raum unter dem Zwang zu rationalen Angebotsgrößen extrem auf die regionalen Zentren konzentriert und bewirken enorme Zugangsbeschränkungen für die Bewohner des Hinterlandes, insbesondere solchen, denen kein Verkehrsmittel zur Verfügung steht.

Tabelle 10: Berechnung der Einkommenswirksamkeit von Umverteilungsmaßnahmen in der Forstwirtschaft

Gebiet: Politische Bezirke Gmünd, Horn, Waidhofen/Thaya, Zwettl.

Daten: ca. 68.000 ha Großwaldbestand

5.000,-/ha Rohertrag

3.750,-/ha Einkommen

16.700 Betriebe insgesamt mit 24.000 Vollarbeitskräften,

8.300 Vollerwerbsbetriebe mit 17.400 Vollarbeitskräften.

Landw. Einkommen je FAK Ø 76-78 54.970,-

Landw. Einkommen "Waldviertel" 76-78 1,37 Mrd.

davon entfallen 0,960 Mrd. auf die Vollerwerbsbetriebe.

255.000.000,- = potentielles Gesamteinkommen aus Großwaldbesitz

15.270,- = potentielles Mehreinkommen je landwirtschaftlichen Betrieb bei Gleichverteilung

30.723,- = potentielles Mehreinkommen je landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb bei Gleichverteilung.

Bei einem landwirtschaftlichen Einkommen von ca. S 115.000,- je Vollerwerbsbetrieb (Ø 76-78) entsprächen S 30.723,- einem Mehreinkommen von 26,7 %.

Quellen: Amt der niederösterreichischen Landesregierung:
Regionalplanung Niederösterreich VI. Land- und Forstwirtschaft. Problem und Ressourcenanalyse.

Landes-Buchführungsgesellschaft:

Die Buchführungsergebnisse der österreichischen Land- und Forstwirtschaft, diverse Jahrgänge.

ÖSTZA: Landwirtschaftliche Betriebszählung 1970.

- Vorschläge, die an der zunehmenden wirtschaftlichen Bedeutung der Forstwirtschaft für die landwirtschaftlichen Betriebe des Waldviertels und an den günstigen Ertragsbedingungen der Wälder in diesem Gebiet ansetzen, dürfen nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß gut 50 % des Waldes nicht in Händen klein- und mittelbetrieblicher Eigentümer sind. Rund 50 Betriebe im Waldviertel besitzen ca. 63.000 ha Wald. Diese äußerst ungleiche Flächenverteilung bewirkt eine Konzentration der forstwirtschaftlichen Einkommen auf wenige Großbetriebe. Bei der üblichen Durchschnittsbetrachtung der Einkommen führt dies zu einer Überschätzung der Einkommenswirksamkeit des Waldes auf die kleinen bäuerlichen Produzenten. (Unter der Annahme einer Gleichverteilung der Großwaldflächen auf alle land- und forstwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe des Waldviertels wäre das durchschnittliche landwirtschaftliche Einkommen je Betrieb und Jahr in einer Größenordnung von S 30.000,- höher als unter den gegebenen Verhältnissen. Das entspräche einer Erhöhung der Einkommen pro Betrieb um ca. 27 %¹⁾).

1) Vgl. dazu die Berechnung in Tabelle 10.

4.2. Regionalpolitische Ziele für das Waldviertel und Beurteilung des Zielrealisierungsbeitrages regional- politischer Instrumente

Von der ÖROK (ÖROK 1978, S 34 ff.) werden als Leitziele für die Entwicklung der Ostgrenzgebiete der "Ausgleich der regionalen Unterschiede in den Lebensbedingungen der Bevölkerung" (Erwerbs-, Bildungs- und Aufstiegschancen) genannt.

Diese Leitziele müssen jedoch konkretisiert und operationalisiert werden, um verschiedene Konzepte und Maßnahmen hinsichtlich ihres Zielrealisierungsbeitrages vergleichend beurteilen zu können.

Wir schlagen folgende Beurteilungskriterien vor: Auswirkungen des jeweiligen Instrumentes auf:

1. Die Erhöhung der regionalen Wertschöpfung. Insbesondere, wieweit Instrumente den Entwicklungsabstand zwischen begünstigten und benachteiligten Regionen vermindern,
2. die Erhöhung der Zahl der Arbeitsplätze bzw. die Stabilisierung und Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze, sowie die Erhöhung der Arbeitseinkommen pro Arbeitsplatz. Beitrag zur Verminderung des Zwanges zur interregionalen Mobilität;
3. die Verbesserung der Arbeitsplatzqualität,
4. die Verbesserung der Lebensqualität durch Schaffung vielfältiger, gut erreichbarer und krisenfester Versorgungsstrukturen,
5. die Verbesserung der Verteilungsgerechtigkeit in

regionaler und personeller Hinsicht bezüglich der
Ziele 1 - 4,

6. die sozio-kulturelle und ökologische Situation.
Maßstab ist insbesondere die Verträglichkeit bzw.
Angemessenheit der jeweiligen Maßnahmen.

Zusätzlich zu diesen 6 Zieldimensionen scheint es uns notwendig, bei der Beurteilung der Instrumente die Zeitdimension, die Kosten sowie zu erwartende Nebeneffekte und Realisierungsschwierigkeiten zu berücksichtigen.

- a) Wie ist die zeitliche Verteilung der Nutzen der einzelnen Konzeptvorschläge
- ab welchem Zeitpunkt sind Nutzeffekte zu erwarten (kurz-, mittel- langfristig),
 - sind einmal getroffene Maßnahmen von nachhaltiger Wirkung?
- b) Mit welchen Kosten ist eine Maßnahme verbunden?
- c) Gibt es Interdependenzen, fördernde oder hemmende Effekte zwischen einzelnen Maßnahmen?
- d) Welche nichtmonetären Realisierungsschwierigkeiten bestehen?

In Abb.2 auf S.103/104 haben wir für das Waldviertel relevante Maßnahmenprogramme hinsichtlich der Zieldimensionen und der sonstigen Randbedingungen (a - d) vergleichend bewertet.

Selbstverständlich bietet dieses Schema nur einen groben Orientierungsrahmen, weil es innerhalb jedes der Maßnahmenbündel recht unterschiedlich geartete Maßnahmen gibt und

weil die einzelnen Einstufungen nicht zuletzt auf unterschiedlich interpretierbaren Erfahrungen beruhen.

Folgende Schlußfolgerungen scheinen uns von besonderer Bedeutung:

1. Es gibt keine Patentlösungen zur Beseitigung der Entwicklungsprobleme des Waldviertels. Keines der vorhandenen Konzepte (Maßnahmen) ist dazu geeignet. Jede Verbesserung der Situation setzt eine Kombination mehrerer Maßnahmenbündel voraus.
2. Kurzfristige Verbesserungen sind von keiner Einzelmaßnahme, aber auch nicht von einem Maßnahmenpaket zu erwarten, weil
 - Maßnahmen, die größere Investitionen erfordern, eine längere Bau- bzw. Ausreifungszeit benötigen, (Infrastruktur, Industriefinanzierung, landwirtschaftliche und Fremdenverkehrsgroßprojekte)
 - Maßnahmen, die auf dem Transfer von Informationen, Wissen und Fertigkeiten beruhen, einen längeren Lern- und Organisationsaufbauprozess erfordern und auch danach einen nicht sofort wirksam werdenden Innovationsprozess erst einleiten müssen.
 - Maßnahmen, die auf politisch-, administrative Strukturveränderungen zielen, einen längeren politischen Durchsetzungsprozess erfordern.
3. Der Großteil der Maßnahmen wirkt sachlich und räumlich eher punktuell, wobei in der Vergangenheit die Zentren und Gunstlagen eher begünstigt wurden als die benachteiligten Gebiete wie das Waldviertel.

4. Die Interdependenzen zwischen einzelnen Maßnahmenprogrammen dürften eher gegenseitig positiv verstärkend als behindernd wirken. Im Hinblick auf die erwünschten Arbeitsplatzeffekte von Maßnahmen muß allerdings die Gefahr erkannt werden, daß gerade das weithin sehr positiv eingeschätzte Instrument der Investitionszuschüsse für Industrieansiedelungen auf das in der Region vorhandene Gewerbe negative Effekte haben kann (z.B. durch Abwerbung von Arbeitskräften aus bestehenden Betrieben oder durch Ablenkung von einer effizienten Gewerbeförderung).
5. Die meisten der traditionellen Instrumente der Regionalentwicklung sind mit hohen Kosten verbunden. Dementsprechend wird meist die Hauptursache für das Zurückbleiben des Waldviertels im zu geringen Einsatz öffentlicher Mittel gesehen. (Wobei sich Bund und Land jeweils wechselseitig beschuldigen, der jeweils andere stelle zu wenig Mittel für das Waldviertel bereit).

Ein ausreichend vermehrter Geldeinsatz ist in Anbetracht des fiskalischen Spielraumes von Bund und Land unwahrscheinlich. Er ist jedoch grundsätzlich, hinsichtlich der ökonomischen Effizienz, in Frage zu stellen!

Dies soll beispielhaft am Instrument der Investitionsförderung aufgezeigt werden, weil dieser in den Überlegungen zu Entwicklungsmaßnahmen im Waldviertel zentrale Bedeutung beigemessen wird.

Die bis 1986 erforderlichen 12.000 zusätzlichen Arbeitsplätze im Waldviertel machen bei einem Multiplikator von 2 die direkte Induzierung von ca. 6.000 Arbeitsplätzen erforderlich. Aus empirischen Erhebungen in der Bundesrepublik weiß man, daß erst ein (öffentlicher Zuschuß) von mindestens 25 % der Investitionskosten geringe Standortunterschiede für den

standortsuchenden Unternehmer ausgleicht¹⁾. Bei einer Investition von S 600.000,- pro Arbeitsplatz entstünden budgetäre Kosten von S 150.000,- pro Arbeitsplatz. Für 6.000 Arbeitsplätze wären nach dieser Logik S 900 Mio. an öffentlichen Subventionen erforderlich. Um das Arbeitsplatzdefizit ähnlich benachteiligter ländlicher Regionen zu beheben, wären öffentliche Subventionen in Milliardenhöhe erforderlich.

Diese quantitative Betrachtung wird dem Problem aber nur teilweise gerecht. Selbst wenn es keine budgetären Restriktionen gäbe, so ist die Wirksamkeit standortdifferenzierender Förderungen davon abhängig, ob erstens ein differenzierendes Förderungsinstrumentarium vorhanden ist und zweitens ob genug Betriebe vorhanden sind, die Standorte wie das Waldviertel suchen.

Zur ersten Bedingung: Wenn das Instrumentarium der Investitionsförderung regionalpolitisch wirksam werden soll, so muß es im Unterschied zur gegenwärtigen Praxis regional differenziert eingesetzt werden. Dazu notwendige Veränderungen wären:

- Abbau der Förderungen in hochrangigen Standorten, eventuell sogar negative Anreize in solchen Standorten!
- Verbesserung der Förderkonditionen in den Entwicklungsgebieten,
- Abbau der Dominanz der regional undifferenzierten Beschäftigungs- und Konjunkturpolitik zu Gunsten einer regionsbezogenen Arbeitsmarkt- und Konjunkturpolitik,
- keine Durchbrechung regionalpolitischer Grundsätze durch politische Kraftakte wie z.B. das General Motors-Projekt.

1) Vgl. dazu FÜRST, D., ZIMMERMANN, K.: Standortwahl industrieller Unternehmen, Bonn 1973.

Zur zweiten Bedingung: Ausländische¹⁾ und inländische Beobachtungen und Analysen zeigen, daß es absolut nur wenige Betriebe gibt, die ihre Produktionsstätte - selbst bei hohen öffentlichen Zuschüssen, ins Waldviertel oder eine ähnliche Region verlagern wollen. Beispielsweise ist die Zahl der Anträge um ERP-Grenzlandkredite in den drei politischen Bezirken Gmünd, Zwettl, Waidhofen an der Thaya seit der Rezession 1974/75 stark zurückgegangen. (Nach Auskünften des ERP-Büros).

Jahr	Zahl der Anträge
1973/74	11
1974/75	7
1976/77	2

Das läßt die Vermutung zu, daß die Ansiedelung von Betrieben im Waldviertel eher ein konjunkturelles Phänomen, denn eine Folge der Förderung war.

Die Verstärkung des monetären Mitteleinsatzes der öffentlichen Hand ist keine Erfolgsgarantie für die Entwicklung des Waldviertels. Waren die qualitativen Erfolge der Industriean-siedelungspolitik schon immer fragwürdig, unter den gegenwärtigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen kann sie auch keine quantitativen Erfolge erzielen. Für benachteiligte Regionen wie dem Waldviertel ist eine neue situations- und zielgerechte Konzeption der Regionalpolitik erforderlich. Eine derartige Konzeption wird im folgenden ausführlicher dargestellt.

1) Vgl. GANSER, K.: Großräumige und kleinräumige Konflikte in der Verteilung von Arbeitsplätzen, in: Bauwelt 1978/12.

4.3 Zum Konzept einer autonomen Regionalentwicklung im Waldviertel

4.3.1 Ansätze zu einer Trendwende in der Regionalpolitik

Die Erkenntnis, daß bei Fortbestehen der herrschenden wirtschaftlichen Entwicklungstrends die passive Sanierung zahlreicher peripherer und extrem peripherer Regionen eintreten dürfte, sowie die Tatsache, daß es mit dem konventionellen Instrumentarium der Regionalentwicklung nicht gelungen ist, wirksame Maßnahmen gegen den regionalen Verfall zu setzen, haben auf Seiten des Bundes den Anstoß zu neuen regionalpolitischen Überlegungen gegeben. Für jene Gebiete, in denen die Ansiedelung von Industriebetrieben nicht wahrscheinlich ist und das Auspendeln der Arbeitskräfte nicht zumutbar oder eine Zunahme des Auspendelns nicht mehr erwünscht ist, wird im Bundesvorschlag für das erste österreichische Raumordnungskonzept gefordert:¹⁾

"... in den peripheren und extrem peripheren Gebieten ist eine relativ autarke wirtschaftliche Entwicklung erforderlich und daher anzustreben, soweit sie nicht an Gebiete mit einem Arbeitsplatzüberschuß oder an solche angebunden werden können, in denen größere Chancen für eine Deckung oder Reduzierung eines Arbeitsplatzdefizites bestehen." (Seite 5)

Da bisher keine Erfahrungen über den Förderungsbedarf und die Förderungsmöglichkeiten einer eigenständigen, kleinräumig statt großräumig integrierten Regionalentwicklung vorliegen, wurde von der Bundesregierung im Sommer 1979 ein zeitlich begrenztes Sonderprogramm eingerichtet durch welches praktische Erfahrungen mit dieser neuen Form der Regionalförde-

1) BUNDESKANZLERAMT, 1980.

rung gesammelt werden sollen. Das Waldviertel liegt zur Gänze im Programmgebiet der Sonderaktion.

4.3.2 Grundsätze und Ziele einer autonomen Regionalentwicklung

4.3.2.1 Grundsätze

Es geht in der Regionalpolitik nicht um die grundlegende Veränderung der Ziele, sondern um neue Instrumente, da die Ziele (z.B. die ÖROK-Ziele für das Ostgrenzgebiet) die eigenständige Regionalentwicklung ohnehin fordern, die bestehenden Instrumente sie jedoch kaum fördern!

Der vielfach schon weit fortgeschrittene regionale Verfallsprozeß erfordert ein Entwicklungsprogramm das kurz- und längerfristige Erfordernisse gleichermaßen berücksichtigt:

- Kurzfristiges Ziel müßte es sein, vorhandene Erwerbsmöglichkeiten zu erhalten und zu stabilisieren. Dazu sind Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit gewerblicher und landwirtschaftlicher Betriebe vordringlich, sowie die Verminderung struktureller Konzentrationstendenzen insbesondere in der Landwirtschaft.

Die kurzfristige Verlangsamung regionaler Verfallsprozesse ist Voraussetzung für längerfristig wirksam werdende Strategien.

- Längerfristiges Ziel ist es, die peripheren Regionen zu lebenswerten und attraktiven Räumen weiterzuentwickeln. Die diesem Ziel entsprechende regionale Entwicklungspolitik ist ein langfristiger politischer Prozeß, in dem ein breitgestreuter Bildungs- und Veränderungsprozeß der Betroffenen in Gang kommen

soll.

Die bisher im Mittelpunkt stehende Strategie, industrielle Arbeitsplätze bereitzustellen, muß ergänzt werden durch die Förderung vorhandener Erwerbstätigkeiten, der Bereitstellung von Hilfen zur Umorganisation und Koordination der produktiven Potentiale durch die Betroffenen, sowie durch die Beseitigung vorhandener institutioneller, ökonomischer und kultureller Entwicklungshindernisse.

Selbstbestimmte Regionalentwicklung bedeutet nicht, daß sich die betroffenen Regionen am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen. Die Ingangsetzung eines Entwicklungsprozesses erfordert die aktive Unterstützung durch entsprechende politische Maßnahmen.

4.3.2.2 Ziele

a) Förderung der Kooperation

Das Konzept der eigenständigen Regionalentwicklung beruht in ökonomischer Hinsicht auf der Erkenntnis, daß der Weg der unkoordinierten, betrieblichen (zwischenbetrieblich nicht koordinierten) Spezialisierung und des intensiven Wachstums (d.h. auf der Grundlage eines kapitalintensiven, arbeitssparenden technischen Fortschritts) für kleine Betriebe in der Land- und Forstwirtschaft und in der gewerblichen Produktion nur unter eng begrenzten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erfolgversprechend sein kann. Dies gilt nur dann, wenn auf den jeweiligen Produktmärkten ein Nachfrageüberhang besteht, die jeweiligen Arbeitsmärkte aufnahmefähig sind und die Skalenerträge konstant bzw. natürlichen Produktionsbedingungen homogen sind.

Alle diese Rahmenbedingungen entsprechen nicht den heute existierenden realen Gegebenheiten.

Eine der Hauptschwierigkeiten der kleinen landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe in den extrem peripheren und peripheren Gebieten resultiert daraus, daß sie aufgrund ihrer unzureichenden Größe sowohl beim Einsatz von Technologien als auch im Bereich der Vermarktung unwirtschaftlich arbeiten.

Im Bereich der Marktproduktion in Konkurrenz mit den Gunstlagen bzw. der Industrie muß die Konkurrenz zwischen den kleinen landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben verringert und Wege zur gemeinsamen Nutzung von Technologien, Information und Know-How gefunden werden. Vordringlich ist die:

- Stärkung vorhandener regionaler Verflechtungen zwischen den Betrieben,
- Schaffung neuer Verflechtungen zwischen land- und forstwirtschaftlicher Urproduktion, landwirtschaftlicher und gewerblicher Verarbeitung in der Region, verbunden mit neuen gemeinschaftlichen Organisationsformen in der überregionalen Vermarktung,
- Erhöhung der Einkommensbasis pro Arbeitsplatz durch Integration von Vorleistungserstellung, Produktion und Vermarktung. Insbesondere im Vergleich zur konventionellen Landwirtschaft, die vorleistungsintensiv Rohstoffe produziert, soll dadurch die Wertschöpfungsbasis kleiner Betriebe vergrößert werden.

Aufgrund der hohen Beschäftigtenanteile der Land- und Forstwirtschaft in den peripheren Regionen kommt der Verwirklichung dieses Zieles im Hinblick auf die Stabilisierung landwirtschaftlicher Arbeitsplätze besondere Dringlichkeit zu.

- Überbetriebliche Nutzung von Technologie und Verwendung einfacher Herstellungsmethoden. Dadurch sollen die Arbeitseinkommen maximiert und dennoch konkurrenzfähige Herstellungskosten erreicht werden.

b) Förderung von Innovationen und Initiativen

Eine weitere Schwäche der traditionell geführten und voneinander isolierten kleinen landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe liegt darin, daß sie in ihrer Orientierung an traditionellen Standards zu wenig danach trachten, angemessene Produktionsinnovationen durchzuführen und entsprechende Marktsegmente zu erschließen. Chancen für eine wachsende Zahl dieser Betriebe liegen im Bereich jener Form der gebrauchswertorientierten, ökologisch angemessenen Qualitätsproduktion, die von der industriellen Erzeugung nicht erreicht werden kann.

Zusätzlich zum Ausbau der Kooperation im Bereich der konventionellen Produktion ist es notwendig, Produkt-, Technologie- und Vermarktungsinnovationen in den Kleinbetrieben durchzuführen, zusätzliche wirtschaftliche Initiativen zu wecken und neue Märkte, (Marktlücken) zu erschließen.

c) Förderung der lokalen und regionalen Selbstorganisation

Vielen landwirtschaftlichen Betrieben in den benachteiligten Gebieten verblieb in den letzten Jahren nur der Ausweg in den außerlandwirtschaftlichen Erwerb. Damit ging jedoch nur selten eine entsprechende Umorganisation des landwirtschaftlichen Betriebes einher. Vielfach ersparte das blinde Investieren des nichtlandwirtschaftlichen Einkommens in den landwirtschaft-

lichen Betrieb nur die Einsicht, daß der eingeschlagene Weg der Betriebsführung nicht sinnvoll ist.

Ein großer Teil der Nebenerwerbsbetriebe wird zu arbeits- und kapitalintensiv geführt (vgl. Kap. 2.2).

- o Das vorhandene Einkommen verleitet zu teuren, unwirtschaftlichen Prestigeinvestitionen,
- o die Führung des Nebenerwerbsbetriebes in der Art eines kleinen Vollerwerbsbetriebes führt zur Arbeitsüberlastung der Familie, insbesondere aber der Bäuerin.

Ergebnis dieser häufig anzutreffenden Form der Kombination von Landwirtschaft und nichtlandwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit ist nicht die Erhöhung der Autonomie und Lebensqualität der Betroffenen, sondern deren Verringerung.

Schaffung einer möglichst breiten Basis individueller und lokaler Autonomie durch Förderung selbstorganisierter, am Bedarf lokaler Gemeinschaften ausgerichteter Produktions- und Versorgungsformen. Ansatzpunkte dazu sind:

- o Im Bereich der Nebenerwerbslandwirtschaft; statt im Konkurrenzkampf mit den besser gelegenen und besser ausgestatteten Betrieben mitzumachen und dabei tendenziell fallende Erträge durch tendenziell steigende Aufwendungen zu erkaufen, sollten die Betriebe extensiviert und in Kooperation mit anderen landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben für den Eigen- und Lokalbedarf produziert werden.
- o In Bereichen, wo die Markt- bzw. Staatsversorgung bisher versagte. Hier sollten Versorgungsprojekte, die von lokalen Initiativen getragen werden, gefördert werden. (Mobile Dienste, Kindergärten, etc.).

Die Nachbarschaftshilfe, wie sie in vielen Regionen noch geübt wird, ist ein traditionelles Element einer solchen Strategie und gibt viele Anknüpfungspunkte für neue, zeitgemäße Formen.

d) Differenzierung und Verbesserung agrarpolitischer und regionalpolitischer Konzepte

Das Konzept zur Verstärkung der regionalen Autonomie ist aufgrund der herrschenden gesellschaftlichen Strukturen und Dynamik nur als Zusatzstrategie realistisch, die den wirtschaftlichen Aktionsraum der kooperierenden land- und forstwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe erhöht und die Arbeitsplätze in diesen Betrieben erhält, wobei ein bedeutender Effekt in der Verbesserung der Stabilität und Qualität dieser Arbeitsplätze liegt.

Auf den Charakter einer Zusatzstrategie mit der Betonung qualitativer Ziele folgt auch, daß andere regionalpolitische Maßnahmen und Konzepte dadurch nicht ersetzt werden können.

Es steht von sich aus nicht in Konflikt mit anderen Konzepten, sehr wohl vermindern aber traditionelle agrar- und regionalpolitische Maßnahmenprogramme die Möglichkeiten einer autonomen regionalen Entwicklung.

Aus diesem Grund ist es notwendig, die Instrumente der Agrar- und Regionalpolitik so zu verändern, daß sie mit den Zielen einer autonomen Regionalentwicklung harmonisieren und diese unterstützen.

4.3.3 Förderungsmaßnahmen zur autonomen Regional- entwicklung

Maßnahmen, die zusätzlich zu vorhandenen regionalpolitischen Maßnahmen als Hilfe zur Selbsthilfe in den betroffenen Regionen geeignet sind, müßten aufgrund der Problemlage in den peripheren Regionen in vier Bereichen ansetzen:

1. aktivierende Bildungs- und Informationsarbeit,
2. regionsspezifische und kontinuierliche Beratung und Betreuung (Innovationsberatung). Weitergehende Hilfen zum Aufbau wirtschaftlicher Projekte wie dies bisherigen Beratungsinstitutionen leisten, müßten gegeben werden,
3. mehr politisch- administrative Maßnahmen zur Regionalisierung raumwirksamer Politikbereiche (Agrar-, Regional- und Handelspolitik) und zur Begünstigung dezentraler Entwicklungsansätze.
4. Bereitstellung monetärer Förderungen.

4.3.3.1 Aktivierende Bildungs- und Informationsarbeit

Die breitgestreute Mobilisierung und Aktivierung der kleinen landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe erfordert eine offensive Form der Beratung, sowie der Informations- und Bildungsarbeit. Gerade diejenigen Bevölkerungsgruppen, die eine solche Form der Beratung am dringendsten benötigen, sind häufig aus sozial-kulturellen Gründen am stärksten vom vorhandenen, passiven Informations- und Beratungswesen ausgeschlossen. Resignatives Verharren innerhalb der traditionellen Betriebsorganisation ist eine vielfach anzutreffende Reaktion auf diese Marginalisierung. Der Kreislauf von objektiver und subjektiver Benachteiligung kann nicht durch monetäre Hilfen allein durchbrochen werden. Aktivierende Information, Beratung, gemeinsame Projektentwicklung- und -betreuung bei entstehenden Initiativen müssen zumindestens

als ebenso wichtig bezeichnet werden.

Erfahrungen aus der Gemeinwesenarbeit zeigen, daß sich benachteiligte Gesellschaftsgruppen nicht selbst helfen können, und daher einer Hilfe zur Selbsthilfe bedürfen. Sie sind mit Fragen des einzelbetrieblichen Überlebens beschäftigt, bzw. pendeln in entfernte Arbeitszentren aus. Darüber hinaus wird durch die herrschende Informations- Bildungs- und Kultureinrichtungen das Selbstorganisationspotential verschüttet und durch rechtliche Bestimmungen auch direkt verhindert.

Soll in einem peripheren Gebiet ein sozialer und wirtschaftlicher Innovationsprozeß bei den Betroffenen eingeleitet werden, so ist vorerst die Hilfe eines "Animators" erforderlich. Dieser sollte möglichst nicht selbst aus der Region sein, jedoch für die Zeit der Tätigkeit in der Region leben. Aufgaben einer solchen Person:

- Die Artikulation von Problemen und Wünschen einleiten,
- das Problembewußtsein und die Handlungsbereitschaft wecken,
- Informationsdefizite abbauen,
- initiative Gruppen und Personen finden, die geeignet sind, selbst ein Projekt in Angriff zu nehmen und den Aktivierungsprozeß weiterzutragen,
- Ermöglichung der Artikulation regionaler Anliegen durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit

Erfolgsbeispiele für diese Form der wirtschaftlichen Beratung vorgelagerten Aktivierung finden sich im Schweizer¹⁾

1) Vgl. Peter GÜLLER, Barrieren zwischen Planung und Realisierung. Manuskript, Zürich, 1979.

Berggebiet sowie in Schottland ¹⁾. Dort wurden regional und zeitlich begrenzt, Personen eingesetzt, die eine breite Palette von Aufgaben erfüllen, die vom Sozialarbeiter über den Berater bis zur Tätigkeit eines Managers reicht. Im Waldviertel arbeitet seit mehreren Jahren ein Regionalbetreuer mit einer größeren Gruppe von Bauern sehr erfolgreich. Auf diese Erfahrungen wird in Kap. 4.5.1 und Kap. 4.5.2 ausführlich eingegangen.

4.3.3.2 Aufbau einer Beratungs- und Betreuungsstruktur

Die Entstehung von Innovationen und Wirtschaftsprojekten, die regionale Beschäftigungsmöglichkeiten erschließen, ist durch die bisherigen sektoralen und eher passiven Beratungsansätze in den isolierten Gebieten nicht ausreichend gefördert worden.

Auch die Übertragung vorhandener Ansätze der Innovationsberatung auf die isolierten Gebiete ist problematisch, weil diese Ansätze auf durchindustrialisierte Gebiete mit aktiven Unternehmern zugeschnitten sind.

Für die isolierten Gebiete muß die Beratung in einem höheren Maße

- regionsspezifisch sein, aber gleichzeitig gute Zugriffsmöglichkeiten zu den vorhandenen Informationen in den Zentren bieten;
- aktivierend sein, daß heißt zu den Klienten kommen;
- umfassendere Hilfen als bisher bereitstellen (Betreuung von Initiativen und Projekten)

1) Vgl. GWYNDAF WILLIAMS: Community development in countryside planning, Manchester 1977

Aufgaben der Beratung wären:

- Generelle Verbesserung des Informationsstandes interessierter Bevölkerungsgruppen über Produkte, Produktionsmöglichkeiten, die Marktsituation und Absatzmöglichkeiten, Organisation von Produktion und Vermarktung und Verwaltung, Schulungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, wirtschaftliche Tragfähigkeit von Projekten, Kooperationsmöglichkeiten, etc.
- Herstellung kontinuierlicher Beratungsbeziehungen in Einzel- und Gruppenberatungen;
- aktives Begleiten entstehender Initiativen und Weiterentwicklung zu konkreten Projekten;
- Hilfestellungen für alle auftauchenden Probleme bei der Realisierung.

Beispiele für die Organisation regionaler Informations- und Beratungstätigkeit (zu Punkt 1 und 2)

Private Initiativen:

Der Bergland-Aktionsfonds wurde 1978 mit dem Ziel der Erhaltung der vom Verfall bedrohten Berggebiete Österreichs gegründet. Ein Haupttätigkeitsfeld des Bergland-Aktionsfonds ist (in Ergänzung zu bestehenden Förderungseinrichtungen), eine spezielle Beratung in diesen Gebieten aufzubauen. In zwei Regionen im Wald- und Mühlviertel wird erstmals versucht, in integrierter Form eine aktivierende Beratung durchzuführen. Jeweils ein, mit den Methoden der Gemeinwesenarbeit vertrauter Berater arbeitet kontinuierlich in diesen Gebieten, wobei in der ersten Phase die Informations- und Bildungsarbeit stärker im Vordergrund steht.

Gleichzeitig baut der Bergland-Aktionsfonds eine zentrale Service- und Informationsstelle in Wien auf, die in der Lage ist, den "Regionalberatern" rasch wichtige Informationen zu liefern.

Initiativen von Gebietskörperschaften

Ansätze für diese neue Form der Beratung werden derzeit auch in zwei Regionen in der Steiermark versucht. In Mürzzuschlag und in Hartberg entstanden im Zuge der Regionalplanung regionale Wirtschaftsförderungsverbände, in denen die Gemeinden, das Land und der Bund (nur Mürzzuschlag) sowie die Interessensvertreter sitzen.

Dort sollen ebenfalls ergänzend zu den bestehenden Beratungsinstitutionen Regionalbetreuer offensive Beratungsleistungen an die Bevölkerung herantragen.

Ansätze in an deren Ländern

International gesehen ist Österreich im Vergleich etwa zu Frankreich, Schottland, Schweden, Irland, BRD, in der Wirtschaftsförderung wenig experimentierfreudig.

In diesen Ländern bestehen eine Vielzahl von Versuchen zur Stimulierung einer eigenständigen Regionalentwicklung mit Hilfe spezieller regionaler Beratungs- und Entwicklungsgesellschaften.

- In Schweden werden beispielsweise Handwerksprodukte regionaler Betriebe über eine zentrale Vermarktungsorganisation vertrieben. (Handicraft-Organisation)
- In Schottland führt die regionale Entwicklungsgesellschaft Beispielsprojekte selbst aus! 240 Personen sind im Rahmen dieser Entwicklungsgesell-

schaft tätig. Diese Organisation hat bereits einen Umsatz von rund 450 Mio. S.¹⁾

- In der BRD werden eine Reihe von Pilotprojekten zur gezielten Innovationsförderung erprobt. Eines der interessantesten Beispiele in einem benachteiligten Gebiet ist das "Ostbayrische Technologietransferinstitut".

Organisationsvorstellungen für eine integrierte regionale Beratung im Waldviertel

Falls das Konzept der eigenständigen Regionalentwicklung als zusätzliche Maßnahme für die besonders isolierten Gebiete realisiert werden soll, ist der Einsatz mehrerer Personen notwendig. Das erfordert jedoch eine geeignete organisatorische Form für diese neue öffentliche Aufgabe. Eine mögliche Form stellt die Gründung einer regionalen Entwicklungseinrichtung dar, in deren Rahmen sowohl die Investorwerbung und Innovationsberatung für die vorhandenen industriell-gewerblichen Standorte als auch die zusätzliche spezifische Beratung für besonders isolierte Gebiete organisiert ist. Verschiedenen Service-Funktionen können für beide Schwerpunkte gemeinsam organisiert werden wie:

- eine Kooperationsbörse
- ein Pool für Zulieferwünsche/Möglichkeiten
- diverse Verwaltungsleistungen
- die Organisation von Schulungen für Arbeitskräfte
- überregionale Vermarktungsstrategien.

1) GWYNDAF Williams: Community Development in Rural Britain: The Organisation of Social Initiative, in: CDJ, January, 1979.

Überlegungen zur Organisationsform

Eine Entwicklungseinrichtung, die beispielsweise nur vom Bund getragen wäre, könnte zwar rasch durchgesetzt werden, auch die Finanzierung aus Mitteln der Arbeitsmarktförderung etc. wäre möglich, ebenso bestünde der Zugriff zu zentralen Informationen auf Bundesebene.

Sie wäre politisch aber sofort umstritten. Durch die Verweigerung der Mitarbeit bzw. durch Gegenmobilisierung von seiten der Gemeinden und des Landes aber auch der Interessensvertreter wäre im Rahmen einer solchen Organisation eine effiziente regionale Beratungsarbeit unmöglich.

Eine ausschließlich regionale Organisation der Entwicklungsgesellschaft wäre ebenso anzuzweifeln. Abgesehen von der Finanzierungsfrage fehlte dieser Konstruktion der direkte und rasche Zugriff zu Informationen auf Bundes- und Landesebene. Darüber hinaus dürfte eine solche Konstruktion nicht in der Lage sein, überregional und international zu agieren.

Die unter diesen Bedingungen wahrscheinlichste Lösung besteht in der Einbeziehung von Bund, Ländern, Gemeinden und Interessensvertretern.

Die Schaffung einer solchen zusätzlichen regionalen Institution der öffentlichen Verwaltung hat neben Vorteilen eine Reihe gravierender Nachteile:

V O R T E I L E

Einbindung aller organisierten politischen Ebenen und Interessen ist möglich

Guter Zugriff zu Informationen im öffentlichen Bereich

Finanzierungsquellen leicht erschließbar

Für traditionelle regionale Interessensvertretung gut geeignet

N A C H T E I L E

Starre Entscheidungsstrukturen - organisierter Zusammenschluß bisher wenig initiativer Kräfte schafft keine neuen Impulse. Unorganisierte Interessen fallen unter den Tisch.

Bürokratische Aufgabenerledigung, wenig eigenes Innovationspotential, kein Aufbrechen traditioneller Informations-, Kultur und Bildungssituationen.

Ineffiziente teure Leistungserbringung

Von der Bevölkerung getragene Initiativen und Gegenmachtbildungen eher behindert.

Im Sinne der Erfordernisse des Konzeptes der eigenständigen Entwicklung muß versucht werden, daß neben einer solchen Organisationsform private Beratungsinitiativen bestehen können und gefördert werden!

Erst diese Privatinitiative bieten die für die eigenständige Entwicklung notwendige Vielfalt von Ansätzen und sind offen genug für die breitgestreute Einbeziehung der weniger organisatorisch- und artikulationsfähigen Interessen.

4.3.3.3 Politisch-administrative Maßnahmen zur Regionalisierung raumwirksamer Politikbereiche

Eine eigenständige Regionalentwicklung erfordert ein hohes Maß an Initiative, Selbstorganisation und Risikobereitschaft der Beteiligten. Es muß sichergestellt werden, daß gesamtpolitische Maßnahmen, bürokratische Hindernisse und wirtschaftlicher Konkurrenzdruck die regionale Initiative im Waldviertel nicht ersticken. Isolierte Maßnahmen zur Förde-

rung der eigenständigen Entwicklung kämpfen gegen Windmühlen, wenn sie nicht längerfristig eine entsprechende Berücksichtigung in der Agrar- und Regionalpolitik insgesamt finden.

Beispiele für dringend erforderliche Maßnahmen:

- Betriebliche und regionaldifferenzierte Mengensteuerung bei Produkten, die für die Einkommensbildung großer Gruppen von Bauern in den isolierten Gebieten zentrale Bedeutung haben. Betriebe ohne Produktionsalternativen müßten ausreichende Marktanteile zugestanden erhalten. Im Waldviertel wäre vorrangig bei der Milchproduktion anzusetzen. Folgende Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Milchproduzenten sollten in Betracht gezogen werden:
 - o Regionalisierung der Kontingentierung in der Form, daß nach einem Punktesystem für den regionalen und betrieblichen Benachteiligungsgrad, bei Richtmengenerhöhungen und freiwerdenden Richtmengen die benachteiligten Betriebe besonders berücksichtigt werden; (Vgl. dazu Exkurs 4.3.4)
 - o Einführung einer betrieblichen Richtmengenobergrenze (bei ca. 100.000 kg pro Jahr) zur Vermeidung der Konzentrationstendenzen;
 - o Einführung einer Sockelrichtmenge, die jeder Betrieb mit besonderer Erschwernis und fehlenden Produktionsalternativen beanspruchen kann (z.B. 10.000 kg).
- Im Bereich der Produktionsalternativen müßte den Erzeugern die Umstellung durch den Schutz vor gestützten Agrarimporten erleichtert werden (volle Ausschöpfung bzw. Erweiterung der Abschöpfungsmöglichkeiten).

- Eine Verhinderung der weiteren regionalen Konzentration der Produktion auf die Gunstlagen (z.B. in der Schweinehaltung) hätte indirekt eine Verbesserung der Chancen der Erzeuger in den benachteiligten Gebieten zur Folge. Das könnte beispielsweise durch eine rigide Einführung von Bestandsobergrenzen und die Rückführung größerer Bestände auf diese Grenzen geschehen.
- Hilfen zu Nutzung von potentiellen Standortvorteilen des Waldviertels z.B. im Bereich der Energieversorgung durch Förderung von Projekten zur Gewinnung von Energie aus Biomasse, durch Ausbau der Kleinwasserkraftwerke und Forschung im Bereich der Windenergie.
- Für Innovationen von Produzenten in den benachteiligten Gebieten sollte während einer bestimmten Aufbauzeit eines Projektes ein Schutz vor übermäßiger Konkurrenz geschaffen werden.
Zu großer Konkurrenzdruck durch überregionale Unternehmen fördert die Innovationsbereitschaft der Schwachen nicht, sie hemmt diese vielmehr. Ein innovatorischer Spielraum könnte den Betrieben in isolierten Gebieten durch den Importabbau bei bestimmten Produkten (z.B. Dauerbrot, Käse, Öle, Heil- und Gewürzpflanzen, etc.) und gleichzeitiger regionalisierter Förderung der Erzeugung im Waldviertel geschaffen werden.

4.3.4 Exkurs: Die Regionalisierung der bestehenden Milchkontingentierung als Beispiel politisch-administrativer Maßnahmen

4.3.4.1 Ausgangssituation

1978 wurde aufgrund der zunehmenden Überschußproduktion von Milch eine administrative Angebotssteuerung geschaffen, welche den Einzelbetrieben einen, der Marktsituation entsprechenden Prozentsatz ihrer bisherigen Milchanlieferung als Richtmenge zuerkennt.

Für diese Richtmenge erhält der Erzeuger einen relativ hohen Milchpreis. Für etwaige Lieferungen darüber hinaus muß er einen ziemlich hohen Absatzförderungsbetrag zahlen.

Diese Regelung hat sich grundsätzlich als sinnvoll erwiesen, da sie die öffentlichen Zuschüsse für die Überschußverwertung senkt, sowie den strukturellen Anreiz zu Fehlinvestitionen in die Milchproduktion unterbindet.

Für bestimmte Regionen stellt die Einführung einer starren Globalkontingentierung eine wirtschaftliche Härte oder sogar Bedrohung dar: Es sind dies Gebiete,

- in denen die Milchproduktion erst im letzten Jahrzehnt intensiviert wurde und zum Zeitpunkt der Einführung der Kontingentierung noch mitten in der Entwicklung begriffen war;
- die nur sehr eingeschränkte Produktions- und Einkommensalternativen in der Landwirtschaft, im Fremdenverkehr bzw. durch einen außerlandwirtschaftlichen Erwerb haben.

Zu diesen Gebieten zählen größere Teile des Waldviertels, insbesondere die peripheren Gebiete im westlichen Waldviertel.

Für solche Regionen ohne ausreichende Alternativen zur Milchproduktion wäre zur Stabilisierung der Landwirtschaft und der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft eine Regionalisierung des bestehenden Kontingentierungsmodells notwendig. Im Rahmen einer solchen regionalisierten Kontingentierung sollten auf die Milchviehhaltung angewiesene landwirtschaftliche Betriebe in Gebieten ohne landwirtschaftliche und außerlandwirtschaftliche Produktions- und Einkommensalternativen höhere Milchkontingente erhalten.

4.3.4.2 Zum Modell einer regionalisierten Kontingentierung

Wir schlagen ein Modell einer regional und betrieblich differenzierten Dynamisierung des bestehenden Milchkontingentierungssystems vor.

Mit Hilfe eines Kriterienkataloges sollen förderungsbedürftige Gebiete abgegrenzt werden. Innerhalb dieser Gebiete soll mit einem mehrdimensionalen Kriterienkatalog die Förderungsbedürftigkeit der Einzelbetriebe bewertet werden. Freiwerdende Richtmengen sowie eventuelle Gesamtrichtmengen-erhöhungen könnten mit Hilfe des Modells bevorzugt an förderungsbedürftige Betriebe in den benachteiligten Gebieten vergeben werden.

Im folgenden stellen wir Dimensionen eines Kriterienkataloges für die Abgrenzung der förderungsbedürftigen Gebiete bzw. Betriebe zur Diskussion.

Dieser Vorschlag wurde zwar bereits mit einer größeren Zahl von Betroffenen diskutiert und anschließend ergänzt, jedoch ist das Problem der Gewichtung der einzelnen Bewertungsdimensionen noch nicht gelöst. Dazu müßten umfangreichere Modellrechnungen und Wirkungsanalysen bei verschiedener Gewichtung durchgeführt werden.

Abgrenzungskriterien

a) Förderungsgebiete

- o Gebiete, in denen die Milchproduktion ein zentrales wirtschaftliches Standbein ist, noch in der Entwicklung begriffen ist und wo wenige Produktionsalternativen im Bereich der Landwirtschaft bestehen sollen, einbezogen werden. Plausibel erscheint eine Grobabgrenzung nach dem Berghöfekataster unter Einbeziehung aller Gemeinden mit Bergbauernbetrieben.
- o Gebiete, in denen die Möglichkeiten der Einkommenskombination für Landwirte durch Aufnahme einer Beschäftigung im industriell-gewerblichen Bereich günstig sind, aufgrund der Arbeitsmarktprognosen des ÖIR und aufgrund zumutbarer Pendelentfernungen zu den aufnahefähigen Arbeitszentren sollen aus dem Förderungsgebiet herausgenommen werden.

Indikatoren:

- Gebiete innerhalb der zumutbaren Tagespendelentfernung von 40 Minuten zu Entwicklungszentren höherer Stufe (ÖROK-Abgrenzung) werden ausgeschieden,
- Gebiete mit einem relativen Arbeitsplatzdefizit (laut ÖROK-Prognose 1986) von unter 10 % werden ebenfalls ausgeschieden.
- o Gebiete in denen der Fremdenverkehr als außerlandwirtschaftliche Erwerbsgrundlage gut entwickelt ist, werden ausgeschieden.

Indikator:

Zahl der Beschäftigten im Beherbergungs- und Gast-

stättengewerbe größer als 6 % der Gesamtbeschäftigten.

b) Förderungswürdige Betriebe

Innerhalb des festgelegten Förderungsgebietes soll die Förderungswürdigkeit der Betriebe nach folgenden Kriterien durch eine Punktebewertung festgestellt werden.

- o Erhöhte Produktionerschwernis infolge der Hanglage, der Verkehrslage, des Klimas, eines Silosperrgebietes, etc.

Kriterien:

- Erschwerniszonen laut Berghöfekataster
- Klimastufen
- Silosperrgebiet

- o Milchwirtschaft erst in der Entwicklung begriffen

Kriterien:

- Niedrige Milchmarktleistung je ha Gesamtfutterfläche,
- niedrige Marktleistung je Kuh.

- o Geringe betriebliche Einkommensalternativen

Kriterien:

- Keine ausreichenden Flächen für extensive Viehwirtschaft,
- Waldeinheitwerthöhe
- Fremdennächtigungen.

Diese Kriterien müßten skaliert und untereinander gewichtet werden.

c) Zuteilungskriterien bei einer regional und betrieblich differenzierten Vergabe freiwerdender Richtmengen bzw. Richtmengenerhöhungen

Um freiwerdende Richtmengen auf förderungswürdige Betriebe umzulenken, wird grundsätzlich am gegenwärtigen System der einzelbetrieblichen Überlieferung der Richtmenge und der Zuteilung freiwerdender Richtmengen gemäß dieser festgehalten.

Die Überlieferungsmenge förderungswürdiger Betriebe wird jedoch mit einem Faktor, der sich aus den betrieblichen Kriterien errechnet, multipliziert. Förderungswürdige Betriebe mit einem hohen Multiplikationsfaktor können dadurch freiwerdende Richtmengen bzw. Richtmengenerhöhungen relativ günstiger als Betriebe mit niedrigem Multiplikator erkaufen.

Beispiel mit fiktiven Zahlen

Gesamtpunkte aus b)	Faktor zur Bestimmung der fiktiven Überlieferung
20 (Punktemaximum)	5
15	4
10	3
5	2
0	1

Freiwerdende Richtmenge 20.000 kg.

2 Betriebe konkurrieren um diese durch Überlieferung ihres Kontingentes.

Betrieb	Überlieferung (kg)	Faktor	fiktives Kontingent	zusätzliches Kontingent
a) Betrieb im Fördergebiet	10.000	5	50.000	16.666
b) Betrieb im Flachland	10.000	1	10.000	3.333
	20.000		60.000	20.000

Der Betrieb a) mit hoher Förderungswürdigkeit kann sein Kontingent schon durch eine einjährige Überlieferung beträchtlich erhöhen, während der Betrieb b) durch die im Vergleich zur Überlieferung geringe Neuzuteilung von Kontingenten keinen Anreiz zu einer weiteren Produktionsausweitung bekommt!

4.4. Mögliche wirtschaftliche Projekte zur Erhöhung der Wertschöpfung im Waldviertel

4.4.1 Grundsätze für die Entwicklung von Wirtschaftsprojekten in peripheren Gebieten

Aus den Erfahrungen im Rahmen der bisherigen Begleitforschung zur Sonderaktion des Bundeskanzleramtes lassen sich einige vorläufige Kriterien für Innovationen im Bereich der Produktion und Vermarktung ableiten.

4.4.1.1 Kriterien im Bereich der Produktinnovation

Die geringen Chancen der Waldviertler Betriebe im Bereich der Massenproduktion in direkter Konkurrenz zu den Gunstlagen bzw. industriellen Zentren macht es notwendig, Produkte zu entwickeln, die aufgrund ihrer Qualität, ihres Designs, ihrer spezifischen Art des Verkaufs (z.B. Direktvermarktung) spezielle Käuferschichten und Kaufmotive ansprechen.

Worin kann nun das "Spezielle" in der Erzeugung der benachteiligten Regionen bestehen? Wir wollen hier einige Möglichkeiten andeuten:

a) Differenzierung nach der Qualität der Produkte bzw. nach Produktionsverfahren.

Im Bereich der Nahrungsmittelproduktion hat der Einsatz der Chemie und Großtechnologie zu einer Standardisierung des Angebotes geführt. Von einer zunehmenden Zahl von Konsumenten werden Nahrungsmittel nachgefragt, die mit anderen Produktionsverfahren, ohne Einsatz von Chemikalien, erzeugt, verarbeitet und konserviert werden.

Der sog. biologische Landbau bietet gerade für periphere Regionen wie das Waldviertel eine Chance, weil sie diesbezüglich einen Standortvorteil genießen. Aus ökonomischen Gründen setzt eine beträchtliche Zahl der Bauern kaum mineralische Düngemittel und Produkte der Agro-Chemie ein.

Die Organisation der Betriebe ist häufig noch vielfältig und kombiniert Pflanzenproduktion mit Viehhaltung. Die Kreuzzüge gegen den biologischen Landbau, die in den letzten Jahren im Namen des technischen Fortschritts geführt worden waren, machen zunehmend einer nüchternen Betrachtung Platz, die davon ausgeht,

- daß Länder wie die USA, England und die Schweiz, längst bewiesen haben, daß die Produktion und Vermarktung funktionieren können,
- daß ein nach Qualitätsmerkmalen bzw. Bewirtschaftungsmethoden gespaltener Markt eine volkswirtschaftlich ganz normale und sinnvolle Angelegenheit ist,
- daß die wachsende Sensibilität für eine gesunde Ernährung und Umwelt keine vorübergehende Mode sein dürfte, sondern der Beginn eines umfassenderen Wertwandels.

Volkswirtschaftlich gesehen ist der biologische Landbau eine Form der Marktsplattung, durch die ähnliche landwirtschaftliche Erzeugnisse aber mit unterschiedlichen Produktionsmethoden auf verschiedenen Märkten angeboten werden. Dadurch könnte die für die benachteiligten Bauern derzeit katastrophal ungünstige Konkurrenzsituation mit den Gunstlagen im Bereich der konventionellen vorleistungsintensiven Nahrungsmittelproduktion entschärft werden. Die Einkommenssituation der benachteiligten Bauern würde sich bessern, eine Marktlücke würde geschlossen, wachsende Importe biologischer Produkte könnten verhindert werden.

Ähnlich wie in der Nahrungsmittelproduktion können auch in vielen Bereichen der Gebrauchsgütererzeugung mit großtechnologischen Produktionsanlagen spezielle Qualitätsansprüche und -wünsche der Konsumenten nicht erfüllt werden. Beispiele dafür sind der Wohnungsinnausbau, kunsthandwerkliche Produkte, sowie Produkte bei denen die Handarbeit schwer ersetzbar ist oder sogar zum festen Qualitätsmerkmal

des Produktes zählt (handbemalt, handgeknüpft, etc.)

In diesen Bereichen müssen durch eine umfassende und gezielte Innovationsberatung und -förderung bestehende Produktionskapazitäten weiterentwickelt und neue geschaffen werden.

b) Differenzierung nach Produktionsstandorten

Vor allem im Zusammenhang mit dem Fremdenverkehr sollte versucht werden, Spezialitäten zu vermarkten, bei denen der Ursprungsort und die Eigenart des Standortes zu einem wesentlichen Produktmerkmal gemacht wird. Diese Hervorhebung hat den Zweck, die Besonderheit der Region dem Käufer vor Augen zu führen, wobei in den isolierten Gebieten im Waldviertel besonders die Kombination von Ruhe, sinnvoller Körperertüchtigung und gesunder Ernährung chancenreich sein dürfte.

4.4.1.2 Kriterien im Bereich der Vermarktung

Die Verbesserung im Bereich der Einkommensverhältnisse in den besonders benachteiligten Gebieten des Waldviertels ist nicht nur ein Problem der "intelligenten" Produktion, sondern mehr noch ein Problem der "intelligenten" Vermarktung. Hierbei sind Einzelinitiativen in der Regel überfordert, es fehlt ihnen am Wissen über Vermarktungswege, Werbung, Design, Organisation und Abwicklungsfragen. Damit ist das Risiko der Vermarktung für den Kleinproduzenten meist viel höher als für große Produzenten und wirkt als eine sehr große Umstellungs- und Innovationsbarriere. Eine Ankurbelung der Weiterverarbeitung (Produktinnovation) ist daher meist nur bei gleichzeitiger Organisation der Vermarktung möglich (Vermarktungsinnovation).

Daraus ergeben sich einige Anforderungen für ein angepasstes Vermarktungskonzept.

- Sowie in der Erzeugung sollen auch in der Vermarktung "Monostrukturen" vermieden werden. Die Vermarktung

soll sowohl in regionaler Hinsicht wie in bezug auf die angestrebten Marktsegmente differenziert werden. In regionaler Hinsicht soll - wenn möglich - immer auch der regionale und lokale Markt einbezogen werden, um die vorhandene Kaufkraft in der Region zu binden.

- Während für die Produktion eine relativ starke Dezentralisierung und Konzentration für die besonders isolierten Regionen sinnvoll sein kann, soll der regionale Export gemeinsam und überregional organisiert werden, weil die einzelnen Produzentengruppen weder in der Lage sind den Markt zu überblicken, noch die Transportkosten günstig durchzuführen.
- Der Absatz des für den regionalen Export bestimmten Teiles der Produktion erfordert für marktferne Gebiete gemeinschaftliche Formen des Marketings und der Organisation. In erster Linie soll jener Konsumentenkreis angesprochen werden, dessen Hauptaugenmerk auf der Herkunft und Qualität des Produktes liegt. Vor allem im Nahrungsmittelsektor sowie bei Handwerksprodukten ist es möglich, mit der Durchbrechung der Anonymität des herkömmlichen Marktes Käuferschichten zu gewinnen. Es könnte Aufgabe einer von Bauern und Städten gemeinsam getragenen Vermarktungsorganisation sein, solche Käuferschichten durch Aktionen und Werbung aufmerksam zu machen und gleichzeitig eine Produktion unter einem Markenzeichen zu entwickeln in dem mehrere Dimensionen als gleichwertige zusammengefaßt werden.
- Die Herkunft (Information über die wirtschaftlichen und politischen Benachteiligungen) des Produktes.
- Die wirtschaftlichen und politischen Ziele der Produktions- und Vermarktungseinrichtung und
- die Qualität des Produktes.

Als Kooperationsformen im Bereich der Vermarktung bieten sich im Waldviertel an:

- kleine Vermarktungsgemeinschaften von einzelnen Erzeugern (regionaler Absatz)
- Gemeinschaften von Erzeugern und Verbrauchern (überreg. Absatz)
- größere überregionale Vermarktungsorganisationen, welche etwa nach schwedischem Vorbild handwerkliche Produkte vieler Kleinproduzenten zusammenfassen und an den Handel weitergeben bzw. in einem Netz eigener Verkaufsstellen vermarkten.

Nach dem Vorbild der Schweiz und der USA wo Erzeuger-Verbrauchergemeinschaften eine bedeutende und wachsende Rolle in der Versorgung der städtischen Bevölkerung haben, wurde zwischen Waldviertler Erzeugern und Wiener Konsumenten die erste Erzeuger-Verbrauchergenossenschaft Österreichs gegründet. Die Vorteile dieser Organisationsform für Erzeuger und Verbraucher sind:

- ein sicherer Absatz der Produkte für die Produzenten
- eine Aufteilung des Marktrisikos auf die Erzeuger und Verbraucher und teilweise Überwindung der Marktanonymität
- Kommunikation zwischen Produzenten und Konsumenten
- Kontrollierbarkeit der Herkunft und Qualität der Produkte durch den Konsumenten.

Die Umstellung von Produktinnovationen kann geplant von sich gehen. Erste Erfahrungen zeigen, daß von Seiten der städtischen Bevölkerung ein großes Interesse an naturbelassenen Produkten aus dem Waldviertel und an dieser Initiative besteht. Auf diese Initiative, die den Namen Erzeuger-Verbrauchergenossenschaft Berg-Stadt, trägt, soll in Kap.4.5.2. näher eingegangen werden.

4.4.2. Vergleichende Darstellung von Spezialproduktionsmöglichkeiten für das Waldviertel

In den letzten Jahren wurden von verschiedenen politischen Ebenen und Initiativgruppen Vorschläge für Spezialproduktionsmöglichkeiten erarbeitet:

- Vom Land Niederösterreich im Rahmen der Regionalplanung (vergleiche REGIO 1980)
- vom Bund im Rahmen der Erstellung des Waldviertelplanes (vergleiche ÖIR 1980)
- von der Initiative Pro-Waldviertel
- von der Agrarindustrie Gmünd.

Aufbauend auf diesen Arbeiten und Vorschlägen versuchen wir, gestützt auf zahlreiche Informations- und Beratungsgespräche, sowie auf praktische Erfahrungen im Rahmen der ersten Erzeuger-Verbrauchergemeinschaft Waldviertel-Wien eine qualitative Bewertung einzelner Produktionsalternativen.

Diese Darstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, noch sind die aufgezählten Möglichkeiten als Patentrezepte zu verstehen. Ziel ist vielmehr, einige für das Waldviertel geeignet erscheinende Produktionsmöglichkeiten hinsichtlich mehrerer Kriterien vergleichend zu beurteilen.

Kurzbeurteilung einzelner Produktionsalternativen

Ökologischer Landbau

Der ökologische Landbau bietet gerade für das Waldviertel eine Chance weil es diesbezüglich einen Standortvorteil genießt. Aus wirtschaftlichen Gründen setzte schon bisher eine beträchtliche Zahl von Bauern kaum zugekauften Mineraldünger und Spritzmittel ein. Die Organisation der Betriebe ist meist vielfältig und kombiniert Pflanzenproduktion mit Viehhaltung.

Der ökologische Landbau bietet für das Waldviertel größere Chancen, unter der Voraussetzung, daß die Produktion in einer kontrollierten Form nach bestimmten Richtlinien erfolgt und daß der Absatz wegen der Marktferne gemeinschaftlich organisiert wird. Der erste praktische Ansatz zur Entwicklung des biologischen Landbaues erfolgt im Rahmen der Erzeuger-Verbrauchergemeinschaften BERSTA sowie einer ähnlichen Erzeuger-Verbrauchergemeinschaft zwischen Waldviertler Erzeugern und St.Pöltner Konsumenten.

Wichtige Voraussetzung für die weitere Entwicklung und verstärkte Förderung des biologischen Landbaues ist die Schaffung eines rechtlich organisatorischen Rahmenwerkes welches für den Konsumenten sog. biologischer Produkte sicherstellt, daß:

- bestimmte Anbaumethoden eingehalten werden,
- die Produkte deklariert und hinsichtlich der Qualität kontrolliert werden,
- ein angemessenes Verhältnis von Produktpreis und Produktqualität besteht.

Der biologische Landbau kann bei geeigneter Produktions- und Vermarktungsorganisation eine wichtige Strategie zur Verbesserung der Wirtschaftskraft im Waldviertel sein. Betriebswirtschaftlich gesehen bringt die Umstellung den Wechsel zu einer vorleistungsextensiveren und arbeitsintensiveren Produktion und eine mehr oder weniger ausgeprägte Entspezialisierung. Aufgrund dieser Merkmale haben moderne Betriebe in den Gunstlagen weniger gute Umstellungschancen als kleine und ungünstig gelegene Betriebe. Der biologische Landbau ist daher für kleine Vollerwerbsbetriebe im gesamten Waldviertel eine Möglichkeit, die Arbeitseinkommen soweit zu verbessern, daß sich der wirtschaftliche Zwang zur Aufnahme eines außerlandwirtschaftlichen Erwerbes vermindert.

Bisherige betriebswirtschaftliche Analysen von "biologisch" wirtschaftenden Betrieben in Österreich (BOCHSBICHLER et al 1980) rechtfertigen in keiner Weise, an der wirtschaftlichen Tragfähigkeit dieser Betriebe zu zweifeln. Dies selbst dann nicht, wenn sie für ihre Produkte keine höheren Verkaufserlöse erzielen können.

Die betriebswirtschaftliche Effizienz solcher Betriebe wird weiter gesteigert,

- wenn der vermehrte Arbeitsanfall durch überbetriebliche Zusammenarbeit rationell bewältigt wird,
- und wenn das Produkt in einer möglichst kontrollierbaren Kette unter Reduktion des Zwischenhandels direkt an den Konsumenten gebracht wird. Für die marktfernen Gebiete des Waldviertels erfordert dies in der Regel eine Kooperation in der Vermarktung.

An Spezialprodukten des ökologischen Landbaues bieten sich im Waldviertel besonders an:

- Getreide und dessen Verarbeitung zu Vollmehl, Müsli, Vollkornbrot, Mohnstrudel etc.
- Feldgemüseanbau insbesondere Wurzelgemüse
- Dörrobst, - Beerenfrüchte, - Preiselbeeranbau und -verarbeitung
- Mohnanbau und Verarbeitung
- Erzeugung von Spezialölen aus Leinsamen, Disteln, Mohn etc.
- Heilkräuter- und Aromapflanzenanbau, Heilpflanzen Verarbeitung
- Schafffleisch und Schafkäseerzeugung
- Freiland Eier- und Mastgeflügelzucht
- Erzeugung von Spezialkäsesorten aus Biomilch.

Eine Umstellung auf den ökologischen Landbau und die Feinsteuerung der Produktinnovation sowie der Aufbau der Vermarktung erfordert primär eine intensive Form der Beratung

und Hilfe beim Organisationsaufbau.

Das Fehlen entsprechender Personen ist derzeit eines der größten Hindernisse in der Ausweitung des ökologischen Landbaues, seit auch die landwirtschaftliche Interessensvertretung ein zunehmend realistisches Verhältnis zu dieser Form der landwirtschaftlichen Erzeugung entwickelt.

Eine dringend erforderliche Maßnahme wäre der Aufbau von Gruppen alternativ produzierender Landwirte z.B. im Rahmen des Landesverbandes der organisch-biologisch produzierenden Bauern.

Erzeugung von Bauernfrischbrot und Spezialbrot

Bauernfrischbrot

Der traditionelle Roggenanbau im Waldviertel könnte durch die Verarbeitung des Roggens (ev. alternativ produzierter Roggen) zu Vollkornbrot für kleine Vollerwerbsbetriebe zu einer stärkeren Einkommensbasis entwickelt werden.

Die Nachfrage nach Vollkornbrot ist derzeit in den Städten stark steigend. In ländlichen Gebieten dagegen muß diese Nachfrage erst geweckt werden.

Für Waldviertler Bauernbroterzeuger bietet sich die direkte Belieferung der Konsumenten in der engeren Umgebung an (zentrale Orte), Belieferung von entfernten größeren Städten ist nur durch eine organisierte gemeinschaftliche Vermarktung wirtschaftlich tragfähig.

Ansätze für die Bauernbroterzeugung und -vermarktung in organisierter Form bestehen im Rahmen der Produzenten-Konsumentenzusammenschlüsse EVI und BERSTA.

Derzeit sind die umgesetzten Mengen jedoch noch sehr gering, die Existenzbasis einiger weniger Betriebe wird jedoch verbessert. Bei stärkerem Ausbau der Vermarktung über Handelsketten in Verbindung mit der Entwicklung spezieller Markenzeichen könnte diese Produktionsalternative größere Bedeutung für die Waldviertler Vollerwerbsbetriebe erlangen.

Erzeugung von Spezialbrot

1979 wurden 1700 Tonnen Knäckebrötchen mit einem Wert von ca. S 27 Mio nach Österreich importiert. Die Importe anderer Spezialbrotsorten betrug 3.300 Tonnen mit einem Wert von fast S 50 Mio. Die Tendenz der Importe ist weiterhin ansteigend.

Ein schon mehrfach vorgeschlagenes Projekt für das Waldviertel, insbesondere für den Raum Zwettl, ist die gewerbliche Verarbeitung und organisierte Vermarktung von Spezialbrot. Dazu wären folgende Maßnahmen notwendig:

- Entwicklung von Markenartikeln mit der Betonung auf der Herkunft aus dem Waldviertel
- Aufbau eines Marketings für den regionalen und überregionalen Absatz
- intensive Anstrengung zur Beratung und Organisation der Landwirte, der Mühlen und der Bäcker.

Ein solches Projekt könnte ohne größere Sachinvestitionen durch intensive Kooperation von Landwirten, Mühlen und Bäckereibetrieben große Einkommenseffekte für die Beteiligten erbringen.

Hindernisse für die Realisierung sind besonders die schwach entwickelte Kooperationsbereitschaft der Einzelbetriebe, das Fehlen entsprechend konkreter Beratung und ein Projektmanagement.

Schafhaltung

In der Schafhaltung lassen sich zwei Hauptproduktionszweige unterscheiden. Die Fleischlammerzeugung und die Schafkäseerzeugung. Daneben fallen einige unbedeutendere Koppelprodukte an (Wolle, Felle).

Die Fleischlammerzeugung

ist geeignet für Betriebe die über eine große Grünlandfläche und eingeschränkte Arbeitskraftkapazität verfügen. Das sind z.B. Vollerwerbsbetriebe mit minderwertigem Grünland sowie ein großer Teil der Nebenerwerbsbetriebe.

Bei geeignetem Marketing und bei Erzeugung von Qualitätsfleisch durch entsprechende Kreuzungen ist der Markt für Lammfleisch noch stark ausweitbar. In den vergangenen 10 Jahren ist der Lammfleischimport um das 14fache, der Wert dieser Importe sogar um das 20fache gestiegen.

Notwendig für die Entwicklung dieser Produktionsalternativen im Waldviertel ist eine Imagepflege für einen verstärkten Konsum von Lammfleisch, sowie der Aufbau gemeinschaftlicher Schlachtungs- und Vermarktungseinrichtungen. Räumlich wären die Vermarktungsstrategien auf die regionalen Zentren sowie auf die Ballungsgebiete St.Pölten und Wien zu konzentrieren.

Erste Ansätze für den Zusammenschluß mehrerer Erzeuger sind bereits vorhanden.

Milchschaafhaltung und Schafkäseerzeugung

Die Schafkäseerzeugung ist im Gegensatz zur Lammfleisch-erzeugung äußerst arbeitsintensiv und flächenextensiv. Sie ist daher eine Produktionsalternative für kleine Vollerwerbsbetriebe mit ungenügender Einkommensbasis.

Der Markt für guten inländischen Schafkäse ist kurzfristig jedoch sehr klein, sodaß die Produktionsalternative nur für wenige Betriebe im Waldviertel eine Existenzchance bieten kann.

Die überregionale Vermarktung erfordert ähnlich wie bei Lammfleisch ein gut organisiertes Verteilernetz, welches von einem Einzelbetrieb nur sehr schwer kostengünstig betreut werden kann.

Einige Betriebe im Waldviertel produzieren derzeit bereits Schafkäse, jedoch eher für den Eigenbedarf und die Versorgung des engeren Bekanntenkreises.

Freilandeiererzeugung

Für "Bauerneier" aus Freilandhaltung (Bodenhaltung) bestehen aufgrund der geschmacklichen Vorzüge dieser Produkte gute Absatzchancen. Ein großer Teil des Eierverbrauches wird derzeit noch über dem Direktbezug beim Bauern gedeckt.

Der Absatz von Freilandeiern aus dem Waldviertel wäre in den Städten (Wien, St.Pölten) stark ausweitbar. Voraussetzung dafür ist:

- eine organisierte Form der Anlieferung, Gewichts-sortierung und Vermarktung z.B. in Form von Erzeugergemeinschaften mit gemeinsamen Verkauf an den Groß- und Detailhandel sowie den teilweisen Verkauf in eigenen Bauernläden (z.B. BERSTA)
- Die Entwicklung eines Gütezeichens für Waldviertler Freilandeier sowie das Finden kostengünstiger Formen bei Gewichtssortierung und Verpackung

Die Freilandeiererzeugung ist, das zeigen Schweizer Erfahrungen, betriebswirtschaftlich sinnvoll mit Bestandsgrößen bis 500 Hühnern in der Bodenhaltung. Sie ist damit

nur als zusätzliche Einkommensquelle für Betriebe mit freien Arbeitskraftkapazitäten empfehlenswert.

Ansätze, regional auf das Gebiet um Rapottenstein beschränkt, für die organisierte Direktvermarktung von Freilandeiern werden im Rahmen der BERSTA mit recht gutem Erfolg erprobt.

Energieproduktion aus Holz

Ein wesentlicher Teil der Strategie zur Erhöhung regionaler Autonomie ist die Verminderung des Importes teurer Energie.

Für das walddreiche Waldviertel stellt die Energiegewinnung aus biogenen Abfällen eine interessante und prüfenswerte Alternative dar.

Im Bezirk Zwettls soll in Kürze die erste Biogasdemonstrationsanlage errichtet werden.

Wünschenswert wäre eine weitere Pilotanlage zur Energiegewinnung aus Waldabfällen. Solche Abfälle sind in einem bedeutenden Ausmaß verfügbar. Es wäre zu prüfen, welche Formen der Verarbeitung energiepolitisch günstig sind. Entsprechende Anlagen müßten entwickelt und bis zur Serienreife gebracht werden.

Holzvermarktungsgemeinschaften

Die relativ große Bedeutung des Waldes für die Einkommenssituation der Bauern könnte durch den Aufbau einer Vermarktungsgemeinschaft für Holz bedeutend verbessert werden.

Diese Gemeinschaft hätte folgende Funktionen:

- Information der Erzeuger über nachgefragte Sortimente, über die Preisentwicklung auf den Holzmärkten usw.

- Kontraktabschlüsse mit Sägereien und holzverarbeitenden Betrieben, Aushandeln von Preisen für Sortimentgruppen
- Beratung der kleinen Erzeuger hinsichtlich der Waldpflege, der Schlägerung, Ausformung und Bringung.
- Zusammenfassen des Angebots der kleinen Einzelbetriebe, Abmaß und Abwicklung der Zahlungsmodalitäten.

Wenn die vielen Einzelerzeuger geschlossen mit einem Großangebot den Händlern und der Holzindustrie entgentreten könnten wären wesentlich höhere Preise für das Rohholz zu erzielen als in der gegenwärtigen Situation. Ebenso könnten im Rahmen einer solchen Gemeinschaft bestimmte teure Maschinen (Entrindungs- und Bringungsgeräte) die sich der Einzelbetrieb nicht leisten kann, kostengünstig eingesetzt werden.

Heilkräuter und Aromapflanzenerzeugung

Der Anbau ist für spezielle Arten bereits bei kleinsten Flächen von 300 bis 500 m² einkommenswirksam.

Die Standortvoraussetzungen sind für Heilkräuter im Waldviertel jedoch nicht optimal, da die kurze Vegetationszeit sich ungünstig auf die Konzentration der Inhaltsstoffe auswirkt.

Die Erzeugung könnte mit einem geringen Finanzierungsaufwand dezentral in kleinen Einzelbetrieben erfolgen. Für die Trocknung, Verarbeitung, Verpackung und Vermarktung ist aber unbedingt ein regionaler Zusammenschluß der Erzeuger erforderlich.

Interessant ist die Produktionsalternative insbesondere für kleine Vollerwerbsbetriebe mit freien Arbeitskapazitäten. Aufgrund des relativ hohen Risikos (Produktions-

ausfall, Vermarktungsrisiko durch die Gefahr großer Preisschwankungen infolge der Importkonkurrenzen aus Osteuropa) ist der Anbau nur als zusätzliches wirtschaftliches Standbein empfehlenswert.

Marktgängig sind derzeit die Pfefferminze, Zitronenmelisse, Goldmelisse, das Ackerstiefmütterchen, die Studentenblume, Arnika sowie der gelbe Enzian. Ferner verschiedene Kräuter zur Herstellung von Naturheilmitteln.

Handelspolitisch ist die Situation derzeit äußerst unbefriedigend, Importen in einer Größenordnung von 5 Mio. im Jahr stehen keine nennenswerten Exporte gegenüber.

Auch der Inlandsmarkt ist äußerst unübersichtlich, da Apotheken, Drogerien und Reformhäuser um Verkaufsrechte konkurrieren.

Eine dauerhafte Einkommensalternative für eine beschränkte Zahl von Betrieben dürfte mit Aroma- und Arzneipflanzen nur dann erreichbar sein, wenn es einer Produzentengruppe gelingt, zumindestens teilweise, verpackte Finalprodukte an ein Netz von Apotheken, Drogerien, sowie interessierten sonstigen Verkaufsstellen direkt, unter Umgehung der Industrie zu liefern.

Der Förderungsbedarf in der Heilkräutererzeugung liegt in einer sehr umfassenden Beratung und Begleitforschung.

Realisierungshindernisse sind neben den aufgezählten Vermarktungs- und Rechtsproblemen auch die Beherrschung der Anbaumethoden, sowie die Erzielung einer gleichbleibenden Produktqualität hinsichtlich der Inhaltsstoffe.

Leinsamenanbau

Der Leinsamenanbau ist wegen der äußerst billigen Importprodukte nur dann sinnvoll, wenn er mit der Verarbeitung gekoppelt wird. Chancenreich ist die Herstellung von Ölen für den menschlichen Genuß sowie zur Erzeugung homöopathischer Medikamente.

Derzeit stellt der Leinsamenanbau für Betriebe im Waldviertel keine nennenswerte Produktionsalternative dar.

Mohnanbau

Im Waldviertel, insbesondere im Bezirk Gmünd, besteht noch eine größere Tradition im Mohnanbau. Ausweitungen des Mohnanbaues müssen mit dem Ausbau der Verarbeitung und Vermarktung einhergehen. An Verarbeitungsmöglichkeiten sind derzeit realisierbar:

- die Herstellung von Spezialspeiseöl aus morphinfreiem Mohn
- die Erzeugung von vorgebackten Mohnmassen für den Haushalts- und Gewerbebedarf
- die Verarbeitung des Mohns zu Spezialmohngebäck.

Gegenwärtig wird im Rahmen der BERSTA der Mohn in kleinem Maßstab zu Mohnkuchen und -gebäck verarbeitet und in Wien vermarktet, wobei die Absatzlage recht günstig ist.

Die Erzeugung von Rohmohn (Urprodukt) allein ist wirtschaftlich kaum tragfähig, da Importprodukte konkurrenzlos billig sind. Ein Schutz der heimischen Produzenten z.B. durch eine Herausnahme des Mohns aus dem GATT-Abkommen ist nicht zu erwarten.

Damwildhaltung

Sie ist geeignet für Betriebe mit großen nur extensiv nutzbaren Grünflächen. Der Flächenertrag ist äußerst gering, das erzielbare Arbeitseinkommen ist aufgrund des geringen

Betreuungsaufwandes jedoch hoch.

Damwildfleisch dürfte nur einen eng begrenzten Markt haben. Die Umstellung sollte nur bei gesichertem Absatz (lokale Gasthöfe, Fremdenverkehrsbetriebe etc.) in Angriff genommen werden. Die Umstellung ist teuer (teurer Zaun, teure Zucht-tiere) und bringt sehr lange keine Erträge. Außerdem sind große Grundbesitzer für die Damwildhaltung prädestiniert und können den Markt sehr leicht befriedigen.

Die Damwildhaltung kann als Produktionsalternative nur für ganz wenige Betriebe empfohlen werden.

Honigerzeugung

In der Imkerei hat sich in den letzten Jahren eine enorme Verbesserung der Erzeugungstechnik ergeben. Dadurch konnte der durchschnittliche Arbeitsaufwand gesenkt und der Ertrag pro Volk gesteigert werden.

Günstige Standortfaktoren für die Imkerei sind im Waldviertel der hohe Waldanteil an der Kulturfläche sowie die Höhenlage und das Fehlen von landwirtschaftlichen Intensivflächen. Ungünstig wirkt sich auf die Ertragssicherheit jedoch die hohe Niederschlagsmenge und das raue Klima aus.

Die Marktsituation bei Honig ist günstig, wenn es gelingt, Qualitätshonig unter einem bestimmten Markenzeichen zu vermarkten. Der Honigkonsum stieg im letzten Jahrzehnt um 40%, liegt aber immer noch erst bei nur 1,2kg pro Kopf der Bevölkerung. Im Vergleich dazu wurden pro Kopf der Bevölkerung 44kg Zucker konsumiert.

Derzeit wird der Inlandsbedarf erst zu 60% durch das inländische Angebot gedeckt, eine Produktionsausweitung bei Qualitätshonig ist daher mittelfristig nicht begrenzt.

Jedoch kann sich das inländische Angebot gegen die billige Importkonkurrenz nur dann behaupten, wenn eine höhere Qualität angeboten werden kann.

Der Förderungsbedarf erstreckt sich von der Ausbildung und Beratung bei Imkern bis zu Marketingmaßnahmen.

Besondere Hindernisse zur Ausweitung sind neben dem Image der Imkerei als Hobbybetriebszweig die starken Ertragschwankungen und der notwendige konstante Betreuungsaufwand.

Insgesamt bietet sich die Imkerei als zusätzliche Produktionsmöglichkeit für Betriebe mit freien Arbeitskraftkapazitäten und besonderem Interesse einer Person für die Imkerei an. Jedoch beschränkt eher auf windarme und niederschlagsarme Lagen.

Beerenobsterzeugung

Im Bereich Beerenobst käme für einen Anbau im Waldviertel primär die Heidelbeere und Preiselbeere (Zuchtsorten!) in Frage.

Als sehr günstig sind die Standortbedingungen einzuschätzen.

Marksituation: Erhebliche Mengen an Beerenfrischobst sowie tiefgekühlte und anders konservierte Ware werden von der österreichischen Nahrungsmittelindustrie importiert.

Hindernisse für die Umstellung auf Heidel- und Preiselbeerkulturen in größerem Ausmaß sind neben fehlenden Produktionserfahrungen die fehlenden Vermarktungsstrukturen. Zwei Wege müßten beschritten werden:

- Zusammenfassung von Beerenerzeugern in Erzeugergemeinschaften mit einheitlichem Auftreten bei Kontraktverhandlungen mit der Industrie

- Aufbau von eigenen Verarbeitungs- und Verpackungsbetrieben. So bestehen z.B. größere Chancen in der Herstellung speziell konservierter zuckerarmer Kompotte und Marmeladen.

4.5 Beispiele für Selbstorganisation und wirtschaftliche Innovation im Sinne des Konzeptes der eigenständigen Regionalentwicklung

4.5.1 Aktivierende Bildungs- und Kulturarbeit im Waldviertel

4.5.1.1 Ausgangspunkte und Ziele

Die wohl zentralste Annahme des Konzeptes einer autonomen Regionalentwicklung besteht darin, daß sich die Menschen in den peripheren ländlichen Regionen - genügend politische und wirtschaftliche Unterstützung einmal vorausgesetzt - selbst helfen können. Die objektiv gegebenen Voraussetzungen sprechen sicher dafür: Ein großer Teil der Bevölkerung verfügt hier noch über Produktionsmittel und produktive Ressourcen, vor allem über Grund und Boden, Maschinen und die entsprechenden Fertigkeiten. Auch ist die Verarmung im großen und ganzen noch nicht weit fortgeschritten, so daß die Menschen gemeinsam über zwar bescheidene, aber doch ausreichende Geldmittel (Kapital) verfügen, um damit selbstorganisierte Wirtschafts- und Sozialprojekte aufbauen zu können. Sicherlich fehlt es an "know-how", an Marktübersicht und Organisationserfahrung in bezug auf die gemeinsame Erzeugung und Vermarktung. Aber dies allein vermag nicht zu erklären, warum es bis heute kaum mehr als eine Handvoll Beispiele für selbstorganisierte Projekte in den peripheren ländlichen Regionen gibt. Von den 18 Anträgen auf Förderung im Rahmen der Sonderaktion aus dem Jahre 1980 sind nur 5 als reine Basisinitiativen zu bezeichnen. Wenn man von diesen 5 Projekten nur jene betrachtet, die in bezug auf die Produktion und/oder Vermarktung und/oder Organisation echtes Neuland betreten, dann bleiben nur mehr 3 Projekte übrig. Und diese 3 Projekte haben entscheidende Gemeinsamkeiten:

- Sie hatten eine mehrjährige "Ausreife" - bzw. Entstehungsphase,
- sie entstanden in einem umfassenden Aktions- und Lernklima, sie sind Teil eines umfassenden politischen

- und kulturellen Veränderungsprozesses,
- sie stützen sich auf einen Erfahrungsaustausch und Dialog zwischen Bauern, Gemeinwesenarbeitern und Städtern.

Daraus läßt sich schließen, daß die Entstehung von selbst-organisierten Projekten einen langfristigen umfassenden Lernprozeß voraussetzt, in dem die sozialpsychologischen Hemmnisse für Kooperation und gemeinsame Initiative abgebaut und das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten aufgebaut werden muß.

Für die Verwirklichung eines Konzeptes der autonomen Regionalentwicklung haben wir nicht davon auszugehen, daß es zuwenig Initiativen gibt, weil die finanzielle Förderung bisher gefehlt hat, sondern davon, daß Initiative erst entstehen kann, wenn das vorhandene Klima der Resignation und Apathie durch gezielte und organisierte Bildungs- und Kulturarbeit gewichen ist.

"Wer im Schatten offener und latenter Repression aufwächst, für den wirkt sich der Prozeß der Sozialisation als tiefgreifende Begrenzung seiner Lebensverhältnisse aus." (SEIPPEL, A., 1976, S. 82).

Die grundsätzliche Zielrichtung einer aktivierenden Bildungs- und Kulturarbeit besteht darin, einen fundamentalen Demokratisierungs- und Partizipationsprozeß anzuregen und zu begleiten, in dem die Betroffenen

- ihre Situation und die Ursachen dieser Situation erkennen und reflektieren lernen,
- bereit sind, verantwortlich und kooperativ Lösungen anzustreben,
- solidarisch organisierten politischen Einfluß nehmen.

Eine wirksame und längerfristige Verbesserung der Situation

in den benachteiligten Gebieten kann nur in einem sich immer mehr selbstbestimmenden Entwicklungsprozeß erfolgen. Das heißt, daß die betroffene Bevölkerung in der Erarbeitung von Teilzielen, Problemkatalogen und deren Ursachen sowie auch bei der Wahl von Maßnahmen und Strategien zur Verbesserung optimal einbezogen werden muß und mitentscheiden können muß.

In bezug auf die Methoden und die Strategie orientiert sich dieser Ansatz vor allem an der konfliktorientierten Gemeinwesenarbeit und an der Aktionsforschung.

Die konfliktorientierte Gemeinwesenarbeit versteht sich als eine Strategie der aktiven Beteiligung der Bevölkerung am Lösungsprozeß ihrer Probleme. Der bestehende Kommunikationsfluß von oben nach unten wird ergänzt durch eine Kommunikationsstruktur unter den Betroffenen und dem Aufbau einer Kommunikation von unten nach oben. Durch entsprechende Solidarisierung und Entscheidungsfindung unter den Betroffenen werden einerseits Selbsthilfemaßnahmen überlegt und andererseits Forderungen formuliert und nach Möglichkeit durchgesetzt. Dazu ist eine entsprechende Kenntnis bestehender wirtschaftlicher und politischer Strukturen erforderlich.

Gemeinwesenarbeit vertritt die Werte der Selbstbestimmung, der Toleranz, der Kritikfähigkeit. Die Veränderungen, die eingeleitet werden sollen, werden nicht revolutionär, sondern evolutionär, nicht für die Betroffenen, sondern mit und durch die Betroffenen realisiert. Gemeinwesenarbeit ist eine Methode mit bestehenden Konflikten produktiv umzugehen. Die Angst vor Konflikten abzubauen und schrittweise Lösungen zu erarbeiten. Gemeinwesenarbeit erfordert eine genaue Analyse der Situation und der Ursachen der Probleme eines Gemeinwesens. Dabei ist die Aktionsforschung von besonderer Bedeutung.

In der Aktionsforschung zielt der Forschungsprozeß nicht

alleine auf Erkenntnis, sondern auf die Ausarbeitung von Handlungsmöglichkeiten, die das gemeinsame Handeln ermöglichen und anleiten. Über den Erfolg dieses Handelns können dann wiederum Informationen gesammelt werden, die aufgrund der Diskussion sich wieder auf die Praxis auswirken. In der Aktionsforschung gehen Forschung und Handeln ständig ineinander, wobei in bestimmten Phasen das eine oder das andere im Vordergrund stehen kann. Die herkömmliche Forschung ist monologisch, das heißt, ein Wissenschaftler mißt mittels Methoden wie Fragebogen, Tests usw. bestimmte Aspekte der sozialen Realität und zieht daraus seine Schlüsse. Die Aktionsforschung ist demgegenüber dialogisch: Der Forscher setzt sich in der Diskussion mit den Menschen auseinander, über die er forscht. Seine Informationen, die er über diese Menschen gewinnt, werden immer wieder in den gemeinsamen Handlungsprozeß einbezogen und diskutiert. Der Forschungsprozeß sollte für alle Beteiligten nachvollziehbar sein, d.h., daß Funktionen, Ziele und Methoden der Forschungsarbeit gemeinsam besprochen und diskutiert werden. (MOSER, 1975, 1976, 1977).

Aktivierende Gemeinwesenarbeit und Aktionsforschung erfolgen in drei Phasen:

1. Phase: Bewußtwerdung und Reflexion von Mängeln und Schlüsselproblemen.
2. Phase: Konstituierung von Gruppen und Vorbereitung von Handlungs- und Lernfeldern.
3. Phase: Organisation von Einzelprojekten, deren Vernetzung und politischen Durchsetzung bzw. Vertretung.

Von entscheidender Bedeutung ist die ständige Vermittlung zwischen diesen Grundpfeilern.

4.5.1.2 Hemmende Faktoren und Bedingungen einer aktivierenden Bildungs- und Kulturarbeit im Waldviertel

Die Grundlage des folgenden Berichtes bilden die Erfahrungen von Anton ROHRMOSER, der seit mehreren Jahren als Jugend- und Erwachsenenbildner im Gebiet Zwettl arbeitet. (Vgl. ROHRMOSER, 1980)

Hemmende Faktoren

1. Die Bildungsarbeit wird erschwert durch eine sehr schwierige wirtschaftliche und soziale Situation

Zwettl liegt in einem strukturschwachen Gebiet mit folgenden Hauptproblemen:

- Hohe Arbeitsbelastung und sehr geringe Einkommen,
- harte Akkordarbeit um wenig Geld,
- wenig Lehrstellen und hohe Arbeitslosigkeit,
- weite Entfernung von den Ballungsräumen und weite Pendelstrecken, dadurch Mehrbelastung,
- wenig Bildungschancen, geringe Selbstverwirklichungsmöglichkeiten,
- starke Abwanderung,
- die Klein- und Mittelbetriebe können sich schwer halten,
- schlechte gesundheitliche Versorgung,
- sehr geringe Zukunftsaussichten vor allem für junge Menschen.

2. Die Bildungsarbeit wird erschwert durch den Trend der Jugendlichen und Erwachsenen zur konsumorientierten Freizeitgestaltung

Dominante Verhaltensmuster sind:

- Resignation,

- Alkoholismus,
- Flucht in die Privatsphäre,
- Suche nach Bestätigung, z.B. durch den häufigen Besuch von Diskotheken, durch aggressives Autofahren, durch Nachahmung städtischer Konsummuster usw.

3. Die Bildungsarbeit wird erschwert durch die spezifische Form der Sozialisation der Menschen (vgl. Kapitel 1.5)

Es ist heute wissenschaftlich erwiesen, daß extreme Landregionen und allgemein die Unterschicht bildungsmäßig benachteiligt sind. Es gibt eine Reihe von Bildungsbarrieren, wie z.B. autoritäre Erziehung, Sprachbarrieren, geringer Ausbildungsstand der Eltern, große Arbeitsbelastung, schlechte finanzielle Situation, geringes Durchhaltevermögen in höheren Schulen usw. (vgl. ROHRMOSER 1979, S. 114 ff.).

Dazu kommt noch, daß vor allem jene Jugendlichen, die eine qualifizierte Fachausbildung absolvieren oder studieren, abwandern, weil es für sie in der Regel keine Arbeitsplätze gibt.

Wir stellen folgende Verhaltensweisen fest:

- Geringe Fähigkeit zur Kommunikation untereinander,
- geringe Eigeninitiative,
- unreflektierte Übernahme von Normen,
- geringes Ausmaß sozialer Erfahrungen wie z.B. hinsichtlich Solidarität, Teamfähigkeit etc.,
- Erwartung des Geführtwerdens, Bedürfnis nach Anerkennung vom Gruppenleiter, geringe Fähigkeit ohne Anordnungen längere Zeit selbständig zu arbeiten,
- Intoleranz gegenüber den Unterlegenen.

4. Bildungsarbeit wird erschwert durch einen Mangel an geeigneten Erwachsenenbildungseinrichtungen und -angeboten.

Es ist bekannt, daß sich manuell arbeitende Menschen ins-

besondere in den räumlich isolierten Gebieten im Vergleich zur städtischen Mittelschicht nur wenig an Bildungsangeboten beteiligen. Der überwiegende Teil der Mittel aus der Erwachsenenbildung kommt der bildungsmotivierten Mittelschicht zugute. Für Bildungsarbeit mit Benachteiligten, die viel schwieriger ist, aufwendige Werbemaßnahmen und das Erproben situationsgerechter Modelle erfordert, gibt es nur wenige Mittel.

Aus diesen hemmenden Faktoren lassen sich einige Bedingungen für eine wirksame Bildungsarbeit ableiten. Erfordernisse sind:

a) Klare Zielvorstellungen

Verständliche und für die Menschen erstrebenswerte Ziele und Strategien müssen gemeinsam mit den Betroffenen erarbeitet werden. Außerdem bedarf es einer klaren Situationsbeschreibung sowie einer Analyse der Veränderungshindernisse.

b) Aktivisten

Bildungsarbeit steht und fällt mit ihren Verantwortlichen, mit den Schlüsselpersonen, die die neuen Werte vorleben. (Aktivisten) Daher ist ihre Aus- und Weiterbildung, sowie ihre Betreuung von großer Bedeutung.

c) Gruppen

Als Einzelner wird man mit der Zeit mutlos, wenn es mehrere sind, kann man sich gegenseitig unterstützen und ermutigen. Außerdem ist die Gruppe das geeignetste Übungs- und Lernfeld für soziale Verhaltensweisen und Einstellungen.

d) Dauerbeziehungen und Beziehungsnetze

Um neue Wertvorstellungen dauerhaft zu verwirklichen,

bedarf es eines dichten Netzes von persönlichen Beziehungen, die eine gewisse Regelmäßigkeit und Dauerhaftigkeit aufweisen, d.h. eine Struktur haben. Z.B. die Möglichkeit, längere Zeit hindurch regelmäßig in einer Jugendgruppe zu sein.

e) Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit verfolgt sowohl das Ziel, den Gruppen Kompetenzerfahrungen zu ermöglichen, als auch das Ziel, die Öffentlichkeit von der Arbeit dieser Gruppen zu informieren und auf diese Weise Unterstützung von außen zu ermöglichen.

f) Der Einsatz geeigneter Bildungsarbeiter

Um die Bildungsarbeit erfolgreich gestalten zu können, bedarf es unbedingt bezahlter Kräfte in der Bildungsarbeit. Diese hauptberuflichen Bildungs- bzw. Gemeinwesenarbeiter haben folgende Aufgabenfelder zu bewältigen:

- Motivationsfunktion: Aufbau und Begleitung verschiedener Teams und Arbeitskreise,
- Mutiplikationsfunktion: Aus-, Weiterbildung und Begleitung der Aktivisten. Kursangebot zu verschiedenen Bereichen. Ein hauptamtlicher Gemeinwesenarbeiter braucht unbedingt die Fähigkeit, Arbeit und Verantwortung sinnvoll zu delegieren.
- Vorbildfunktion: Selbst motiviert und engagiert sein gleichzeitig aber nicht in Dauerstreß verfallen.
- Vermittlungs- und Vertretungsfunktion: Unterlagen, Behelfe, Referenten vermitteln. Kontakt zu den örtlichen und regionalen Honoratioren halten.
- Konzeptive und organisatorische Funktion: Erstellung von Unterlagen, Konzepten, Modellen. Erledigung von Schriftverkehr, Pressearbeit usw.

- Reflexions- und Forschungsfunktion: Bildungsarbeit bedarf einer reflektierenden Konzeption und Interpretation in bezug auf ihre Umweltbedingungen. Mögliche Ursachen, Schwierigkeiten und Erfolge müssen thesenhaft formuliert und mit Praktikern und Fachleuten durchbesprochen werden. Nur so können wir langfristig von sporadischer und zufälliger Bildungsarbeit zur durchdachten Konzeption in den benachteiligten Gebieten kommen.
- Persönlicher Rückhalt und Weiterbildung: Es ist von großer Wichtigkeit, daß der hauptamtliche Bildungsarbeiter in einer Gruppe beheimatet ist, gleichzeitig aber auch offen gegenüber anderen Organisationen ist.
- Innovationsfunktion: Aktiver Einsatz für die Verbesserung in den benachteiligten Regionen. Mitmachen bei konkreten Aktionen und Projekten.

4.5.1.3 Kriterien für einen dauerhaften Aktivierungsprozeß

Es gibt bereits einige verallgemeinerbare Erkenntnisse über Kriterien, die erforderlich sind, damit die Menschen in benachteiligten Gebieten ihre Situation langfristig verbessern können.

Man kann nicht erwarten, daß auf einmal die Umverteilungsmechanismen von Ungunstlagen zu Gunstlagen unwirksam werden. Man kann auch nicht erwarten, daß jene, die von dieser Situation profitieren, daran etwas ändern werden. Jene, die von den Problemen betroffen sind, müssen für eine Lösung interessiert und motiviert werden. Dazu ist aber eine gut durchdachte Strategie notwendig, die folgende Gesichtspunkte berücksichtigt:

1. Die Situation muß als veränderbar und nicht als gottgewollt und schicksalshaft bedingt, begriffen werden. Die Ursachen für die Probleme dürfen nicht ausschließlich als individuell verschuldet, sondern müssen als strukturell zumindestens mitbedingt gesehen werden. Wichtig ist, zwischen individuellen, personenbedingten und strukturellen Ursachen zu unterscheiden. So mancher Kleinbauer oder Gewerbetreibender, der in Ungunstlagen Opfer des Strukturwandels geworden ist, erlebt dies als persönliches Versagen, obwohl strukturelle Gründe ausschlaggebend waren. Dies auch deshalb, weil vielfach die Auffassung herrscht, "wer tüchtig ist, kommt immer durch", d.h. unausgesprochen, wer nicht "durchkommt" (aus welchen Gründen auch immer), ist selbst schuld.
2. Personen und Gruppen mit gemeinsamen Anliegen, Problemen, Interessen, Zielvorstellungen und vor allem dem Wunsch nach Veränderung müssen gefunden werden. Veränderung beinhaltet verschiedene Dimensionen wie die persönliche, die soziale und vor allem die strukturell-politische. Das erfordert eine umfassende Analyse von Situationen, Ursachen und Zusammenhängen. Viele Gespräche, Diskussionen, Auseinandersetzungen und Bildungsvorgänge sind nötig, um eine solidarische Gruppe aufzubauen, die imstande ist, größere Probleme zu lösen. Die Solidarisierung ist oft schwierig, weil gängige Verhaltensweisen unserer Gesellschaft wie der Wettbewerb, das Bedachtsein auf den eigenen Vorteil usw. verinnerlicht wurden. Um eine dauerhafte Solidarität zu erzielen, müssen die verinnerlichten Widersprüche aufgearbeitet werden.
3. Die Zusammenarbeit der Betroffenen unterschiedlicher Berufe und Parteizugehörigkeit ist erforderlich. Die vielschichtigen Probleme eines strukturschwachen Gebietes, wie es das Waldviertel ist, können nicht nur von einer Berufsgruppe oder Partei gelöst werden. Berufsbedingte

Interessensgegensätze sowie unterschiedliche Parteizugehörigkeit werden oft aus propagandistischen Zwecken in den Vordergrund gespielt, um von den tatsächlichen Problemen abzulenken.

4. Ein vorwiegend selbstbestimmter, selbsttragender Lösungsprozeß ist das Ziel jeder aktivierenden Bildungsarbeit. Bei allen Maßnahmen, die zur Verbesserung der Situation in betracht kommen, müssen die Betroffenen mitarbeiten und vor allem auch mitentscheiden. Die meisten Lösungsversuche von "oben", und seien sie angeblich noch so gut, erweisen sich als Bumerang, wenn sie nicht von der Bevölkerung mitgetragen werden.
5. Damit sich die Betroffenen selbst helfen können, sind Kommunikationsstrukturen und dauerhafte Organisationsgefüge nötig. Dadurch erst wird strukturierter Erfahrungsaustausch, Bildungsarbeit und Koordination der Aktivitäten untereinander möglich. Büro und Kommunikationsräume sind dazu erforderlich.
Ein Einwirken auf die Gesellschaft wird nur dadurch möglich, indem Meinungsbildungsprozesse zustande kommen, und gegenüber den verschiedenen Institutionen vertreten und durchgesetzt werden. Dazu sind sowohl gewählte Vertreter als auch hauptberufliche Angestellte erforderlich.
6. Die Zusammenarbeit mit Fachkräften und Experten aller Richtungen ist notwendig. Unterstützungen und Anregungen von außen müssen gesucht werden. Obwohl ein selbstbestimmter Lösungsprozeß der Betroffenen ein unerläßliches Grundprinzip ist, sind dazu Voraussetzungen zu schaffen. Je benachteiligter Gruppierungen wirtschaftlich und sozial sind, desto schwieriger sind sie zunächst in der Lage, sich selbst zu helfen. Es fehlt an Durchblick, Selbstvertrauen, finanziellen Mitteln, Durchsetzungs-

vermögen und vor allem an realen Entwicklungschancen. (Selbst Experten sind vielfach ratlos). Der selbstbestimmte Lösungsansatz muß deshalb durch solidarische Beziehungen zwischen Begünstigten und Benachteiligten ergänzt werden. In diesem Rahmen muß ein Transfer von Ideen, Wissen und Kapital erfolgen.

7. Konfliktverarbeitung

Bei einem Aktivierungsprozeß der Bevölkerung, der auf eine Verbesserung der Situation abzielt, entstehen Konflikte. Sie sind unabdingbarer Bestandteil eines Veränderungsprozesses, da Benachteiligungen immer auch vielschichtig politisch und strukturell verursacht sind. Es gibt bestimmte Einfluß- und Machtstrukturen, wovon einige sehr einflußreiche wirtschaftliche, politische und kulturelle Machtträger sind, die in der bestehenden Situation durchaus profitieren.

Das heißt, daß meistens die Einflußreichsten gegen eine Veränderung sind, jede Initiative kontrollieren und gegebenenfalls mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln (Diffamierung, Spaltung, Einschüchterung, bei Angestellten Entlassungsandrohung etc.) dagegen ankämpfen. Eine Einschüchterung von Initiativgruppen gelingt vielfach deshalb, weil die Betroffenen oft wirtschaftlich, politisch und vom Sozialgefüge her abhängig sind. Initiativgruppen sind solchen Drucksituationen ausgesetzt, was die Arbeit erschwert und sich auch auf die Gruppe selbst auswirkt. Gelingt es der Gruppe nicht, die vorhandenen Konflikte aufzuarbeiten, kommt sie selbst in große Schwierigkeiten, Spannungen, Verunsicherung. Häufigste gruppeninterne Lösungsversuche sind die Sündenbocksuche (strukturelle Ursachen werden auf eine oder einige Personen reduziert), Flucht (verlassen der Gruppe), Resignation (man kann nichts machen). Jede Initiativgruppe braucht neben den Aktivitäten, die nach außen gerichtet sind, genügend Zeit zur internen

Reflexion, Klärung der Beziehung untereinander, zum Bearbeiten von Konflikten.

8. Gezielte Öffentlichkeitsarbeit

Das Erreichen der notwendigen Unterstützung von benachteiligten Gruppen gelingt vielfach nur, wenn durch viel Öffentlichkeitsarbeit (Zeitungsartikel, Interviews im Rundfunk, Info-Blätter ...) die Probleme und einige Lösungsansätze artikuliert und durch Druck mit Hilfe der Medien und öffentlichen Meinung durchgesetzt werden.

4.5.1.4 Organisation der Bildungs- und Kulturarbeit im Waldviertel

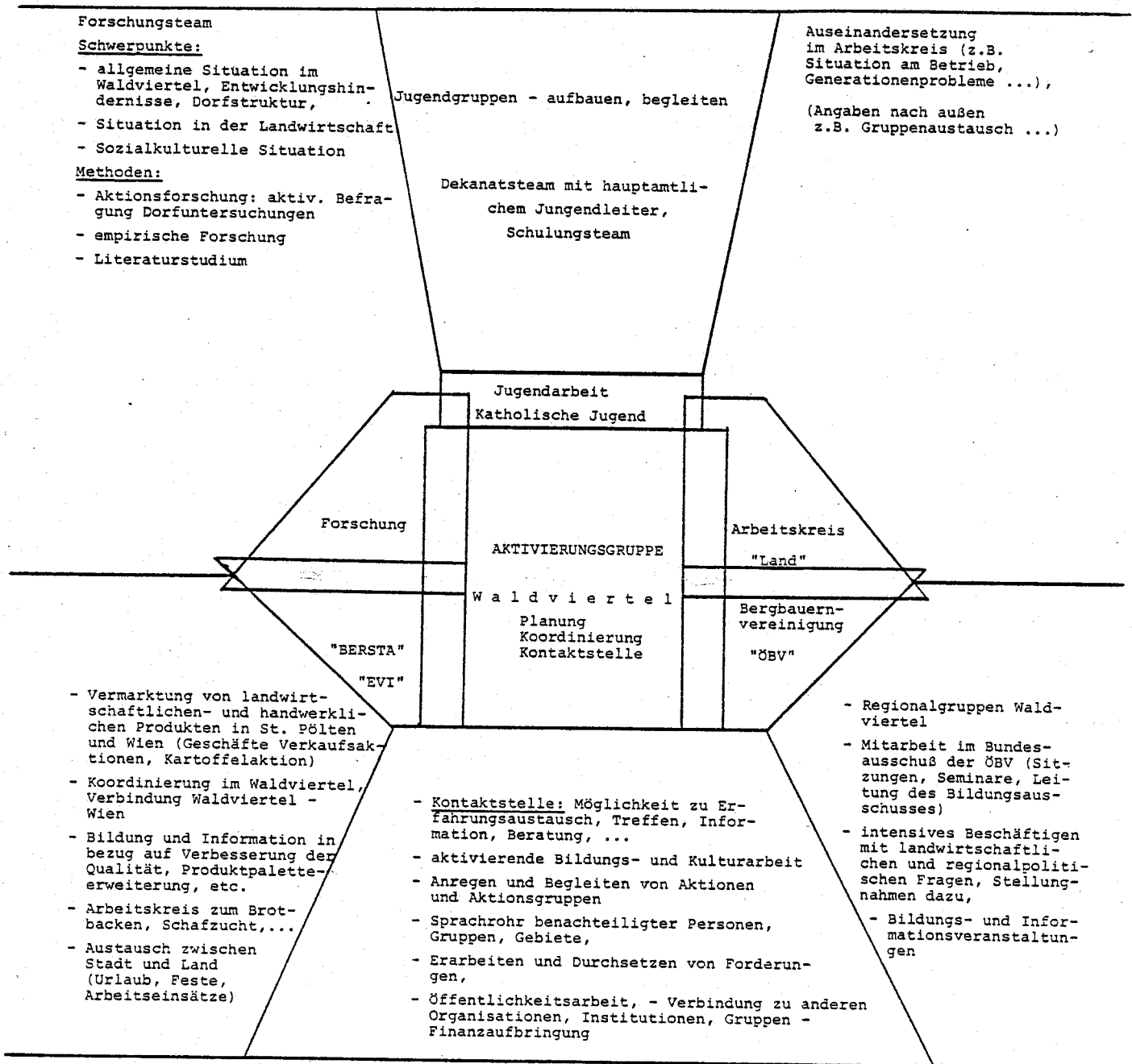
Für den Erfolg einer aktivierenden Bildungs- und Kulturarbeit ist es besonders wichtig, daß die Arbeit unter Einbeziehung einer wachsenden Zahl von Aktivisten horizontal stark gegliedert wird, um auf diese Weise überschaubare Tätigkeits- und Aufgabenfelder zu schaffen, die von den Betroffenen selbständig gestaltet werden können.

In vertikaler Hinsicht sollen diese Tätigkeitsfelder so gegliedert werden können, daß sie zwar ein gewisses Maß an Kontinuität der Arbeit erfordern, andererseits aber in Etappen einteilbar sind. Es soll dadurch erreicht werden, daß die Gruppen nicht nur mittelfristige Perspektiven und langfristige Utopien, sondern auch kurzfristige Teilziele vor Augen haben, und damit die Möglichkeit von regelmäßigen Erfolgs- (oder auch Mißerfolgs-) Erlebnissen haben.

Die verschiedenen Aufgaben- und Tätigkeitsfelder sollen an Grund- bzw. Schlüsselproblemen der Bevölkerung ansetzen, von denen die Alltagserfahrung geprägt wird. In diesen Aufgabenfeldern soll die Reflexion der Ursachen der Situation als integrierter Bestandteil eingebaut werden. Ergänzend dazu sollen Arbeitsbereiche aufgebaut werden, in denen vor allem mit den Mitteln des kulturellen Ausdrucks eine kritische und konstruktive Verarbeitung der Probleme und Lösungsansätze versucht werden. (Ein Ansatzpunkt ist z.B. das aktuelle Bauerntheater im Waldviertel).

Besonders wichtig ist die Vernetzung dieser Aufgaben- und Tätigkeitsfelder in einer nicht-hierarchischen Organisationsstruktur. Im folgenden wird das Organisationsmodell der Bildungs- und Kulturarbeit im Waldviertel wiedergegeben:

**Abb. 5: MODELL EINER AKTIVIERENDEN BILDUNGS- UND KULTURARBEIT
IM WALDVIERTEL**



"BERSTA" = Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft Waldviertel-Wien (vgl. dazu Kapitel 4.5.2).

"EVI" = Erzeuger-Verbraucher-Initiative, St. Pölten.

4.5.1.5 Zusammenfassung¹⁾

Die Änderung von Bewußtseins- und Verhaltensstrukturen ist eine Voraussetzung für das Greifen eines Konzepts der autonomen Regionalentwicklung. Diese Änderung kann aber nur langsam erfolgen. Den politisch Entmündigten muß ausreichend Zeit für Lernprozesse eingeräumt werden. Lehnt man pädagogische Hammermethoden ab, so muß in konzeptionspolitischer Bewußtseinsbildung die Zeit als pädagogischer Faktor ausreichend reflektiert werden.

Jede emanzipatorische Bewußtseinsbildungsarbeit muß die subjektive Lernreichweite der Betroffenen beachten, muß die Menschen dort "abholen", wo sie tatsächlich sind und nicht dort, wo man sie gerne haben möchte. Diese Einstellung impliziert, daß oft politische Aktionen vom Standpunkt der politischen Pädagogik nicht sinnvoll sind, selbst wenn sie "objektiv" gerechtfertigt erscheinen.

Strategien der aktivierenden Gemeinwesenarbeit ordnen dem Erwachsenenbildner als Animator eine zentrale Rolle zu:

Es obliegt ihm, die kommunalen Schlüsselthemen und Schlüsselprobleme methodisch so zu problematisieren, daß die Einsicht in die Notwendigkeit von Aktionen seitens der Betroffenen geweckt wird (Schaffung von Handlungs- und Lernfeldern).

Erwachsenenbildner sollen, indem sie an Aktionen mitwirken, stets trachten, daß diese nicht zu einem perspektivelosen Aktivismus, zu einem blinden Vereinsleben degenerieren, sondern daß die demokratischen Lernchancen solcher Handlungsfelder auch tatsächlich genutzt werden. Das bedingt jedoch, daß die Erwachsenenbildner

1) Vgl. dazu AFF 1978, S. 272 ff.

selbst ihr Handeln an gesamtgesellschaftlichen Perspektiven orientieren, weil nur dann die Methoden der aktivierenden Gemeinwesenarbeit einen didaktischen Beitrag zur Realisierung einer gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung darstellt.

Diese Aufgaben kann der Erwachsenenbildner jedoch nur dann übernehmen, wenn er auch in der betreffenden Region lebt, und womöglich auch dort arbeitet. Darüber hinaus muß er bereit sein, die sozialen Rollenerwartungen der Ortsbewohner zwar zunächst zu übernehmen, weil ja nur so den Ortsbewohnern soziale Prozesse ermöglicht und sich durch dieses Verhalten jene soziale Anerkennung bewahrt, die er für die politische Erwachsenenbildungsarbeit benötigt.

Spontanität als alleiniges, organisatorisches Prinzip ist ein reines Schlagwort. Vielmehr müssen kontinuierliche Aktivitäten und Handlungsfelder initiiert und stabilisiert werden.

Eine politische Erwachsenenbildung, die in ihrem Konzept auch Methoden der aktivierenden Gemeinwesenarbeit integriert, hat nur dann Erfolg, wenn es dem Erwachsenenbildner (Animator) gelingt, Mindestkontakte zu regionalen und kommunalen Eliten herzustellen.

Lokale und regionale Konflikte können nur dann als pädagogisch wertvolle Lernfelder genutzt werden, wenn der Konflikt von den Beteiligten auch tatsächlich durchgestanden werden kann, wenn er nicht zu asymmetrisch ist. Das bedeutet, daß die Erwachsenenbildner ein strategisches Geschick entwickeln müssen, das politische Gewicht von Außenseitern richtig einzuschätzen, um dadurch die mögliche Konfliktschärfe, den Umfang des Konfliktes, bereits im voraus abschätzen zu können. Nicht durchgestandene Konflikte können die Ohnmachtserfahrung der Betroffenen verstärken und stellen somit extrem

schlechte Lernfelder dar.

Aktionsorientierte politische Erwachsenenbildung begreift ihre Tätigkeit als Gradwanderung zwischen Kontinuität und Diskontinuität, als Handeln in der gesellschaftlichen Realität und der Reflexion darüber, als Ansatz, demzufolge der Erwachsenenbildner nicht Lektionen über Demokratie und Emanzipation erteilt, sondern selbst als Lehrer-Schüler, als parteilich Handelnder in den diversen Handlungsfeldern mitgestaltet und dadurch zugleich Lehrender und Lernender ist.

4.5.2 Ein Modell selbstorganisierter Produktion und Vermarktung in Kooperation zwischen Bauern und Konsumenten - Die Erzeuger-Verbraucher-genossenschaft "BERSTA"

4.5.2.1 Aufbau und Zielsetzungen

Die Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft "BERSTA" ist ein Zusammenschluß von Waldviertler Bergbauern und Wiener Konsumenten. Ihren Sitz hat die Genossenschaft in Rappottenstein (Pehendorf bei Zwettl). In Wien 7, Spittelberggasse 24 betreibt sie seit dem Frühjahr 1980 eine Abgabestelle.

Die Ziele der Genossenschaft lassen sich in drei Gruppen zusammenfassen:

- a) Einkommensverbesserung für benachteiligte Bauern
Hier bezweckt die Genossenschaft, benachteiligten Bauern im Waldviertel einen sicheren Absatz von landwirtschaftlichen Produkten, insbesondere von solchen mit hohem Veredelungsgrad und hoher Qualität zu überdurchschnittlichen Preisen zu ermöglichen.

Die Preisbildung erfolgt auf der Basis von Kostenrechnungen, die die höheren Produktionskosten und einen Lohnanspruch von S 50,-- je Arbeitskraftstunde abdecken sollen.

Der Verkauf der Produkte erfolgt:

- an die Konsumentengenossenschafter möglichst an Hand verbindlicher Abnahmerichtmengen,
- an Konsumenten über das Geschäftslokal,
- an andere Läden und Initiativgruppen an Hand von Verträgen,

- an Konsumenten (potentielle Genossenschafter)
über regelmäßige Märkte und Informationsveranstaltungen.

b) Hohe Produktqualität und kritischer Konsum

Die BERSTA zielt darauf, Konsumenten unverfälschte hochwertige Lebensmittel zu angemessenen Preisen zur Verfügung zu stellen. Es wird angestrebt, daß Lebensmittel weitgehend mit Hilfe ökologisch orientierter Produktions- und Veredelungsverfahren erzeugt werden.

Die BERSTA versucht aber neben gesundheitsbewußten Konsumenten vor allem solche Menschen anzusprechen, denen gleichzeitig die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen bei der Erzeugung der Produkte von Bedeutung ist und die die Bereitschaft haben, diese Bedingungen zum Positiven verändern zu helfen (aktive Solidarität).

c) Kooperation und Demokratie bei Bauern und Städtern
(Selbstverwaltung)

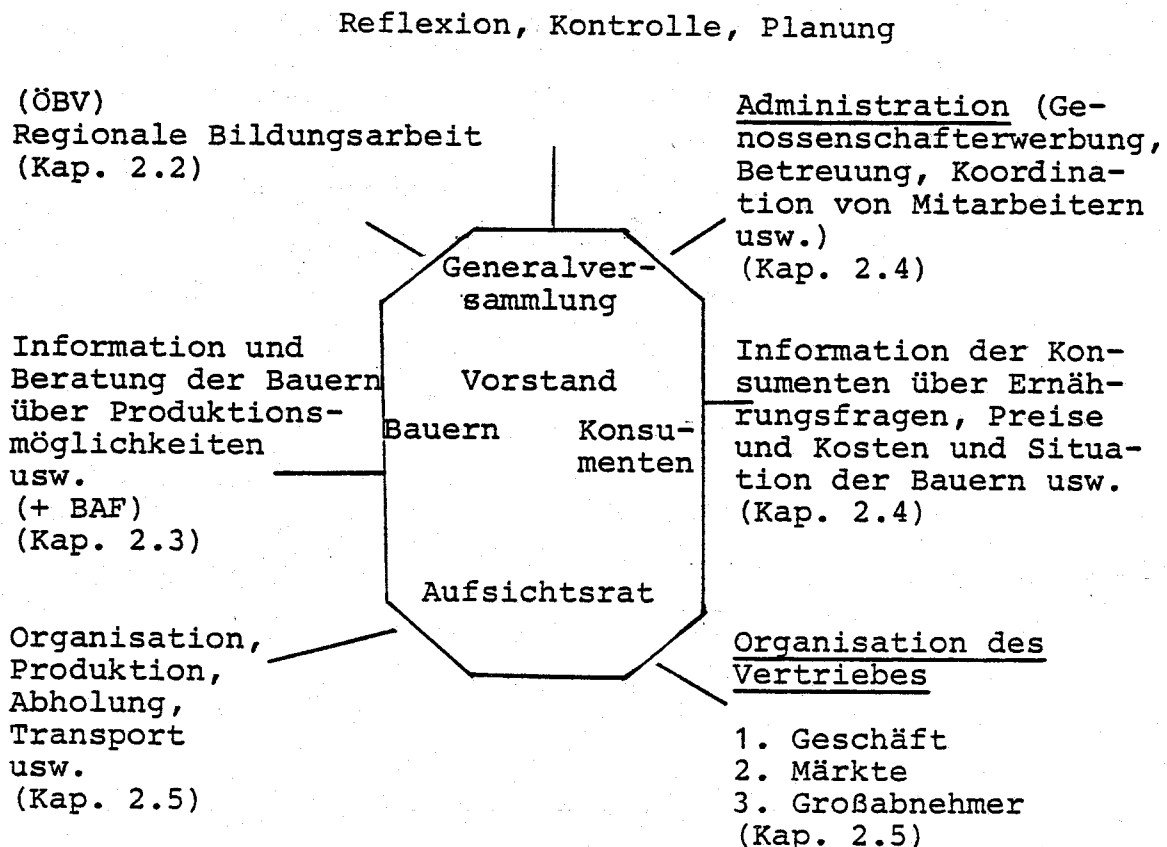
Ziel der Genossenschaft ist, daß die beteiligten Bauern die Produktion und Veredelung in möglichst direkter Beteiligung durch die Städter kooperativ zu organisieren.

An der Preisgestaltung, sowie der Qualitätsfestlegung und Kontrolle sollen die Erzeuger und Verbraucher direkt und regelmäßig zusammenwirken. Die Entscheidungsfindung soll auf der Basis des gegenseitigen Kennens und der gemeinsamen Diskussion, nicht über Abstimmungsmechanismen erfolgen. Aus diesen Gründen sehen die Statuten der Genossenschaft die paritätische Besetzung zwischen Erzeugern und Verbrauchern in allen Organen vor.

Die genannten wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Ziele der BERSTA erfordern, daß ein großer Teil der personellen und finanziellen Ressourcen in die Informations-, Animations- und Entwicklungsarbeit investiert wird.

Die funktionelle Organisationsstruktur der BERSTA wird in der folgenden Abbildung wiedergegeben.

Abb. 6 : Funktionelle Organisationsstruktur der BERSTA



4.5.2.2 Entstehungsursachen der Genossenschaft

Der Gründung der Genossenschaft ging ein mehrjähriger Diskussionsprozeß vor allem innerhalb der österreichischen Bergbauernvereinigung voraus. Hier wurden 5 Argumente entwickelt, die Grundlage für die Entstehung der BERSTA waren:

- a) Den durch Lage, Kleinheit und Kapitalmangel benachteiligten Bauern in den wirtschaftlich schwachen peripheren Gebieten Österreichs, bietet der Weg der Spezialisierung und Intensivierung keine tragfähige Perspektive.
- b) Der Zurückdrängung der Bauern auf die bloße Urproduktion, die sie von hohem Kapital- und Energiean-
satz, sowie von den vor- und nachgelagerten Wirtschafts- und Handelsunternehmen immer abhängiger macht, muß entgegengewirkt werden.
- c) Die Nachfrage nach qualitativ hochwertigen, naturbelassenen und höher veredelten Nahrungsmitteln wird weiter zunehmen.
- d) Lösungen müssen von initiativen Gruppen, von Bauern gemeinsam getragen werden. Selbsthilfe an Stelle des Wartens auf große Lösungen von Seiten der Agrarpolitik.
- e) Selbsthilfe erfordert die enge Kooperation mit den Konsumenten, weil die wirtschaftlichen Probleme und Risiken, die mit dem Aufbau selbstverwalteter Projekte verbunden sind, die Bauern überfordern. Darüber hinaus soll die Zusammenarbeit zwischen Erzeugern und Verbrauchern auch deswegen gestärkt werden, um das Verhältnis zwischen Stadt und Land zu verbessern.

Auf der Basis dieser Argumente veranstaltete die Österreichische Bergbauernvereinigung im Jahre 1979 in zahlreichen Städten Ausstellungen mit dem Titel: "Es geht auch anders: Bergbauern gehen neue Wege und suchen neue Verbündete", in der die Städter über die Probleme der Bergbauern und die Initiativen der Österreichischen Bergbauernvereinigung informiert wurden. Damit verbunden wurde die Aufforderung, am Aufbau von Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften mitzuwirken.

Als Folge dieser Ausstellungen bildete sich auch in Wien eine Gruppe von Konsumenten, die mit dem Aufbau der BERSTA begann. Gleichzeitig verstärkte die ÖBV im Waldviertel ihre Tätigkeit durch Einsatz eines regionalen Erwachsenenbildners.

Im Herbst 1979 wurde ein Proponentenkomitee zur Gründung der Genossenschaft gebildet. Im März 1980 wurde die Idee der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft BERSTA in Wien der Öffentlichkeit vorgestellt.

Am 4. Juni 1980 fand in Rappottenstein die Gründungsversammlung der BERSTA statt. Bei der Versammlung traten 33 Genossenschafter, davon 17 Bauern der Genossenschaft bei. Ende September 1980 hatte die Genossenschaft rund 65 Mitglieder.

4.5.2.3 Die Bedeutung der regionalen Bildungsarbeit im Waldviertel für das Entstehen der Genossenschaft

Im Waldviertel wurde die Gründung und der Aufbau der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft BERSTA nur durch eine begleitende, aktivierende Bildungs- und Kulturarbeit möglich. Diese Form der Bildungs- und Kulturarbeit kann am ehesten als konfliktorientierte Gemeinwesenarbeit und Aktionsforschung umschrieben werden, die sich zum Ziel setzt, benachteiligten Gruppen beim Prozeß in Richtung auf wachsende Selbstbestimmung und Self-Reliance zu unterstützen.

Die Notwendigkeit dieser Bildungsarbeit resultiert daraus, daß gerade Personen, die zu politischen und wirtschaftlichen Randgruppen zählen, ohne eine Reihe von Voraussetzungen in der Regel nicht bereit sind, sich dauerhaft zu engagieren. Ein Bauer, der Mitglied bei mehreren Genossenschaften und damit zum Teil unzufrieden ist, entschließt sich nicht allein durch Vorträge, Flugzettel oder ein Gespräch zur Mitarbeit in einer neuen Genossenschaft. Er macht erst mit, wenn er die Initiatoren persönlich kennt, mit ihnen positive Erfahrungen macht und sich eine spürbare Hilfe erwartet.

Im folgenden soll am Beispiel der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft BERSTA aufgezeigt werden, welche Faktoren im Waldviertel eine Rolle gespielt haben, daß es zur Gründung der BERSTA kam:

- a) Der Zugang zur Bevölkerung wurde zum Teil durch die Aktivitäten im Bereich der kirchlichen Jugendarbeit ermöglicht. Jugendarbeit erfaßt vor allem Aufbau und Begleitung von Gruppen, Mitarbeiterschulung, organisatorische Tätigkeiten usw. Um diese Aufgaben wahrzunehmen, werden in der Diözese St. Pölten regionale Jugendleiter eingesetzt. Seit etwa vier Jahren gibt es auch im Dekanat Zwettl die Einrichtung eines Jugendleiters.
- b) Ein wichtiger Impuls, im Dekanat Zwettl über die Jugendarbeit hinaus einen Aktivierungsprozeß in der Bevölkerung einzuleiten, war die Entscheidung von Anton Rohrmoser nach dem Studium und seiner vierjährigen Tätigkeit als Zentralsekretär der Katholischen Jugend Land Österreichs als Jugendleiter in einem benachteiligten ländlichen Gebiet zu leben und zu arbeiten:

"Als Student spürte ich die große Kluft zwischen Theorie und Praxis, als Zentralsekretär der Katholischen Jugend Land die Kluft zwischen einer Zentralstelle und der

Basis. Ich leitete auch eine Reihe von Dorfanalysen und Arbeitseinsätzen bei Bauern und machte die Erfahrung, daß zwischen der Analyse der Situation eines Dorfes oder eines Gebietes und dem Aktivwerden der Bevölkerung viele unbekannte und entwicklungshemmende Faktoren bestehen, die nicht von einer Zentralstelle aus lösbar sind." (ROHRMOSER 1980).

- c) Durch den Aufbau eines Arbeitskreises über die Probleme benachteiligter ländlicher Regionen am Beispiel Zwettls wurde ein problemspezifischer Kontakt zur bäuerlichen Jugend und indirekt zu deren Eltern hergestellt. Über diesen Arbeitskreis wurde es möglich, die aktivierende Tätigkeit auf mehrere Personen zu verteilen.

Dieser Arbeitskreis sieht seine Aufgaben in einer umfassenden Bwußtseinsbildung. Er veranstaltet regelmäßige Treffen zu verschiedenen Themen, die die Teilnehmer direkt betreffen und herausfordern. (Situation zu Hause, der Maschinenring, die Geschichte der Bauern, Erfahrungsaustausch mit anderen Arbeitskreisen usw.). Darüber hinaus setzt er aber auch Aktivitäten nach außen: Gespräche mit Bauern, Diskussionen mit den Maschinenringen, Exkursionen zu alternativen landwirtschaftlichen Betrieben, Verkaufsausstellungen, Arbeitseinsätze bei Bauern usw. Ein weiterer wichtiger Bereich des Arbeitskreises ist die kritische Kulturarbeit: Dazu gehört das Schreiben von Gedichten, das Umtexten von Liedern und das Bearbeiten eines neuen aktivierenden Bauerntheaters. In diesem Theater soll die Auseinandersetzung mit den realen Problemen der Bauern mit den Mitteln der Darstellungskunst erfolgen und darüber hinaus das Selbstvertrauen in die eigenen Fähigkeiten gestärkt werden. Auf diese Weise war es möglich, daß eine eigene Theatergruppe entstand, in der das von einem Bergbauern geschriebene Theaterstück diskutiert und das fertige Stück von den Mitgliedern einstudiert und aufgeführt wurde. (Vor Bauern der Österreichischen Bergbauernvereinigung, in Kreisen der Katholischen Jugend Land und in Wien).

- d) Eine weitere wichtige Vertrauensbasis im Zugang zu den Bauern der Region wurde durch eine Kartoffelaktion geschaffen. Diese Aktion wurde erstmals im Herbst 1979 vom Arbeitskreis Land und der Österreichischen Bergbauernvereinigung durchgeführt. Im Zuge dieser Aktion wurden 50.000 kg Kartoffel vor allem in Wien vermarktet. Der Erfolg dieser Aktion zeigte den Bauern, daß es möglich ist, die Vermarktung der Produkte gemeinsam mit Städtern in die Hand zu bekommen. Als Folge dieser Aktion erfolgte bald darauf die kontinuierliche Abnahme anderer Produkte wie z.B. Eier, Brot, Speck usw., die auf verschiedenen Ausstellungen und in einem Laden der Österreichischen Bergbauernvereinigung in Wien abgesetzt wurden.
- e) Diese Aktivitäten wurden durch eine große Zahl von Dorfuntersuchungen, Seminaren und Gruppendiskussionen ergänzt, in denen die wirtschaftliche Situation, ihre Ursachen und mögliche Alternativen diskutiert wurden.
- f) Durch diese Aktivitäten entstand bald ein dichtes Netz von persönlichen Beziehungen und ein Klima des gegenseitigen Vertrauens und Selbstbewußtseins. Erst auf der Basis dieses Klimas war die Gründung der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft BERSTA möglich.

Die Gründung der BERSTA wurde darüber hinaus aber nur durch eine Reihe von Impulsen und Hilfestellungen von außen möglich:

- a) Die Österreichische Bergbauernvereinigung: Indem die Initiatoren des Arbeitskreises Land und der Genossenschaft Mitglieder der Österreichischen Bergbauernvereinigung sind, haben sie in dieser Tätigkeit eine wesentliche Hilfestellung erhalten, und zwar insbesondere durch einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch mit ähn-

lichen Gruppen, durch Kontakte zu Städtern, durch Hilfestellungen bei der Kartoffelaktion und durch die Finanzierung von Spesen in der Aufbauphase.

- b) Die Konsumentengruppe: Ermöglicht wurde der Aufbau der Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft auch durch eine aktive Konsumentengruppe in Wien, die nach einer Möglichkeit suchte, naturbelassene Qualitätsprodukte direkt vom Bauern zu beziehen. Vertreter dieser Konsumentengruppe und der Initiativgruppe im Waldviertel arbeiteten danach gemeinsam am organisatorischen Aufbau der Genossenschaft. Hierbei war es von besonderer Bedeutung, daß die Konsumentengruppe über weit bessere Möglichkeiten des Kontakts zu den Behörden und zu Fachleuten (Rechtshilfe, Wirtschafts- und Werbeberatung usw.) verfügt, als die Bauern im Waldviertel. Dadurch wurde es möglich, daß die überaus großen Schwierigkeiten der Gründungsphase überwältigt werden konnten.
- c) Der Bergland-Aktions-Fonds: Eine wichtige Beratungsfunktion vor allem im betriebswirtschaftlichen und finanziellen Bereich hat der Bergland-Aktions-Fonds inne. Darüber hinaus verfügt er über sehr gute Zugangsmöglichkeiten zur Verwaltung (insbesondere zur Sonderaktion des Bundeskanzleramtes). Darüber hinaus bietet der Bergland-Aktions-Fonds die Möglichkeit direkter Unterstützung in finanzieller und personeller Hinsicht.
- d) Darüber hinaus existiert eine intensive Zusammenarbeit mit dem Bergbauerninstitut in bezug auf Spezialfragen der Landwirtschaft und der Agrarpolitik.

Auch die Weiterentwicklung der Genossenschaft wird nur möglich sein, wenn es gelingt, die begleitende Informations- und Bildungsarbeit aufrechtzuerhalten und zu vertiefen. Eine wichtige Aufgabe der nächsten Zeit liegt in der weiteren

Qualitätsverbesserung der Produkte. Es ist Ziel, daß die Bauern auf biologische Wirtschaftsweise umstellen. Zwar verwenden sie auch derzeit keine chemischen Schädlingsbekämpfungsmittel und praktizieren eine möglichst natürliche Fütterungs- und Anbauweise. Der letzte Schritt hin zu einer organisierten und voll durchgezogenen biologischen Wirtschaftsweise steht aber noch aus.

Darüber hinaus gibt es noch Probleme, die gewünschte Qualität bei der Veredelung der Produkte zu erreichen. Um dies zu erreichen, sind neben der Diskussion und der kontinuierlichen Information und Beratung vor allem Gruppenerfahrungen notwendig. Ansätze dazu waren bisher:

- Eine Exkursion zu biologisch- wirtschaftenden Betrieben,
- Tagung über den biologischen Gartenbau und eine Besichtigungsfahrt,
- Lehrfahrt in die Steiermark zur Familie Kappl über Brotbacken,
- Aufbau eines Arbeitskreises über die Schafzucht und Lehrfahrt zur Tauernlamm-Genossenschaft,
- geplant ist darüber hinaus eine Tagung über das Selchen und Fleischverarbeiten.

Um die Zusammenarbeit und Solidarität unter den Bauern, zwischen Bauern und Konsumenten und zwischen Konsumenten zu verbessern, ist noch viel intensive Bildungsarbeit und Reflexion erforderlich. Als wichtigste Schwierigkeiten auf Seiten der Bauern sind anzuführen:

- Mißtrauen untereinander,
- das zu starke Bedachtsein auf den eigenen finanziellen Vorteil,
- zu geringe Bereitschaft, sich gegenseitig zu beraten,
- Ansätze gegenseitigen Neids,

- die Angst, selbst nicht genügend zum Zug zu kommen,
- Versuche, die Produktionsrichtlinien zu umgehen.

Es ist nicht zielführend, diese Probleme in einer moralisierenden Weise zu betrachten. Aufgrund der Analyse der Sozialisationsbedingungen und der wirtschaftlichen und kulturellen Einflüsse wird verständlich, warum die Situation so ist und darüber hinaus, daß eine Veränderung nur sehr langsam möglich ist.

Eine neue Erfahrung für Bauern ist die direkte Zusammenarbeit mit Konsumenten. Hier gibt es noch auf beiden Seiten Vorurteile, deren Abbau sicher längere Zeit benötigen wird. Darüber hinaus bedarf es großer Anstrengungen, jeweils den Erfahrungshintergrund des anderen verstehen zu können. Die Probleme der Bauern sind für die meisten Konsumenten

"höchstens erahnbar, nicht aber miterlebbar. Das unmittelbare Problemerklebnis wird vielleicht durch das gemeinsame Preisgestalten der Produkte entstehen. Es ist verständlich, daß in bezug auf die Preise zwischen Produzenten und Konsumenten unterschiedliche Interessen vorhanden sind" (ein Konsument).

Im folgenden wird ein Überblick über alle jene Aktivitäten gegeben, die im Waldviertel als Voraussetzung für den Aufbau und die Weiterentwicklung der Genossenschaft notwendig sind bzw. bereits laufen:

1. Wöchentliche Produktkoordinierung von BERSTA und EVI:

- Aufnehmen der Bestellungen von BERSTA und EVI,
- Aufteilung der Bestellung auf Produzenten und Weitergabe der Bestellung,
- Entgegennahme der Produkte, Kontrolle der Lieferscheine, Mithilfe bei Rechnungserstellung,
- laufende Kontakte und Gespräche mit den Bauern,
- Weitergabe von Wünschen und Beschwerden.

2. Laufende Kontrolle in bezug auf Einhaltung der Produktionsrichtlinien:

- Durch regelmäßige Besuche und Gespräche mit Produzenten.

3. Verbesserung der Produktqualität und Zusammenarbeit unter den Bauern:

- Viele Einzelgespräche mit Bauern,
- regelmäßige Versammlungen,
- Erarbeiten von Produktionsrichtlinien und Preislisten, gemeinsames Diskutieren,
- verstärkte Einbeziehung der Bauern in Entscheidungen der BERSTA und EVI durch öfteres Zusammentreffen,
- Erweiterung der Produktpalette, z.B. für Weihnachtsmarkt. Dazu Einrichtung eines Arbeitskreises für handwerkliche Produkte, der sich am 8. Oktober 1980 zum erstenmal traf.

4. Koordinierung der Kartoffelaktion im Waldviertel:

- Mengen- und Preisabsprache mit den Bauern,
- Kartoffelernteeinsatz von Jugendgruppen am 27./28. September 1980,
- Organisation des ersten Großtransports am 4. Oktober und folgende Transporte,
- Verbindung zwischen Bauern und Konsumenten,
- Reaktivierung jener katholischen Jugendgruppen, die voriges Jahr eine Kartoffelaktion durchgeführt haben.

5. Tagungen und Exkursionen:

- Exkursion zur Tauernlamm-Genossenschaft (Oktober 80),
- Tagung über Herstellung von Speck und Selchfleisch (Oktober 1980),
- Exkursion zu biologischen Betrieben (November 1980).

6. Überbetriebliche Zusammenarbeit in der Veredelung

- viele Gespräche, Erarbeiten von verbindlichen Regelungen,
- Begleiten dieses Prozesses.

7. Verkaufsaktionen mit Infostand vom Waldviertel aus:

- Maria Taferl anlässlich einer Wallfahrt der KAB/Ö (5. Oktober 1980),
- Bildungshaus Großrußbach anlässlich einer Alternativen-ausstellung (12. Oktober 1980),
- Zeillern anlässlich einer Alternativausstellung der Jungen ÖVP (12. Oktober 1980),
- Erproben von Marktstandln in St. Pölten gemeinsam mit EVI (erster Stand am 27. September 1980),
- Beschaffung und Koordinierung der Produkte für die Marktstände in Wien.

8. Verbesserung der Kontakte zwischen Produzenten und Konsumenten:

- mehr Besuche von Konsumenten im Waldviertel anregen und umgekehrt
- eine Zeitlang Mitarbeit auf einem Bauernhof
- Urlaub im Waldviertel
- Praktikum machen (z.B. macht EVI-Mitarbeiter derzeit Praktikum)
- Tages- oder Wochenendfahrten von Konsumenten ins Waldviertel (Besuche bei Bauern, Einführung in die Probleme im Waldviertel, eventuell gemeinsamer kultureller Abend)

9. Alternative Kulturabende:

- kritische Gedichte, umgetextete Lieder, Theater
- Rollenspiel mit anschließender Diskussion

- Gemeinschaftstänze
- gemütliches Beisammensein
- Ausfindigmachen und Einbeziehen von altem, bodenständigem Kulturgut
- Information über unsere Arbeit

10. Forschungsarbeit:

- Zusammenfassung bisheriger Dorfuntersuchungen
- laufende Berichte über die Arbeit (Reflexionsfunktion)
- Zusammenfassen verallgemeinerbarer Erkenntnisse z.B. über:
 - o Entwicklungsbarrieren
 - o Faktoren der Innovationsbereitschaft
 - o Genossenschaftsentwicklung ...
- empirische Befragung über Werthaltungen und Zukunftsvorstellungen wie Problemsicht bäuerlicher Jugend.

4.5.2.4 Information und Beratung über Produktionsmöglichkeiten und -verfahren

Die Entwicklung der Landwirtschaft und das Fehlen einer Kultur der aktiven Selbsthilfe insbesondere im Waldviertel haben dazu geführt, daß gerade die kleinen Bauern starr an der traditionellen Betriebsführung festhalten. Produktinnovation, Kooperation im Betriebsmitteleinsatz und organisierte Direktvermarktung sind daher gerade in den benachteiligten ländlichen Regionen und so auch im Waldviertel, kaum vorhanden.

Auch die Beratung der Landwirtschaftskammern schafft hier nur selten Verbesserungen, weil sie vorwiegend in Richtung auf Rationalisierung und Technisierung orientiert ist und überdies eher reaktiv und als Einzelberatung als aktiv und als Gruppenberatung organisiert wird.

In dieser Situation haben private und alternative Beratungs-

initiativen eine große Bedeutung. Wegen der geringen Kaufkraft der Klientel aber bieten sich für privatwirtschaftlich orientierte Initiativen so gut wie keine Marktchancen.

Um hier Abhilfe zu schaffen, wurde 1979 der Bergland-Aktions-Fonds gegründet, der sich folgende Ziele gesetzt hat:

Die Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Lebensfähigkeit der vom regionalen Verfall bedrohten Berggebiete Österreichs ist seit Jahren eine unumstrittene öffentliche Aufgabe. Die dazu ins Leben gerufenen Konzepte (z.B. Bergbauernsonderprogramm, Förderung der Ostgrenzgebiete) aber reichen alleine nicht aus, um den Problemen Herr zu werden. Worauf es zusätzlich ankommt ist, daß die betroffene Bevölkerung ermutigt und unterstützt wird, den Weg der wirtschaftlichen und sozialen Selbsthilfe zu gehen, um durch selbstorganisierte und tragfähige Projekte den Teufelskreislauf von wirtschaftlicher Benachteiligung und Resignation zu durchbrechen. Um dafür eine geeignete Plattform zu schaffen, haben Bauern der Österreichischen Bergbauernvereinigung gemeinsam mit Städtern den Bergland-Aktions-Fonds gegründet.

Der Bergland-Aktions-Fonds verfolgt vier Ziele:

- 1) Die Information der Öffentlichkeit durch die Probleme der benachteiligten Berggebiete und die Notwendigkeit, ihre wirtschaftliche und soziale Lebensfähigkeit zu erhalten und zu stärken.
- 2) Die Initiierung, Beratung und Betreuung von Projekten der Bevölkerung in den Berggebieten, durch die die wirtschaftliche und soziale Lebensfähigkeit dieser Gebiete erhalten und gestärkt werden soll.
- 3) Die Unterstützung von Projekten, durch die zwischen Bewohnern der bedrohten Berggebiete und den Städtern ein neuer Weg der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammen-

arbeit möglich wird.

- 4) Das Sammeln von Geldmitteln, um gegen den bestehenden gesellschaftlichen Wertschöpfungsfluß von den benachteiligten Gebieten zu den Zentren einen gezielten Geldmittelfluß von den Zentren in die benachteiligten Gebiete in Gang zu setzen.

Der Bergland-Aktions-Fonds dient allen Gruppen in der Gesellschaft, die gegen den regionalen Verfall der Berggebiete Österreichs aktiv werden wollen. Er unterstützt alle Versuche, die Wertschöpfung und die Einkommen der Berggebiete durch Projekte zu erhöhen, die

- die regionalen Rohstoffe und Reichtümer verwenden,
- neue Energieformen nutzbar machen,
- eine sparsame, angepaßte Technologie verwenden,
- qualitätsorientiert erzeugen,
- die Produktion gemeinschaftlich und möglichst bis zur Vermarktungsstufe organisieren,
- neue Wege in der Vermarktung gehen,
- allen Beteiligten ein entsprechendes Mitspracherecht gewährleisten (Selbstverwaltung).

Dem Bergland-Aktions-Fonds kommt es nicht so sehr darauf an, daß Projekte von Anfang an mehreren oder allen diesen Anforderungen genügen, sondern daß sie in Richtung auf diese Kriterien entwicklungsfähig sind.

Die Arbeit des Bergland-Aktions-Fonds richtet sich nicht gegen bestehende Versuche und Programme zur Verringerung der regionalen Disparität, sondern möchte eine Ergänzung sein aus der Erfahrung, daß alle noch so positiven Programme nur fruchten, wenn sie in Aktionen der Betroffenen ihre Verwirklichung erfahren.

Die Arbeitsweise des Bergland-Aktions-Fonds erfolgt nach folgenden Kriterien:

- Regional gezielter Einsatz in besonders benachteiligten Gebieten,
- aktive und kontinuierliche Arbeit mit den Betroffenen,
- Orientierung an kooperativen Problemlösungen,
- Initiierung, Betreuung und Dokumentation von Beispielsprojekten.

Durch die Kombination von dezentralem Einsatz von Regionalbetreuern und zentraler Dokumentation soll ein flexibles und gleichzeitig effizientes Beratungsnetz aufgebaut werden, das es ermöglicht, innerhalb kürzester Zeit Projektinteressenten einer Region über Erfahrungen und Probleme bereits laufender Projekte in anderen Regionen zu informieren. Darüber hinaus unterstützt der Fonds Projektinitiativen in der Entstehungsphase auch finanziell, weil hier die Förderungsbedürftigkeit am größten ist, gleichzeitig aber auch nach den Richtlinien aller vorhandenen Förderungsaktionen des Bundes und der Länder noch keine Förderungswürdigkeit gegeben ist. In dieser Phase scheitern der Großteil der Initiativen mangels Beratung, mangels Geld und mangels der Möglichkeit, ähnliche Projekte in anderen Regionen selbst zu besuchen. Gerade letzteres bringt solche Initiativen aber oft mehr voran, als noch so gut gemeinte mündliche und schriftliche Informationen (Dritter).

Neben diesen direkt projektbezogenen Hilfestellungen bietet der Fonds alle Nebenleistungen entweder direkt oder durch Vermittlung und Finanzierung geeigneter Fachkräfte.

Hierzu zählen insbesondere:

- Die rechtliche Beratung bezüglich der Organisationsformen, des Gewerbe- und Steuerrechts und anderer relevanter Rechtsmaterien (z.B. Marktordnungsgesetze usw.)

- Die betriebswirtschaftliche Beratung, die sämtliche Bereiche vom betrieblichen Rechnungswesen, über die Kostenrechnung bis zur Absatzplanung umfaßt.
- Die Förderungsberatung, in der über die Möglichkeiten der Projektförderung aus öffentlichen Mitteln informiert wird und der Kontakt zu den zuständigen Stellen im Sinne einer aktiven Anwaltschaft hergestellt wird.

Der Bergland-Aktions-Fonds organisiert über diese projekt-
unterstützenden Tätigkeiten hinaus noch folgende Aktivitäten:

- Organisation regionaler Informationsveranstaltungen über alternative Produktions- und Vermarktungsmöglichkeiten, sowie über entsprechende Förderungsmöglichkeiten.
- Einsatz von Regionalbetreuern,
- Aufbau einer Informationsbank zu Fragen der alternativen Produktion, der Direktvermarktung und der rechtlichen Probleme selbstverwalteter Projekte.
- Veranstaltung von Seminaren, in dem Regionalbetreuer und Projektinitiatoren ihre Erfahrungen austauschen.
- Marktforschung, Entwicklung und Einführung neuer Produkte.
- Beratung des Bundeskanzleramtes bei der Beurteilung von Förderungsanträgen und bei der Durchführung der Sonderaktion.

Der Bergland-Aktions-Fonds versteht sich als ein Verknüpfungspunkt in einem Netzwerk von Selbsthilfeprojekten in benachteiligten ländlichen Gebieten und zwischen diesen und den Städten. Als längerfristiges Ziel beabsichtigt der

Fonds, auch in seiner eigenen Finanzierung unabhängiger von öffentlichen Zuwendungen zu werden. Dazu ist der Aufbau eines Finanzierungssystems beabsichtigt, das durch Abgaben (Selbstbesteuerung z.B. in Form eines Promillsatzes vom Umsatz) der Mitgliedsprojekte gespeist wird.

Im Falle der BERSTA hat der Bergland-Aktions-Fonds alle oben aufgezählten Formen der Unterstützung eingesetzt, insbesondere:

- Produktionstechnische Beratung der Bauern bzw. der Vermittlung,
- betriebswirtschaftliche Beratung der BERSTA,
- Unterstützung der BERSTA in personalpolitischer Hinsicht,
- finanzielle Unterstützung durch Bürgschaftsübernahme, direkte Förderung und Vermittlung von Förderungen,
- Unterstützung der BERSTA in der Öffentlichkeitsarbeit.

4.5.2.5 Die Aufbau- und Begleitarbeit in Wien

In einer Zeit des Greißlersterbens und der immer weiter um sich greifenden Anonymisierung und Zentralisierung des Lebensmittelhandels sind neue Produkte in der Regel nur mit großen Werbemätzchen und entsprechenden Kosten auf dem Markt unterzubringen. Dieser Weg stand der BERSTA von vornherein nicht offen, weil er weder dem Ziel dieser Genossenschaft entspricht, noch aber hätte finanziert werden können. Somit stand die Genossenschaft von Anfang an vor einer Reihe widersprüchlicher Anforderungen:

- Sie sollte größer sein, als eine bloße Konsumenteninitiative, in der eine Gruppe von bewußten und kritischen Städtern den Einkauf von Lebensmittel für ihren Eigenbedarf organisiert. Denn schließlich geht es ja auch darum, daß durch die Tätigkeit der Genossenschaft ein

regionalwirtschaftlicher Effekt im Waldviertel ausgelöst werden soll, der über die Absatzchancen von 2 bis 5 Bauern hinausgeht.

- Sie sollte daher auch ein ganz normales Straßenpublikum einbeziehen, wobei davon ausgegangen wird, daß es möglich ist, durch mündliche und schriftliche Information beim Verkauf der Lebensmittel ein wachsendes Problembewußtsein beim Käufer zu erzeugen. Diese Informationen beziehen sich einerseits auf die möglichen Gefahren einer wachsenden Chemisierung der Lebensmittelerzeugung für den Konsumenten, andererseits aber auf die Situation der Produzenten im Waldviertel. Ersteres kann kurz als Apell an das Eigeninteresse (Gesundheit), zweiteres als Apell an die Solidarität bezeichnet werden.
- Sie sollte nicht nur ein Käuferpotential der gehobenen Mittelschicht und Intelligenz ansprechen, für welches höhere Lebensmittelpreise leicht verkraftbar sind, ja heute manchmal sogar in einer neuen Form des "Snobeffekts" ein Anreiz zum Kauf sind, sondern im Sinne einer echten Nahversorgungsfunktion allen Schichten eines Stadtteils zugänglich sein.
- Sie sollte darüber hinaus auch als Vermittler zwischen Bauern und Nicht-Letztverbrauchern, also Großabnehmern auftreten können und sich zu einer Art von regionalorientierter Sammel- und Verteilerorganisation für Produkte aus Kleinbetrieben des Waldviertels entwickeln können.

Eine derart breite Streuung der Ziele stellt sehr große Anforderungen an die Organisation, schafft eine große Zahl von Konfliktpotentialen innerhalb dieser und erfordert eine ganz neue Form der Geschäftsführung und der Kontrolle. Diese enorm schwierige Arbeit muß darüber hinaus auf einer schmalen Plattform geleistet werden, deren Ränder durch folgende Rah-

menbedingungen gekennzeichnet sind:

1. Die betriebswirtschaftliche Tragfähigkeit
2. Die Übereinstimmung mit den Prinzipien einer demokratischen und selbstverwalteten Basisorganisation.

Zu 1.: Die betriebswirtschaftliche Tragfähigkeit

Kapitalmangel, Personalintensität, hoher Dienstleistungscharakter, Risikoinvestitionen in neue Bereiche, niedrige Spannen und kleine Umsätze: Diese Begriffe charakterisieren die Genossenschaft in ökonomischer Hinsicht. Angesichts der oben genannten schwierigen Aufgaben wundert es daher nicht, daß die betriebswirtschaftliche Begrenzung der Plattform sehr eng ist und der Aufbau der Genossenschaft in diesern Hinsicht stark einem Seiltanz ähnelt. Andererseits setzen gerade die Bauern in das Gelingen - und das heißt unverzichtbar: in das ökonomische Gelingen - aber große Hoffnung, weil für sie mehr am Spiel steht, als für die Konsumenten. Aus Erfahrungen weiß man, daß das Scheitern einer solchen selbstorganisierten Initiativen gerade jene Beteiligten in die Resignation zurückstößt, denen Selbstorganisation und Risiko nicht so selbstverständlich möglich sind, wie wirtschaftlichen und/oder sozio-kulturell emanzipierten Vertretern der Subkultur in der Stadt.

Zu 2.: Die Übereinstimmung mit den Prinzipien einer demokratischen und selbstverwalteten Basisorganisation

Diese Prinzipien verlangen die Neutralisierung des Kapitals, die Bindung aller grundlegenden Entscheidungen an einen Diskussionsprozeß aller Beteiligten sowie die ständige Information von oben nach unten, sowie Kontrolle von unten nach oben.

Die Neutralisierung des Kapitals sehen wir unter zwei Aspekten:

a) Kapitalneutralisierung nach innen

Kapitalgebern (im engsten Sinn: Kapitaleigentümern) soll es unmöglich sein, Eigeninteressen auf Kosten anderer Personen, die direkt oder indirekt davon betroffen sind, kraft Kapitalbesitz durchzusetzen. Durch Zurückziehen von privatem Kapital darf die Organisation nicht in ihrer Existenz bedrohbar sein. Mit dem Androhen des Zurückziehens darf kein Einfluß auf die Geschäftspolitik ausübbar sein.

In einer Genossenschaft mit Kopfstimmrecht sind diese Formen der Kapitalherrschaft weitestgehend ausgeschlossen. Auf das erwirtschaftete Genossenschaftsvermögen kann kein Mitglied Anspruch erheben. Die Rückzahlung der Anteile ausscheidender Genossenschafter erfolgt nach Ende der Haftungszeit (in der Regel nach 2 Jahren) zum Nominalwert.

b) Kapitalneutralisierung nach außen

Obwohl die Rechtsform der Genossenschaft das Kapitalverhältnis nach innen weitgehend neutralisiert, zeigt die Geschichte der Genossenschaften dennoch, daß das nicht ausreicht, um zu verhindern, daß die Genossenschaft einen Akkumulations- und Expansionskurs einschlägt, der vollständig demjenigen kapitalistischer Konzerne gleicht.

Eine Kapitalneutralisierung nach außen kann nur darin bestehen, den aus dem Kapitalverhältnis und der betrieblichen Entscheidungsstruktur resultierenden strukturellen Zwang zur Durchsetzung eines nur betrieblich ausgerichteten Kapitalverwertungsstrebens (Akkumulationsstrebens)

abzubauen. Auf die äußeren Zwänge, (z.B. die Konkurrenz) kann der Einzelbetrieb nur dadurch Einfluß nehmen, daß er Käuferschichten gewinnt, die bereit sind, aus Anerkennung und Solidarität mit den Zielen des Betriebes höhere Preise zu akzeptieren, wenn die Gründe dafür im zielkonformen Verhalten des Betriebes liegen (z.B. höhere Erzeugerpreise für die benachteiligten Bauern = höhere Einstandspreise = höhere Verkaufspreise).

Ein weiterer Schritt auf die Kapitalneutralisierung nach außen liegt im Aufbau demokratischer und selbstverwalter Organisations- und Entscheidungsstrukturen.

Vor allem wegen der oben genannten Vielfalt der Strategien, die notwendig sind, um alle Zielgruppen der Genossenschaft einzubeziehen, ist eine ständige und breite Diskussion innerhalb der Genossenschaft unabdingbar, weil nur so verhindert werden kann, daß sich die einzelnen Teilgruppen wechselseitig enttäuschen und dann entweder den resignierten Rückzug antreten oder aber zum altbekannten Mittel des Fraktionskampfes greifen, um so die Genossenschaft ihren Zielen dienlich zu machen.

Alle diese Demokratiekriterien lassen wenig Spielraum, zumal wenn man bedenkt, daß eine starke Störung der Funktionsweise der Genossenschaft in bezug auf ihre organisatorischen und demokratischen Ziele die betriebswirtschaftliche Tragfähigkeit gefährden kann, weil dann der größte Teil der Energien in die internen Probleme fließt und der Geschäftsführung die notwendigen Kapazitäten entzogen werden.

Diese Problemliste klingt nicht gerade ermutigend und machtvoll, warum so viele Alternativprojekte scheitern. Auf eine kurze Formulierung gebracht besteht die Grundschwierigkeit darin, innerhalb der bestehenden Wirtschaft ein Element einer Alternativökonomie aufzubauen, das trotz

seiner (vom bestehenden System her gesehenen) strukturellen Unterlegenheit konkurrenzfähig ist.

Wir sind daher auch nicht in der Lage, ein Patentrezept zur Lösung bereitzustellen. Im folgenden soll aber dargestellt werden, wie die BERSTA diese Probleme angeht.

In der BERSTA werden vier Zielgruppen und dementsprechend vier Teilorganisationsbereiche unterschieden:

1. Der Aktivistenkreis

Dieser Kreis bildete von Anfang an die Gründergruppe in der Stadt, dann den Arbeitskreis für den Aufbau und das Proponentenkomitee und schließlich den Stand der Wiener Genossenschaft. Er wird erweitert durch Genossenschafter aus dem Bekanntenkreis der Aktivistengruppe. Diese Gruppe bezieht von den Produzentengenossenschaftern einen Großteil der gesamten Produktionspalette in jenen Mengen, die dem Eigenbedarf entsprechen. Darüber hinaus übernehmen Mitglieder dieser Gruppe die Belieferung der eigenen Wohngegend im Wege der Nachbarschaftshilfe.

Diese Gruppe trifft sich monatlich und bespricht mit dem Vorstand und dem Geschäftsführer der Genossenschaft anstehende Probleme (Preise, Produktpalette, Qualität, Organisation usw.) und beauftragt den Vorstand mit der Einbringung und Diskussion der Ergebnisse auf der folgenden Vorstandssitzung.

2. Der gesundheitsbewußte Stammkundenkreis

Dieser Kreis wurde durch Informationen in Zeitungen, Fernsehen und im Kino (Wochenschau), über die Ausstellung der Österreichischen Bergbauernvereinigung: "Es geht auch anders, Bergbauern gehen neue Wege und suchen

neue Verbündete" und durch Mundpropaganda gewonnen.

Das Hauptmotiv zum Einkauf ist in dieser Gruppe der Wunsch, unverfälschte und qualitativ hochwertige Lebensmittel zu beziehen. Erst in zweiter Linie interessiert diese Gruppe die gesellschaftspolitischen und regionalwirtschaftlichen Zielsetzungen der BERSTA. Daher ist es diesem Kundenkreis gegenüber besonders wichtig, durch regelmäßige Information auf die Gleichrangigkeit von politischen und ökologischen Aspekten in den Zielsetzungen der Genossenschaft hinzuweisen. Zu diesem Zweck wurde eine Animationsgruppe aus dem Aktivistenkreis gebildet, die regelmäßig Veranstaltungen organisiert und Informationen gibt, unter anderem in Form einer Zeitung, in der anschaulich über die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Waldviertler Bauern berichtet wird.¹⁾

Ein wichtiges Ziel dieser Informationsarbeit ist es, aus diesem Stammkundenkreis Menschen zu gewinnen, die sich über den regelmäßigen Konsum hinaus aktiv in der BERSTA als Konsumentengenossenschafter betätigen.

3. Der Kreis der Gelegenheitskunden aus der Geschäftsumgebung und der Umgebung der Märkte

Dieser Kreis kommt in der Regel nicht gezielt, und unter Inkaufnahme einer weiten Anfahrtstrecke - also zufällig und bedingt durch die Wohnsituation mit der BERSTA in Berührung. Das Hauptmotiv zum Einkauf liegt in dieser Gruppe in der Bedarfsdeckung, daher sind für sie die Größe der Produktpalette, die Regelmäßigkeit des Angebotes und die Preise entscheidender für die Kaufent-

¹⁾ Vergleiche dazu das Beispiel im Anhang zu diesem Kapitel.

scheidung als in den vorgenannten Gruppen. Dementsprechend muß das Hauptgewicht der Informationsarbeit von Seiten der BERSTA hier auf dem regelmäßigen Gespräch und der glaubwürdigen Präsentation liegen. Hier geht es vor allem darum, durch Offenlegung der Preiskalkulationen den Leuten klarzumachen, daß die höheren Preisen nicht auf höhere Gewinnspannen, sondern auf höhere Erzeugerpreise zurückzuführen sind. (Wobei als Kalkulationsgrundlage ein Lohnansatz von S 50,-- pro Arbeitskraftstunde eingesetzt wird).

Ein Beispiel für diese Informationsarbeit bietet der Text eines Flugblattes:

"Das Waldviertel ist ein gutes Kartoffelland!! Die Kartoffeln werden im Waldviertel aufgrund des rauen Klimas später reif als in anderen Kartoffelanbaugebieten Österreichs. Auf dem 'freien Markt' wird diese Naturgegebenheit zum wirtschaftlichen Nachteil.

Heuer wird den Waldviertler Bauern in den Lagerhäusern ein Kartoffelpreis von 50 - 80 g/kg bezahlt. - Daß dieser Erlös den Arbeitsaufwand schlecht bis gar nicht abdeckt, kann sich jeder vorstellen.

Die Situation der Kleinbauern in einem Gebiet wie im Waldviertel ist äußerst schwierig. Wenn sie als Bauern nicht mehr genug Einkommen erwirtschaften, finden sie oft nur Arbeit in krisenanfälligen Niedriglohnindustrien, oder sie sind gezwungen, nach Wien zu pendeln.

Die BERSTA, Berg-Stadt Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft die ein Zusammenschluß von Wiener Konsumenten und Waldviertler Bergbauern ist, hat sich das Ziel gesteckt, zu zeigen,

- o daß es möglich ist, daß Konsumenten natürliche Lebensmittel zu einem günstigen Preis erhalten und
- o daß die Bauern einen angemessenen Preis erzielen (1,20 - 1,60 S pro Kilo)
- o daß mehr aktive Zusammenarbeit zwischen Bauern und Konsumenten beiden nützt.

Ab Oktober ist in Wien eine Kartoffelaktion geplant, in der vor allem ungespritzte Kartoffeln, aber auch Biologische Kartoffeln auf verschiedenen Plätzen in Wien und im BERSTA Bergbauernladen angeboten werden."

Ein wichtiges Ziel der BERSTA ist es, daß der Kreis der Gelegenheitskunden ausgeweitet wird und die Genossenschaft somit eine echte Nahversorgungsfunktion übernehmen kann. Zu diesem Zweck wurde der Geschäftsstandort von der Spittelberggasse in die Nähe des Brunnenmarktes in Wien Ottakring verlegt. Darüber hinaus hat die BERSTA das Marktfahrgewerbe erworben und wird ab Herbst 1980 jedes Wochenende auf einem (bzw. mehreren) Märkten Wiens verkaufen.

4. Der Kreis der Großabnehmer

Die regionalwirtschaftlichen Zielsetzungen machen es erforderlich, daß die BERSTA auch die Funktion einer Verteilerorganisation an Nicht-Letztverbraucher übernimmt. Großabnehmer sind sowohl Aktionsgruppen, Alternativläden und Alternativgasthäuser, als auch traditionelle Versorgungseinrichtungen (z.B. Großküchen). Der Aufbau dieses Abnehmernetzes liegt in erster Linie im Aufgabenbereich des Geschäftsführers.

Neben diesen konsumentenbezogenen Aktivitäten gibt es noch den weitgefächerten Bereich der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit.

In die Öffentlichkeitsarbeit gehören unter anderem folgende Tätigkeiten:

- regelmäßige Kontakte mit Journalisten
- Abhaltung von Informationsveranstaltungen über Ziele und Arbeitsweise der Genossenschaft
- Mitarbeit bei Veranstaltungen und Festen
- regelmäßige Herausgabe einer Genossenschaftszeitung
- Zusammenstellung von Bild- und Informationsmaterial über die Situation im Waldviertel
- Vermittlung eines "Stadt-Land-Austausches" in Form von Arbeitseinsätzen bei Bauern, Urlaub am Bauernhof usw.

4.5.2.6 Organisation, Kosten und ökonomische Planung in der BERSTA

Der Geschäftsbeginn der BERSTA erfolgte nicht auf einmal, sondern schrittweise. Ein wichtiger Punkt war die Übernahme der ÖBV-Abgabestelle in der Spittelberggasse, Anfang April 1980.

Die Phase von April bis September 1979 kann als Aufbau- und Erprobungszeit gewertet werden, in der es darum ging:

1. Eine ausreichende Produktpalette sicherzustellen,
2. ein sicheres und kostengünstiges Belieferungssystem aufzubauen,
3. Genossenschafter und sichere Abnehmer in Wien anzusprechen und einzubeziehen,
4. eine gleichzeitig effiziente und partizipative Organisationsstruktur der einzelnen Genossenschaftsbereiche zu entwickeln,
5. ein Finanzierungs-, Rechnungs- und Planungswesen einzurichten.

Während dieser Phase wurde die BERSTA von der ÖBV gestützt. Dadurch war es möglich, trotz des relativ schlechten Standortes und trotz einer Reihe von Anfangsschwierigkeiten ein betriebswirtschaftlich akzeptables Ergebnis zu erzielen. Für die Monate April bis Juni wurde folgende Zwischenbilanz erstellt:

Vermögensbilanz (30. 6. 1980)

<u>A K T I V A</u>		<u>P A S S I V A</u>	
I. <u>Anlagevermögen</u>		I. <u>Eigenkapital</u>	36.000,--
Geschäftsaus-			
stattung	28.602,67		
II. <u>Umlaufvermögen</u>		II. <u>Darlehen Mit-</u>	
1. Vorräte Le-		glieder	23.000,--
bensmittel	33.906,47		
2. Vorräte EZA	14.084,82	III. <u>Verbindlichkei-</u>	
3. Vorräte Di-		ten	
verses	22.599,86	Lieferanten	72.266,17
4. Emballagen	954,58	Verb.ÖBV	74.570,50
5. Kassa	10.887,27	Finanzamt	6.129,74
6. Bank	94.293,73	Stadtkasse	330,--
7. Sonstige			
Forderungen	10.239,88	IV. <u>Reingewinn</u>	3.272,87
Summe Aktiva	215.569,28	Summe Passiva	215.569,28
	=====		=====

Gewinn- und Verlustrechnung (1.4.80 - 30.6.1980)

<u>A U F W A N D</u>		<u>E R T R A G</u>	
Handelswarenein-		Handelswerterlös	284.704,37
satz	254.571,25	Erlöse Märkte	30.559,50
Verpackung	4.964,44	Sonstige Erlöse	10.618,50
Personal	41.091,43		
Sonstiger Aufwand	21.982,38		
Gewinn	3.272,87		
	325.882,37		325.882,37
	=====		=====

Mit Oktober 1980 soll eine neue Phase des Genossenschaftsaufbaues beginnen, die durch die Übersiedelung in ein neues Geschäftslokal in einer belebten Wohngegend (Yppengasse 5 in Wien Ottakring) sowie durch eine Verbesserung im Transport- und Vertriebssystem gekennzeichnet ist.

Aus den vielfältigen Zielen der Genossenschaft resultieren einige ökonomische und organisatorische Probleme:

Höhere Preise für die Bauern bei relativ niedrigen Preisen für die Konsumenten (verglichen mit Reformhäusern) erfordern eine billige Organisation der Genossenschaft und niedrige Spannen.

Das Ziel einer breiten Wirksamkeit, durch die mehr Bauern des Waldviertels in die Vorteile eines Direktabsatzes in Wien kommen können, erfordert eine effiziente Organisation im Bereich des Verkaufs auch an Nicht-Letztverbraucher.

Beides macht es notwendig, sowohl mit hauptberuflichen Personen (Geschäftsführer, Verkauf) als auch mit einer größeren Anzahl ehrenamtlicher Personen aus dem Kreis der Genossenschaftler (Arbeitsgruppen entsprechend des Produktionsschemas der BERSTA) einzubeziehen. Insgesamt entstehen der BERSTA dadurch nicht unbeträchtliche Personalkosten.

Nach den bisherigen Erfahrungen kann eine Spanne von 30 % nicht überschritten werden. Es ergibt sich somit eine untere und obere Optimalitätsgrenze für die BERSTA:

Untere Grenze: Ca. 2,5 Mio. S. Umsatz

Obere Grenze: Ca. 4,0 Mio. S. Umsatz.

Unter der unteren Grenze kann die Genossenschaft nicht kostendeckend geführt werden. Ober der oberen Grenze treten wahrscheinlich große Fixkostensprünge auf, die nur durch ein

Abgehen vom angestrebten demokratischen Organisationsmodell zu bewältigen sein dürfte.

Zur Erreichung der unteren Grenze sind eine Reihe von Investitionen nötig:

- Ein Transportsystem von ausreichender Kapazität und vertretbaren Kosten pro km/kg.
- Ein Geschäftslokal an einem geeigneten Standort (Nahversorgungsfunktion, günstige Verkehrslage).

Aus diesem Grund wurde ein VW-Transporter Marke LT 35 (Diesel) mit 1.800 kg Nutzlast, Baujahr 1977 gebraucht erworben. (Kosten S 120.000,--)

Weiters soll ein Geschäftslokal mit Magazin, Büro und Lager in der Yppengasse 5, 1160 Wien angeschafft und renoviert werden. (Kosten S 100.000,--)

Umsatzprognose bis 1982:

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen und der Investitionen rechnen wir, daß sich der Umsatz 1981 gegenüber heuer verdoppeln und 1982 gegenüber 1981 um 50 % erhöhen läßt.

Maßgebend für diese Prognose ist auch, daß 1981 jedes Wochenende (Freitag Nachmittag und Samstag Vormittag) Märkte veranstaltet werden sollen und daß ab 1982 der Vertrieb an Nicht-Letztverbraucher Fußgefaßt haben soll.

	Umsatzprognose bis 1982		
	1980	1981	1982
Warenerlöse in 1000 S	1.260	2.520	3.780

Aufwandsprognose bis 1982

Aufwand	1980 ^{*)}	1981 ^{**)}	1982 ^{***)}
1. Fixkosten		(52.000	(130.000
Personal	39.000	(170.000	(200.000
		(78.000	(78.000
Miete	1.400	40.800	40.800
Strom	--	12.000	12.000
Büroaufwand	3.000	36.000	36.000
Werbung	5.600	--	60.000
Instandhaltung	1.000	20.000	30.000
AFA	--	20.000	20.000
Kreditrückzahlung	--	36.000	48.000
2. Sonstige Kosten			
Transportkosten	--	25.000	50.000
Verpackung	5.000	20.000	30.000
Geringwertige Wirt-			
schaftsgüter	2.100	15.000	30.000
Sonstiges	10.000	26.000	30.000
Summe 1 und 2:	67.100	550.800	794.800
			(874.280 ^{****)})
Wareneinsatz	255.000	1.990.800	2.910.600
			(2.910.600)
Summe 1,2 und 3:	322.100	2.541.600	3.705.400
			(3.784.900)

*) 1980 für die Zeit vom 1.4. - 30.6. aufgrund der durchgeführten Zwischenbilanz. Die ausgewiesenen Aufwendungen sind niedriger als die tatsächlichen, weil einen Teil davon die ÖBV trug.

**) Für 1981 wurden folgende Unterstützungen kalkuliert: 2/3 der Geschäftsführerkosten werden vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft getragen. Die Werbe- und Animationskosten werden vom Bergland-Aktions-Fonds getragen.

***) Für 1982 wurden folgende Unterstützungen kalkuliert: 50 % der Geschäftsführerkosten trägt das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft.

****) Unter Berücksichtigung einer 10-%igen Nettosteigerung der Fixkosten.

Ertragsprognose bis 1982 und Wirtschaftlichkeitsrechnung

Für den Vorschauzeitraum ist mit folgenden Erträgen und Er-
folgen zu rechnen:

Ertragsprognose und Wirtschaftlichkeit bis 1982

Erträge	1980 ^{*)}	1981 ^{**)}	1982 ^{***)}
Warenerlöse	315.000 (100)	2.520.000 (100)	3.780.000 (100)
-Wareneinsatz	255.000 (81)	1.990.800 (79)	2.910.600 (77)
Spanne	60.000 (19)	529.200 (21)	869.400 (23)
+Sonstige Er- träge	10.600	10.000	10.000
Deckungsbeitrag	70.600	539.200	879.400
-Fix- und son- stige Kosten	67.100	550.800	794.800 (874.280) ^{****)}
Gewinn (+)	+ 3.500		+ 84.600 (+ 5.120)
Verlust (-)		- 11.600	

- *) 1980 für die Zeit vom 1.4. - 30.6. aufgrund der durch-
geführten Zwischenbilanz
- **) 1981 Verdoppelung des Umsatzes gegenüber dem auf das
ganze Jahr hochgerechneten Wert 1980
- ***) 1982: Erhöhung des Umsatzes um 50 % gegenüber 1981
- ****) Unter Berücksichtigung einer 10-%igen Nettosteige-
rung der Fixkosten

4.5.2.7 Zusammenfassung

In der BERSTA wird der Versuch unternommen, alternative Formen der landwirtschaftlichen Produktion mit angeschlossener Weiterverarbeitung für benachteiligte Bauern des Waldviertels durch Aufbau einer integrierten Vermarktungseinrichtung neuen Typs zu ermöglichen. Damit trägt die BERSTA der zweifelsfreien Erkenntnis Rechnung, daß in der heutigen Marktsituation und angesichts der traditionsreichen Distanz zwischen Konsumenten und Produzenten alle einkommensverbessernden Produktionsalternativen Theorie bleiben müssen, wenn nicht vorweg bereits geeignete Formen des Vertriebs eingerichtet werden.

Die schwierige Aufgabe der BERSTA wird es sein, die beiden potentiell widersprüchlichen Zielsetzungen eines breitergestreuten Einkommenseffektes für die Bauern und des Überlebens am Wiener Markt einerseits, mit dem Ziel einer kleinen, demokratischen und auf gemeinsamer Beteiligung von Bauern und Städtern beruhenden Organisation andererseits zu vereinbaren.

Aus der bisherigen Tätigkeit wird ersichtlich, daß ein sehr großer Teil der Arbeit in die Information, Bildung und Beratung von Bauern und Konsumenten investiert wurde. Dies ist Voraussetzung für die Entwicklung der Genossenschaft im Sinne ihrer Ziele. Andererseits entstehen dadurch selbst dann, wenn ein Großteil dieser Arbeit unentgeltlich erbracht wird, nicht unbeträchtliche Kosten, die die sowieso geringe Ertragsbasis (geringe Spannen) noch weiter schmälert.

Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, daß eine große Zahl gesetzlicher Regelungen beachtet werden muß, was sich unweigerlich in relativ hohem zeitlichen und finanziellen Aufwand niederschlagen muß: Das gilt insbesondere für die Einhaltung der Bestimmungen des Lebensmittelgesetzes, der Lebensmittel-

kennzeichnungsverordnung sowie des Qualitätsklassengesetzes.

Wenn man selbstverwaltete Alternativprojekte einteilt in

- professionelle Projekte und
- Freizeitprojekte,

so muß man die Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft BERSTA als Projekt bezeichnen, das schwergewichtig professionell organisiert und orientiert ist, gleichzeitig aber ohne Mithilfe einer großen Zahl von "Freizeitbeschäftigten" ökonomisch scheitern, bzw. ihren Charakter als alternative Arbeits- und Gruppenform verlieren muß.

Gleichzeitig schafft diese duale Struktur eine große Zahl von Problemen im Bereich der Organisation, Information und Bezahlung und stellt somit eine starke Belastung für den Gruppenkontakt und das Gruppen"Feeling" dar. Es besteht strukturell die Gefahr, daß die "Professionisten" sich verselbständigen, weil sie unter dem Druck der täglichen Konfrontation mit einem Berg von Problemen die Arbeit zum überwiegendsten Teil allein in die Hand nehmen, und daß die "Freizeitbeschäftigten" demotiviert werden, weil sie sich vom Informations- und Entscheidungsfluß ausgeschlossen fühlen. Eine Lösung dieser Probleme ist noch nicht in Sicht.

Aus den bisherigen Erfahrungen der BERSTA haben verschiedene ähnliche, aber jüngere Erzeuger-Verbraucher-Initiativen den Schluß gezogen, man müsse eine weniger institutionalisierte und weniger professionelle Struktur für derartige Projekte finden, die weniger aufwendig und mit weniger internen Strukturproblemen behaftet ist. Hier ist vor allem die Erzeuger-Verbraucher-Initiative von Graz zu nennen, die sich als Verein konstituiert hat und die Bauernprodukte nicht auf eigenen Namen und auf eigene Rechnung verkauft, sondern den Verkauf für die Bauern nur vermittelt. Auf diese Weise fin-

den die Bestimmungen der Gewerbeordnung bzw. des Handelsrechts hier keine Anwendung. Daher muß diese Initiative weder Gewerbe- noch Mehrwertsteuer zahlen und ist auch nicht zur Führung einer doppelten Buchhaltung gezwungen.

Erst die Zukunft wird zeigen, welche Organisationsform für derartige Initiativen optimal ist. Bis dahin scheint es am günstigsten, wenn es zahlreiche und möglichst unterschiedliche Versuche gibt, die ihre Erfahrungen untereinander austauschen. In dieser Phase des Suchens und Ausprobierens ist es von besonderer Wichtigkeit, daß das Risiko für alle Beteiligten durch öffentliche oder durch selbstverwaltete Unterstützungs- und Geldleistungseinrichtungen (etwa ähnlich dem Bergland-Aktions-Fonds) in vertretbarem Rahmen gehalten wird.

4.5.3 Ein Modell selbstorganisierter Spezialproduktion für Berg- und Nebenerwerbsbauern (Lammfleischerzeugung)

4.5.3.1 Die Tauernlammgenossenschaft

4.5.3.1.1 Ziele und Struktur

Seit 1979 existiert im Raume Taxenbach - Zell am See (Pinzgau, Salzburg) diese Genossenschaft, die folgende Ziele verfolgt.

1. Die Verarbeitung und Vermarktung von Lammfleisch durch die bergbauerlichen Produzenten selbst, wodurch ein höheres Einkommen erzielt werden soll. Damit soll die Funktion der Genossenschaft für Bergbauern neu entwickelt werden. Die Tauernlamm-Genossenschaft soll eine Beispielfunktion für andere Bergbauern in den verschiedenen Regionen in Österreich haben.
2. Die Mitglieder der Genossenschaft in der Lammaufzucht und in der Erzeugung hochwertiger und marktgängiger Ware zu beraten und zu unterstützen.
3. Die gemeinsame Verwertung der Lämmer und Schafe.
4. Die gemeinsame Beschaffung der für die Schafhaltung notwendigen Anlagen.
5. Den Aufbau und die Durchführung eines gemeinsamen Gesundheits- und Pflegedienstes.
6. Die Organisation der Betriebsmittel für die Schafhaltung.
7. Die Bekanntmachung der von den Mitgliedern erzeugten Lämmer unter dem Begriff "Tauernlamm".
8. Die möglichst direkte, gemeinsame Lamm- und Schafvermarktung.

Es handelt sich hierbei somit um eine überbetriebliche Kooperation im Bereich der Produktion von Lämmern mit angeschlossener gemeinsamer Verwertung und Direktvermarktung.

Zur Zeit hat die Genossenschaft 25 Mitglieder und ca. 1000 Mutterschafe. Der Struktur nach sind etwa 70 % aller Mitglieder der Bergbauernbetriebe der Zone 3. Nicht-Bergbauern gibt es in der Genossenschaft keine. Etwa 80 % der Mitglieder sind Nebenerwerbsbauern. Für den Großteil der Mitglieder ist die Schafhaltung ein wesentlicher Produktionszweig, ca. 1/4 der Mitglieder hat sich überhaupt auf die Lämmermast spezialisiert und die Rinderhaltung weitestgehend aufgegeben. In dieser Mitgliederstruktur wird das Ziel der Genossenschaft sichtbar, die Lämmermast als alternativen Produktionszweig für extreme Bergbauern vorzubehalten.

Der Genossenschaft steht eine Gemeinschaftsalm zur Verfügung, auf der sich von Mitte Juni bis Mitte September ein Teil der Schafe befindet (ca. 600 Stück).

Der Entstehungsprozeß der Genossenschaft dauerte mehrere Jahre. Am Beispiel der Entwicklung des Betriebes des derzeitigen Obmanns Hans Wartbichler sollen die wichtigsten Entstehungsschritte und Entstehungsschwierigkeiten dargestellt werden.

4.5.3.1.2 Entstehung am Beispiel der Betriebsgeschichte Wartbichler

Der Hof der Familie Wartbichler ist ein typischer Bergbauernbetrieb des Pinzgaus. Fast 1.100 m hoch am Südhang über der Salzach bei Grieß gelegen, verfügt er über rund 24 ha Kulturland. Davon sind ca. 10 ha Wiesen, 10 ha Hutweiden und 4 ha Wald.

Die Großeltern von Hans Wartbichler kauften den Betrieb 1920. Seit 1940 bewirtschafteten ihn seine Eltern. Hans Wartbichler

war eines von 8 Kindern. Nach 1945 war der Betrieb als reine Subsistenzwirtschaft organisiert. Damals war der Betrieb weder durch eine Straße an das Tal angeschlossen, noch gab es elektrischen Strom.

1950 erfolgte die Elektrifizierung. 1958 wurde der Güterwegbau der etwa 7 km langen Zufahrt in Angriff genommen, der unter schwierigsten arbeitsmäßigen und finanziellen Bedingungen erst 1967 abgeschlossen werden konnte.

1962 verunglückte die Mutter von Hans Wartbichler 42-jährig durch eine durchgehende Kuh tödlich. Hans Wartbichler übernahm den Betrieb.

Ab ca. 1960 setzte die Modernisierungs- und Intensivierungsphase auf den Bergbauernbetrieben der Gegend ein: Durch die Aufdüngungsaktion wurde billigster Kunstdünger herangeschafft, über die halbfertige Straße gelangte er auch bis zum Hofe Wartbichlers. Zunächst wurde das Haus renoviert und 1966 schließlich der Neubau des Stalls mit Schwemmentmistung in Angriff genommen. 1970 erfolgte der Kauf eines Bergtraktors (Muli).

Alle diese Maßnahmen ermöglichten trotz Verringerung der intensiv genutzten Fläche die Aufstockung des Viehbestandes um ca. 50 % auf 12 Kühe und 16 Stück Jungvieh.

Die Kosten dieser Aufstockung aber zwangen Wartbichler bereits ab Mitte der 60-iger Jahre zur Ausweitung der außerlandwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit. Da der Rationalisierungseffekt der getätigten Investitionen unter den extrem ungünstigen Bedingungen gering war und die Milchviehhaltung hier besonders arbeitsintensiv ist, ging Wartbichler nur im Winter, und zwar als Liftwart in Zell am See, arbeiten.

Aus drei miteinander zusammenhängenden Gründen kam es 1972/1973 zu einer schweren Betriebskrise:

1. Intensivierungsgrenze der Milchviehhaltung am Steilhang

Recht bald zeigte sich, daß der Intensivierung unter den naturgegebenen Verhältnissen, wie sie am Hofe von Wartbichler vorliegen, enge Grenzen gesetzt sind, weil weder eine stärkere Beweidung der steilen Wiesen ohne große Schäden, noch die Einbringung des vermehrt anfallenden Grünfutters auf arbeitswirtschaftlich vertretbare Weise mehr möglich war.

2. Rückgang der Bodenfruchtbarkeit

Durch die Begüllung und den steigenden Einsatz von Handelsdüngern ließ sich nur kurze Zeit der erwartete Effekt erzielen. Ab 1972 kam es dann zu starken Ertragseinbußen, einer Verarmung des Artenreichtums auf den Wiesen und einer Überhandnahme hartnäckiger Unkräuter. Auf einem Teil der Wiesen war diese negative Entwicklung so ausgeprägt, daß Wartbichler heute noch vom völligen Ertragszusammenbruch spricht.

3. Erkrankung von Hans Wartbichler

Als Folge der Arbeitsüberlastung und der gesundheitschädlichen Arbeitsbedingungen am Schilift erkrankte Hans Wartbichler 1972/73 schwer. Es trat völlige Arbeitsunfähigkeit und eine chronische Schädigung der Gesundheit ein.

In dieser äußersten Notsituation kaufte Wartbichler 1972 seine erste Schafherde. Dieser Schritt wurde durch die Gewährung eines Kredites durch eine Seilbahngesellschaft in Zell am See beschleunigt, die ihm als Ersatz für seine Tätigkeit als Liftwart das Angebot machte, die Pisten im Sommer mit Schafen abzuweiden. Wartbichler wählte aus Rentabilitätsüberlegungen heraus nicht Berg- sondern Texelschafe. Da diese Rasse sich nicht für die bei uns notwendige lange Winterstallhaltung eignet, erkrankte der Großteil der Herde an verschiedenen Virusinfektionen. Dies führte zum Verlust der ge-

samen Schafherde im Winter 1973.

In dieser prekären Situation erhält Hans Wartbichler eine Hilfe von außen: 1974 wurde die Österreichische Bergbauernvereinigung gegründet: Diese Gruppe hatte sich zum Ziel gesetzt, die Probleme der Bergbauern in Form der Selbsthilfe und Selbstorganisation aufzuarbeiten und Lösungen zu finden. Einer der ersten Schwerpunkte ihrer Arbeit bestand im Aufbau von Maschinen- und Betriebshilferingen, die in Eigenregie von den Bauern organisiert wurden.

1974 ging aus dieser Initiative der Maschinenring Pinzgau hervor, dessen Existenz für Hans Wartbichler eine große Hilfe bedeutete. Gleichzeitig erwies sich das gemeinsame Diskutieren und Aufarbeiten der Probleme in kleinen Gruppen als Rückhalt und emotionelle Stütze und motivierte einige Bergbauern dazu, aus der Misere der traditionellen Modernisierungsstrategie Konsequenzen zu ziehen: 1974 wurde ein Lämmering gegründet. Bis 1977 erwarb sich Hans Wartbichler in einer kleinen Gruppe die notwendigen Kenntnisse für eine moderne Qualitätslammerzeugung. 1977 organisierte diese Gruppe von Bergbauern eine Exkursion nach Bayern, wo die dortige Schafhaltervereinigung besucht wurde. Aus den Anregungen entstand danach die Idee einer selbstorganisierten Lammfleischerzeugung- und -vermarktung. Die Vorteile einer extensiven Form der Viehhaltung (Arbeitersparnis) sollten möglichst ohne deren Nachteile (geringes Einkommen pro Fläche) verwirklicht werden. Aus diesem Grund strebte man an, einen Teil der freien Arbeitskräfte in die Verwertung und Vermarktung des gemeinsamen Produktes zu investieren, um damit für alle eine höhere Wertschöpfung bzw. höhere Einkommen möglich zu machen.

1977 stellte Hans Wartbichler die Milchlieferung ein. Die Umstellung war vollzogen. Heute ist Hans Wartbichler wieder Vollerwerbsbauer.

Als Vorteile der Lämmermast für die Bergbauern nennt er:

- Im Sommer keine Stallarbeit
- bodenschonende Beweidung
- keine Trittstellen, dichte Grasnarbe
- steile Leiten sind mit Maschinen leichter befahrbar
- keine Melkarbeit.

4.5.3.2 Betriebswirtschaftliche Aspekte der Lämmermast

Die Aufbauarbeit der Salzburger Bergbauerngruppe, die schließlich zur Gründung der Tauernlammgenossenschaft führte, kann als Pioniertat gewertet werden. Ohne Unterstützung von außen und ohne Rückhalt eines finanziellen Polsters wurde die traditionelle Schafhaltung in einem wirtschaftlich tragfähigen neuen Produktionszweig mit besonderer Eignung für Nebenerwerbsbauern im steilen Berggebiet umgewandelt.

Diese Umwandlung der traditionellen Schafhaltung erfolgte in drei Richtungen:

1. Umstellung auf marktgängiges Qualitäts-Lammfleisch

Das bei uns traditionell gebräuchliche Bergschaf hat zwar hervorragende Eigenschaften, was die Fruchtbarkeit und die Widerstandsfähigkeit gegenüber den alpinen Klimabedingungen betrifft. Seine Vermarktung ist aber dadurch beschränkt, daß es relativ wenig Fleisch ansetzt und geschmacklich nicht optimal den Nachfragegewohnheiten entspricht. Viele Konsumenten lehnen den Genuß dieses Fleisches ab, weil sie durch den Geschmack an das "Schöpserne" erinnert werden, dem in Erinnerung an die Nachkriegszeit der "Geruch der armen Leute" anhaftete.

Durch Kreuzung weiblicher Bergschafe mit Texel- oder Schwarz-

kopfwiddern (Fleischrassen) läßt sich dagegen ein Kreuzungslamm erzielen, das die Vorteile beider Rassen in sich vereint.

2. Kontinuierliche Marktbeschickung durch Verteilung der Ablammungen über das ganze Jahr

In der traditionellen Schafhaltung im alpinen Gebiet erfolgt die Schlachtung überwiegend nach dem Almadtrieb in den Monaten September und Oktober, weil sich die Bauern das Durchfüttern der Tiere durch den Winter ersparen wollen. Mindestens 75 % des gesamten Jahres-Schlachtvolumens kommen in diesen beiden Monaten auf den Markt. Die im Herbst geborenen Lämmer werden in der traditionellen Schafhaltung im nächsten Sommer auf die Alm getrieben und erst im nächsten Herbst geschlachtet. Auf diese Weise kommen viel zu viele Schafe mit zu hohem Alter auf den Markt, so daß auch von daher die österreichische Schaffleischproduktion nicht mit der ausländischen, die die Lämmer mit einem Alter von 4 - 5 Monaten und einem Schlachtgewicht von ca. 40 kg auf den Markt bringt, konkurrenzfähig ist.

Die Folge dieser Konzentrierung der Schlachtungen auf die beiden Monate September und Oktober ist ein Preisverfall um mindestens 25 %. Eine gleichmäßige Marktbeschickung ist jedoch nicht nur eine Voraussetzung für befriedigende und konstante Preise, sondern auch für den Aufbau und die Erhaltung des Marktes.

Die Tauernlamm-Genossenschaft versucht, diese Fehler der traditionellen Schafhaltung auszugleichen. Dies erfordert kontinuierliche Beratung und Betreuung der Bauern. Der notwendige Lernprozeß kann allerdings erst mittelfristig durchschlagende Erfolge bringen. Ein objektives Hindernis für eine absolut gleichmäßige Marktbelieferung liegt auch in der Tatsache, daß ein Großteil der Schafe über den Sommer auf der Alm ist, wo ein Ablammen wegen des hohen Risikos uner-

wünscht ist.

Der Tauernlamm-Genossenschaft ist es bisher schon gelungen, den Anteil der Herbstschlachtungen auf ca. 50 % zu reduzieren.

3. Selbstorganisation des Gesundheitsdienstes

Für den Erfolg der Lämmermast ist die Anzahl der pro Mutterschaf und Jahr aufgezogenen Lämmer von größter Bedeutung. Da nur gesunde Tiere die gewünschten Leistungen erbringen können, muß dem Gesundheitsdienst besonderes Augenmerk geschenkt werden. In den gebräuchlichen Deckungsbeitragskalkulationen wird mit Tierarzt- und Medikamentenkosten zwischen S 130,-- und S 190,-- je Mutterschaf gerechnet.¹⁾

Der Tauernlamm-Genossenschaft ist es durch Einsatz einer mobilen Gemeinschaftsanlage gelungen, diese Aufwandsposition auf S 80,-- pro Mutterschaf zu reduzieren.

Von offizieller Seite stand man den Aktivitäten der Tauernlamm-Genossenschaft sehr skeptisch und distanziert gegenüber. Nicht nur der Erfolg der Tauernlamm-Genossenschaft gibt heute dieser Initiative recht, sondern auch die Tatsache, daß seit etwa 2 Jahren nun auch die offizielle Agrarberatung und Agrarpolitik die Lämmermast als Alternative preist und fördert.

1) vgl. PFINGSTNER, o.J. und den Katalog der Standarddeckungsbeiträge 1979/80.

4.5.3.3 Die wirtschaftliche Situation der Lämmermast in
der Tauernlamm-Genossenschaft

Deckungsbeitragsrechnung für die Schafhaltung im Rahmen der
Tauernlamm-Genossenschaft

7	Mutterschafte je ha	
2	aufgezogene Lämmer pro Mutterschaf	
1,8	verkaufte Lämmer pro Mutterschaf	
	Lämmerpreis pro kg	S 25,--
	Alttierpreis pro kg	S 20,--
	Wollpreis pro kg	S 38,--

Rohhertrag je ha

10,15 Lämmer à 40 kg	S 10.150,--
Alttiere (82 kg)	S 1.640,--
Wolle (21 kg)	S 798,--
	<u>S 12.588,--</u>
	=====

Variable Spezialkosten pro ha

Bestandergänzung	S 1.640,--
Kraftfutter (50 kg pro Mutterschaf und Lämmer)	S 1.400,--
Gesundheitsdienst (selbst- organisiert) S 80,- pro Mutterschaf und Lämmer	S 570,--
Einstreu (Stroh)	S 630,--
Düngung (kein N, K ₂ O, 30 kg P ₂ O ₅)	S 375,--
Variable Maschinenkosten	S 400,--
Sonstiges	<u>S 400,--</u>
	<u>S 5.415,--</u>
	=====
Deckungsbeitrag	<u>S 7.173,--</u>

Der Deckungsbeitrag von rund S 7.100,-- pro ha für Betriebe in der Tauernlamm-Genossenschaft liegt deutlich höher als der vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft bzw. den Landwirtschaftskammern kalkulierte Standarddeckungsbeitrag von rund S. 6.200,--. Die Ursache dafür liegt darin, daß die Tauernlamm-Genossenschaft auf den Einsatz mineralischer Dünger fast gänzlich verzichtet und durch die gemeinschaftliche Organisation des Gesundheitsdienstes hier mit vergleichsweise sehr niedrigen Kosten auskommt. Einen Vergleich zwischen Schafhaltung (Tauernlamm) und Milchviehhaltung (Standarddeckungsbeiträge) zeigt folgende Tabelle.

Tabelle 11 : Deckungsbeiträge Schafhaltung (TL) und Milchviehhaltung je ha und Ak/h:

	Deckungsbeitrag je ha S	Ak/h je ha	Deckungsbeitrag je Ak/h S
Milchviehhaltung (3000 kg p.a.)	10.000,--	200	50,--
Schafhaltung Tauernlamm	7.173,--	80,--	90,--

Da für die Einkommensentwicklung die zusätzlich zu berücksichtigenden Fixkosten pro ha bei der Schafhaltung deutlich niedriger sind als bei der Milchviehhaltung im Berggebiet, ist sie sowohl bezüglich des Einkommens pro ha als auch bezüglich des Einkommens pro eingesetzter Arbeitskraftstunde der Milchviehhaltung überlegen.

Tabelle 12: Landwirtschaftliches Einkommen in der
Milchvieh- und Schafhaltung

	S ja ha	S je Arbeits- kraftstunde
Milchviehhaltung (Fixkosten ¹⁾ ²⁾ Je ha S 8.673,-- Je Ak/h S 43,--	1.327,--	7,--
Schafhaltung (Fixkosten ¹⁾ ³⁾ Je ha S 4.130,-- Je Ak/h S 54,--	2.873,--	36,--

Die Schafhaltung bringt den Betrieben der Tauernlamm-Genossenschaft gegenüber der Milchviehhaltung somit

eine Erhöhung des Einkommens pro ha um 116 %,
eine Erhöhung des Einkommens pro Ak/h um 414 %,
eine Verringerung der Arbeitsbelastung um 60 %,
pro ha.

-
- 1) Durch überbetriebliche Kooperation im Maschinenring können die Fixkosten erheblich gesenkt werden.
 - 2) Fixkosten für einen Betrieb mit 10 GVE, 1 GVE je ha.
 - 3) Fixkosten für denselben Betrieb, allerdings mit einem billigen Stallgebäude für Schafe.

4.5.3.4 Betriebswirtschaftliche Aspekte der Lämmermast

Das Lammfleisch gehört zu jener seltengewordenen Gruppe landwirtschaftlicher Produkte, in denen die Nachfrage deutlich über dem Angebot liegt und bei denen eine beträchtliche Konsumexpansion möglich erscheint (der durchschnittliche pro-Kopf-Verbrauch pro Jahr liegt bei ca. 50 dkg, das sind 0,6 % des durchschnittlichen pro-Kopf-Fleischkonsums). Bei geeignetem Marketing und bei Lieferung von Kreuzungslammfleisch in hervorragender Qualität müßte es möglich sein, eine wachsende Zahl von Konsumenten vom Wohlgeschmack zu überzeugen. In den vergangenen 10 Jahren ist der Lammfleischimport um das 14-fache, der Wert dieser Importe sogar um das 20-fache gestiegen.

Der derzeitige Lammfleischimport entspricht rund 40.000 bis 50.000 Lämmern (je nach Schlachtgewicht). Bei einer Ausdehnung des pro-Kopf-Konsums von jährlich 10 dkg würde zusätzlich ein Markt für rund 40.000 Lämmer jährlich geschaffen werden. Es sollten daher große Anstrengungen unternommen werden, die bestehenden Importe im Wert von ca. 2 Mio. S so weit als nur möglich zu substituieren und die wachsende Nachfrage aus der heimischen Produktion zu decken.

Allerdings gibt die jüngste Entwicklung hier kaum Anlaß zu optimistischen Prognosen. Die Schafffleischimporte stiegen nämlich im ersten Halbjahr 1979 um 40 % gegenüber dem Vergleichszeitraum 1978. Damit dürfte der Schafffleischimport im vergangenen Jahr den höchsten jemals erzielten Wert erreicht haben, nachdem die Importe in den Jahren 77 und 78 leicht zurückgegangen waren. Der derzeitige Schafffleischimport dürfte etwa 60.000 bis 70.000 Lämmern entsprechen.

Weisheit hat die wachsenden Absatzchancen, aber auch die Gefahren wachsender Importe und die Notwendigkeit einer Neuorganisation der österreichischen Schafhaltung schon 1977 dia-

gnostiziert. Seiner Meinung nach ergebe die Lammfleischerzeugung rentable und arbeitswirtschaftlich tragbare Produktions- und Einkommensmöglichkeiten für etwa 10.000 Nebenerwerbsbauern.¹⁾

4.5.3.5 Verwertung und Vertrieb in der Tauernlamm-Genossenschaft

In der Tauernlamm-Genossenschaft gibt es zwei Formen der Verwertung und Vermarktung der schlachtreifen Lämmer:

1. Die Hausschlachtung und Direktvermarktung durch einzelne Mitglieder.
2. Die gemeinsam organisierte Schlachtung und Vermarktung.

Zu 1: Diese Formen der Verwertung bzw. des Vertriebs ist die ältere und einfachere Form der Direktvermarktung. Vorwiegend jene Betriebe führen sie durch, die gute Absatzchancen im eigenen Fremdenverkehrsbetrieb haben. Diese Form umfaßt somit neben dem Eigenverbrauch den regional engsten Kundschaftskreis. Für den Absatz größerer Mengen, wie sie vor allem auf Betrieben anfallen, die sich auf Lämmernmast spezialisiert haben (100 und mehr Lämmer pro Betrieb und Jahr), sowie zur Erschließung des überlokalen und überregionalen Marktes ist diese Form der individuellen Direktvermarktung nicht geeignet.

Zu 2: Das Schwergewicht der Tauernlamm-Genossenschaft liegt daher auf der gemeinsam organisierten Schlachtung und Vermarktung. Die Tauernlamm-Genossenschaft ist hierbei den Weg möglichst niedriger Fixkostenbelastung ge-

1) Vgl. WEISHEIT, 1977, S. 302.

gangen, d.h. sie hat bisher darauf verzichtet, eigene Anlagen zu errichten. Der Sinn dieser Maßnahme liegt darin, zumindest in der Aufbauphase möglichst wenig Eigenkapital zu binden bzw. möglichst wenig Fremdkapital einzusetzen. Aus diesem Grund hat die Tauernlamm-Genossenschaft mit zwei Fleischhauern in der Gegend Verträge geschlossen, in denen die Benützung deren Schlacht- und Kühlhäuser, sowie die Entschädigung der Fleischer für ihre Arbeitsleistung beim Schlachten und Zerteilen der Schlachtkörper geregelt werden. Gleichzeitig übernehmen diese Fleischer die Abdeckung gegenüber den gewerberechtlichen Bestimmungen.

Die Vermarktung erfolgt nach dem Prinzip des Vorranges der regionalen gegenüber der überregionalen Vermarktung: In der Region (d.h. im Pinzgau) erfolgt die Vermarktung einerseits über einen wöchentlichen Bauernmarkt in Zell am See und andererseits über ein Netz von privaten Kunden. Überregional erfolgt die Vermarktung in der Stadt Salzburg auf einem wöchentlichen Bauernmarkt und in Wien über die Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft "Berg-Stadt-BERSTA". Die Lieferungen nach Wien erfolgen monatlich nach einem fixierten Plan. Abgesetzt werden hier in erster Linie bestellte Lammteile bzw. halbe, ausgelöste Schlachtkörper.

Für die Jahre 1980 bis 1982 wurde folgender Absatzplan gestellt:

Prognose 1980 bis 1982, Gesamtbeträge

		Lämmer	Altschafe 2)	Felle 2)	Häute 2)	Schafgarn 3)	Gesamtertrag
1980	Mengen Spannen Gesamtertrag 4)	300/300/300 1) 80,- 142,- 10,- 24.000,- 42.600,- 3.000,-	500 56,- 28.000,-	200 100,- 20.000,-	600 50,- 30.000,-	550 82,- 45.100,-	192.700,-
1981	Mengen Spannen Gesamtertrag 4)	600/500/300 1) 80,- 200,- 42,- 48.000,- 100.000,- 12.600,-	750 56,- 42.000,-	300 100,- 30.000,-	900 50,- 45.000,-	800 82,- 65.600,-	343.200,-
1982	Mengen Spannen Gesamtertrag 4)	800/600/400 1) 80,- 200,- 42,- 64.000,- 120.000,- 16.800,-	1000 56,- 56.000,-	400 100,- 40.000,-	1200 50,- 60.000,-	1100 82,- 90.200,-	447.000,-

1) In der Region/in Salzburg/in Wien

2) Stück

3) kg

4) Einnahmen minus Ausgaben

Aus dieser Übersicht geht hervor, daß die Vermarktung in Wien wirtschaftlich problematisch ist. Dies resultiert daraus, daß hier die Einnahmen pro Lamm niedriger sind, als auf den regionalen Märkten im Pinzgau und in der Stadt Salzburg. Gleichzeitig sind aber die Transportkosten höher.

Einnahmen, Ausgaben und Erträge

Einnahmen pro Lamm

in der Region	in Salzburg	in Wien
1.400,--	1.500,--	1.360,--

Ausgaben pro Lamm

	in der Region	in Salzburg	in Wien
Lamm	1.000,--	1.000,--	1.000,--
Schlachtung und Zerlegung	158,--	158,--	158,--
Transport zur Schlachtung	60,--	60,--	60,--
Auslieferung	102,--	140,--	132,--
		(82,--) ¹⁾	(100,--) ¹⁾
Summe der Ausgaben	1.320,--	1.358,-- (1.300,--) ¹⁾	1.350,-- (1.318,--) ¹⁾

1) Bei voller Kapazitätsauslastung des LKW (erst ab 1981).

Ertrag pro Lamm

in der Region	in Salzburg	in Wien
80,--	142,-- (200,-- ¹⁾)	+ 10,-- (42,-- ¹⁾)

Erläuterungen zu den Ausgabenpositionen:

Die Tauernlamm-Genossenschaft zahlt für ein 40 kg schweres Lamm den Mitgliedern S 1.000,--, das ergibt einen Erzeugerpreis von S 25,-- für das Kilogramm lebend ab Hof. Dieser Preis liegt um ca. 2,-- S über dem üblichen Erzeugerpreis, der im Herbst, wenn der Großteil der Schafe auf den Markt gebracht wird, nur durch Bundes- und Landesstützungen in der Höhe von ca. S 6,-- bis S 7,-- auf diesem Niveau gehalten werden kann. Durch die EG-Marktordnung für Schafe und den Beitritt Griechenlands zur EG dürfte der Export von österreichischen Schafen nach Italien in Zukunft erschwert werden, so daß eine Aufrechterhaltung der Stützungsaktion als nicht sicher angesehen werden muß.

Der Transport der Lämmer zum Schlachthaus erfolgt in einem genossenschaftseigenen LKW. Die eingesetzten Kosten von S 60,-- pro Lamm ergeben sich auf der Basis von Kilometerkosten von S 5,-- und Arbeitskosten von S 65,-- pro Arbeitskraftstunde.

Die Schlachtkosten von S 158,-- setzen sich wie folgt zusammen:

1) Bei voller Kapazitätsauslastung des LKW (erst ab 1981).

Die Schlachtungskosten von S 158,-- setzen sich wie folgt zusammen:

Bei Schlachthaus 1 (Großschlachtungen):

Miete	S 30,-- pro Lamm
Abfallbeseitigung	S 25,-- pro Lamm
Fleischbeschau	S 16,-- pro Lamm
Arbeitskosten	S 105,-- pro Lamm
Verpackung	<u>S 4,-- pro Lamm</u>
Summe	<u>S 180,-- pro Lamm</u> =====

Bei Schlachthaus 2 (Kleinschlachtungen):

Miete	)	
Abfallbeseitigung	)	S 120,-- pro Lamm
Arbeitskosten	)	
Fleischbeschau		S 16,-- pro Lamm
Verpackung		<u>S 4,-- pro Lamm</u>
		<u>S 140,-- pro Lamm</u> =====

Das ergibt Durchschnittskosten von S 158,-- pro Lamm.

Die Kosten des Lammfleischtransportes werden wie folgt kalkuliert:

Transportkosten für Lämmer

Kosten bei 30 Fahrten mit LKW-Fiat und pro Fahrt 250 km und
10 Arbeitsstunden à S 65,--

Pro km wurden S 5,-- gerechnet

Pro Lamm S 60,--

Ausliefern des Lammfleisches:

In der Region

pro Schlachtung 8 Lämmer bei 38 Schlachtungen

150 km à S 2,-- mit PKW

S 300,--

8 Std. Arbeitszeit à S 65,--

S 520,--

S 820,--

Pro Lamm

S 102,--

In Salzburg Stadt

pro Schlachtung 10 Stück bei
30 Schlachtungen

220 km à S 4,-- mit Kühlwagen

S 880,--

8 Std. Arbeitszeit à S 65,--

S 520,--

S 1400,--

Pro Lamm

S 140,--

In Wien

pro Schlachtung 30 Stück bei
10 Schlachtungen im Jahr

800 km mit Kühlwagen à S 4,--

S 3.200,--

12 Std. Arbeitszeit à S 65,--

S 780,--

S 3.980,--

Pro Lamm

S 132,--

Aufgrund der Bilanz vom 31.12.1979 und der vorliegenden Absatzprognose sind folgende Fixkosten zu erwarten:

Personal	S 160.000,--
Büroaufwand	S 25.000,--
Werbung	S 22.500,--
Telefon	S 20.000,--
Buchhaltung	S 10.000,--
Zinsen	S 20.000,--
AFA	<u>S 30.000,--</u>
	S 287.500,--
	=====

Die Personalkosten sind in Wirklichkeit höher, doch wurde ein Teil von ihnen bereits als variable Kosten beim Sammeln der Lämmer bzw. bei Ausliefern des Lammfleisches berücksichtigt.

Die Gegenüberstellung von Gesamtaufwendungen und Gesamterträgen zeigt, daß die Tauernlamm-Genossenschaft erst ab einem Umsatz von ca. 1.400 Lämmern kostendeckend wirtschaften kann. Der zu erwartende Verlust 1980 kann daher erst 1983 wieder ausgeglichen werden.

Wirtschaftlichkeitsrechnung der Tauernlamm-Genossenschaft

	Aufwand ¹⁾	Ertrag	Gewinn (+) Verlust (-)
1980	287.500	192.700	- 94.800
1981	330.625	343.200	+ 12.575
1982	380.219	447.000	+ 66.781

Damit dieses Ergebnis nicht eintritt, plant die Tauernlamm-Genossenschaft drei verschiedene Maßnahmen:

- 1) Inanspruchnahme einer Geschäftsführerförderung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft:
Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft fördert seit 1979 auch die Geschäftsführertätigkeit in Vermarktungszusammenschlüssen.²⁾ Diese Förderung entspricht im hohen Maß dem Ziel, die Initiative und Kooperationsbereitschaft der Bauern auch im Veredelungs- und Vermarktungsbereich zu aktivieren. Dabei erweist sich die Förderung von Organisationsleistungen von Personen durch Übernahme eines Teils deren

1) Jährliche Steigerung von 15 % unterstellt.

2) Vgl. dazu die Sonderrichtlinien 1980 für die Förderung der Werbung und Markterschließung sowie des Ausstellungswesens,

Gehalts prinzipiell der Förderung von Kapitalleistungen durch Beihilfen zu Investitionen in Sachwerte überlegen, weil letztere noch nicht ausgereifte Projekte in waghalsige und vorschnelle Investitionen animieren kann.

2. Verbesserungen im Absatzbereich:

Im Absatzbereich der Tauernlamm-Genossenschaft stellt der Wiener Markt das schwächste Bein dar, weil hier nur ein sehr niedriger Deckungsbeitrag erzielt wird. Daher beabsichtigt die Tauernlamm-Genossenschaft, den Wiener Markt nur mehr so lange zu beschicken, bis ein ähnliches Lämmermast- und Verwertungsprojekt im Waldviertel entstanden ist. Gleichzeitig soll der Markt in der Stadt Salzburg besser erschlossen werden, doch hängt das Gelingen dieses Vorhabens vom Aufbau einer gut funktionierenden Zusammenarbeit zwischen der Tauernlamm-Genossenschaft und einer oder mehrerer städtischer Initiativgruppen ab.

3. Verbesserungen im Produktionsprogramm:

Der Absatz von halben Schlachtkörpern stößt manchmal auf Schwierigkeiten, weil die Kunden nicht bereit sind, Lammteile mitzukaufen, die bei ihnen keine große Wertschätzung besitzen. Beim stückweisen Verkauf bleiben diese Teile aber übrig. Daher hat die Tauernlamm-Genossenschaft damit begonnen, diese Teile zu Lammwürsten zu verarbeiten. Auch hier ist die Kooperation mit einem Fleischhauer zur Abdeckung der gewerberechtlichen und lebensmittelrechtlichen Anforderungen und zur Niedrighaltung von Fixkosten in der Anfangsphase unumgänglich. Die bisherigen Erfahrungen zeigen aber, daß im Bereich der Wursterzeugung die Kooperationsbereitschaft der Fleischhauer eher gering ist.

Eine zweite Verbesserung des Produktionsprogrammes soll

der Einsatz eines mobilen Lammfleischgrillwagens bringen. Dieser soll die Zubereitung und den Verkauf von Lammfleisch an geeigneten Stellen bzw. bei geeigneten Anlässen ermöglichen. Geeignete Stellen sind u.a. Schilfstationen, geeignete Anlässe sind u.a. Veranstaltungen für Touristen in Orten mit starkem Fremdenverkehr bzw. für Städter im Zusammenhang mit Ausstellungen, z.B. der Österreichischen Bergbauernvereinigung. Der Einsatz des Grillwagens soll einerseits zum Teil noch bestehende Vorurteile gegen Lammfleisch abbauen helfen, andererseits dem Bedürfnis der Touristen nach einem qualitativ hochwertigen, geschmacklich befriedigenden warmen Imbiß in einer Phase der Erholung bzw. sportlichen Betätigung entsprechen. Darüber hinaus soll der Einsatz des Grillwagens die Vermarktung von Lagerbeständen, verursacht durch Unregelmäßigkeit zwischen Produktion und Vermarktung ermöglichen.

Im Gegensatz zu der Wursterzeugung existiert für den Grillwagen bereits eine Kalkulation und Mengenplanung:

Einnahmen, Ausgaben und Erträge:

Einnahmen pro Einsatztag:

200 Portionen Lammfleisch à S 35,--	S 7.000,--
100 Becher Most à S 8,--	S 800,--
Summe	S 7.800,--
=====	

Ausgaben pro Einsatztag:

Gas für Heizung	S 100,--
Besteck à S 3,-- für 200 Portionen	S 600,--
2 Arbeitskräfte 16 Std. à S 65,--	S 1.040,--
1 Faß Most à 50 l à S 65,--	S 325,--
40 kg Lammfleisch à S 70,--	S 2.800,--
Zutaten (Brot, Kraut, Pommes frites)	S 600,--
Summe	S 5.965,--
=====	

Ertrag pro Einsatztag:

S 2.335,--
=====

Prognose 1980 bis 1982, Gesamterträge

	Einsatztage	Gesamterträge
1980	30	70.050,--
1981	50	116.750,--
1982	60	140.100,--

Betriebs- und Fixkosten

Abschreibung	S 25.000,--
Wartung, Reparatur	S 10.000,--
Gebühren und Organi-	
sation	S 20.000,--
	S 55.000,--
	=====

Wirtschaftlichkeitsrechnung

(Variable Kosten = S 30.000,-- + 15 % p.a.)

	Aufwand	Gesamtertrag	Gewinn (+) Verlust (-)
1980	55.000,--	70.050,--	+ 15.050,--
1981	59.750,--	116.750,--	+ 57.250,--
1982	64.675,--	140.100,--	+ 75.425,--

4.5.4 Schlußfolgerungen

Die Tauernlamm-Genossenschaft ist eine reine Bergbauerninitiative, deren Anfänge auf das Jahr 1974 zurückgehen. Schon die gemeinschaftliche Erzeugung von Kreuzungslämmern mit einer über das ganze Jahr kontinuierlichen Marktbeschickung weicht stark von der traditionellen Schafhaltung ab. Diese Umorganisation war aber Voraussetzung für den Aufbau eines stabilen Marktes und die Erzielung entsprechender Einkommen. Eine weitere Neuigkeit stellt der gemeinschaftlich organisierte Gesundheitsdienst dar, der nach Jahren der Erprobung heute ebenso billig wie zuverlässig ist. Der Vertrieb der Tauernlamm-Genossenschaft steht derzeit auf drei Beinen, wobei nur der lokale Absatz, sowie der Verkauf in der Stadt Salzburg gute Deckungsbeiträge erbringt. Der Absatz in Wien ist gerade noch kostendeckend, weil hier die Einnahmen geringer und die Transportkosten bedeutend höher liegen. Durch den Absatz von gegrilltem Fleisch mit Hilfe einer mobilen Einrichtung kann die im Absatzbereich vorhandene Schwäche gemildert werden. Mittelfristig soll durch den Werbeeffect im lokalen Bereich, der mit dieser Absatzform verbunden ist, die teilweise Abhängigkeit vom Wiener Absatzmarkt beseitigt werden. Durch den hohen Veredelungsgrad bringt das Grillwagenprojekt schon bei relativ niedriger Auslastung gute Erträge.

Die Tauernlamm-Genossenschaft erzeugt ein hochwertiges und regional sowie arbeitswirtschaftlich überlegenes Produkt mit großen Marktchancen. Dank guter Organisation und Beratung in den Bereichen der Tierpflege, der Düngung und der Vermarktung gelingt es, die eingesetzten Flächen überdurchschnittlich zu verwerten und die Arbeitskräfte überdurchschnittlich zu entlohnen. Durch die vergleichsweise sehr niedrige Arbeitsbelastung aus der Schafhaltung ergeben sich für die Betriebe günstige Voraussetzungen für eine extensive Führung der Betriebe im Nebenerwerb. Im Verwertungs- und

Veredelungsbereich der Genossenschaft existieren zusätzliche Einkommen für Arbeitskräfte der Genossenschaft.

Die Lämmermast stellt eine günstige Alternative insbesondere für Bergbauern mit einer übergeordneten Erwerbstätigkeit außerhalb der Landwirtschaft dar, sofern sie im Bereich der Produktion und des Vertriebs nach ähnlichen Prinzipien organisiert wird, wie in der hier dargestellten Genossenschaft.

Die Hindernisse für eine raschere Ausdehnung dieses Betriebszweiges liegen:

- in der mangelhaften Beratung
- in der traditionell unzureichenden Organisation der Lämmermast
- in der Schwierigkeit, eine kooperative und selbstorganisierte Verwertungs- und Vermarktungsorganisation aufzubauen
- in den Sicherheiten, die die Milchproduktion durch die Marktordnungsregelung mit sich bringt
- in den noch immer vorhandenen Vorurteilen gegen die Schafhaltung und die Geringschätzung der "Schafe-Bauern".

Es wird daher sicher noch mehrere Jahre dauern und intensive Beratung sowie Veröffentlichung von erfolgreichen Modellbeispielen nötig sein, ehe die österreichischen Bergbauern in größerem Umfange diese betriebs- und volkswirtschaftlich interessante Alternative verstärkt wählen.

5. Das Konzept der eigenständigen Regionalentwicklung -
ein Weg zur Humanisierung der Gesellschaft?

Es ist mehrfach in dieser Arbeit darauf hingewiesen worden, daß das Konzept der autonomen Regionalentwicklung ein ganzes Bündel von Strategien und Maßnahmen umfaßt, die von sehr systemkonformen und rein ökonomischen Aspekten, (Produktionskostensenkung durch Kooperation) bis zur weit über unser Gesellschaftssystem hinausreichenden Strategien der selbstorganisierten und gebrauchswertorientierten Produktion und der Verteilung von Gütern auf der Basis freier Assoziationen von Erzeugern und Verbrauchern reicht.

Ferner wurde gezeigt, daß im Konzept der regionalen Autonomie ein Prinzip verankert ist, das mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen sowohl den Befreiungskämpfen der Dritten Welt, den historischen Bewegungen von Sozialisten, Anarchisten und Christen gegen die kapitalistische Ökonomie und den bürgerlichen Staat, als auch vielen modernen Regionalbewegungen, Bürgerinitiativen und den Versuchen zum Aufbau einer nicht-kapitalistischen Gegenökonomie zugrundeliegt: Es ist dies das Prinzip der "Self-Reliance":

Aufbau einer auf eigenen Kräften beruhenden, den eigenen Ressourcen, Traditionen und Strukturen angepassten Arbeits- und Lebensform, Schutz vor ausbeuterischen und zerstörerischen Einflüssen von außen, Stärkung des Selbstvertrauens und der wirtschaftlichen Macht, autonomer und selbstbestimmter Austausch mit den Außenkräften und Außenmärkten zum eigenen Vorteil.

Nach diesen Vorbemerkungen wollen wir versuchen, die historischen Wurzeln und ihre wichtigsten Erscheinungsformen dieser umfassenden Autonomiebewegung im Sinne der "Self-Reliance" darzustellen und zu fragen, welchen Stellenwert

darin das Konzept einer autonomen Regionalentwicklung hat.

5.1 Self-Reliance und autonome Entwicklung für die Länder der Dritten Welt

"Self-Reliance" und "autozentrierte Entwicklung" sind Begriffe, die in der Diskussion um die Abhängigkeit der Dritten von der Ersten Welt als Alternativen zu den traditionellen Modernisierungsstrategien entwickelt wurden.

Modernisierung in Abhängigkeit und unter Mithilfe der Ersten Welt, lautet eine der Kernaussagen, führt nicht zur Entwicklung der Länder der Dritten Welt, sondern zu Versteinerung der deformierten und heterogenen Gesellschaftsstrukturen, durch die der Großteil der Menschen in den Ländern der Dritten Welt gleichzeitig durch das vorhandene Feudalsystem, dem kleinen, aber mächtigen kapitalistischen Sektor und das internationale Produktions- und Handelskapital ausgebeutet wird.

Anstelle dieses Konzept eines "Wachstums ohne Entwicklung"¹⁾ soll ein Weg autonomer Entwicklung beschritten werden. Dieser besteht aus vier Komponenten:

a) Abkoppelung von der Weltwirtschaft

Damit ist nicht Autarkie gemeint, sondern die kalkulierte Isolation auf Zeit bei gleichzeitiger Nutzbarmachung des Weltmarktes, wo dies möglich und für die Länder der Dritten Welt nutzbringend ist.

b) Self-Reliance

Aufbau einer auf den Binnenmarkt und die Befriedigung

1) Vgl. dazu STAVENHAGEN, 1974.

der lokalen, regionalen und nationalen Grundbedürfnisse orientierten und angepaßten Wirtschaftsstruktur. Vorrangige Ziele sind:¹⁾

Prospektierung der lokal verfügbaren Ressourcen,
lokale Nutzung lokaler Ressourcen,
Aufbau von dezentralen gewerblich- industriellen Produktionsstätten für Produktionsmittel,
Erfindung und Wiedererfindung angepaßter mittlerer Technologie,
Aufbau einer für alle nutzbringenden Infrastruktur unter breiter Einbeziehung der Arbeitsbevölkerung.

c) Kollektive Self-Reliance

Absolut prioritärer Ausbau der Kooperation und Arbeitsteilung zwischen den Ländern der Dritten Welt. Gemeinsames Vorgehen gegen die Ausbeutung durch die Erste Welt.

d) Kulturrevolution

Verstärkung der Informations- und Bildungsarbeit im Sinne der "kulturellen Aktion für die Freiheit"²⁾ mit dem Ziel, eine starke, selbstbewußte Bewegung zur Veränderung der politischen Herrschaftsverhältnisse aufzubauen.

5.2 Self-Reliance, Dezentralisierung und kleine Netze als Alternative in der Ersten Welt

Zum Teil unabhängig von dem oben beschriebenen Alternativkonzept für die Länder der Dritten Welt und trotz völlig

1) Vgl. dazu SENGHAAS, 1979, S. 391

2) Vgl. dazu FREIRE, 1976

unterschiedlicher Voraussetzungen in bezug auf die ökonomischen, technologieschen und politischen Verhältnisse, werden seit einigen Jahren bei uns Konzepte entwickelt und diskutiert, die in vieler Hinsicht den Self-Reliance- und Autonomieansatz für die Dritte Welt ähnlich sind.

Ausgangspunkt ist eine radikale Kritik der Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme der Ersten (und auch der Zweiten) Welt, wobei jedoch anders als im orthodox-marxistischen Ansatz nicht nur Kapitalismuskritik, sondern auch Industrialismuskritik grundlegend ist.

Diese radikale Kritik wird in einer großen Fülle unterschiedlicher Schattierungen und Schwerpunktsetzungen vorgebracht, die wir hier grob schematisierend in zwei Obergruppen zusammenfassen wollen:

1. Die ökologische Kritik einer aus Wachstumszwang beruhenden Wirtschaftsweise

Begründet wird die Notwendigkeit der radikalen Veränderung unseres, auf stetigem Wachstum aufbauenden Wirtschaftssystems in erster Linie mit den Rohstoff- und Energiebegrenzungen, sowie mit der zunehmenden Zerstörung ökologischer Systeme.

Das Spektrum der vorgeschlagenen bzw. der geforderten Alternativen reicht hier von der radikalen Technologiekontrolle bis zur Forderung nach einer Qualifizierung des Wirtschaftswachstums, von der Verkürzung der Arbeitszeit bis hin zu einem Rationalisierungssystem mit weitgehender Außerkraftsetzung demokratischer Strukturen im politischen System, von der Einführung einer ökologischen Buchhaltung bis zum Aufbau einer handwerklichen und dezentralen Gebrauchswertökonomie.¹⁾

1) Vgl. u.a.: GRUHL 1975, BINSWANGER et.al. 1979, ILLICH 1975, HARRICH 1975, TRAUBE 1978, SCHUHMACHER 1977, PICKSON 1977.

2. Die sozio-kulturelle Kritik an der Konsumgesellschaft

Diese Richtung geht stärker auf die antiautoritäre Bewegung und deren Vorläufer zurück: Kritik an der Sinnentleerung, Entfremdung, dem Leistungsstreß und Karrierismus, der Orientierung hin auf Status, Prestige, sind nur einige Punkte aus der Palette dieser Kritik. Die Alternativen, die hier angeboten werden, reichen vom Aussteigen aus der bürgerlichen Arbeits- und Lebenswelt und dem Einsteigen in eine alternative "Szene" bis hin zum Aufbau von Selbsthilfe-Netzwerken, vom Leben in selbstgewählter Einfachheit bis hin zur Psycho- und Spiritualismusbewegung.¹⁾

Diese beiden Ansätze, die sich nicht unbedingt gegenseitig ausschließen, stimmen darin überein, daß die ökonomischen Krisentendenzen in hochentwickelten kapitalistischen Ländern nicht nur kurzfristiger und konjunktureller Art, sondern strukturell bedingt sind. Die Diagnose lautet in etwa so:

- Hochentwickelte kapitalistische Industriesysteme basieren auf einem strukturellen Investitionszwang, der durch die Profitsteuerung, die Konkurrenz und das Geldsystem ausgelöst wird.
- Die Gewerkschaften akzeptieren diese Struktur und verstärken durch ihre Einkommenspolitik diesen Zwang noch zusätzlich.
- Zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung ist es notwendig, daß für jeden wegrationalisierten Arbeitsplatz (arbeitssparender, arbeitsproduktivitätserhöhender technischer Fortschritt) ein neuer Arbeitsplatz geschaffen wird (Erweiterungsinvestitionen, Expansion der Waren- und Geldform), wenn man einmal von der Möglichkeit der Arbeitszeitverkürzung absieht.

1) Vgl. dazu u.a. GOODMAN 1956, GALBRAITH 1973, ROSZAK 1971, MARCUSE 1967, BRÜCKNER et al 1978, HUBER 1979, HUBER 1980, SCHWENDTER 1978, BAHR et al 1978, BOOKCHIN 1971.

- Das Gleichgewicht zwischen Nachfragewachstum, Rationalisierungs- und Erweiterungsinvestitionen ist nicht mehr vorhanden.
- Die Rationalisierungsinvestitionen als Folge des Einsatzes arbeitssparender Technologien werden in Zukunft unvermindert weiterlaufen.
- Eine neue Generation technologischer Innovationen (Stichwort: Mikroprozessoren) wird den Prozeß der Arbeitsplatzvernichtung sogar noch beschleunigen, und verstärkt in den tertiären Sektor hineinverlagern.
- Die ungezielte Ankurbelung der Investitionstätigkeit durch die staatliche Beschäftigungspolitik bewirkt mangels Kapazitätsauslastung statt des intendierten Beschäftigungseffektes fast ausschließlich das Gegenteil, nämlich eine Förderung von Rationalisierungsinvestitionen.
- Die Ausdehnung der Beschäftigung im Bereich der vorwiegend staatlich organisierten personengebundenen Dienstleistungen steht unter dem Gesetz des tertiären Kostendrucks und stößt auf rapid zunehmende Finanzierungsschwierigkeiten. (Fiskalkrise)

In dieser Situation stehen dem System 6 Optionen als Lösung der Probleme offen.¹⁾

Erhöhung der Nachfrage durch:

- a) räumliche Erweiterung der Märkte,
- b) Erhöhung der Umschlagsgeschwindigkeit der Konsumgüter durch Qualitätsverschlechterung und neue Moden,

1) Vgl. dazu GALTUNG, 1979, S. 356 ff.

c) Produktvernichtung durch Krieg.

Senkung der Produktion durch:

- d) Arbeitslosigkeit,
- e) Verkürzung der Arbeitszeit,
- f) Verwendung arbeitsintensiverer Produktionsmethoden.

5.3 Die Antwort des Systems: Aktive Wachstumspolitik¹⁾

Die Wirtschaftspolitik und die sie beeinflussenden Organisationen und Interessensvertretungen quer durch das gesellschaftspolitische Spektrum sind sich darin einig, daß der Ausweg aus der Krise nur in der Wiederherstellung eines ausreichenden Wirtschaftswachstums bestehen könne:

Für die BRD würde dies bedeuten, daß zur Aufnahme der Arbeitslosen und der durch den Produktivitätsfortschritt im Basisjahr freigesetzten Arbeitskräfte die Wachstumsrate des BIP auf 13 % angehoben werden müßte. In den folgenden Jahren wäre ein jährliches Wirtschaftswachstum von 6 % gerade ausreichend zur Erhaltung der vollen Beschäftigung.²⁾

In bezug auf den richtigen Weg zu diesem Ziel unterscheiden sich die Geister, wobei die eher konservativen Politiker einen monetaristischen Weg (Option d), die sozialdemokratischen Politiker eher einen kensianischen Weg (Optionen a, und b), zuneigen.

Der konservative Weg legt das Hauptaugenmerk auf die Lohnkostensenkung:

"Hingewiesen wird darauf, daß die Steigerung der Lohnkosten pro Produkteinheit zwischen 1969 und 1974 angesichts seit 1973 zunehmend beschnittener Umwälzungsspielräume zu einer merklichen Schrumpfung der Unter-

1) Vgl. dazu LEIPERT, 1978, S. 17 ff.

2) Vgl. dazu FRIEDRICHS, 1978, S. 19 f.

nehmergewinne geführt habe. Die Verschlechterung der Gewinnmargen und damit der Gewinnerwartungen sei der Hauptgrund für den rapiden Rückgang der Investitionen, vor allem der arbeitsplatzschaffenden Erweiterungsinvestitionen und für den relativen Zuwachs der arbeitskräftesparenden Rationalisierungsinvestitionen. Es bestehe mithin über die Bestimmungsgründe der Investitionsstagnation ein direkter Zusammenhang zwischen der hohen Arbeitslosigkeit und den überhöhten Löhnen. Eine dauerhafte Entlastung auf der Kostenseite, die mit einer Veränderung der Einkommensverteilung zugunsten der Gewinn- und Vermögenseinkommen einhergehen müsse, seine unerläßliche Voraussetzung zur Schaffung besserer Gewinnerwartungen und damit einer längerfristigen Stabilisierung der Investitionsneigung, die wiederum zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung notwendig sei." (LEIPERT, 1978, S. 17 ff.)

Der sozialdemokratisch-reformerische Weg legt das Hauptaugenmerk auf die Unterauslastung der Kapazitäten, die auf ein Nachfragedefizit zurückzuführen seien.

"Wirtschaftspolitisch sollte deshalb der Schwerpunkt auf eine nachfrageschaffende Ankurbelungspolitik des Staates gelenkt werden, die preispolitisch durch eine selektive Lenkung der Nachfrageströme abgesichert werden könnte. Von einer besseren Auslastung der Kapazitäten und von einer damit gleichzeitig verbundenen Verbesserung der produktionsbezogenen Infrastruktur werden dann positive Effekte auf die Beschäftigung sowie auf die preiswirtschaftliche Investitionsneigung und damit mittelfristig auf Wachstum und Beschäftigung durch Schaffung neuer Arbeitsplätze erwartet." (LEIPERT, 1978, S. 18).

Einig sind sich alle Vertreter einer aktiven Wachstumspolitik, daß der Entwicklungspfad der letzten 25 Jahre grundsätzlich richtig ist, nach Beseitigung der zuletzt aufgetretenen Schwierigkeiten wieder eingeschlagen werden soll und daß die von den Kritikern des Kapitalismus und Industrialismus behauptete grundsätzliche Wachstumsbegrenzung bzw. Notwendigkeit eines radikalen Politikwandels nicht bestehe.

5.4 Alternativen: Arbeitszeitverkürzung und Gebrauchswert- ökonomie

Eine grundsätzlich andere Position ergibt sich aus der Perspektive der ökologischen und der sozio-kulturellen Kritik am exponentiellen Wirtschaftswachstum und seinen Folgen: Die Optionen a bis d werden abgelehnt und stattdessen eine Kombination von Arbeitszeitverkürzung und Verringerung des Produktivitätsfortschrittes vorgeschlagen:

"Die wichtigste Herausforderung für westliche Industriegesellschaften bestünde darin, Produktionsweisen zu entwerfen, die nicht nur die Arbeitsintensität, sondern zugleich die Kreativität erhöhen und es jedermann erlauben, auf nicht entfremdete Weise zu produzieren, so daß das Produkt eine Vergegenständlichung der eigenen Kreativität ist." (GALTUNG, 1979, S. 361).

Eine Lösung der Probleme in erster Linie über das Mittel der Arbeitszeitverkürzung wird in zunehmendem Maße kritisch beurteilt, weil das ohne grundsätzliche Veränderungen in der Ausrichtung und Organisation der Produktion und des Konsums auf eine fragwürdige Erweiterung der Unterordnung des Menschen unter die Warenform und die "radikalen Monopole" des Hobbyismus und des Massentourismus hinauslaufen würde.¹⁾

"Man hat die Wahl zwischen einer Massenarbeitslosigkeit sondergleichen, einem energischen Eingriff in die Technik oder einer absurden Verkürzung der Arbeitszeit; das alles nicht für spätere Generationen, sondern für den Großteil der jetzigen Berufstätigen und für alle bereits Lebenden, die noch nicht arbeiten. Wie absurd die Vorstellung von einer 20-Stunden-Woche ist, wird erst dann ersichtlich, wenn man sich einerseits die synthetische Umwelt, in der die Arbeit verrichtet würde vor Augen hält, andererseits die Alternative eines Zurückdrängens der Großtechnik und einer durchgreifenden Humanisierung der Arbeitswelt, die

1) Vgl. dazu ILLICH, 1975, S. 94 ff.

allerdings erst nach dem Sturz der Götzen Produktivität und Großtechnik möglich sein wird. Die Anthropologie hat den Menschen unter anderem als Homofaber definiert; wenn also Arbeit im Wesen des Menschen angelegt ist, gibt es dann etwas absurderes als den Fortschritt einer inzwischen von der Mehrzahl der Menschen als fragwürdig, von vielen als zerstörerisch erkannten Produktivität den Vortritt zu lassen, damit die Arbeitszeit zugunsten fortschreitender Entfremdung der Arbeit zu reduzieren und die Menschen in der gewonnenen Freizeit einer Dienstleistungsgesellschaft auszuliefern?" (TRAUBE, 1977, S. 306 f.)

Das Schwergewicht der Veränderungen muß daher auf der Option f, d.h. auf der Veränderung der Technik und der Arbeitsorganisation selbst liegen.

Auch hier gibt es mehrere Richtungen mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung:

Während eine Richtung die Hoffnungen auf die grundlegende Veränderung der industriellen Produktion und der Wirtschaftspolitik setzt, sieht eine andere Richtung mehr Chancen in einer dualen Ökonomie. Die erste Richtung kann unter dem Stichwort: Technologiekontrolle und Qualifizierung des Wirtschaftswachstums in Richtung auf Stabilisierung des Energieverbrauchs zusammengefaßt werden.¹⁾

Die zweite Richtung umfaßt ein weites Spektrum von Ansätzen, die unter dem Oberbegriff: Ausdehnung bei Eigenarbeit, Selbstorganisation der Gebrauchswerterzeugung und der Erstellung sozialer Dienstleistungen in kleinen Gemeinschaften subsumiert werden können.

Hier geht es darum, "möglichst viele Lebenstätigkeiten, die mit fortschreitender Institutionalisierung, Technisierung, Professionalisierung und Monetarisierung 'außer Haus' gegangen sind, ganz oder teilweise wieder 'heimzuholen', sei es in Form moderner 'Heimarbeit' oder

Vgl. dazu etwa BINSWANGER, GEISSBERGER, GINSBURG, 1979.

als Eigenwirtschaft und Selbsthilfe privater Haushalte und lokaler Gemeinschaften - und zwar vom Gemüseanpflanzen und von Handwerksarbeiten bis zur medizinischen Selbsthilfe, der Pflege Kranker und der Erziehung und Ausbildung." (HUBER, 1979, S. 24).

Auch diese beiden Richtungen schließen einander nicht aus. Technologiekontrolle und eine Wirtschaftspolitik zur Stabilisierung des Energieverbrauchs, Humanisierung der Arbeitsbedingungen durch Schaffung überschaubarer Produktionsorganisationen und Entbürokratisierung sowie Entprofessionalisierung der Dienstleistungserstellung sind Mittel- und Langfriststrategien zur Schaffung eines selbstverwalteten Öko-Sozialismus. Kurzfristig geht es darum, dieses Konzept gegen die herrschenden Interessen des Kapitals, der Bürokratie und der technischen Intelligenz, sowie gegen die Parteien- und Gewerkschaftsoligarchie durchzusetzen. Wobei dieser Kampf nicht nur politisch (vor allem in den Parteien), gewerkschaftlich und mit den Mitteln der Information geführt werden darf. Ein wesentlicher Bestandteil liegt auch darin, hier und jetzt mit dem Aufbau von Beispielen alternativer Ökonomie und neuer Formen der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Organisation zu beginnen.

"Entweder es lassen sich die zukünftigen Formen zumindest keimhaft hier und heute antizipieren - als 'Soziallabor' des neuen Wirtschaftens, als Sozialisationsagenturen der 'neuen Menschen' oder als werbende Exempel - oder 'Sozialismus' wird zur folgenlosen Phrase zur ewigen Vertröstungsformel." (NOWY, 1980, S. 20).

5.5 Kontroversen über den Stellenwert praktischer Alternativen in der Gesellschaftsveränderung

Diese letzte Aussage von NOWY deutet die Kontroversen an, die zwischen den Vertretern einer alternativen Ökonomie und traditionell sozialistischen Positionen bestanden und bestehen.

"Eine Bewegung, wie die alternative, die sich theorie- und politikdesinteressiert gibt, muß natürlich den politischen Intellektuellen zutiefst provozieren. Auch hier aber können einige historische Regelmäßigkeiten diese Verunsicherung zu einer produktiven werden lassen. Man kann ja 4 Kampffelder und organisatorische Säulen der Arbeiterbewegung unterscheiden: den politischen Kampf der Parteien, den Kampf um den kapitalistischen Arbeitsplatz und Arbeitsmarkt durch die Gewerkschaftsbewegung, den Kampf um eine positive Ökonomie durch die Genossenschafts- und Gemeinwirtschaftsbewegung und der Kampf um eine neue oder eigene Kultur durch Vorfeldorganisationen und Vereine. Das Verhältnis der vier Kampfebenen hat sich als sehr spannungsreich und historisch außerordentlich variabel herausgestellt. Es ist vor allem keineswegs so, wie sich das der Parteiintellektuelle vorstellt, daß nämlich die Partei denkt und lenkt. Die Partei mag zwar denken bzw. denken lassen, aber lenken taten in vielen Phasen eher die alltäglichen Erfahrungen von Not und das situative Gespür für Möglichkeiten.

Tatsache ist, daß sich die Aufbruchs- bzw. Gründerphasen der Genossenschaftsbewegung immer unabhängig von der Partei, oft im Gegensatz zum parteioffiziellen Raisonment vollzogen hat. Wäre der Primat der Partei und der Politik praktisch umfassend gewesen, es hätte nie eine Genossenschaftsbewegung gegeben, nur Parteibetriebe ohne Anspruch auf Veränderung der eigenen Ökonomie. In Deutschland brauchte die Sozialdemokratie 20 Jahre, um sich den Tatsachen einer Millionenbewegung zu stellen, und die programmatische Feinderklärung in sanfte Unterstützung umzudeuten."
(NOWY, 1980, S. 19 f.)

Heute läuft die Kontroverse nicht zwischen Parteilinken und den Linken in der Alternativbewegung - dazu ist die Partei vielzusehr auf die Rolle der Systemerhaltung konzentriert und die Alternativbewegung viel zu bunt und schwach - sondern zwischen den linken Kapitalismuskritikern und den Linken der Alternativbewegung.

Zum unverzichtbaren Inventar in der Strategiekiste der linken Kapitalismuskritiker zählen die "Deutsche Strenge" der Reflexion, die "Ableitung" von Kritik und Alternative aus einer "großen Theorie", der damit einhergehende linke Intellektualismus, das Insistieren auf dem "Grundwiderspruch",

der Glaube an die große revolutionäre Bewegung, in der sich Geschlossenheit, Askese, Begeisterung und die Unterordnung unter eine Avantgarde geschichtsmächtig vereinigen sollen. Schließlich gehörte sehr lange in dieses Inventar noch die Naivität bzw. die Euphorie gegenüber den Produktivkräften, die mechanistisch-materialistische Formel, daß das Gesellschaftlichsein das Bewußtsein bestimme und man daher den Sozialismus weder theoretisch noch praktisch antizipieren könne - außer eben in Form des Glaubens, daß es im Sozialismus keine Knappheit und keine Klassen mehr gäbe und dem Hinweis, auf die diversen "Sonderregelungen" in der unbekannt langen "Übergangszeit".

Diese zuletzt genannten Eigenschaften waren in der undogmatischen Linken nie ausgeprägt vertreten und sind es heute weniger denn je. Aber es bleibt genug übrig, um eine tiefe Abneigung oder zumindest Distanz zwischen linken Kapitalismuskritikern und den Linken in der Alternativbewegung am Leben zu erhalten.

Denn: "Self-Reliance" ist das Gegenteil von "Großer Lösung" des Grundwiderspruchs durch die "Große Masse" mit Hilfe einer "Großen Theorie und Strategie"! In einem Ansatz der Self-Reliance ist die Ökonomie nicht wichtiger als die sozio-kulturellen Lebensformen und Traditionen. In einem Ansatz der Self-Reliance hat die Agitation einer sich revolutionär verstehenden Avantgarde keinen Platz. In einem Ansatz der Self-Reliance kann es keine zentralistische Organisation der Bewegung geben.

Der Alternativbewegung wird von Seiten der linken Kapitalismuskritiker insbesondere vorgeworfen: Verrat heiliger Prinzipien, Aktionismus, Privatismus, Naturalismus und Rückfall in vorkapitalistische Produktionsformen.

So richtig solche Vorwürfe gegenüber einzelnen Alternativprojekten auch sein mögen, so dürfen sie keineswegs verall-

gemeinert werden. Denn der Aufbau und die Erprobung von alternativen Formen der Erzeugung und der Verteilung von Gütern, sozialen Dienstleistungen und von Informationen hier und heute hat unverzichtbare Bedeutung. Solche Projekte

- bilden die Grundlage für die Erfahrung der eigenen Stärke, der Erweiterung der persönlichen Fähigkeiten und der Solidarität,
- zeigen die Voraussetzungen und Möglichkeiten selbstorganisierten Handelns,
- sind Lernschritte auf dem Weg zur Verallgemeinerungsfähigkeit von Projekterfahrungen,
- ergänzen die Kritik und die Reflexion um die sinnliche Erfahrung, ohne die jede Bewegung dogmatisch und intellektuell zu erstarren droht,
- sind eine Brücke zu den Bedürfnissen und Ängsten von wachsenden Teilen der Bevölkerung,
- schaffen Beispiele, die bekanntlich mehr Gewicht in der politischen Arbeit mit den "ganz normalen" Menschen haben können, als alle Versuche der theoretischen Agitation zusammen.

Die so verstandenen Versuche zum Aufbau von nichtkapitalistischen und nichtentfremdeten Inseln mitten im Meer einer gewaltigen "Megamaschine" sind ein notwendiger Bestandteil einer umfassenden Strategie zur Humanisierung der Gesellschaft.

"Die Alternativbewegung gerät dort ins Ghetto, wo sie ihr Selbstverständnis aus einer negativen Abgrenzung gegenüber dem pauschalen Rest gewinnt. Das Ergebnis ist dann ein elitärer Hochmut, ein Gefühl avantgardistischer Kaputtheit, eine subkulturelle Arroganz gegenüber allen, die noch nicht ausgestiegen und noch nicht davongelaufen sind. Deshalb können nicht nur keine tragfähigen Mehrheiten in der Bevölkerung erschlossen werden, sondern der Versuch, breite Mehrheiten zu schaffen, wird umgekehrt geradezu militant verhindert, denn die negative Identität beruht auf dem Bild der amorphen, vereinnahmten und zu nichts

mehr zu gebrauchenden Masse, mit der man nicht in Berührung kommen darf, um seine Scheinidentität aufrechtzuerhalten. Damit werden gesellschaftlich verallgemeinerbare Entwicklungen blockiert. Das Konzept der Dualwirtschaft beruht dagegen bewußt auf dem Wunsch nach konstruktiver Integration, nicht im Sinne von Vereinnahmung durch die Megamaschine, sondern im Sinn von Wiederverbindungen im Prozeß geschichtlicher Veränderungen." (HUBER, 1979, S. 19 f.)

5.6 Autonome Regionalentwicklung - ein Konzept zwischen Self-Reliance der Dritten Welt und Alternativbewegung der Ersten Welt

Wo steht das Konzept der autonomen Regionalentwicklung in diesem Spektrum von alternativen Ansätzen? Wir möchten abschließend die These vertreten, daß das Konzept der autonomen Regionalentwicklung gleichsam in der Mitte steht zwischen der Strategie für das Überleben der Länder der Dritten Welt durch Self-Reliance und den vorwiegend im Informations- und Sozialbereich angesiedelten Versuchen zum Aufbau selbstbestimmter Arbeits- und Lebensformen der Alternativbewegung.

Die größte Schwäche der Kapitalismus- und Insutrialismuskritik liegt heute darin, daß sie in einem Kernbereich, nämlich der Technologiekritik und der Kritik an der Organisation und Struktur der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik fast völlig wirkungslos ist. Zum einen verpufft sie folgenlos in den Netzen des politisch-administrativen Systems und gerade dann, wenn der Problem- und Krisendruck (Arbeitslosigkeit, Inflation, Fiskalkrise) zunimmt: Je mehr das System in Schwierigkeiten gerät, desto stärker scheint die Tendenz, diese Schwierigkeiten mit jenen Mitteln bekämpfen zu wollen, die zu den Schwierigkeiten geführt haben. In dieser Situation können in einem Abwehrkampf bestenfalls Teilerfolge erzielt werden, wie z.B. die Verhinderung einzelner Waffenexporte (Chile), die von der moralisch zerrütteten Gewerkschaftsbewegung als legitimes Mittel zur Erhaltung gefährdeter Arbeitsplätze forciert werden.

"Die Alternativprojekte, soweit für die Zukunft absehbar, bilden keine alternative Ökonomie. Innerbetrieblich waren sie bisher meist davon entfernt, gesellschaftlich verallgemeinerbare und nachahmenswerte Modelle abzugeben. Als Ansatzpunkt zur Veränderung gesamtwirtschaftlicher Strukturen ist das Leitbild der inselwirtschaftlichen Löschblattstrategie ungeeignet und illusionär. Dagegen wird in manchem zum Gegenteil dessen beigetragen, was eigentlich angestrebt wird, nämlich zur Verfestigung des Systems durch Doppelwirtschaft und zur Ausdehnung des Systems durch Dienstwirtschaft. Anders gesagt, im wirtschaftlichen Bereich erfüllen die Projekte, so wie sie bisher im allgemeinen gewesen sind, kaum eine sinnvolle Funktion. Sie helfen zwar, neue Normen einer selbstverwalteten, ökologischen und menschengemäßen Wirtschaft zu verbreiten, verletzen diese neuen Normen aber selbst in mehr oder weniger eklatanter Weise." (HUBER, 1980, S. 55 f.)

Die Durchsetzung radikaler Alternativen in der Wirtschaftspolitik, z.B. die Abkehr der unqualifizierten Förderung großtechnologischer Entwicklungen, die Abkehr von Förderungen der Ansiedelung multinationaler Konzerne, die Hinwendung zu einem Programm der arbeitsintensiven und energiesparenden Produktion von langlebigen Produkten, die Arbeitszeitverkürzung usw., scheinen in dieser Situation fast aussichtslos.

Zum anderen können die Vertreter einer ökologischen und sozialen Alternativökonomie kaum auf Beispiele und Erfolge verweisen: Die dualwirtschaftlichen Projekte der Alternativbewegung können zu einem ganz überwiegenden Prozentsatz nicht als Güterproduktionsprojekte bezeichnet werden. Wie HUBER jüngst erst in einer empirischen Untersuchung gezeigt hat, zählen fast 90 % der Alternativprojekte in der BRD zum "tertiären Sektor".¹⁾ In einer kritischen Zusammenfassung aus der Sicht eines beteiligten Sympathisanten kommt er zum Schluß:

1) Vgl. dazu HUBER, 1980, S. 28.

Als Ursache für diese unerfreuliche Situation möchten wir festhalten:

- Träger von Alternativprojekten sind in erster Linie Personen bzw. Personengruppen, die durch einen Überhang an Systemkritik und einen Mangel an praktischen Erfahrungen, an realistischer Selbst- und Situations-einschätzung und an Ausdauer bei nicht-lustvoller oder "nicht-revolutionärer" Kleinarbeit leiden.
- Träger von Alternativprojekten sind in zweiter Linie vom System ausgestoßene und durch den Sozialrost durchgefallene Personen, die erwarten, daß sie nun weniger und weniger fremdbestimmt arbeiten können. Bei den enormen äußeren und inneren Schwierigkeiten gerade von Produktionsprojekten in Konkurrenz mit dem institutionellen Sektor des Systems erweist sich diese Hoffnung sehr häufig als trügerisch. Damit bröckeln diese Personen aber über kurz oder lang ab.
- Die Träger von Alternativprojekten verfügen weder über Geld, noch Vermögen, noch über Boden. Daher sind sie von den wesentlichen Grundlagen unseres Wirtschaftssystems, und auch von sehr wesentlichen Grundlagen alternativer Wirtschaftssysteme abgeschnitten.

Betrachten wir nun in diesem Lichte die Voraussetzungen und Ziele der von einem Konzept autonomer Regionalentwicklung angesprochenen bzw. betroffenen Personen: Bauern, Handwerker, Gewerbetreibende. Ihnen fehlt zwar häufig die Kapitalismus- und technologiekritische Perspektive, aber davon abgesehen bringen sie alle objektive und subjektive Voraussetzungen für ein der Self-Reliance verpflichtetes Konzept mit.

Natürlich ist ihr Ziel in erster Linie weder das Überleben, noch das sinnerfüllte, nicht entfremdete Arbeiten. Beides

scheint ihnen subjektiv gesichert. Es geht ihnen in erster Linie um Einkommenserhöhung. Aber nicht nur, daß dieses Ziel legitim ist, es ist auch eine Voraussetzung für die Schaffung verallgemeinerbarer Konzepte.

Darüber hinausgehend verfügen die möglichen Träger einer autonomen Regionalentwicklung über wichtige strukturelle Voraussetzungen für den Aufbau einer dem Self-Reliance-Ansatz verpflichteten Arbeits- und Lebensform. Dies soll nicht als vordergründige Romantisierung verstanden werden. Wir sind uns dessen voll bewußt, daß das Gelingen eines solchen Ansatzes nur möglich ist, wenn die sozialen Strukturen, die politisch-ideologischen Verhältnisse und die wahrlich nicht auf Self-Reliance zielenden Formen des gegenwärtigen Informations- und Bildungssystems geändert werden können. (Vgl. dazu Kapitel 1.5 und 4.5.1).

Unter diesen Einschränkungen vertreten wir die These, daß die Bevölkerung in den peripheren ländlichen Regionen günstige Voraussetzungen zur Durchführung dezentraler und autonomer Projekte hat.

Die Dezentralisierung ist für alle Theoretiker der neuen Gesellschaft unumstritten, in ihr konzentrieren sich wie in einem Brennglas die "Lichtbündel":

Überschaubarkeit, keine Hierarchie, keine Bürokratie, Selbstverwaltung, gebrauchswertorientierte Erzeugung, optimale Rohstoff- und Energienutzung, beste Chancen für ein umfassenderes Recycling, mittlere Technologie, höhere Krisensicherheit und Stabilität.

Daraus läßt sich schließen, daß die ansatzweise Verwirklichung einer humaneren und ökologisch angepaßteren Arbeits- und Lebensweise am ehesten dort möglich ist, wo die Entwicklung noch nicht die Voraussetzungen jedes selbstbestimmten Wirtschaftens (insbesondere die Verfügung über

Grund und Boden) zerstört hat, und wo noch nicht alle nicht-institutionellen Arbeitsformen in der Warenform aufgelöst worden sind. Genau in diesen Bereich aber siedelt das Konzept der autonomen Regionalentwicklung.

Diese Überlegungen zeigen aber auch, daß die Alternativbewegung und die Bewegung im Sinne des Konzepts der autonomen Regionalentwicklung aufeinander angewiesen sind: Das Realitätsprinzip der einen bedarf der Ergänzung durch das Möglichkeitsprinzip der anderen, und umgekehrt.

Eine Verbesserung der Einkommensverhältnisse durch kooperative Projekte macht aus den heute von der Pauperisierung bedrohten Menschen vielleicht nur neue selbstbewußte Selbständige, ermöglicht einigen den Aufstieg von der Unterschicht in die Mittelschicht.

Wir verstehen unter dem Konzept der autonomen Regionalentwicklung aber mehr als ein ökonomisches Aufholverfahren, mehr als eine Modernisierung ökonomischer Strukturen. Wenn es ein "Wachstum ohne Entwicklung" gibt, muß es auch eine "Entwicklung ohne Wachstum" geben. Autonomie Regionalentwicklung ist ein Beitrag dazu.

LITERATURVERZEICHNIS

=====

- AFF, J., (1978), Politische Erwachsenenbildung und Politische Aktion, Diss. Wien
- AMIN, S., (1979), 'Self-Reliance' und die Neue Internationale Wirtschaftsordnung, in: Senghaas, 1979, S. 317 ff.
- BAHR, H.-E./GRONEMEYER, R. (Hrsg.), (1978), Anders leben - überleben. Die Grenzen des Wachstums als Chance persönlicher Befreiung, Frankfurt 1978
- BIAAS, W., MATZNER, E., WÖSENDORFER, H., (1980), Wachstums-, Stabilisierungs- und Arbeitsmächtpolitik. Manuskript. Erscheint in: Der öffentliche Sektor
- BINSWANGER, H.Ch. et al. (Hrsg.), (1979), Wege aus der Wohlfahrtsfalle. Der NAWU-Report: Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung, Frankfurt/Main 1979
- BOCHSBICHLER, K., REST, F., SCHEER, G., (1980) Alternative Produkte und alternative Vermarktungsformen für die bergbäuerliche Wirtschaft Österreichs. Manuskript, Wien 1980.
- BOOKCHIN, M., (1971), Post Society Anarchism, Berkeley 1971
- BROX, O., (1976) Warum Entvölkerung? Dargestellt am Beispiel Nordnorwegen, in: Thema Regionalismus. Hrsg. von L. Gustafson, Berlin.
- BRÜCKNER, P. et al., (1978), Autonomie oder Getto. Kontroversen über die Alternativbewegung, Frankfurt/Main 1978
- BUNDESKANZLERAMT, (1980), Entwurf für das erste österreichische Raumordnungskonzept. Manuskript, Wien
- BUNDESKANZLERAMT, (1980 a), Entwurf für das erste österreichische Raumordnungskonzept (Teil 1), Anhang (Berechnungsmethoden und Annahmen sowie Tabellen)
- DICKSON, D., (1977), Alternative Technik und Strategien der technischen Veränderung, München 1977
- DORNER, R., (1980), Neue Formen des Fremdenverkehrs für strukturschwache ländliche Gebiete. Manuskript, Wien 1980
- FOURASTIE, I., (1954), Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, Köln-Deutz

- FREIRE, P., (1976), Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit, Reinbek bei Hamburg, 1. Aufl. 1973, 5. Aufl. 1976
- FRIEDRICHS, G., (1978), Technischer Wandel und Beschäftigung, in: Technologie und Politik Nr. 10, Reinbek bei Hamburg 1978, S. 6 ff.
- FÜRST, D., ZIMMERMANN, K., (1973), Standortwahl industrieller Unternehmen, Bonn 1973
- GALBRAITH, J.K., (1973), Gesellschaft im Überfluß, München/Zürich 1973
- GALTUNG, J., (1975), Strukturelle Gewalt, Reinbek bei Hamburg
- GALTUNG, J., (1979), Arme Kinder gegen reiche; arme Menschen gegen reiche. Wem wird die Neue Weltwirtschaftsordnung nützen? in: Senghaas (Hrsg.) 1979, S. 337 ff.
- GANSER, K., (1979), Was sind unterentwickelte Berggebiete. Referat in Zwettl, Niederösterreich am 23. Juni 1980 anlässlich einer Enquete der Bundesregierung
- GANSER, K., (1978), Großräumige und kleinräumige Konflikte um die Verteilung von Arbeitsplätzen, in: Bauwelt, 1978/12
- GLATZ, H., (1979), Regionale Disparitäten in Österreich: Konzepte und Mängel der Regionalpolitik, in: ÖZP, 1979/2, S. 177 - 197
- GLATZ, H., (1979 a), Konzepte und Mängel der österreichischen Regionalpolitik, Diss. an der Universität Wien
- GLATZ, H./SCHEER, G., (1980), Agrarpolitik bei Erreichung der Sättigungsgrenze, erscheint in: Der öffentliche Sektor
- GOODMAN, P., (1956), Growing Up Absurd Problems of Youth in the Organized Society, New York 1956
- GRUHL, H., (1975), Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik, Frankfurt/Main 1975
- GÜLLER, P., (1979), Barrieren zwischen Planung und Realisierung. Manuskript, Zürich
- GWYNDAF, W., (1977), Community Development in Countryside Planning, Manchester

- GWYNDAF, W., (1979), Community Development in Rural Britain: the Organisation of Social Initiative, in: CDJ, January 1979
- HARRICH, W., (1975), Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der "Club of Rome", Reinbek bei Hamburg 1975
- HÖRBURGER, R., (1980), Landpastoral. Herder, Wien 1980
- HUBER, J. (Hrsg.), (1979), Anders arbeiten - anders wirtschaften, Frankfurt/Main 1979
- HUBER, J., (1980), Wer soll das alles ändern? Die Alternativen der Alternativbewegung, Berlin 1980
- ILLICH, I., (1975), Selbstbegrenzung. Eine politische Kritik der Technik, Reinbek bei Hamburg 1975
- INFORMATIONEN-SCHNELLDIENST, München 1980/8
- KANIAK, J., (1980), Arbeitsmarkt, Standortgunst, Wirtschaftsförderung. Studie im Rahmen des IFES-Projektes "Regionalstudie Südkärnten", Manuskript, Wien
- KANIAK, J., (1980 a), Restriktionen regionalpolitischer Planung, in: Wirtschafts- und regionalpolitische Beiträge
- KATALOG DER STANDARDDECKUNGSBEITRÄGE 1979/80, Hrsg. vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Abt. II/A/2, Wien 1980
- KÖTTL, H., (1978), Die österreichische Handelsbilanz - Möglichkeiten ihrer Verbesserung durch die Landwirtschaft, in: Österreichische Gesellschaft für Land- und Forstwirtschaftspolitik (Hrsg.), Wintertagung 1978, Generalthema: Die österreichische Land- und Forstwirtschaft - Möglichkeiten zur Verbesserung der Außenhandelsbilanz, Wien
- KOPETZ, H., (1971), Agrarstruktur und technischer Fortschritt - Überlegungen zum Mansholt-Plan, Linz 1971
- KRAMMER, J./SCHEER, G., (1979), Situation, Perspektiven und Alternativen im österreichischen Agrarsystem, in: ÖZP 1979/2, S. 155 - 175
- KRAMMER, J., (1978), Analyse einer Ausbeutung, Wien 1978
- KRAMMER, J., SCHEER, G. u.a., (1980), Das Österreichische Agrarsystem, 2 Bände, Wien

- LEHNER, H., (1976), Nebenerwerbslandwirte - stabiles Strukturelement unserer Landwirtschaft, in: Österreichische Gesellschaft für Land- und Forstwirtschaftspolitik, 1976
- LEIPERT, Ch., (1978), Alternative Wege künftiger Wirtschaftspolitik, in: Technologie und Politik Nr. 12, Reinbek bei Hamburg 1978, S. 16 ff.
- MASSAUER, E., (1978), Die Land- und Forstwirtschaft in der Gewerbeordnung einschließlich der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, in: Rill, H.P.: Gewerberecht, Wien 1978
- MARCUSE, H., (1967), Der eindimensionale Mensch, Berlin 1967
- MATZNER, E., (1980), Zur Entwicklung des autonomen Sektors, in: Thema Nr. 1-2/1980
- MOSER, H., (1975), Aktionsforschung als kritische Theorie der Sozialwissenschaften, München
(1976), Methoden der Aktionsforschung, München
(1977), Praxis der Aktionsforschung, München.
- NOWY, K., (1980), Alternative Ökonomie - Vorwärts oder Rückwärts? in: Spuren 4/1980, Köln 1980
- ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR RAUMPLANUNG, (1980), Vorschläge für regionale Entwicklungsmaßnahmen für das Waldviertel, Wien
- ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR RAUMPLANUNG, (1978), Provisorische Ergebnisse der Arbeitsplatzprognose 1986. Manuskript, Wien
- ÖSTERREICHISCHE RAUMORDNUNGSKONFERENZ, (1975), Erster Raumordnungsbericht, Wien
- ÖSTERREICHISCHE RAUMORDNUNGSKONFERENZ, (1975 a), Die Grenzgebiete Österreichs, Wien
- ÖSTERREICHISCHE RAUMORDNUNGSKONFERENZ, (1978), Zweiter Raumordnungsbericht, Wien
- ÖSTERREICHISCHE RAUMORDNUNGSKONFERENZ, (1978 a), ÖROK-Regionalpolitik in den Ost-Grenzgebieten, Wien
- ÖSTERREICHISCHE GESELLSCHAFT FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFTSPOLITIK, (1976), Nebenerwerbslandwirtschaft - Diagnose und Tendenzen, Internationales Symposium Attersee 1976.

- PEVETZ, W., (1978), Struktur und Motive von Urlaubern auf österreichischen Bauernhöfen und deren Einstellung zur Landwirtschaft, Wien 1978
- PFINGSTNER, H., (o.J.), Wettbewerbskraft der Koppelschafhaltung, Agrarwirtschaftliches Institut des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Beratungsservice, Betriebswirtschaft aktuell, Folge 9
- PRIEBE, H., (1970), Landwirtschaft in der Welt von morgen, Wien 1970
- PRIEBE, H., (1971), Zur Wandlung der agrarpolitischen Problemstellungen, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 1971
- PRIEBE, H., (1974), Zukunftsfragen des ländlichen Raumes, in: Innere Kolonisation 7/1974
- REGIO, (1980), Land- und forstwirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten im Waldviertel, Manuskript, Wien.
- ROHRMOSER, A., (1979), Österreichische kirchliche Jugendarbeit auf dem Land 1945 - 1978, Wien - Salzburg 1979
- ROHRMOSER, A., (1980), Regionalentwicklung und Gemeinwesenarbeit im Waldviertel, unveröffentlichtes Manuskript
- ROHRMOSER, F., (1979), Politische Kultur auf dem Land und die Emanzipation der Bauern, in: ÖZP 1979/2
- ROSTOW, W.W., (1960), Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie, Göttingen
- ROSZAK, Th., (1971), Gegenkultur. Gedanken über die technologische Gesellschaft und die Opposition der Jugend, Düsseldorf 1971
- SEIPPEL, A., (1976), Handbuch aktivierende Gemeinwesenarbeit. Konzepte, Bedingungen, Strategien, Methoden, Gelnhausen
- SENGHAAS, D., (1974), Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung, Frankfurt 1974
- SENGHAAS, D., (1979), Dissoziation und autozentrierte Entwicklung. Eine entwicklungspolitische Alternative für die 3. Welt, in: Senghaas, D. (Hrsg.): Kapitalistische Weltökonomie, Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik, Frankfurt/Main 1979, S. 376 ff.

- SCHUHMACHER, E.F., (1977), Die Rückkehr zum menschlichen Maß. Alternativen für Wirtschaft und Technik, Reinbek bei Hamburg 1977
- SCHWENDTER, R., (1978), Theorie der Subkultur, Frankfurt 1978
- STANENHAGEN, (1974), Agrarische Strukturen und Unterentwicklung in Afrika und Lateinamerika, in: Senghaas 1974
- STÖR, W./TÖDTLING, F., (1978), Regionalpolitik für periphere Gebiete, in: Almanach '78 der österreichischen Forschung, S. 180 - 186, hrsg. vom Verband der wissenschaftlichen Gesellschaften Österreichs, Wien
- TRAUBE, K., (1978), Müssen wir umschalten? Von den politischen Grenzen der Technik, Reinbek bei Hamburg 1978
- VON TROTHA, W., (1976), Nebenerwerbslandwirtschaft in Bayern, in: Österreichische Gesellschaft für Land- und Forstwirtschaftspolitik, 1976.
- WEIHS, O., (1973), Entwicklungstendenzen der Nebenerwerbslandwirtschaft, in: Agrar-Korrespondenz, 13/73
- WEISHEIT, H., (1977), Lämmermast - neuer Betriebszweig für Nebenerwerbsbetriebe, in: Der Förderungsdienst 10, 1977
- WIFO, (1978), Agraraußenhandel, in: WIFO-Monatsberichte 2/1978

TABELLENVERZEICHNIS:

=====

	Seite
Tabelle 1: Anteil der Nebenerwerbsbetriebe an allen Betrieben (in Prozent)	70
Tabelle 2: Veränderungen der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe und Arbeitskräfte	70
Tabelle 3: Arbeitsproduktivität nach Lageungunst 1978	72
Tabelle 4: Vergleich Voll- und Nebenerwerbsbetriebe, Flach- und Hügellagen 1977	76
Tabelle 5: Vergleich Vollerwerbsbetriebe-Nebenerwerbsbetriebe, Wald- und Mühlviertel 1977	77
Tabelle 6: Vergleich Vollerwerbsbetriebe-Nebenerwerbsbetriebe, Alpengebiet 1977	78
Tabelle 7: Beschreibung und Bewertung der Sonderaktionsprojekte	164 - 166
Tabelle 8: Arbeitsmarktbilanz - Waldviertel	177
Tabelle 9: Wachstum und Verteilung der Industriearbeitsplätze in Niederösterreich	182
Tabelle 10: Berechnung der Einkommenswirksamkeit von Umverteilungsmaßnahmen in der Forstwirtschaft	187
Tabelle 11: Deckungsbeiträge Schafhaltung und Milchviehhaltung je ha und Ak/h	300
Tabelle 12: Landwirtschaftliches Einkommen in der Milchvieh- und Schafhaltung	301

ABBILDUNGSVERZEICHNIS:

=====

	Seite
Abbildung 1: Entwicklung der Nchtigunqszahlen 1972 - 1978.	49
Abbildung 2: Bewertung der Wirksamkeit einzelner regionalpolitischer Instrumente.	103 - 104
Abbildung 3: Frderungsgebiete der Sonderaktion	159
Abbildung 4: Einkommensentwicklung (landwirt- schaftliche Einkommen je vollbeschf- tigter Familienarbeitskraft und Monat)	179
Abbildung 5: Modell einer aktivierenden Bildungs- und Kulturarbeit im Waldviertel	251
Abbildung 6: Funktionelle Organisationsstruktur der BERSTA	257

